

Acta Demographica



Heinz Galler · Gerhard Heilig
Gunter Steinmann (Hrsg.)

Acta Demographica 1993

Mit Beiträgen von

A. Amann, B. Brecht, A. Bideau, S. Dudey, E. Elsner
E.-J. Flöthmann, U. Lebok, R. Mackensen, P. Michels
H.-W. Müller, S. O. Nadalin, M. Rupp, E. Schulz
K. Schwarz, W. Seifert, V. Steiner, J. Singelmann
L. A. Vaskovics, J. Velling, A. Walker
R. A. Wojtkiewicz

Mit 46 Abbildungen

Physica-Verlag

Ein Unternehmen
des Springer-Verlags

Professor Dr. Heinz Galler
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Lehrstuhl für Ökonometrie
Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg
Große Steinstraße 73
D-06108 Halle (Saale)

Dr. Gerhard Heilig
International Institute for
Applied Systems Analysis, IIASA
Schloßplatz 1
A-2361 Laxenburg, Österreich

Professor Dr. Gunter Steinmann
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Lehrstuhl für Konjunktur und Wachstum
Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg
Große Steinstraße 73
D-06108 Halle (Saale)

Manuskripte und Mitteilungen werden erbeten an:
Professor Dr. Gunter Steinmann

ISBN-13: 978-3-7908-0567-3 e-ISBN-13: 978-3-642-47687-7
DOI: 10.1007/978-3-642-47687-7

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdruckes, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendungen, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 9. September 1965 in der Fassung vom 24. Juni 1985 zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtsgesetzes.

© Physica-Verlag Heidelberg 1994

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, daß solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

88/2202-543210 - Gedruckt auf säurefreiem Papier

Inhalt

SCHWARZ, K. Bericht über die 27. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft vom 25. bis 27. Februar 1993 in Bad Homburg v.d.Höhe zum Thema "Die älter werdende Gesellschaft"	1
WALKER, A. The Living Conditions of Older People in the EC	7
MÜLLER, H.-W. Zur Harmonisierung der Rentenversicherungssysteme in den alten und den neuen Bundesländern	25
AMANN, A. Der Übergang von der Erwerbstätigkeit in den Ruhestand	47
LEBOK, U. Die Auswirkungen von Außenwanderungen für die deutsche Bevölkerungsdynamik unter besonderer Berücksichtigung der Aussiedler	61
SEIFERT, W. Ökonomische und soziale Mobilität von Ausländern in der Bundesrepublik	79
STEINER, V./ VELLING, J. Determinanten der erwarteten Aufenthaltsdauer von Gastarbeitern der ersten und zweiten Generation in der Bundesrepublik Deutschland	93
BIDEAU, A./ NADALIN, S.O. Sexualité et contacts culturels: Les immigrants allemands et leurs descendants au Parana – Brésil – 1866-1939.....	109
FLÖTHMANN, E.-J. Muster des Migrationsverhaltens aus kohortenanalytischer Sicht	125
SCHULZ, E. Zur Wirkung verstärkter Wanderungen auf die regionale Bevölkerungsentwicklung	149
MACKENSEN, R. Urbanization under Federalist and Centralist Government - The Case of two German States 1980-1988 -	165
VASKOVICS, L.A./ RUPP, M. Junge Paare in nichtehelichen und ehelichen Lebensgemeinschaften - ein Vergleich	197
SINGELMANN, J./ WOJTKIEWICZ, R.A. The Effects of Household Structure on Educational Attainment and Vocational Training in West Germany	219

DUDEY, S. Kosten im Gesundheitswesen	229
BRECHT, B./ MICHELS, P. Remigration von Gastarbeitern - Eine Analyse mit nichtparametrischen Schätzverfahren	243
ELSNER, E. Ehrung eines großen Statistikers	257
Anschriften der Autoren	261

Bericht über die 27. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft vom 25. bis 27. Februar 1993 in Bad Homburg v.d.Höhe zum Thema "Die älter werdende Gesellschaft"

VON KARL SCHWARZ

Der 1. Vorsitzende eröffnete die gut besuchte Jahrestagung mit dem Hinweis auf das von der Europäischen Gemeinschaft ausgerufene Jahr 1993 zum "Jahr der älteren Mitbürger und der Solidarität der Generationen". Obwohl das Thema "Alterung" ein "Urthema" der Bevölkerungswissenschaft mit einer langen Forschungstradition sei, gebe es immer noch Mißverständnisse über die Bestimmungsgründe und die Folgen. Auf dem Hintergrund der starken Zuwanderung nach Deutschland sei der Glaube hinzugetreten, Einwanderung könne den Alterungsprozeß verhindern. Die gerade hierzu vorliegenden zahlreichen Modellrechnungen, die beweisen würden, daß selbst eine Zuwanderung von mehreren hunderttausend im Jahr die Alterung der Bevölkerung nur mäßigen, aber nicht aufhalten könnten, nähmen die Politik und große Teile der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis. Es werde auch nicht überall erkannt, daß es sich um ein weltweites Problem handle, das eines Tages auch die Länder erreichen werde, die heute noch eine Altersgliederung hätten wie Deutschland um 1900. Von heute 20 % werde der Bevölkerungsanteil der über 60jährigen in Deutschland allmählich auf etwa 35 % ansteigen, es sei denn, es finde eine - aus heutiger Sicht kaum zu erwartende - Zunahme der Kinderwünsche statt. Doch werde der Anteil der über 60jährigen selbst bei einer die Erhaltung des Bevölkerungsstandes sichernden Geburtenhäufigkeit mehr als 25 % erreichen. So wurde schon in der Eröffnung gezeigt, daß die mit dem Älterwerden der Gesellschaft verbundenen Probleme Strategien erfordern, deren Durchsetzung zu den wichtigsten Aufgaben der Gegenwart und Zukunft gehören. Rechtzeitig ergriffen, werden sie dadurch erleichtert, daß es sich um eine Entwicklung handelt, die - wenn auch so gut wie unvermeidlich - nicht plötzlich, sondern allmählich auf die Gesellschaft und die Politik zukommt.

In einer Grußbotschaft unterstrich die am Kommen verhinderte Bundesministerin für Familie und Senioren, Frau Hannelore Rönsch, die Bedeutung des Jahres der älteren Mitbürger für die Öffentlichkeit und für ihr Haus. Der Oberbürgermeister der Stadt Bad Homburg, Herr Assmann, begrüßte die Teilnehmer an der Jahrestagung persönlich und unterstrich die Bedeutung der behandelten Themen für die Kommunalpolitik.

Das Vortragsprogramm wurde mit dem Thema "Bestimmungsgründe der Alterung der Bevölkerung in Deutschland - Gestern, heute und Morgen" durch die Direktoren des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Frau Professor Dr. Ch. Höhn und Dr. G. Hullen aus dem gleichen Institut eröffnet. Ihre - weitgehend auf Modellrechnungen fußenden - Thesen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Das Geburtenniveau ist die wichtigste, aber nicht einzige Ursache des Umfangs der Alterung einer Bevölkerung; das gilt vor allem für die Vergangenheit.
- Bei der Beurteilung der Bedeutung der Sterblichkeit für die Altersstruktur einer Bevölkerung ist zu bedenken, daß der Rückgang der Sterblichkeit in Deutschland in der Vergangenheit in erster Linie ein Rückgang der Frühsterblichkeit war, der dem Rückgang der Geburtenhäufigkeit entgegenwirkte. Die Bedeutung des Rückgangs der Geburtenhäufigkeit für die Alterung der Bevölkerung kann daher leicht überschätzt werden.
- Ein weiterer Rückgang der Frühsterblichkeit ist zwar durchaus noch möglich, fällt aber für die Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland nicht mehr ins Gewicht.
- Geht man von einem weiterhin niedrigen Geburtenniveau aus, wird die Altersgliederung der Bevölkerung in der Zukunft also in erster Linie vom Sterblichkeitsniveau der Älteren bestimmt.
- Selbst bei einem Geburtenniveau, das langfristig für den Erhalt des Bevölkerungsstandes ausreichend wäre, würde der Anteil der Älteren noch wachsen.
- Wollte man es sich zum Ziel setzen, den Anteil der Älteren auf das frühere Niveau zu senken, müßte man versuchen, ein Geburtenniveau zu erreichen, wie es vor dem Ersten Weltkrieg zu beobachten war. Bei den heutigen Sterblichkeitsverhältnissen würde das jedoch zu einer Bevölkerungsentwicklung führen, die derjenigen in den heutigen Entwicklungsländern sehr ähnlich wäre und deshalb nicht infrage kommen kann.
- Schon heute wären in Deutschland erheblich mehr als 20 % über 60jährige zu verzeichnen, wenn im Zweiten Weltkrieg nicht so viele Menschen gefallen wären. Über die wahre Situation täuschen aber auch die schwachen Geburtsjahrgänge aus der zweiten Hälfte des Ersten Weltkriegs hinweg.
- Der Altenanteil in Deutschland wird selbst dann auf über 30 % steigen, wenn eine jährliche Zuwanderung von mehreren Hunderttausend unterstellt wird.
- Weit stärker als eine Fortsetzung der hohen Zuwanderung würde sich eine höhere Geburtenhäufigkeit mildernd auf den Alterungsprozeß auswirken.

Es folgte das Referat von Dr. G. Heilig vom International Institute for Applied Systems Analysis in Laxenburg, Österreich zum Thema "Modellrechnungen zur Alterung der Bevölkerung in anderen Ländern". Heilig stützte sich in erster Linie auf die Ergebnisse der neuesten Bevölkerungsvorausschätzungen der Vereinten Nationen. Er zerstreute damit die Vorstellung, der Alterungsprozeß sei eine typische Erscheinung der europäischen Industrieländer. In West-, Nord- und Mitteleuropa trat der deshalb früher ein, weil hier zuerst die Kinderzahl stark beschränkt wurde und zugleich die Lebenserwartung immer mehr zunahm. Die heutigen Entwicklungsländer werden den Alterungsprozeß schon deshalb nacherleben, weil auch dort eine Begrenzung der Kinderzahl unvermeidlich ist. Schon jetzt schreitet die Alterung der Bevölkerung in großen Teilen Ost- und Südasiens rasch voran.

Das Referat von Dr. H. Bucher von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung in Bonn-Bad Godesberg über "Regionale Aspekte der Alterung der Bevölkerung" konnte wegen Krankheit des Autors nicht vorgetragen werden, lag aber im Manuskript vor. Nach Bucher hat die Suburbanisierung in den alten Bundesländern während der vergangenen Jahrzehnte durch Abwanderung junger Familien aus dem

Kern der Verdichtungsgebiete in das Umland dort zu einer relativ jungen Bevölkerung geführt. Zurück blieben viele Ältere. Demgegenüber treten in den neuen Bundesländern kaum kleinräumige Unterschiede der Altersstruktur auf. Wegen des Nord-Süd-Gefälles der Fertilität sind jedoch in den alten Industriegebieten des Südens höhere Altenanteile entstanden. Modellrechnungen zur weiteren Bevölkerungsentwicklung haben gezeigt, daß sich im Westen die Strukturen umkehren werden, weil die früheren Zuwanderer in den suburbanen Räumen allmählich älter werden. Das macht es in diesen Räumen erforderlich, für die ältere Bevölkerung eine Infrastruktur aufzubauen, die in den Ballungszentren zu einem erheblichen Teil schon besteht.

Der Vormittag des zweiten Tages war medizinischen und sozial-psychologischen Fragen gewidmet. Als erster sprach Professor Dr. R.M. Schütz, Leiter des Klinikums der medizinischen Hochschule Lübeck zum Thema "Die Aussichten auf ein langes Leben in Gesundheit". Die Zitierung einiger klassischer Texte machte deutlich, daß der Wunsch nach einem langen Leben so alt wie die Menschheit ist. Genau so alt sei die Suche nach einem "Jungbrunnen". Diese Suche sei zwar vergeblich, ändere aber nichts an der Berechtigung der Frage nach Wegen zu einem gesunden Alter. In einer Gesellschaft mit immer mehr alten Menschen werde sie sogar besonders dringlich. Voraussetzung für langes Leben in Gesundheit seien Mäßigkeit in allen Dingen, geistige Regsamkeit und ein altersgemäßes körperliches Training. Dabei müsse man sich darüber im klaren sein, daß die Organe unterschiedlich altern. Der Ehrgeiz, es den Jungen in körperlichen Leistungen gleichzutun, sei schädlich.

Professor Dr. A. Amann, Universität Wien, berichtete über Beobachtungen beim "Übergang von der Erwerbstätigkeit in den Ruhestand". Die Bedeutung dieser Lebensphase ergebe sich neuerdings aus der wachsenden Zahl von Regelungen zur Steuerung eines frühzeitigen Übergangs von der Erwerbstätigkeit in den Ruhestand aus arbeitsmarktpolitischen Gründen, dem wachsenden Druck auf die älteren Beschäftigten aus leistungsorientierten Gründen und schließlich der hohen Bereitschaft der Älteren, das Erwerbsleben endgültig zu verlassen. Staatliche Regelungen, betriebliche Vereinbarungen und individuelles Handeln wirkten hierbei zusammen. Der Referent setzte sich in diesem Zusammenhang besonders kritisch mit der Lage der Frauen auf dem Arbeitsmarkt auseinander, die sozusagen in jeder Lebensphase aus verschiedenen Gründen diskriminiert würden. Falsch sei es davon auszugehen, die Arbeitnehmer schieden ungerne aus dem Erwerbsleben aus. Viele seien jedoch nicht in der Lage mit dem Ruhestand als neuem Lebensabschnitt fertig zu werden. Skeptisch wurde die Möglichkeit beurteilt, die Lebensarbeitszeit beliebig auszudehnen. Es werde dabei immer wieder übersehen, daß die Anpassungsfähigkeit des Menschen an neue Anforderungen mit zunehmendem Alter abnehme und ein großer Unterschied darin bestehe, ob jemand bisher hauptsächlich körperlich oder intellektuell tätig gewesen sei.

Das Thema "Was machen wir mit den gewonnenen Lebensjahren?" behandelte Professor Dr. L. Vaskovics von der Universität Bamberg. Aufgrund von Daten aus empirischen Untersuchungen kam der Referent zu dem Ergebnis, daß die Antworten hierauf offensichtlich recht unterschiedlich ausfallen. Dies resultiere nicht zuletzt aus der Tatsache, daß das Alter kein einheitlicher Lebensabschnitt sei; denn man müsse zwischen den rüstigen jungen Alten und den hochbetagten alten Alten unterscheiden. Je nach Geburtsjahrgangskohorten und damit unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Schicksa-

len ergebe sich gerade für die Ältesten eine Fülle unterschiedlicher Sichtweisen, in denen sich die Zeitgeschichte, aber auch der unterschiedliche soziale und bildungsmäßige Hintergrund widerspiegeln. In der Diskussion bestand Einigkeit darüber, daß sich Lebenswelt und Lebensart der Alten in der Zukunft schon deshalb stark verändern würden, weil immer mehr Menschen auf eine qualifizierte Ausbildung zurückblicken können. Ob das Alter mehr als Last denn als Gewinn angesehen wird, hänge selbstverständlich auch stark von der materiellen Lage und der gesundheitlichen Verfassung ab.

Ausgewählte Probleme aus einer sozialstaatlichen Betrachtung der älter werdenden Gesellschaft wurden in einer speziellen Arbeitsgruppe A behandelt. Als erster Referent berichtete Direktor H.W. Müller vom Verband Deutscher Rentenversicherungsträger über die "Finanzierung der Alterssicherungssysteme unter Berücksichtigung der neuen Bundesländer". Da diese nach dem sog. Umlageverfahren und nicht nach dem Kapitaldeckungsverfahren geschehe, reagiere sie besonders empfindlich auf Veränderungen der Altersstruktur; denn die Beitrags- und Steuerzahler, also in erster Linie die Berufstätigen, finanzieren die Leistungen an die Rentempfänger. Es erwies sich, daß eine Verschlechterung der Relation Beitragszahler zu Leistungsempfänger wegen der Alterung der Bevölkerung unausweichlich ist. Sie kann auch kaum durch eine vermehrte Frauenerwerbstätigkeit und durch die vermehrte Beschäftigung von Einwanderern aufgefangen werden, weil sich aus der Entrichtung von Beiträgen später automatisch Ansprüche auf Leistungen ergeben. Am ungünstigsten wird die Lage voraussichtlich zwischen den Jahren 2025 und 2035 sein, weil sich dann die starken Jahrgänge der in den 60er Jahren Geborenen im Rentenalter befinden, und ihre Altersversorgung durch die nachfolgenden schwachen Jahrgänge gesichert werden muß. Besonderen Wert legte der Referent auf die Feststellung, daß die demographische Entwicklung zwar ein besonders wichtiger Bestimmungsgrund für das Funktionieren der Alterssicherungssysteme, auch der Beamten und Freiberufler, sei, es daneben aber auch stark auf die ökonomische Entwicklung ankomme.

Dipl.-Volkswirt S. Dudey von der Universität Bochum hatte sich des Themas "Kosten im Gesundheitswesen" mit dem Versuch angenommen, aus der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen, speziell der Gesetzlichen Krankenversicherung, und der demographischen Struktur auf die künftige Entwicklung der Beitragssätze in einem umlagefinanzierten System zu schließen. Eine wichtige Einflußgröße sind dabei die höheren Krankheitskosten der älteren Bevölkerung im Vergleich zur jüngeren. Die vorgetragenen Modellrechnungen des Referenten zeigten, daß unter plausiblen Annahmen über die Bevölkerungsentwicklung, deren Altersstruktur, den Umfang der Erwerbstätigkeit etc. ein Anstieg der Beitragssätze in der GVK nicht vermieden werden kann, selbst wenn die Kosten der Gesundheit pro Kopf der Bevölkerung nicht schneller steigen als die Pro-Kopf-Einkommen. Doch bezeichnete der Referent den Anstieg von ca. vier Prozentpunkten in den nächsten 40 Jahren wohl zurecht als relativ gering. Er glaubte allerdings nicht, daß es gelingen werde, den Kostenanstieg auf die Wachstumsrate je Einwohner zu begrenzen, da dies schon in der Vergangenheit aus vielen Gründen nicht gelungen sei.

Die Frage "Bekommen wir einen Pflegenotstand?" war das Thema von Dr. W. Rückert vom Kuratorium Deutsche Altershilfe in Köln. Er betonte die vielen Aspekte des Pflegepotentials. Im familialen Hilfenetz sinke das Töchter-Potential und das Ehegattenpo-

tential wegen der Abnahme der Kinderzahl und der Heiratsneigung sowie der Zunahme der Ehescheidungen. Durch das Nachrücken stärkerer, vom Zweiten Weltkrieg verschont gebliebener Männerjahrgänge werde die Pflegebedürftigkeit mehr als z.Zt. ein Männerproblem werden. Andererseits müßten die noch rüstigen Männer verstärkt Pflegeaufgaben übernehmen. Im professionellen Bereich fehle es an einem Pflegeleitbild und wissenschaftlich geschulten Lehr- und Führungskräften. Die Pflegequalität und die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte ließen stark zu wünschen übrig. Es müßten große Anstrengungen in Bezug auf Ausbildung, Arbeitsbedingungen und Vergütung unternommen werden, um den Pflegeberuf auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähiger zu machen.

Im ganzen bestand in der Arbeitsgruppe der Eindruck, daß nur ein schmaler Ausschnitt aus den mannigfachen sozialpolitischen Konsequenzen geboten werden konnte, die sich aus der Alterung der Bevölkerung zwangsläufig ergeben. Bedauert wurde das Fehlen einer Darstellung zu den Problemen der Finanziellen Absicherung im Pflegefall, welche die Politik und Öffentlichkeit wegen ihrer Dringlichkeit schon lange mit Ungeduld beschäftigten.

In der Arbeitsgruppe B sollten die materielle Lage der Älteren und Hilfeleistungen der Generationen im internationalen Vergleich behandelt werden. Doch fielen zwei der drei im Programm hierzu vorgesehenen Referate aus unterschiedlichen Gründen aus. Wegen der Kürze der Zeit konnte nur für ein Referat Ersatz gewonnen werden.

Professor A. Walker von der Universität Sheffield berichtete über den "Lebensstandard und die Lebensweisen der Ruheständler im EG-Bereich". Er hob drei Eindrücke besonders hervor:

- Die in neuerer Zeit eingetretenen Hebungen im Einkommensniveau;
- die in den meisten Ländern nach wie vor bestehende Armut und
- die wachsenden Ungleichheiten zwischen den Menschen im Ruhestand.

Dazu komme bei der älteren Bevölkerung der zunehmende Anteil Alleinlebender. Die damit eng verbundenen Pflegeprobleme wurden im Zusammenhang mit Fragen der Vereinsamung und der gegenseitigen Unterstützung der Generationen behandelt.

M. Reichenwaller von der Universität Frankfurt/Main referierte zum Thema "Informale soziale Netzwerke älterer Menschen in Deutschland". Nach einführenden Bemerkungen wies die Referentin darauf hin, daß vor allem die Haushalte alleinlebender älterer Menschen, also in der Hauptsache die Haushalte älterer Witwen, deutliche materielle und emotionale Defizite aufweisen. Nach wie vor hätten die nahen Verwandten, vor allem die Ehegatten und Kinder für das Wohlbefinden der Älteren eine überragende Bedeutung. Viele Ältere beklagten den Mangel an informeller Unterstützung, doch gebe es kaum eine deutlich defizitäre Gruppe. Insbesondere "jüngere Alte" engagierten sich häufig in Institutionen und in ihrer Umgebung. Die Referentin schloß ihre Ausführung mit dem Hinweis, daß es wegen der zu erwartenden Verkleinerung der verwandtschaftlichen Netzwerke viel mehr als früher notwendig werde, nach Formen der sozialen Einbindung außerhalb der Familie Ausschau zu halten.

Den Abschluß bildeten die Referate von M. Dietzel-Papakyriakou/Universität Essen, über "Die älteren Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland", Professor Dr.

I. Fooker, Universität Siegen zum Thema "Frauen im Alter" und B. Knauth, Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg mit einer Darstellung der "Altersstrukturen in den Regionen Europas - Fakten und Probleme".

Die älteren Ausländer bilden auch nach der Darstellung der zuerst genannten Wissenschaftlerin wegen ihrer geringen Zahl z.Zt. noch keine Problemgruppe. Es wird jedoch erwartet, daß in den nächsten 10 Jahren etwa eine halbe Million früherer Arbeitsmigranten das Rentenalter erreicht. Diese erste Generation der Arbeitsmigranten verfüge wegen unvollständiger Erwerbsbiographien und niedriger beruflicher Positionen im Alter nur über geringe materielle Ressourcen. Von ihnen entscheide sich ein wachsender Anteil für den Verbleib in Deutschland. Vor dem Hintergrund einer langen Verweildauer und vielfältiger objektiver Zwänge sei das noch mehr für die zweite Generation anzunehmen. Die Referentin meinte weiter, die Migration habe zu Familientrennungen und grenzüberschreitenden Familienbindungen geführt. Die daraus entstandene ambivalente Lebensstrategie könne aus psychischen und materiellen Gründen i.d.R. aber nicht lange fortgesetzt werden.

Der größte Teil der Älteren sind Frauen, die zu einem viel höheren Prozentsatz als die Männer allein leben, weil der Ehegatte verstorben ist. Schon deshalb lohne es sich, meinte die Referentin, der materiellen und psychosozialen Situation der älteren Frauen besondere Beachtung zu schenken. Im einzelnen behandelte sie ausführlich die Bedeutung der verschiedenen Familienstandsformen, Fragen des Wohnens, der Betätigungsfelder und der sozialen Rollen sowie der Gesundheit und Sexualität, der spezifischen Situation der Frauen in den neuen Bundesländern, des Einflusses der Frauenforschung auf das Selbstverständnis u.a.m. Sehr beachtet wurde der Hinweis am Schluß, daß die geschlechtsneutrale Betrachtung der Altersfragen die Gefahr in sich berge, den Blick für wichtige geschlechtsspezifische Belange zu verstellen.

Frau Knauth ging davon aus, daß sich der Anteil der über 60jährigen in den Ländern der europäischen Gemeinschaften von z.Zt. etwa 20 % bald auf 25 % erhöhen werde. Das sei für die Gemeinschaft der Anlaß gewesen, ein erstes Dreijahresprogramm für ältere Menschen zu initiieren, das 1993 als Europäisches Jahr seinen Höhepunkt erreicht habe. Den Schwerpunkt der Ausführungen bildeten Fragen des Übergangs von der Erwerbstätigkeit in den Ruhestand und die wachsende Gruppe von Personen, die in ihrem Haushalt allein leben. Es wurde demonstriert, daß in Bezug auf Ruhestandsregelungen und tatsächlichen Übergang vom Beruf in den Ruhestand große nationale Unterschiede bestehen. Die mit dem Alter wachsende Isolierung wurde auf dem Hintergrund der größer gewordenen Unterschiede der Lebenserwartung der Männer und Frauen und den Veränderungen gesehen, welche sich schon seit einiger Zeit im Bereich der Familie abspielen. In der Europäischen Gemeinschaft komme es für diesen Teil der Sozialpolitik darauf an, für alternative Lösungen der Altenprobleme voneinander zu lernen.

Der 1. Vorsitzende der Gesellschaft schloß die Jahrestagung mit dem Dank an alle Mitwirkenden, insbesondere die Referenten, sowie mit dem Dank an die Stadt Bad Homburg, welche die Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt hatte, und an das Bundesministerium für Frauen und Senioren für die sehr beachtliche finanzielle Unterstützung.

The Living Conditions of Older People in the EC*

BY ALAN WALKER

This paper concerns the living standards of older people in the twelve member states of the EC. It draws on two principal sources of information recently published by the EC: the 1993 report of the EC's Observatory on Ageing and Older People and the initial results of the two Eurobarometer surveys on attitudes to ageing and older people carried out for the European Year. The Observatory is a network of EC experts established to monitor the impact of social and economic policies on older people. Each expert prepares a national report and these results are synthesised into an overview covering the whole EC. The Observatory was set up in 1991 and therefore it has only just commenced its task. The Eurobarometer is a public opinion survey conducted simultaneously in each member state and, in 1992, we carried out a special survey of older people as well as a general population survey. (Both surveys included separate samples from the former FDR and GDR.) I thought it would be of interest to combine some of the results of this work and look at the perceptions of the general public and of older people as well as the objective data generated by the Observatory.

Looking at the perceptions of the general public first. When EC citizens were asked about the main problems facing older people in their country two issues were mentioned more than any others: financial difficulties and loneliness. Of the two, financial problems were the most frequently mentioned - with an EC average of just under one in two people saying they regarded this as the main problem facing older people in their country. There were wide variations between countries from a low of 23 per cent in Luxembourg, followed closely by 26 per cent in Denmark to a high of 72 per cent in Portugal - the next highest was the UK with 66 per cent.

Turning to older people themselves, we asked them to describe their current financial situation and the majority feel that they are getting by, with care. Very few described themselves as very comfortable financially. In fact in most countries only a minority of senior citizens regard themselves as either comfortable financially or very comfortable. The three main exceptions are Denmark, Luxembourg and the Netherlands, where something like a 'culture of financial contentment' may be witnessed.

Social gerontologists have long been aware of an apparent paradox whereby older people who, by objective criteria, are suffering poverty and deprivation may nonetheless express, subjectively, satisfaction with their living standards. Further analysis of the survey results will allow us to test this paradox on a European scale.

For the moment it is important to establish that, by a large majority, older people regard themselves as financially secure. Of course there were variations between member states a high of 89 per cent in Denmark and a low of 40 per cent in Greece - and within one of them, Germany, - 78 per cent in the former FDR compared with 57 per cent in the former GDR - but overall more than seven out of ten older Europeans said they were financially secure. So, regardless of the objective situation, there is no sign of widespread feelings of financial insecurity on the part of older people.

Those in the general population survey that had retired were asked whether the pensions (public and private) they receive are adequate. The results show that the Community divides into three groups: those countries where a large majority of older people regard their pensions as adequate (Denmark, Germany, Luxembourg and the Netherlands)-, those where opinion is split on adequacy versus inadequacy (Belgium, France, Ireland, Italy, Spain and the UK); and those where large majorities say pensions are inadequate (Greece and Portugal). This evidence is not concerned with objective measures, but viewed from the perspective of those on the receiving end, the EC's pension systems are not entirely successful. It is only in four member states that most older people seem to be satisfied with their pensions.

The results of a second question to pensioners in the main Eurobarometer survey seem to indicate a relatively high level of frustrated aspirations and perhaps even latent resentment over the level of pensions people had accrued when in employment. We asked them to take into account the contributions they had made during their working lives and then to say whether the pension they now receive allows them to lead the life they would like to lead. Only just over one in eight were definitely positive in their response to this question and the most certain were in Denmark (34 per cent) and Luxembourg (39 per cent). Adding together those who said yes definitely and those who said probably there were what we might call satisfied majorities in Belgium, Denmark, Luxembourg and the Netherlands. Thus in Denmark, Luxembourg and the Netherlands there appears to be a high level of contentment, on the part of pensioners, with the level of the pensions they receive, as both a source of income and a well-earned reward for a working life. The countries in which older people were most definite that their pensions do not produce the living standards they would like after a life-time's contributions are in descending order: Greece (66 per cent), Portugal (56 per cent), Italy and Spain (42 per cent) and the UK (41 per cent).

I now turn to the objective evidence (drawing on the Observatory's work) and there are obvious contradictions between this reality and the perceptions of both the general public and older people. Before looking at the evidence it is important to note the point made by virtually every national expert: there is a distinct lack of detailed information on the living standards of older people. This applies to both northern and southern states. For example the author of the German report comments that 'figures on the actual income situation of older people are unfortunately in scarce supply. The official statistics do not provide the relevant information on a regular basis.' This widespread deficiency in statistics about the living standards of older people is of the utmost importance in policy terms, because it suggests that policy makers do not have access to the information necessary to make informed judgements about priorities. It is hoped that one result of the European Year will be better information about the social

conditions of this large and growing segment of EC citizens. If older people are to be full citizens of the Community policy makers must be better informed about their living conditions.

The information that is available indicates that there are three key features of recent developments in the objective living standards of senior citizens:

- i) the rising living standards of older people, particularly the younger elderly (50-74) or the age group now commonly referred to as the 'third age',
- ii) the persistence of poverty and low incomes among a significant minority in most countries, together with an increased feminisation of poverty in old age;
- iii) the growth of inequalities in income between pensioners, sometimes resulting from income maintenance and pension policies themselves, with gender and generational inequalities being particularly pronounced.

1. Rising Living Standards Among Older People

National reports indicate that, in the majority of countries, the living standards of older people have risen in recent years along with those of the population as a whole. This suggests that economic and social policies have had some measure of success in raising the incomes of older people. However on closer scrutiny this progressive development is seen to derive from different factors in different countries and to be uneven in its impact on the older population, therefore it is not possible to state unequivocally that the economic and social policies of all member states have specifically targeted older people for improvement in living standards or that such policies have been universally beneficial.

In some cases rising living standards are the direct result of positive action by governments to improve the position of older people- For example the French government has actively sought to raise the incomes of older people, regardless of their previous careers, by extending the coverage of the social assistance system. Also in the 1980s retirement pensions were indexed to net wages or prices, whichever is higher, so that they are tied to rises in general living standards. As a result there has been a steep decline in the number of beneficiaries of the minimum pension (minimum *vieillesse*) over the last 30 years. In fact the numbers in receipt of the National Solidarity Fund (FNS) (which comprises the minimum pension plus social assistance) have virtually halved since 1960 (from 2.5 million to 1.3 million in 1989), a decline that is all the more remarkable given the increase in the numbers of older people and the 40 per cent uprating of the minimum that took place in 1981. In 1989 only 15 per cent of people aged 65 and over received allowances from the FNS. In comparison other EC countries, such as Belgium, Greece, Italy and Luxembourg, have seen rises (some slight) in the numbers of older people receiving minimum social assistance benefits, even though the average living standards of older people may have been increasing. For example in Italy the growth in their living standards over the last 40 years is higher than that of the general population. In the UK the numbers receiving social assistance have declined recently, though the longer term trend is upwards, while Ireland has seen a slight decline recently.

The government of the Grand Duchy of Luxembourg recently instituted a National Programme for Older People. In addition there was a 10 per cent revaluation in contributory pensions from 1 January 1992 and the introduction of a guaranteed minimum income. The latter benefit forms part of an Act of 26 July 1991 aimed at combating poverty and provides a universal guarantee regardless of the cause of need. The Spanish government has also actively sought to raise the living standards of older people by, for example, increasing the levels of minimum pensions. Thus the minimum retirement pension for a couple aged 65 increased by 30 per cent in real terms between 1982 and 1992. The widow's pension rose by 40 per cent over the same period. In 1991 the government unveiled a Gerontological Plan intended to further improve the living standards and status of older people. In Denmark the pensions supplement, paid to the worse-off pensioners, has been targeted for increases and, as a result, has nearly doubled in value over the past five years.

Despite examples of pro-active policy intervention to raise the living standards of senior citizens it is still a minority of governments that have taken such action. In the majority of cases rising living standards appear to be primarily a more 'passive' by-product of increases in the scope and coverage of occupational pensions as a result of collective bargaining and pension scheme maturation, that is, the coming to fruition of public pension systems and occupational pension contracts established decades earlier. In the case of countries with earnings-related pension schemes the rising living standards of successive cohorts of older people are built into the pension formulae. For example in the case of the German pension scheme (extended to cover the former GDR on 1 January 1992) there is an automatic annual adjustment in the relative value of the pension. With regard to countries with flat-rate basic pension schemes the main contribution of public policy in these cases is the protection of the basic pension against rises in the cost of living.

To the extent that rising living standards are 'unplanned' and derive from the occupational or private pension sector then the impact will fall unevenly on older people. For example, in the UK, between 1978 and 1988 the average total net income of pensioners rose by over 33 per cent, but the increase for those in the bottom fifth of the income distribution was 14 per cent compared with 52 per cent for those in the top fifth. The cause of these differential income rises is the heavier reliance of high income groups on occupational pensions and investments than on social security, while among low income groups the reverse is true. (In effect these two groups form partially distinct 'consumption classes', and it is the poorer one that is particularly susceptible to changes in public policy.) Between 1979 and 1988 social security rose by only 14 per cent in real terms, compared with 99 per cent for occupational pensions and 110 per cent for investment income. The emergence of a small but growing group of affluent pensioners has created a great deal of corporate and media attention - the so-called WOOPIE (well-off older people) phenomenon.

The only member state to contradict this generally favourable picture of rising living standards is Portugal. Although noting an improvement in living conditions since the revolution in 1974 the national report on Portugal shows that the purchasing power of the old age pension is declining. Thus between 1988 and 1990 'the level of pensions

has decreased in comparison to the evolution of the minimum national wage and to the standard of living of the population in general' (Perista, 1992, p. 7).

Although there has been a general improvement, the picture must be qualified to some extent: there are marked differences in the degree of income protection offered to older people on retirement. One of the main methods of evaluating the effectiveness of pension systems, and the economic and social policies behind them, is to look at the income replacement ratio. This is the ratio between the amount of the retirement pension and the last earned income. This ratio can be calculated in gross terms or net, that is, after deduction of compulsory social contributions and taxes. The net replacement ratio is the better indicator of the two of the effectiveness of a pension scheme even though the objectives of social protection schemes are often expressed in terms of the level of benefits in relation to gross earned income. The replacement ratio, therefore, is an indicator of the level of social protection offered by pensions. It does suffer from one major disadvantage, however, in that it focuses attention on income at the time of retirement, thereby excluding from analysis the older groups that often suffer the greater poverty and deprivation (see below).

Table 1 Net Replacement Ratios of First and Second Tier Pensions in EC Countries 1989¹

	Gross Salary as a Proportion of the average					
	2/3		100		200	
	35-45	20	35-45	20	35-45	20
Number of Years Employed: ²						
Belgium	91	39	88	42	68	43
Denmark	83	82	74	59	72	46
France	94	51	83	46	73	47
Greece	132	125	114	84	99	71
Germany	66	31	69	33	70	35
Ireland	84	84	64	62	61	36
Italy	91	56	92	59	94	57
Luxembourg	85	45	76	44	65	39
Netherlands	90	90	82	67	81	47
Portugal	95	58	98	58	103	59
Spain	96	75	98	73	97	71
UK	73	40	64	34	60	34

Source: Eurostat

Notes: 1. The above table is drawn from a comprehensive analysis of replacement ratios conducted by Eurostat. In order to simplify the presentation it is assumed that the pension is for a married man entitled to a basic or first tier pension together with any compulsory supplementary pension. It is further assumed that the supplementary pension contributes a sum equivalent to 50 per cent of the basic pension for a man working between 35 and 45 years and 25 per cent for one working 20 years. Readers requiring a more detailed picture are advised to consult the Eurostat publication.

2. 35 years: Greece, Italy, Spain
 37 years: Portugal
 37.5 years: France
 40 years: Belgium, Denmark, Ireland, Luxembourg, Netherlands
 45 years: Germany, UK

As can be seen from the table there is quite wide variation between member states in the level of protection their pension schemes offer to people on retirement. Two aspects of the table are worth emphasising. First, there are the variations among member states in the replacement ratios of those that have full labour market careers. For those on average earnings the range stretches from Ireland and the UK at one end, to Greece at the other, with the latter being 78 per cent higher than the former. It must be reiterated that the first column is an 'idealised' model picture for a person with a full labour market career and, furthermore, that the rates shown apply to those retiring in 1989. Earlier cohorts of retirees may not have attained the same rates and in all probability did not do so.

Second, there are the differences within countries in the income protection offered to those with truncated employment records. Again at average earnings the differences in ratios range from 2 per cent in Ireland, which has a non-contributory second pension scheme, to 46 per cent in Belgium. The impact of the citizenship-based pension eligibility policy in Denmark and the Netherlands can be seen clearly from the table: the difference in the replacement ratios for a person with a partial employment record compared with one with a full record in those two countries is less than half of the average difference across all other countries excluding Ireland.

2. The Persistence of Poverty and Low Incomes

Despite generally rising living standards and the achievement of high net replacement ratios in some member states the national reports reveal a continuing problem of poverty among a minority of older people, with the size of the minority varying considerably between countries.

Statistics on poverty among older people represent one of the key deficiencies in the information available to policy makers. This is partly due to the political sensitivity of such data and also to the long-standing controversy concerning definitions of poverty. Because of the lack of reliable recent comparative data and the problems associated with defining poverty it is possible only to begin to take some tentative first steps towards an evaluation of the effectiveness of the pension and wider social protection systems of member states in tackling poverty in old age and the results should be treated with caution. Using two rather minimal national definitions of poverty among older people - the percentage living on or below social assistance levels (sometimes referred to as an 'official' definition) and the percentage living on incomes below half of average disposable earnings - EC countries seem to divide roughly into three groups.

Looking first at those countries with relatively low poverty rates among older people (i.e. those with less than 10 per cent of older people living on or below social assistance). Denmark deserves special attention because there are no statistics kept regarding poverty in Denmark, and the income status of older people cannot be distinguished because pensioners with no other income than the old age pension and allowances do not have to pay tax. But only 0.1 per cent of old-age pensioners and 0.6

per cent of the early retired receive social assistance. However this is partly an administrative artefact created by the eligibility rules for social assistance. (Some 7 per cent of the whole Danish population may be said to be in poverty, defined as having less than DKK 1,000 [125 ECU] per month once all fixed expenses have been paid.) As far as Luxembourg is concerned, in 1986 only 6.7 per cent of older person households lived below the official poverty line (minimum social income) and 7.4 per cent lived below the 50 per cent of average disposable equivalent income standard respectively. Furthermore these figures pre-date the pension reforms of 1987 and 1991 and the introduction of a guaranteed minimum income, as a result of which the percentage living in poverty will have been roughly halved. According to independent survey data the relative poverty of Irish older citizens has seen a dramatic turnaround in the last decade. Taking the 50 per cent of average earnings poverty line the proportion of older people living below it has declined from 24.4 per cent in 1980 to 9.7 per cent in 1987. This is no doubt partly attributable to the 17 per cent real increase in social welfare (social assistance) pensions over this period. It is also likely to owe something to the slow down in the growth of average earnings caused by the very significant increase in the tax burden over the period. Moreover, the fact that the numbers out of work doubled during this period also would have improved the relative income position of older people outside the labour market. Lastly there is Germany (only the old Lander because no data were available for the former GDR) which currently has an official poverty rate of 5.2 per cent among those aged 60 and over (the same rate as in 1970). An equal proportion are entitled to social assistance but do not claim it, which indicates that some 10 per cent of older people live on or below the poverty line- Pensioners' households have higher average incomes per capita than workers' or farmers' households and, moreover, pensioners own considerable amounts of capital and draw sizeable incomes from property. Thus, according to the author of the German national report, Jens Alber, 'German pensioners are better described as living in relative affluence than as living in relative poverty'.

Turning, secondly, to the group of countries with medium rates of poverty among older people (i.e. between 10 per cent and 30 per cent living on or below social assistance levels), France is at the lower end of this group with only 15 per cent of people aged 65 and over (1.3 millions) receiving allowances from the FNS. Moreover, as we have already pointed out, this is despite the old age minimum being increased at a faster rate than inflation. The Netherlands is also in the lower half of the medium group with 17 per cent of people aged 65 and over having disposable incomes on or just above the minimum income regarded by the state as acceptable for various categories of household. Table 2 is reproduced from the Netherlands Report because it shows the variations in income levels between different households and age groups.

Table 2 Households with a Disposable Income up to 105 per cent of the Official Minimum, Netherlands 1985 (percentages)¹

Households	Age groups				
	65-69	70-74	75-79	80+	Total 65+
Single people	22	23	25	33	27
couples without children	7	9	12	16	10
other households	4	5	5	4	4
total under 105%	11	14	18	27	17
total under 125%	26	35	41	49	37

Note: 1. Some small social security payments excluded from disposable income.

Source: Netherlands National Report.

Belgium's precise position is difficult to locate. According to a panel survey conducted by the Centre for Social Policy (CSP) using a subjective poverty index, some 36 per cent of older people were in poverty in 1988. However the EC standard of 50 per cent of average equivalent disposable income suggests a much lower figure of 6.3 per cent. In the absence of more conclusive data it seems safest to lodge Belgium in the medium group. The CSP research also showed that the persistence of poverty was higher among older people than younger age groups, a finding that could be generalised to all countries, and that the position of elderly people is volatile. Thus between 1985 and 1988 one-fifth of those judged to be insecure became secure while as many as two-fifths of the secure in 1985 had become insecure by 1988.

The UK's position is also uncertain. On the basis of the social assistance or 'official' poverty line, in 1987, some 2.8 million older people or 28 per cent of the older population in Great Britain (excluding Northern Ireland) were living on or below the poverty line. (This definition is roughly equivalent to the 105 per cent definition for the Netherlands shown in Table 2.5). But using the UK government's preferred low income standard - the proportion living on incomes below 50 per cent of average incomes after housing costs - some 33 per cent of pensioner couples and 42 per cent of single persons were poor in 1988/89.

The third group with relatively high rates of poverty among older people consists mainly of southern EC states whose welfare systems are less developed than those of the northern EC countries. Italy has a more extensive and longer standing welfare state than the other three countries in this group but there are substantial regional disparities in provision, particularly between urban and rural areas. In 1988 families headed by a person over the age of 65 comprised 22 per cent of all families but 38 per cent of poor families - some 1.5 million people. In the same year the low paid and retired formed the two main constituents of the poor, accounting for two-fifths each of total poverty.

If we compare the south with the centre-north of Italy we find that the incidence of poverty is more than twice as high in the former than the latter. Among those aged 66-75 the poverty rate (as measured by those with disposable incomes below 50 per cent of the average) is 34.1 per cent in the south and 14.9 per cent in the north, while for those aged over 75 the figures are 41.5 per cent and 22.6 per cent respectively. These sorts of variations inevitably complicate international comparisons since, in this case,

the north of Italy has a poverty rate equivalent to the medium level in the EC while the south has a much higher one. According to the authors of the Italian report (in translation):

'...the aged portion of the Italian population is at levels of well-being which are barely adequate for an acceptable standard of living. In particular a broad segment of the elderly population, settled at an income level above the minimum (ISL) and without protection from the state, is subject to a strong risk of poverty.'

They continue,

'Particularly in the southern and depressed regions of the country, the risk of poverty spreads to become a permanent and structural reality for a wide segment of the ageing population.'

Among the remaining southern EC countries the problem of assessing poverty rates is further bedevilled by the lack of data. According to some as yet unpublished data from a recent family budget survey made available to Heloisa Perista by the Portuguese Statistics Institute, 49.6 per cent of pensioners under the age of 75 have incomes below half of the national average net income, while for those over the age of 75 the figure is 68.9 per cent. This compares with a figure of 9.9 per cent for the total population. Thus Perista concludes that 'A great majority of old age pensioners are particularly vulnerable to the incidence of poverty'. In Spain no reliable and detailed national estimate of the living standards of older people has been carried out yet. However survey data reveals that more than half of those aged 65 and over fell below the national minimum wage of 44,040 pesetas (250 ECU's) per month in 1988. This is in spite of the Spanish government's pro-active policy of recent years to concentrate resources on those with the lowest pensions, especially widows. In Greece there is no means tested state minimum income for pensioners, hence a large number (mainly ex-farmers) have to live on very low pensions (with an average value of one-sixth of the minimum wage). In all people aged 65 and over make up one-third of the population in poverty. The actual poverty rate among those aged 65-74 is 26 per cent and for those aged 75 and over it is 42 per cent.

This, admittedly rudimentary, first attempt to evaluate the progress made by EC member states in combating poverty in old age indicates that pension and related social protection systems have not yet succeeded in overcoming this problem. This applies to all countries, even those with the most extensive and long established welfare states, though there are wide variations between them in the outcomes of their social and economic policies. The most successful countries, not surprisingly, appear to be those that have made this problem a policy priority (as discussed in section 2.6 above), though there have been other contributory factors as well. In most EC countries poverty in old age affects women in far larger numbers than men.

The 'New Poor' and the 'Old Poor'

A familiar finding of research on poverty and social exclusion is that the composition of the population living in poverty has altered over the last 10-15 years, with a decline in the proportion of older people and a concomitant rise in the proportion of families with children. Unemployment is the chief cause of this change, together with a rise in the incidence of low pay in some countries and the improvements in pensions discussed earlier. As we have shown also, some countries have previously targeted older people for additional help to try to reduce the incidence of poverty in old age. Sometimes this has been done by redistributing resources from other groups within the ambit of social protection. Whatever the cause the distinction is now commonly made between the old poor and the new poor, though it must be said that this categorisation is more often found in the northern states than the southern ones.

Two key policy issues arise from these observed changes in the composition of the poor. First, how permanent are they? For example, if unemployment falls substantially will the 'new poor' diminish in number and significance and will the 'old poor' slip back to the bottom of the income distribution, as has been the case in the UK recently? If this is to be prevented then clearly economic and social policies need to be directed at social protection in old age as well as the creation of employment. Moreover, as noted earlier, older people's living standards are particularly susceptible to changes in public policy and, therefore, this fact has to be borne in mind by policy makers.

Secondly, despite being a diminishing proportion of the poor in some countries, old age is still a significant indicator of poverty and low incomes even under some of the most successful welfare regimes. Moreover it appears that poverty in old age is becoming increasingly feminised- Thus there is a danger that policy makers might focus their attention exclusively on the newly retired or on the aggregate data and so neglect the persistence of long-term poverty among some older age groups-

While there is evidence of a decline in the incidence of poverty among older people in some countries, retirement and other forms of labour market exit continue to be associated with a fall in income and consequently older people are more likely than younger adults to be found at the bottom of the income distribution and are less likely to be found at the top. For example, although the risk of poverty among older people in Ireland has declined, nearly two out of three are to be found in the bottom two quintiles of the income distribution (30 and 33 per cent respectively) and only 9 per cent are in the top fifth. The position of younger adults aged 21-44 is nearly exactly the reverse: just over two-thirds fewer are in the bottom quintile and three times as many are in the top one. At the other end of the poverty rate scale, Portugal has one-half of its pensioners in the bottom quintile of the income distribution compared with just 6 per cent of non-pensioners. Conversely only 6 per cent of pensioners are in the top quintile compared with 27 per cent of non-pensioners. This means that the sharp drop in income associated with retirement affects middle-class as well as lower socio-economic groups.

So, throughout the EC, retirement and the receipt of a pension is still associated with low incomes relative to those in employment. While some differential between the

incomes of employees and pensioners might be expected, there are major differences between countries are in the degree of inequality and in the size of the relatively deprived older population. One indication of what can be achieved by concerted social and economic policies is provided by France. As a result of the measures outlined earlier the position of older people has advanced considerably relative to those in employment over the last 20 years. For instance, from 1970 to 1985 the real value of retirement pensions has risen by 1.8 times and the old age minimum by 2.6 times compared with a rise in earnings over the same period of 1.4 times. By 1989 official research has shown that older households had, on average, the same standard of living as that of households consisting of two economically active people with two children. It is worthy of note that the French strategy to raise the living standards of older people covered both the third (50-74) and fourth (75 and over) ages.

3. Inequalities in Income Between Pensioners

Regardless of a nation's success in reducing poverty in old age there are continuing differences in living standards among pensioners and in some cases these are widening. The primary inequalities are based on age and gender and, of course, the interaction between the two. On the one hand there are inequalities in income between the recently retired and older age groups, the third and fourth ages. On the other hand women are more likely to live longer and are less likely to have full pension contribution records in employment and, therefore, they are more likely than men to be poor in old age. These generational and gender inequalities represent serious fault lines in the pensions and social protection systems of the majority of member states. They seem to be indicative not simply of the lack of adequate protection given to certain groups of older people from bearing a disproportionate share of deprivation and the need for additional policy measures but, more fundamentally, they suggest that some of the policies themselves may have contributed to the problem.

i) Generational Inequalities

In all EC countries except Denmark inequalities may be observed between younger and older age groups of pensioners (even in Denmark there is a tendency for very elderly women to be poorer than other groups). The combination of factors creating these differences, especially the access gained by newly retired groups, and particularly those in the higher economic groups, to improved occupational and private pension provision and the concomitantly greater reliance of older age groups on the minimum pensions of the state, led a British social policy expert, Richard Titmuss, to warn, nearly 30 years ago, of the emergence of 'two nations' in old age. There are some signs of this sort of separation between younger and older pensioners in some EC countries though the general picture is not one of sharp polarisation between them. What can be said with certainty is that there are generational inequalities in income in eleven out of twelve member states, but also that there are substantial differences in the degree of these income inequalities between countries. The one member state to escape this trend so far, Denmark, is likely to emulate it in future (see below section 2.10).

On the basis of incomplete data it is not possible to categorise all countries, even crudely. However it is possible to distinguish between countries, such as France and Ireland, where generational inequalities appear to be relatively narrow and are not increasing and those, like Belgium, Greece, the Netherlands, Portugal, Spain and the UK, where they are relatively wide. (No age-related data are available for Germany but, taking the older population as a whole the German report notes a 'fairly high degree of inequality' around a large middle income group.) It is also possible to observe trends in two of these contrasting member states. The following table, from the national report on France, reveals a picture of relatively narrow and narrowing generational inequalities.

Table 3: Value of Retirement Pensions According to Age and Sex, France, 1988 (000's Francs)

	Year of birth of retired person				
	1906	1912	1918	1922	Total
Men	5.3	6.1	7.2	7.2	6.6
Women	3.3	3.5	3.7	3.5	3.5
Total	4.3	4.8	5.2	5.2	5.0

Source: French National Report

In the French case one of the main sources of inequality based on age appears to be the presence of younger adults in younger third age households. Thus the taxable incomes of single person households aged over 80 are 86 per cent of those of 61-65 year olds and, for two person households the ratio is 99 per cent. However when larger households are included the average incomes of the over 80s compared with 61-65 year olds, for all household types, falls to 72 per cent. Despite the relatively narrow generational inequalities in France the older age groups are still more likely to rely predominantly on pension income and, therefore, have to have recourse to social assistance. Thus 55 per cent of those in their 80s receive a pension worth less than the old age minimum benefit from the FNS compared with 21 per cent of those in their sixties.

In contrast, in neighbouring Belgium, the risk of poverty (in 1985) was more than three times higher in the 75 and over age group than in the 50-64 group and the probability of experiencing long term poverty three times higher. In Spain those aged 80 and over are more than twice as likely as 60-64 year olds and twice as likely as 65-79 year olds to have very low incomes (less than 20,000 pesetas - 144 ECU's - a month). The average pension in 1991 was 60,800 pts (439 ECU's) for those in the 65-79 group and 42,500 pts (307 ECU's) for those aged 80 and over.

Turning now to trends in generational income differences in old age, the picture of France shown in Table 3 is one of narrowing inequalities between age groups with pension system maturation. In contrast, in Belgium, new dynamic data for the period 1985-88 shows that income inequalities in old age are widening. In fact, remarkably, inequalities in income among the economically active and between the active and retired have remained constant and, therefore, the growth in income differences between the third (50-74) and fourth (75 and over) ages has produced an overall increase in inequality for the population as a whole.

In the UK, as we saw earlier, the arrival of a significant group of relatively affluent older people, quite distinct from the middle income and poor groups, has created the acronym WOOPIE to denote better-off, largely younger, elderly people or third agers. The term 'WOOPIE' has also been used in Belgium. Looking at the EC as a whole it appears that the cases of narrowing generational inequalities (France, Germany and Ireland) are the exceptions rather than the rule.

ii) Gender Inequalities

Linked partly to generational or age-cohort divisions there are differences between male and female pensioners in income and living standards. This issue emerges from virtually every national report as being one of the most pressing ones facing policy makers. The main exception, yet again, is Denmark, though even in that country there is a tendency among single people over 80 for men to have higher incomes than women.

Reference to Table 3 also shows that in the French case where generational differences are narrowing among both men and women, the division in pension levels between men and women has actually increased. Recipients of the means-tested minimum FNS are more likely to be women than men. Likewise, in Italy, the median sum of old age pensions of women is 67 per cent of the male median. There the difference between men and women is particularly noticeable in the fourth age: some 18 per cent of male and 16 per cent of female headed households aged 60-69 have incomes below the 50 per cent of the average household income poverty threshold, but among those aged 80 and over the proportions are 13 per cent and 34 per cent respectively. In Germany the average pension paid to women in 1990 was just 42 per cent of the male average. In 1989 women formed 76 per cent of social assistance recipients aged 60 and over and 83 per cent of those aged 75 and over.

Similar data could be adduced for Luxembourg, the Netherlands, Portugal, Spain and the UK showing that the average incomes of older women are low relative to other younger groups and to older men. The consistency of this finding across virtually the whole of the EC is remarkable: older women, particularly widows, comprise some of the poorest and most socially excluded groups in the Community both north and south - a phenomenon sometimes referred to as the feminisation of poverty in old age.

In Ireland, however, households headed by older women are at a low risk of poverty relative to other age categories, particularly older men (for instance 13 per cent of men aged 65 years or over are below the 50 per cent of average disposable income poverty line compared to 5 per cent of women). One possible explanation for this may be the relatively high proportion of elderly men engaged in farming, an activity that has been identified as carrying a higher risk of poverty compared to other labour force categories.

This observation begs an examination of the causal factors and we shall look at these imminently, but before doing so it is important to establish that these gender differences are not simply a function of the greater longevity of women than men.

There are other factors at work, particularly the different treatment of men and women by social policies. Thus even within the same age cohorts women are likely to have lower living standards than men. For example, in the Netherlands, the mean average ownership of consumer durables is 4.1 among male single person households age 65-74 and 3.1 for single female households. For single person households in the 75 and over age group the averages are 2.7 and 1.9. Interestingly, in contrast to Italy, gender differences in income in Portugal appear to narrow with advanced old age.

iii) Policy Implications

To some extent these observed differences in income between pensioners, based on both age and gender, are a product of social and economic policies. This is not surprising, given the reliance of older people on pension systems but nonetheless it requires some explanation. It is not simply the case that policies have not been applied fully to the problems of socio-economic and gender inequalities in the labour market, though that is a major factor explaining continuing economic insecurity among older women in most countries, but in some cases the policies themselves have helped to create or more usually to have perpetuated such differences. For example in the Greek case pension income is actually more unequally distributed than income from employment, thus adding to overall inequality. Similarly, as we saw earlier, inequalities in income between pensioners in Belgium are widening while those between employees have remained constant.

This is of vital importance, in policy terms, for two reasons. First, it may be a wholly unintended by-product of improvements in pension systems. But, paradoxically, by concentrating on the newly retired or the future pensions of those currently in the labour market the needs of those who have already retired may be neglected to some extent. Secondly, in some countries it is clear that deprivation is heavily concentrated, by the coincidence of generational and gender inequalities, on very elderly women.

Dealing first with age-cohort or generational differences, policy makers in some countries have relied on pension scheme maturation and the growth of occupational and private pensions to improve the living standards of pensioners. But these policies inevitably disadvantage older cohorts of pensioners. Of course this is paradoxical because the policies themselves are progressive and, therefore, cohort specific inequalities occur at successively higher levels of income. The problem was succinctly summarised by the authors of the French report (in translation):

Each generation leaving working life has found better conditions than the generations preceding it; that is why the younger the pensioners are today, the higher are their pensions.

Indeed, as we saw earlier, the French government had been proactive in its policy of raising pensioners' living standards and, by substantially increasing the old age minimum in 1974 and especially in 1981, had tried to protect the position of those older groups not benefiting from pension reforms. But with supplementary schemes contributing around one-quarter of the income of recently retired women workers who were previously earning less than 5,000 francs per month, it is difficult to prevent age-

cohort inequalities emerging without substantial injections of resources. Nonetheless French social and economic policies have been among the most successful in channelling resources to older age groups.

The Spanish government has, over the last decade, also been trying to target resources on those without adequate pension entitlement by raising the minimum and widows' pensions. However due to the fact that this policy was introduced only recently and the extant gender inequalities in pension provision (see below), it has not yet had a major impact on age cohort inequalities. Some other countries have attempted to recognise that poverty is highly concentrated among older age groups. For example, in 1989, the UK government introduced a special supplement for those over 80 and claiming the minimum social assistance benefit.

Turning, secondly, to the related gender inequalities in income the main causal factors are that women's employment patterns differ from men's and, crucially, that the majority of the pension systems in the EC are founded on an employment-testing and/or earnings equivalence requirement. Thus, under both flat-rate and earnings-related basic pension schemes, a contribution record must be built-up in employment. Similarly with supplementary occupational pensions a contribution record must be established to be entitled to one and part-time workers (predominantly female) are usually not allowed to participate in such pensions or to do so on the same basis as full-time employees. Such 'male-orientated' requirements inevitably disadvantage women. Several examples will help to illustrate the point.

The authors of the Italian report note that the public pension system in Italy effectively discriminates against women because it does not take account of their different relationship to the labour market compared to that of men. We have seen that the median amount of old age pension in Italy is lower for women than men. The main underlying cause is their shorter contribution periods: 54 per cent of women receiving a pension have less than 20 years contributions compared to 19 per cent of men (see table 2.4). Thus the onerous voluntary contribution, intended to give people with incomplete contribution records access to the integrated pension is a largely female province (they form 82 per cent of its contributors). Only one in five women have more than 30 years contributions compared to three out of five men. As a corollary, more than four-fifths of social assistance or social pension payments are to women. Some of the systemic reasons why Italian women have shorter pension contribution records than men are the non-recognition of maternity leave, the absence or incomplete coverage of contributions for different kinds of part-time work and the lack of credits to cover periods of interruption of employment caused by the need to provide care to a family member. In Luxembourg, for the 18.5 per cent of personal pensions below the minimum of 25,000 francs (613 ECU's) in 1988 women comprised 72 per cent. Also the majority of older beneficiaries (65+ years) receiving the guaranteed minimum income are women (74 per cent women and 26 per cent men in 1991). In Portugal women are twice as likely to be in the non-contributory pension scheme than in the general contributory one and the benefits paid under the former are only two-thirds of the latter.

The treatment of widows under pension schemes differs between countries, but often they are or have been disadvantaged in the recent past. Thus, in Greece, Portugal and Spain, widows' pensions are lower than other pensions whereas in the UK they are paid at the same rate as the retirement pension. Then there is the uncertain position of divorced women. For example, in the Netherlands, women who were divorced before 1981 are not entitled to their share of the private pension contributed to by their former husbands.

Thus pension systems can maintain and even enlarge gender inequalities created in the labour market. The one main exception in the EC is Denmark, which has a universal flat rate pension that is paid as a right of citizenship (according to residence) regardless of employment record and (unlike the Netherlands, which is the only other country with a first tier pension scheme based on citizenship) at the present time a relatively small private occupational pension sector. Thus there seem to be no inequalities based on age and gender actually built into the public pension system regardless of how they might arise in the labour market. Moreover there is a deliberate policy of redistribution with the result that the distribution of income in old age is considerably flatter than among the employed. However approximately one in three pensioners in Denmark have supplementary pensions and the spread of these pensions is going to increase because of an agreement in 1991 between trades unions and employers to adopt them for the majority of the employed. This policy is likely to herald increasingly age-cohort and related gender inequalities.

Unless citizenship pensions are introduced, Scandinavian style, it is difficult to see how the position of older men and women can be equalised, until that is parity is achieved in the labour market. Some countries have attempted pro-actively to enhance the position of women in national pension schemes. For example the recent major pension reforms in Germany include increased credits for time spent out of paid employment providing care and Parliamentary bills in Italy are proposing to recognise the social contribution of reproduction in a similar way. While fully recognising the importance of these new policies, it must be said that, yet again, these sorts of measures are focused on future pensioners, while on the evidence of the Observatory's national reports reviewed here, one of the key issues facing policy makers is how to improve the living standards of very elderly women today.

Having looked at the three elements of the living standards triad - public perceptions, the opinions of older people and objective statistical data and expert analysis now point to some of the macro policy issues let's bring them all together by referring back to the Eurobarometer study. Not surprisingly those EC countries with the lowest poverty rates also tend to have the most contented pensioners and vice versa.

In the Eurobarometer surveys we asked about the level of income that should be provided by the state to older people. The results reveal strong support in the member states for the public provision of a decent standard of living for older people. The majority of EC citizens believe that older people should have incomes close to average wages rather than at subsistence level.

What about the vexed question of paying for pensions? We also tackled this question head-on in the Eurobarometer. The results reveal a clear distinction between the general public's opinion on the pensions/ taxation equation in those countries with pension levels in the top half of the EC league as compared to those in the bottom half. The former (e.g. Denmark, Germany, France, Belgium) are more likely to have said that pension levels are about right or that they are too low but will have to stay at that level because taxes or contributions should not be increased, while the latter (e.g. Greece, Spain, Portugal, UK) are more likely to have said that they are too low and should be raised even if this means increasing contributions or taxes. The stark difference between the former FDR and GDR is significant in this respect. The minuscule proportions in every member state of people saying that pensions are too high are striking - everyone agrees, pensions are not too high.

Conclusion

So the results of these unique studies sponsored by the EC Commission reveal wide variations in living conditions between older people in the member states, particularly, though not exclusively, on the North/South axis. Indeed the differences are so wide that they stretch the meaning of Community to breaking point and thereby pose a challenge to the EC. But also policy-makers in each of the member states have to recognise that pension systems of most countries have failed to protect the very elderly, among whom older women predominate, which has resulted in a policy conundrum: there is strong public support, in all EC countries, for the provisions of pensions at levels that are close to those of average wage earners, in the Bismarkian rather than the Beveridge mould, but how can such pensions be funded and distributed in ways that do not disadvantage large numbers of people, especially women?

* Paper given to Germany Society for Demography, Bad Homburg, 26 February, 1993

Zur Harmonisierung der Rentenversicherungssysteme in den alten und den neuen Bundesländern

VON HORST-WOLF MÜLLER

1. Einleitung

Die gesetzliche Rentenversicherung (gRV) in der Bundesrepublik Deutschland wurde - vor der Vereinigung - durch das Rentenreformgesetz 1992¹ (RRG 1992) einer grundlegenden Reform unterzogen, durch die das gesamte Leistungsrecht und auch das Finanzierungsverfahren novelliert und als VI. Buch in das Sozialgesetzbuch eingeordnet wurde. Die dritte Lesung dieses Gesetzes im Deutschen Bundestag erfolgte an jenem denkwürdigen 9. November 1989, an dessen Abend der 'Eiserne Vorhang' zunächst in Berlin fiel und die Vereinigung eingeleitet wurde.

Die Rentensysteme der Bundesrepublik und der ehemaligen DDR hatten zwar bis 1948 die gleiche Basis. Seitdem wurden sie jedoch erheblich auseinanderentwickelt. Während in den alten Bundesländern durch die Rentenreform 1957 ein beitragsbezogenes und lohndynamisches Rentensystem entstand, das u. a. durch die Reformen der Jahre 1972 und 1989 (RRG 1992) weiterentwickelt wurde, war das Rentensystem der ehemaligen DDR nur mit geringem Beitragsbezug ausgestattet und stark durch Elemente der Mindestsicherung geprägt. Jegliche Dynamik fehlte.

Wollte man im geeinten Deutschland nicht zwei Rentensysteme parallel weiterführen, stellte sich insbesondere unter dem Aspekt der Gleichbehandlung die Frage, auf welcher Basis die beiden Rentensysteme harmonisiert werden sollten. Der Gesetzgeber hat diese Frage durch das Renten-Überleitungsgesetz² (RÜG) beantwortet: Das Rentensystem der ehemaligen DDR wurde schrittweise in das durch das RRG 1992 gerade novellierte Rentensystem der alten Bundesländer übergeleitet. Zum Verständnis dieser Überleitung ist es nützlich, sich einen sozialpolitischen Indikator ins Gedächtnis zu rufen, der schon bei der Diskussion über das RRG 1992 eine zentrale Rolle spielte: Das Netto-Standardrentenniveau.

Die nachstehenden Ausführungen beschränken sich auf die Rentenversicherungen der Arbeiter (ArV) und der Angestellten (AnV). Die inzwischen in die gRV überführten (oder nicht überführten) Zusatz- und Sonderversorgungssysteme der ehemaligen DDR, deren Leistungen der gRV vom Bund erstattet werden, sollen hier nicht behandelt werden.

2. Das Standard-Rentenniveau und die Anpassungsformel

2.1 Alte Bundesländer

Das Netto-Standardrentenniveau³ ist ein meines Erachtens sinnvoller und vor allem plastischer Indikator zur Messung der Leistungsrelation eines lohdynamischen, allgemeinen Rentensystems. Seine Stärke liegt in der Analyse der Entwicklung im Zeitablauf, weniger in der Messung der Verhältnisse eines bestimmten Jahres.

Grundlage jeder individuellen Rentenberechnung sind die Entgeltpunkte, die für jedes Kalenderjahr des Versicherungsverlaufes als Verhältnis des individuellen, beitragspflichtigen Bruttoarbeitsentgelts zum durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelt⁴ BE aller Versicherten ermittelt werden. Die individuelle Monatsrente ergibt sich stets als Produkt der Summe der individuellen Entgeltpunkte mit dem aktuellen Rentenwert aRw der laufenden Periode und mit dem Rentenartfaktor, der für Erwerbsunfähigkeits- und Altersrenten den Wert 1 besitzt. Unabhängig vom Jahr des Rentenzugangs weisen Renten mit gleicher Summe von Entgeltpunkten deshalb auch im Zeitablauf die gleichen Rentenzahlbeträge auf. Daraus bezieht der Indikator Standardrentenniveau seine Aussagekraft. Das durchschnittliche Bruttoentgelt BE wird seit 1957 jährlich nach der Entwicklung der Brutto-lohn- und -gehaltsumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) fortgeschrieben. Als Durchschnittsverdiener wird ein Versicherter bezeichnet, der in jedem Kalenderjahr durch seine Beiträge einen Entgeltpunkt erwirbt, der also gerade das durchschnittliche Bruttoarbeitsentgelt bezieht.

Beim Standardrentenniveau wird ein Durchschnittsverdiener betrachtet, der 45 Versicherungsjahre zurückgelegt, also 45 Entgeltpunkte erworben hat. Die Brutto-Monatsrente MR^b (als Altersrente, also mit Rentenartfaktor 1) dieses Durchschnittsverdieners mit 45 Entgeltpunkten läßt sich als Produkt der 45 Entgeltpunkte mit dem aktuellen Rentenwert aRw_t ermitteln:

$$(1) MR_t^b = 45 \cdot aRw_t$$

Geht man von einem Standardrentner aus, der in der gesetzlichen Krankenversicherung (gKV) pflichtversichert ist, läßt sich die Netto-Monatsrente MR_t^n durch Abzug der gKV-Beiträge mit dem gKV-Beitragssatz KV_t berechnen:

$$(2) MR_t^n = MR_t^b \cdot (1 - KV_t/2)$$

Für das Standardrentenniveau RN werden die zugehörigen Jahresrenten als Standardrenten SR verwendet. Unter Beachtung der Rentenanpassung zur Jahresmitte (der aktuelle Rentenwert aRw_t eines Jahres t gilt vom 1. Juli dieses Jahres t bis zum 30. Juni des Folgejahres t+1) ergibt sich die Brutto-Standardrente SR_t^b zu:

$$(3) SR_t^b = 45 \cdot 12 \cdot ((aRw_t + aRw_{t-1})/2)$$

Wenn keine weiteren Einkünfte neben der Rente bezogen werden, bleiben Renten in Höhe der Standardrente bei Ledigen wie bei Verheirateten nach derzeitigem Rechtsstand einkommensteuerfrei. Als mit Arbeitnehmern vergleichbare Sozialversicherungsbeiträge fallen gegenwärtig nur die Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner an. Deshalb kann die mit RQ bezeichnete Rentennettoquote aus dem Verhältnis zwischen Netto- und Bruttojahresrente ermittelt werden zu:

$$(4) RQ_t = (MR_t^n + MR_{t-1}^n) / (MR_t^b + MR_{t-1}^b),$$

Die Netto-Standardrente SR_t^n ergibt sich damit zu:

$$(5) SR_t^n = SR_t^b \cdot RQ_t$$

Für unseren Durchschnittsverdiener wird für jedes Jahr t aus dem durchschnittlichen Bruttoentgelt BE_t durch Anwendung der volkswirtschaftlichen Nettoquote⁵ NQ_t das durchschnittliche Nettoentgelt NE_t ermittelt:

$$(6) NE_t = BE_t \cdot NQ_t$$

Dabei wird unterstellt, daß die Belastung mit Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt in Anbetracht der Breitenwirkung der gRV eine zutreffende Typisierung⁶ für den hier betrachteten Durchschnittsverdiener darstellt.

Das Brutto-Standardrentenniveau RN_t^b eines Jahres t wird als das Verhältnis zwischen der Brutto-Standardrente SR_t^b mit 45 Entgeltpunkten und dem durchschnittlichen Brutto-Jahresarbeitsentgelt BE_t im Jahre t definiert:

$$(7) RN_t^b = SR_t^b / BE_t$$

Das Netto-Standard-Rentenniveau setzt die entsprechenden Nettogrößen ins Verhältnis, also die Netto-Standardrente SR_t^n und das durchschnittliche Netto-Jahresarbeitsentgelt NE_t aller Versicherten:

$$(8) RN_t^n = SR_t^n / NE_t$$

Das Schaubild 1 zeigt für die alten Bundesländer die Entwicklung dieses sozialpolitischen Indikators seit 1957. Zusätzlich enthält Schaubild 1 die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Nettoquote NQ , deren Absinken im Zeitablauf belegt, in welchem zunehmendem Ausmaß die Bruttoentgelte im Durchschnitt mit Abgaben belastet worden sind. Anhand von Schaubildes 1 wird auch deutlich, daß das Netto-Rentenniveau durch diskretionäre Eingriffe des Gesetzgebers seit Mitte der 70er Jahre und durch die Beteiligung der Rentner an den Kosten ihrer Krankenversicherung im letzten Jahrzehnt etwa bei 70 % stabilisiert wurde. Diese nicht regelgebundene, faktische Stabilisierung des Netto-Rentenniveaus kann als Vorstufe für die regelgebundene Nettoanpassung durch die Anpassungsformel des RRG 1992 angesehen werden. Im Jahr 1990 sank das Netto-Rentenniveau auf knapp unter 68 % ab, weil die Belastung

der Aktiven durch die dritte Stufe der Steuerreform vermindert wurde. Für 1992 ergibt sich aufgrund vorläufiger Berechnungen ein Netto-Rentenniveau von 68,3 %.

Eine wichtige sozialpolitische Forderung beim RRG 1992 richtete sich auf eine regelgebundene, gleichgewichtige Entwicklung von verfügbaren Arbeitsentgelten und Renten. Sie wurde operationalisiert durch die Anpassungsformel⁷ des SGB VI, die das Netto-Standardrentenniveau stabilisiert. Zur Herleitung der Anpassungsformel des RRG 1992 wird zur Vereinfachung der Darstellung hier die Annahme gesetzt, daß der aktuelle Rentenwert aRw_t eines Jahres t ab 1. Januar des Jahres t und für das gesamte Kalenderjahr t gelten würde. Ein völlig gleichbleibendes Netto-Rentenniveau wäre unter dieser Annahme gewährleistet, wenn gelten würde:

$$(9) \quad SR_t^n / NE_t = SR_{t-1}^n / NE_{t-1}$$

Mit (3) und (6) ergibt sich unter Anwendung der genannten Annahme, nach der in (3) $aRw_t = aRw_{t-1}$ zu setzen ist, der Zusammenhang:

$$(10) \quad (aRw_t \cdot RQ_t) / (BE_t \cdot NQ_t) = (aRw_{t-1} \cdot RQ_{t-1}) / (BE_{t-1} \cdot NQ_{t-1})$$

Löst man diese Gleichung nach der zu bestimmenden Größe, also nach dem aktuellen Rentenwert aRw_t des laufenden Jahres t auf, so ergibt sich die Bestimmungsgleichung:

$$(11) \quad aRw_t = aRw_{t-1} \cdot (BE_t / BE_{t-1}) \cdot (NQ_t / NQ_{t-1}) \cdot (RQ_{t-1} / RQ_t)$$

Wäre diese Bestimmungsgleichung in den alten Ländern anwendbar, so würde unter der genannten Annahme das Netto-Rentenniveau vollständig stabilisiert. Bei einer Anpassung zum 1. Januar⁸ müßte der aktuelle Rentenwert aber vor Beginn des Jahres t bestimmt werden. Zu diesem Zeitpunkt sind aber statistische Unterlagen über Lohnentwicklung und Nettoquoten für das Jahr t noch nicht verfügbar. Um eine statistische Basis zu erhalten, wurde bei der Anpassungsformel⁹ des SGB VI der zeitliche Bezug geändert:

$$(12) \quad aRw_t = aRw_{t-1} \cdot (BE_{t-1} / BE_{t-2}) \cdot (NQ_{t-1} / NQ_{t-2}) \cdot (RQ_{t-2} / RQ_{t-1})$$

Mit dieser Anpassungsformel des SGB VI kann das Netto-Rentenniveau aufgrund von time-lag-Effekten zwar nur näherungsweise stabilisiert werden, man gewinnt aber ein statistisches Fundament für die jährliche Rentenanpassung.

2.2 Neue Bundesländer

Die individuelle Rentenberechnung erfolgt auch in den neuen Bundesländern bei Rentenzugängen ab 1992 auf der Basis von Entgeltpunkten. Zur Ermittlung der individuellen Entgeltpunkte eines Kalenderjahres werden die beitragspflichtigen Bruttoentgelte aus den neuen Ländern jedoch mit einem "Ost-West-Faktor"¹⁰ auf Westniveau hochgerechnet, bevor sie mit dem durchschnittlichen Bruttoentgelt BE dieses Jahres verglichen werden. Der "Ost-West-Faktor" entspricht dabei gerade dem

Verhältnis zwischen den durchschnittlichen Bruttoentgelten in den alten und den neuen Bundesländern. Diese Konstruktion ermöglicht es, im SGB VI mit einem einzigen durchschnittlichen Bruttoentgelt auszukommen.

Für die neuen Bundesländer ist hinsichtlich der Rentenanpassung eine Übergangsregelung getroffen worden. Die Bestimmung des aktuellen Rentenwertes (Ost) orientiert sich auch dort am Netto-Rentenniveau. Konnte man aber in den alten Bundesländern davon ausgehen, daß eine zeitliche Verschiebung der Bestimmungsgrößen um ein Jahr zurück - vgl. (11) und (12) - keine allzu großen Abweichungen von dem Ziel einer Stabilisierung des Netto-Rentenniveaus nach sich ziehen würde, trägt diese Annahme wegen der dort höheren Lohnänderungsraten aufgrund des Aufholprozesses bei Übertragung auf die neuen Bundesländer nicht mehr. Bei zweistelligen jährlichen Lohnzuwachsdaten, wie sie bisher beobachtet wurden, würde die Verwendung von Vorjahreswerten ein vermutlich deutliches Nachhinken beim Rentenniveau zur Folge haben.

Deshalb sieht das geltende Recht vor, daß der aktuelle Rentenwert (Ost) ggf. mehrmals jährlich aktualisiert wird und derart festzulegen ist, daß das Netto-Rentenniveau in beiden Gebieten gleich ist. Zur Klarstellung: Das Lohnniveau, also die Höhe der Löhne, ist in Ost und West noch sehr unterschiedlich. Bezogen auf die jeweils im Durchschnitt erreichten Nettolöhne soll aber in beiden Gebieten das Netto-Rentenniveau gleich sein. Das Verhältnis zwischen der Netto-Standardrente und dem durchschnittlichen Nettoentgelt im Westen soll also ebenso hoch sein wie die Netto-Standardrente im Osten im Verhältnis zum durchschnittlichen Nettoentgelt in diesem Gebiet. Für die neuen Länder ergibt sich die Netto-Standardrente ${}^0SR_t^n$ eines Jahres t deshalb zu:

$$(13) \quad {}^0SR_t^n = {}^0NE_t \cdot {}^wRN_t^n$$

Dabei wird mit 0NE_t das durchschnittliche Nettoentgelt in den neuen Ländern und mit ${}^wRN_t^n$ das Netto-Rentenniveau in den alten Ländern bezeichnet. Der mittlere aktuelle Rentenwert (Ost) ${}^0aRw_t^m$ des Jahres t für die neuen Bundesländer kann damit ermittelt werden zu:

$$(14) \quad {}^0aRw_t^m = {}^0SR_t^n / ({}^0RQ_t \cdot 12 \cdot 45)$$

Dabei bezeichnet 0RQ_t die Rentennettoquote (Ost), die auch hier allein aus der Belastung der Rentner mit Beiträgen zur Krankenversicherung der Rentner abgeleitet werden kann.

Nach dem Entwurf der Rentenanpassungsverordnung 1993 ist zum 1. Juli 1993 in den alten Bundesländern eine Anhebung des aktuellen Rentenwertes um 4,36 % vorgesehen, während der aktuelle Rentenwert (Ost) in den neuen Bundesländern um 14,12 % zunehmen soll. Die Entwicklung der Netto-Standardrenten in beiden Gebieten ist aus dem Schaubild 2 zu ersehen, aus dem sich die Faustformel ablesen läßt, daß die Netto-Standardrenten in den neuen Bundesländern von rund einem Drittel der entsprechenden "Westwerte" im Juni 1990 auf knapp drei Viertel ab Juli 1993 angestiegen sind.

3. Der Rentenbestand in den neuen Bundesländern

3.1 Gründe für die Umwertung des Rentenbestandes in den neuen Ländern am 31. Dezember 1991

Die gRV in den neuen Bundesländern ist seit Anfang 1992 in den Finanzverbund mit den alten Ländern (einschließlich des jeweils zugehörigen Teils von Berlin) eingebunden. Die Einnahmen und Ausgaben der ArV und der AnV in den neuen Ländern beeinflussen deshalb die Höhe des erforderlichen Beitragssatzes. Ein kurzer Blick auf den empirischen Rentenbestand in den neuen Bundesländern vor dem ersten Staatsvertrag und dessen Entwicklung seitdem dürfte deshalb nützlich sein. Wie schon erwähnt: Es werden hier nur reine Renten aus der gRV betrachtet, alle Angaben schließen also Renten mit Leistungen aus Zusatz- und Sondersystemen der ehemaligen DDR aus, deren Kosten vom Bund erstattet werden. Auch Sozialzuschläge, die eine pauschalierte Sozialhilfeleistung ohne Feststellung der Bedürftigkeit in den neuen Ländern darstellen, werden in den Angaben über Rentenzahlbeträge nicht berücksichtigt.

Die Umwertung der Renten in den neuen Bundesländern ist auf erhebliche Kritik gestoßen. Die Notwendigkeit der Umwertung läßt sich jedoch grundsätzlich aus dem Rentensystem der ehemaligen DDR durch Vergleich mit dem der alten begründen. Das DDR-System war statisch. Besonders eine Eigenschaft konnte absolut nicht mit dem SGB VI in Einklang gebracht werden: Trotz gleicher relativer Lohnposition fiel die Rentenhöhe umso niedriger aus, je weiter der Rentenzugang zurücklag. Schaubild 3 zeigt dies am Beispiel der Versichertenrenten von Durchschnittsverdienern mit 45 Arbeitsjahren für ausgewählte Zugangsjahre nach dem Stand vor der Währungsunion.

Dies ergab sich insbesondere aus gleichen Festbeträgen für alle Versicherten (abhängig von den Arbeitsjahren erst seit Dezember 1989) und aus der Anhebung auf Mindestbeträge zum Ausgleich fehlender Dynamisierung. Sie sorgten im Rentensystem der ehemaligen DDR¹¹ für eine Mindestsicherung mit sehr geringem Beitragsbezug und stark streuenden Rentenniveau-Werten (zwischen 49 % bei Zugang 1970 oder früher und 61 % bei Rentenzugang 1990 bei Durchschnittsverdienern mit 45 Arbeitsjahren).

Die Anhebung¹² zum 1. Juli 1990 war ein erster Schritt zur System-Angleichung; sie erfolgte in Abhängigkeit vom Rentenzugangsjahr und von der Zahl der Arbeitsjahre, um die bei gleicher Lohnrelation je nach Zugangsjahr unterschiedlichen Rentenhöhen für Durchschnittsverdiener zu egalisieren. Die Anhebungssätze waren derart berechnet, daß die Netto-Monatsrenten von Durchschnittsverdienern mit 45 Arbeitsjahren unabhängig von Jahr des Rentenzugangs (vgl. Schaubild 3) 672 DM erreichten, was nach seinerzeitigem Kenntnisstand einem Netto-Rentenniveau von 70 % entsprach. Bei höherer Zahl von Arbeitsjahren wurde ein entsprechend höherer Zahlbetrag erreicht, bei geringerer Zahl von Arbeitsjahren ein entsprechend niedrigerer. In der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit war eine stärker differenzierende Anhebung der Renten in den neuen Ländern nicht durchführbar.

Was dabei noch unberücksichtigt blieb, waren die Verteilungsrelationen innerhalb des Systems. Durch Mindestbeträge hatten in einer großen Zahl von Fällen auch Renten den Zahlbetrag des Durchschnittsverdieners erreicht (oder waren durch diesen eingeholt worden), die bei gleicher Zahl von Arbeitsjahren beispielsweise nur Beiträge für 75 % (oder sogar für 125 %) des Durchschnittsentgelts entrichtet hatten. Die im Rentenrecht der ehemaligen DDR - allerdings fast ausschließlich nur in der Pflichtversicherung, nicht in der freiwilligen Zusatzrentenversicherung (FZR) - vorgesehenen Zurechnungszeiten zum Beispiel für Frauen bei langjähriger Beschäftigung oder bei Kindererziehung führten in Verbindung mit der an der Zahl der Arbeitsjahre anknüpfenden Rentenanhebung zum 1. Juli 1990 zu weiteren Verzerrungen¹³ der Verteilungsstruktur der Renten.

Die folgenden linearen Anpassungen zum 1. Januar 1991 und zum 1. Juli 1991 um je 15 % sollten für Durchschnittsverdiener mit 45 Arbeitsjahren ein Netto-Rentenniveau von 70 % sichern. Dies richtete sich allein am Durchschnittsverdiener aus. Die aus den beitragspflichtigen Löhnen abgeleiteten Rangstellen entsprachen nach wie vor in keiner Weise dem, was ein lohndynamisches System mit Bindung an die Beitragsleistung erfordert. Eine Gleichbehandlung der Rentner im vorhandenen Rentenbestand in den alten und den neuen Bundesländern, aber auch eine Gleichbehandlung von Bestand und Zugängen ab 1992 in den neuen Ländern war praktisch nur durch eine Umwertung zu erreichen, wenn man auf Dauer das Bestehen zweier unterschiedlicher Rentensysteme in Deutschland vermeiden wollte.

Die Begründung für die Umwertung soll anhand des Schaubildes 4 erläutert werden, das zur Vereinfachung die mit der Umwertung zusätzlich verbundene Anhebung auf Bruttorenten vernachlässigt und nur die gezahlten Renten darstellt. Als Beispiel wird zunächst ein Versicherter betrachtet, der 45 Arbeitsjahre zurückgelegt und jährlich 0,75 Entgeltpunkte erworben hat. Bei Rentenzugang im Jahr 1970 war dessen Rente aufgrund der Mindestbeträge des Rentenrechts der ehemaligen DDR trotz geringerer Beiträge zum Dezember 1991 (mit netto 889 DM) ebenso hoch wie die des Durchschnittsverdieners. Bei gleichen Entgeltpunkten erhielt ein Rentner mit Rentenzugang 1989 zu diesem Zeitpunkt mit 738 DM eine um 17 Prozent niedrigere Netto-Monatsrente. Um bei diesem Beispiel zu bleiben: Mit 45 Arbeitsjahren und 0,75 Entgeltpunkten pro Jahr konnten drei Viertel der Rente des Durchschnittsverdieners (mit 45 Arbeitsjahren) in eine dynamische Rente überführt werden; diese dynamischen Renten nach der Umwertung sollen hier kurz als SGB VI-Renten bezeichnet werden. Da eine Rentenminderung infolge der Umwertung ausschied, wurde die Differenz zur bisher gezahlten Rente besitzgeschützt. Sie wird als Auffüllbetrag undynamisiert bis 1995 weitergezahlt und soll danach schrittweise auslaufen. Das Schaubild 4 zeigt auch das Ergebnis nach Umwertung und Anpassung zum 1. Januar 1992 um 11,65 Prozent. Da sich diese nur auf die dynamische SGB VI-Rente bezog, nicht aber auf den Auffüllbetrag, ergab sich in diesem Beispiel bei Rentenzugang 1970 per Saldo ein Zuwachs der Rentensumme um 8,7 %. Bei Rentenzugang 1989 und gleichen Entgeltpunkten ergibt sich die gleiche dynamisierbare SGB VI-Rente, aber ein geringerer Auffüllbetrag, weil die bis Dezember 1991 gezahlte Rente (mit 738 DM) niedriger war. Die Zunahme der Rentensumme fiel in diesem Beispiel mit 10,5 % höher aus als im vorigen.

Das Schaubild 4 zeigt als weiteres Beispiel die Rente eines Versicherten mit 1,1 Entgeltpunkten pro Jahr und 45 Arbeitsjahren. In diesem Beispiel ergab bereits die Umwertung eine - je nach Zugangsjahr unterschiedlich hohe - Anhebung der Rente, die für alle Zugangsjahre die gleiche Rentenhöhe herstellte.

Das - in den alten Ländern bis auf Ausnahmen (zum Beispiel bei Rententeilen aufgrund von Höherversicherungsbeiträgen) unbekannt - Problem ungleicher Anhebungssätze der (Summe der) Rentenzahlbeträge bei der Anpassung ist noch lange nicht ausgestanden. Bis zum Auslaufen der Auffüllbeträge ist in den neuen Ländern in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle damit zu rechnen, daß die Anhebung der Renten aus dem am 31. Dezember 1991 vorhandenen Bestand¹⁴ durch die Anpassung und die Zunahme des aktuellen Rentenwertes (Ost) nicht übereinstimmen. Ein weiteres Problem: Die Beitragszahler in den alten Ländern finanzieren mit ihren Beiträgen eine Leistung mit, die sie selbst aufgrund ihrer Beiträge nicht erwerben können, eine Folge der von der Selbstverwaltung der gRV und vom Sozialbeirat kritisierten Finanzierung dieser Folgewirkung der Vereinigung aus Beitragsmitteln. Die finanziellen Auswirkungen dieses Bestandsschutzes bei den Renten nach dem RÜG - dem Grunde nach Lasten des Beitritts und somit nicht der Finanzierungsverantwortung der Solidargemeinschaft zuzuordnen - sind mit jährlich etwa 6,6 Mrd. DM oder rund einem halben Beitragssatzpunkt nicht vernachlässigbar.

3.2 Zur Durchführung der Umwertung des Rentenbestandes

Wie erwähnt: Bei Rentenzugängen ab 1992 erfolgt die Berechnung der Entgeltpunkte als Kernstück der Rentenfeststellung auch in den neuen Ländern aufgrund der individuellen, beitragspflichtigen Bruttoentgelte des Versicherten, für Zeiten vor der Währungsunion aufgrund der Zusammenfassung der Beiträge aus der Pflichtversicherung und aus der FZR. Bei den am 31. Dezember 1991 laufenden Renten des Bestandes schied eine derartige Berechnung aus, weil entsprechende Daten der individuellen Versicherungsverläufe - wenn überhaupt - nur durch die Sachbearbeitung aufgrund der Rentenakten hätten erarbeitet werden können. Bei den laufenden Renten des Bestandes kam deshalb ein maschinell durchführbares, pauschaliertes Verfahren¹⁵ zur Feststellung der Entgeltpunkte zur Anwendung.

Dieses maschinelle Verfahren zur praktischen Durchführung der Umwertung¹⁶ kann hier nur kurz skizziert werden. Für die laufenden Renten aus der Pflichtversicherung in den neuen Ländern enthielten die maschinell auswertbaren Datensätze das individuelle, beitragspflichtige Monatsdurchschnittseinkommen in den letzten 20 Jahren bis zum Ende der letzten versicherungspflichtigen Beschäftigung oder Tätigkeit vor Rentenbeginn, wenn auch ohne Angaben darüber, wann letztere beendet wurde. Für die Renten aus der FZR waren die Anzahl der Beitragsmonate in der FZR und das mit Beiträgen belegte, die Beitragsbemessungsgrenze in der Pflichtversicherung (seit 1948 unverändert 600 M/Monat) übersteigende, monatliche Durchschnittseinkommen verfügbar. Aus diesen Angaben sind die Entgeltpunkte für die Umwertung pauschaliert ermittelt worden.

In der Pflichtversicherung wurde das 240fache des individuellen, monatsdurchschnittlichen Verdienstes gebildet, bei den Zusatzrenten aus der FZR das Produkt aus der Zahl der Beitragsmonate und dem durchschnittlichen, mit Beiträgen belegten Monatseinkommen. Die Summe dieser mit Beiträgen belegten Verdienstsommen diente als individuelles Gesamtdurchschnittseinkommen und wurde mit Tabellenwerten¹⁷ verglichen, die in Abhängigkeit vom Jahr vor dem Rentenbeginn für Durchschnittsverdiener entsprechend berechnet waren. Derart war es möglich, den Renten im Rentenbestand der neuen Länder mit einem maschinellen Verfahren Entgeltpunkte zuzuordnen, die der Beitragsleistung entsprachen. Sie wurden - entsprechend der Funktion der Beitragsbemessungsgrenze im SGB VI - auf 1,8 pro Jahr begrenzt. Analog zur Regelung der Rente nach Mindesteinkommen wurden die Entgeltpunkte bei der Umwertung, wenn sie pro Jahr niedriger waren als 0,75 und mindestens 35 Arbeitsjahre vorlagen, auf Mindestentgeltpunkte, also auf das Eineinhalbfache - maximal auf 0,75 - pro Jahr angehoben. Die Summe der Entgeltpunkte wurde für jedes bei der Rentenberechnung berücksichtigte Kind um 0,75 erhöht. Durch Multiplikation der Summe der Entgeltpunkte mit dem aktuellen Rentenwert (Ost) am 31. Dezember 1991 in Höhe von 21,11 DM wurden die dynamisierbaren Renten ermittelt, die hier - wie erwähnt - kurz als SGB VI-Renten bezeichnet werden.

Andererseits wurden die bereits gezahlten Renten um 6,84 % erhöht, um eine Brutto-Monatsrente nach altem Stand zu erhalten. War diese höher als die SGB VI-Rente, wurde der Differenzbetrag als Auffüllbetrag neben der umgewerteten SGB VI-Rente weitergezahlt. Das Verfahren wurde für Versichertenrenten und für Witwenrenten getrennt durchgeführt. Versicherten- und Witwenrenten wurden also einzeln besitzgeschützt, auch wenn sie an die gleiche Person gezahlt wurden, was die Kosten für Auffüllbeträge beträchtlich (um etwa 2 Mrd. DM pro Jahr) erhöht hat. Daß - wie gezeigt werden wird - ein hoher Anteil von Renten einen Bestandsschutz in Form des Auffüllbetrages erhält, hat verschiedene Ursachen. Hierzu zählen unter anderem die verschiedenartigen Zurechnungszeiten¹⁸ des Rentenrechts der ehemaligen DDR, die zum Beispiel bei langjähriger Tätigkeit oder bei Kindererziehung für Frauen zur Anwendung kamen und in Verbindung mit der von der Zahl der Arbeitsjahre abhängigen Anhebung der Renten zum 1. Juli 1990 und den folgenden linearen Anpassungen ein weit höheres Gewicht erhielten, als im Rentenrecht der ehemaligen DDR vorgesehen war.

Die Ergebnisse¹⁹ der Umwertung des Rentenbestandes am 31. Dezember 1991 unter Einbeziehung der Anpassung der SGB VI-Rententeile zum 1. Januar 1992 sind in den Übersichten 1 und 2 nach dem Rentenfallkonzept zusammengestellt. Diese Übersichten enthalten auch Angaben über die Zahl der Fälle, in denen der Zahlbetrag nach Umwertung und Anpassung höher, gleich hoch oder niedriger war als vor der Umwertung. Auch hier gilt, daß nur gRV-Renten betrachtet werden: Die überführten oder nicht überführten Zusatz- und Sonderversorgungssysteme der ehemaligen DDR bleiben außer Betracht.

Zu den Ergebnissen der Übersicht 1 für Männer ist anzumerken, daß rund 43 % der Rentner - fast ausschließlich Versichertenrentner - keinen Besitzschutz in Form von Auffüllbeträgen benötigte. Die durchschnittliche Versichertenrente (netto) ist bei ihnen

durch die Umwertung um knapp 21 % gestiegen. 57 % der Rentner erhalten einen Besitzschutz in Form von Auffüllbeträgen, darunter fast alle Waisenrenten. Eine Absenkung des Zahlbetrages ist nur in wenigen Fällen von Witwerrenten (durch Einkommensanrechnung) beobachtet worden.

Die Ergebnisse für Frauen in der Übersicht 2 zeigen, daß rund 28 % der Renten ohne Besitzschutz auskamen, darunter die überwiegende Mehrzahl der Witwenrenten, die vorher zum großen Teil stark gekürzt als zweite Leistung gewährt wurden. Diese Renten sind durch die Umwertung und die anschließende Anpassung auf das 2,75fache angestiegen. Bei den Versichertenrenten an Frauen kamen dagegen überwiegend Auffüllbeträge als Besitzschutz zum Zuge. Im Durchschnitt haben diese Renten durch Umwertung und Anpassung um 7,6 % zugenommen.

3.3 Der Rentenbestand in den neuen Ländern

Ein kurzer Blick auf den empirischen Rentenbestand in den neuen Bundesländern eröffnet auch eine Perspektive auf zukünftige Belastungen der gRV. Die empirische Entwicklung der durchschnittlichen Nettozahlbeträge der Versichertenrenten in den neuen Bundesländern im Schaubild 5 zeigt für die Männer von Juni 1990 bis Januar 1993 einen Anstieg um 150 %, bei den Frauen hat sich der durchschnittliche Zahlbetrag (ohne Sozialzuschlag) im gleichen Zeitraum um 105 % erhöht, als mehr als verdoppelt.

Geht man den Bestimmungsfaktoren der tatsächlich geleisteten Renten nach, die für den letzten Anpassungstermin am 1. Januar 1993 im Schaubild 6 dargestellt sind, dann weisen schon die durchschnittlichen Versichertenrenten an Männer im Vergleich zu den alten Bundesländern mit 77 % eine bessere Ost-West-Relation auf als die Standardrenten mit 66 % (vgl. Schaubild 2) zum gleichen Zeitpunkt. Bemerkenswert ist das Ergebnis bei den Frauen, weil es die unterschiedlichen gesellschaftlichen Realitäten dokumentiert. Die durchschnittliche Netto-Versichertenrente an Frauen liegt seit Januar 1993 in den neuen Ländern mit 863 DM über dem entsprechenden Betrag in den alten Ländern, der sich zu 726 DM ergeben hat. Die Ost-West-Relation für empirische Durchschnittsrenten an Frauen liegt mithin im 1. Halbjahr 1993 bei 119 %.

Zu den Gründen hierfür zeigt das Schaubild 6 auch die Mittelwerte für die wesentlichen Komponenten der Rentenberechnung: die durchschnittlichen Versicherungsjahre und die durchschnittlichen Entgeltpunkte pro Jahr in den Versichertenrenten, wobei darauf hinzuweisen ist, daß es sich bei den neuen Ländern nur um den Ende 1991 vorhandenen, umgewerteten Rentenbestand handelt. Im Durchschnitt bringen sowohl die Männer als auch - und in erheblich größerem Umfang - die Frauen eine höhere Zahl von Versicherungsjahren in die Rente ein. Bei den Entgeltpunkten sind die Unterschiede zwischen den alten und den neuen Ländern nicht derart erheblich.

Bemerkenswert sind die im Schaubild 7 dargestellten Ergebnisse der Bestandsaufnahme der umgewerteten Renten hinsichtlich der Entwicklung der Versiche-

rungsjahre (Arbeitsjahre) in Abhängigkeit vom Jahr des Rentenbeginns, weil sie für die Zukunft einiges erwarten lassen. Das Schaubild 7 zeigt die Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitsjahre in den Versichertenrenten der neuen Länder nach dem Zugangsjahr. Bei den Frauen ist nach Schaubild 7 ein Anstieg der nachgewiesenen Versicherungsjahre von durchschnittlich 26 bei Rentenzugang 1972 auf 36 bei Rentenzugang 1990 beobachtet worden, und zwar bereinigt um die Kindererziehungsjahre. Vergleicht man mit den entsprechenden West-Werten, ist dort ein entsprechender Anstieg nicht festzustellen. Dabei mögen sich in den alten Bundesländern Effekte überlagern, denn die seit 1984 wirksame Verkürzung der Wartezeit für Altersrenten auf 5 Jahre hat sich in Verbindung mit den 1986 eingeführten Kindererziehungszeiten natürlich in Form zusätzlicher Rentenzugänge mit geringerer Zahl von Versicherungsjahren ausgewirkt. Dennoch: die durchschnittlichen Versicherungsjahre der Frauen verharren im Rentenzugang der alten Länder bisher bei etwa 21 Jahren.

Das Problem bei der Umlagefinanzierung ist evident. Die gRV bildet Erwerbsverläufe mit Zeitverzögerung in den Rentenhöhen ab. Wenn die Zeichen nicht trügen, ist damit zu rechnen, daß sich die Erwerbsbeteiligung der Frauen in den neuen Ländern der in den alten Ländern angleichen wird; darauf deutet zur Zeit auch die Arbeitslosen-Statistik hin. Wenn sich dies bestätigt, dann werden mit den Beitragseinnahmen auf der Basis der abgesunkenen Erwerbsbeteiligung die Rentenausgaben aufgrund der früher bei höherer Erwerbsbeteiligung erworbenen Rentenansprüche finanziert werden müssen. Der Prozeß zieht sich über Jahrzehnte hin, ist aber aufgrund der gegenwärtigen Datenlage nur schwer quantifizierbar.

4. Zur mittel- und längerfristigen Finanzentwicklung von ArV und AnV

4.1 Zu den Datengrundlagen

Die vorhandenen Datengrundlagen für eine sachlich richtige Einschätzung der Finanzentwicklung der gRV sind gegenwärtig sowohl für den mittel- als auch für den längerfristigen Zeitraum noch recht unsicher. Es fehlen statistische Grundlagen, die in den alten Ländern selbstverständlich geworden sind und zur Sicherheit der Abschätzung der künftigen Finanzentwicklung der gRV beitragen. Da die beitragspflichtigen Entgelte der Versicherten erst seit 1992 von den Arbeitgebern an die Träger der gRV übermittelt und dort gespeichert werden, ist frühestens Anfang 1995 mit auswertbaren Ergebnissen der Pflichtversicherten-Statistik zu rechnen. Noch weitere ein bis zwei Jahre werden vergehen, bis Ergebnisse der Statistiken über vorhandene Rentenanwartschaften der Versicherten vorliegen werden. Durch die - seit Ende 1992 behobenen - Verzögerungen bei der Fertigstellung der Rentenrechnungsprogramme wird es noch bis Anfang 1994 dauern, bis statistische Unterlagen über den Rentenzugang zur Verfügung stehen, die unter anderem zur Ermittlung von Zugangshäufigkeiten und hinsichtlich der in den neuen Ländern nach SGB VI berechneten Rentenzahlbeträge benötigt werden.

Weil für die neuen Bundesländer noch so wenige Daten verfügbar sind, können die Modellrechnungen im mittel- wie im längerfristigen Bereich gegenwärtig nur als grobe Abschätzungen bezeichnet werden, denn nach aller Erfahrung vergrößern sich die Fehlermöglichkeiten einer Modellrechnung über die künftige Finanzentwicklung erheblich, wenn schon die Basisdaten nicht sicher sind.

4.2 Das Finanzierungsverfahren für ArV und AnV

Höhe und Dynamik der Leistungen der gRV sind weitgehend durch Gesetz oder Verordnung festgelegt. Die Variable des Finanzierungsverfahrens ist deshalb der Beitragssatz. Er soll nach dem SGB VI seit 1992 für ArV und AnV gemeinsam durch Rechtsverordnung²⁰ der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates alljährlich derart festgelegt werden, daß nach der Finanzierung aller Leistungsausgaben am Jahresende bei ArV und AnV zusammen liquide Mittel der Schwankungsreserve in Höhe einer Monatsausgabe zu eigenen Lasten vorhanden sind. Die Rechtsverordnung, durch die der Beitragssatz für ein bestimmtes Jahr t festgelegt wird, soll bis Ende September des Vorjahres $t-1$ vorliegen. Nach einer Übergangsvorschrift sollte jedoch der Ende 1991 geltende Beitragssatz (von 17,7 Prozent) so lange beibehalten werden, bis erstmals ein höherer Beitragssatz erforderlich wird. Abweichend hiervon wurde der Beitragssatz für 1993 durch das Haushaltsgesetz 1993 des Bundes nochmals auf 17,5 Prozent abgesenkt.

Bei der Ermittlung des richtigen Beitragssatzes ist also eine Schätzung aller wichtigen ökonomischen Einflußfaktoren und aller Einnahme-, Ausgabe- und Vermögenspositionen von ArV und AnV für eineinhalb Jahre erforderlich. Dabei sind Schätzfehler unvermeidlich. Wenn sich diese Schätzfehler im normalen Rahmen (erfahrungsgemäß bis zu 0,2 Monatsausgaben in beiden Richtungen) halten, dürfte durch die Wahl des Grenzbetrages für die liquiden Mittel in Höhe einer Monatsausgabe am Jahresende - das entspricht aufgrund der saisonalen Entwicklung 0,6 bis 0,7 Monatsausgaben am Ende der Vormonate - ausreichend Spielraum zum Ausgleich der Folgen auftretender Schätzfehler vorhanden sein, ohne die Bundesgarantie in Form zinsloser Darlehen des Bundes als letzter Absicherung der Zahlungsfähigkeit der gRV zu benötigen.

Das Finanzierungsverfahren des RRG 1992 verbindet notwendige Veränderungen des Beitragssatzes durch einen quasi sich selbst regulierenden Steuerkreis mit weiteren Folgeänderungen:

- bei einer Veränderung des Beitragssatzes werden auch die Bundeszuschüsse (zusätzlich zur normalen Fortschreibung nach der Veränderung der Bruttojahresarbeitsentgelte) nach der Veränderung des Beitragssatzes fortgeschrieben und
- eine Beitragssatzanhebung, die ja die Entwicklung der verfügbaren Arbeitsentgelte beeinflusst, wird über die Nettoanpassung auch für die Renditedynamik wirksam.

Die Zielsetzung dieses 'Regelmechanismus' ist eindeutig zu erkennen: Ein mit einer Anhebung des Beitragssatzes verbundener Belastungsanstieg soll nicht allein von den Beitragszahlern getragen werden, sondern auf Beitragszahler, Bund und Rentner verteilt werden, ohne daß es bei jeder Rentenanpassung einer erneuten Entscheidung des Gesetzgebers über die Verteilung des Belastungsanstiegs bedarf. Als Faustformel kann man bei einer Betrachtung über mehrere Jahre hinweg davon ausgehen, daß drei Viertel einer möglichen Zusatzbelastung von den Beitragszahlern, 15 Prozent durch die formelbedingte Anhebung der Bundeszuschüsse und etwa ein Zehntel durch verminderte Anpassung der Renten finanziert werden.

4.3 Zur mittel- und längerfristigen Finanzentwicklung

Zur Abschätzung der künftigen Finanzentwicklung von ArV und AnV werden deterministische Modelle²¹ eingesetzt, in die neben rentenversicherungsspezifischen Basisdaten eine Reihe von Annahmen über gesamtwirtschaftliche, ökonomische Eckdaten eingehen, insbesondere auch Annahmen über die Arbeitsmarkt- und Lohnentwicklung in den alten und in den neuen Bundesländern. Die wichtigsten Annahmen für die hier vorgelegte Modellrechnung über die mittelfristige Finanzentwicklung von ArV und AnV sind in der Übersicht 3 zusammengestellt. Sie basieren auf den gegenwärtigen Annahmen der Bundesregierung zur mittelfristigen Finanzplanung (Stand Mai 1993).

Unter Berücksichtigung der Beitragseinnahmen in den ersten vier Monaten des Jahres 1993 ergeben Modellrechnungen auf der Basis dieser Annahmen, daß der seit dem 1.1.1993 nochmals auf 17,5 % abgesenkte Beitragssatz nur 1993 auf diesem seit 1973 niedrigsten Stand gehalten werden kann, denn die Ende 1992 vorhandenen liquiden Mittel der Schwankungsreserve werden voraussichtlich im Verlaufe des Jahres 1993 bis auf etwa 1,3 Monatsausgaben abgeschmolzen werden. Für 1994 ergibt unsere Schätzungen bei unverändertem Rentenrecht die Notwendigkeit einer Anhebung des Beitragssatzes auf etwa 19,3 %. Das temporäre Absinken auf 19,0 % im Jahre 1995 beruht auf der im RRG 1992 festgelegten Anhebung der Bemessungsgrundlage für Beiträge auf Lohnersatzleistungen - wie Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Krankengeld usw. - auf 80 % des zuvor verdienten Bruttoentgelts. Dies ist geltendes Recht und wird die Abhängigkeit der Rentenfinanzen von der konjunkturellen Entwicklung am Arbeitsmarkt erheblich vermindern.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt läßt sich weder die Arbeitsmarkt- noch die Lohnentwicklung so genau einschätzen, daß eine zuverlässige Prognose des Beitragssatzes für 1994 möglich wäre. Dies ist auch erst im Herbst 1993 mit einer breiteren Datenbasis erforderlich, denn die Rechtsverordnung über die Höhe des Beitragssatzes für 1994 soll bis zum 30. September 1993 vorliegen.

Auch für die längerfristigen Modellrechnungen über die Finanzentwicklung gelten die methodischen Einschränkungen hinsichtlich der Sicherheit der Datenbasis. Deshalb soll hier nur ein Ausblick auf die längerfristige Entwicklung gegeben werden. Längerfristige Modellrechnungen über die Finanzentwicklung der gRV mit einer

Reichweite von 15 Jahren werden alljährlich im Rentenversicherungsbericht (RVB) der Bundesregierung vorgelegt. Er enthält in der Regel Modellrechnungen mit jeweils drei alternativen Beschäftigungs- und Lohnvarianten für die alten und die neuen Bundesländer, die geeignet zu 9 Modellvarianten kombiniert werden. Der RVB 1993 soll Ende Juli 1993 vorgelegt werden und bis zum Jahr 2007 reichen.

Ohne diesem Bericht vorgreifen zu wollen, der auch eine aktuellere Datenbasis verwenden wird, ist aus gegenwärtiger Sicht die Einschätzung realistisch, daß bei Fortschreibung des geltenden Rechts je nach Annahme zur Beschäftigungs- und Lohnentwicklung bis zum Jahr 2010 ein Anstieg des Beitragssatzes auf Werte zwischen 21,5 % und 22 % erforderlich werden dürfte.

-
- 1 Gesetz zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung (Rentenreformgesetz 1992 - RRG 1992) vom 18. Dezember 1989, BGBl I, S. 2261
 - 2 Gesetz zur Herstellung der Rechtseinheit in der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung (Renten-Überleitungsgesetz - RÜG) vom 25. Juli 1991, BGBl I, S. 1606
 - 3 Winfried Schmähl, "Das Rentenniveau in der Bundesrepublik Deutschland", Frankfurt/New York, 1977, s. a. Horst-Wolf Müller, "Zur Problematik der Rentenniveausicherung", Deutsche Rentenversicherung 1973, S. 144
 - 4 vgl. Anlage I zum SGB VI
 - 5 als volkswirtschaftliche Nettoquote wird das Verhältnis zwischen Netto- und Bruttolohn- und -gehaltsumme in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes bezeichnet
 - 6 wollte man bei der Nettoquote die Steuerbelastung zum Beispiel auf der Basis von Jahreslohnsteuertabellen ermitteln, müßte alljährlich die Frage beantwortet werden, zu welchem Anteil die Steuerbelastung von Ledigen, von Verheirateten ohne Kinder, von Verheirateten mit einem Kind usw. heranzuziehen ist, um Repräsentativität zu erreichen
 - 7 Die Anpassungsformel des SGB VI wurde ursprünglich - auf der Basis der allgemeinen Bemessungsgrundlage des alten Rechts - von der Kommission der Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger vorgeschlagen, vgl. Horst-Wolf Müller, "Zur neuen Anpassungsformel der Kommission des VDR", Deutsche Rentenversicherung 1987, S. 649
 - 8 bei der realen Rentenanpassung zum 1. Juli muß der arW spätestens Mitte April vorliegen, wenn die Anpassung der knapp 20 Millionen Renten termingerecht bis Ende Juni durchgeführt werden soll: Auch zu diesem Zeitpunkt sind - weil in der Regel noch Tarifverhandlungen laufen - statistische Unterlagen zur Entwicklung weder der durchschnittlichen Brutto- noch der Nettolöhne und -gehälter des laufenden Jahres verfügbar
 - 9 vgl. § 68 SGB VI
 - 10 vgl. Anlage 10 zum SGB VI
 - 11 Andreas Polster, "Grundzüge des Rentenversicherungssystems der Deutschen Demokratischen Republik", Deutsche Rentenversicherung 1990, S. 154, s.a. Hans Adden, "Perspektiven eines künftigen gesamtdeutschen Alterssicherungssystems", Acta Demographica 1991, S. 101
 - 12 eine statistische Analyse enthält: Walter Kiel, Horst-Wolf Müller, Michael Roth, "Die Bestandsrenten der Sozialversicherung der Arbeiter und der Angestellten der DDR und deren Angleichung an das Nettoniveau der Bundesrepublik Deutschland", Deutsche Rentenversicherung 1990, S. 468
 - 13 einige Beispiele vgl. Horst-Wolf Müller, "Kostenaspekte der Rentenumwertung und der Kindererziehungszeiten im Beitrittsgebiet", Deutsche Rentenversicherung 1991, S. 451
 - 14 Bei Rentenzugängen mit Versicherungsfall in den Jahren 1992 und 1993 sind Rentenzuschläge mit gleicher Funktion wie die der Auffüllbeträge vorgesehen, wenn sich nach Art. 2 des RÜG, also nach dem neukodifizierten Rentenrecht der ehemaligen DDR, einschließlich der Anhebungen bis zum 31. Dezember 1991 eine höhere Rente ergibt als nach dem SGB VI
 - 15 vgl. § 307 a SGB VI
 - 16 Bernd Heller, "Umwertung der Bestandsrenten im Beitrittsgebiet", Die Angestellten-Versicherung 1991, S. 465

- 17 vgl. Anlage 12 zum SGB VI
- 18 Horst-Wolf Müller, "Kostenaspekte der Rentenumwertung und der Kindererziehungszeiten im Beitrittsgebiet", Deutsche Rentenversicherung 1991, S. 451
- 19 Ausführlicher siehe: Winfried Hain, Hilmar Luckert, Horst-Wolf Müller, Jürgen Nowatzki, "Was brachte die Rentenumwertung? - Zur Übertragung des SGB VI auf den Rentenbestand in den neuen Bundesländern und im Ostteil Berlins", Deutsche Rentenversicherung 1992, S. 521
- 20 vgl. § 158 SGB VI
- 21 Horst-Wolf Müller, "Finanzstatistiken und finanzielle Vorausrechnungen für die Arbeiter- und die Angestelltenversicherung unter Berücksichtigung des Beitrittsgebietes", Deutsche Rentenversicherung 1991, S. 535

Anhang

Schaubild 1

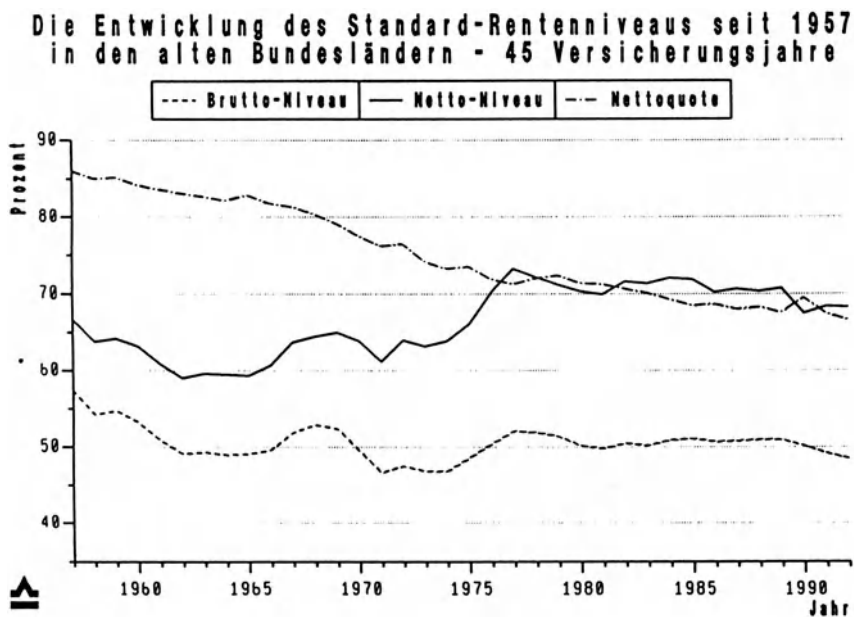


Schaubild 2

Die Entwicklung von Standardrenten mit 45 Versicherungsjahren in den alten und den neuen Bundesländern seit 1990

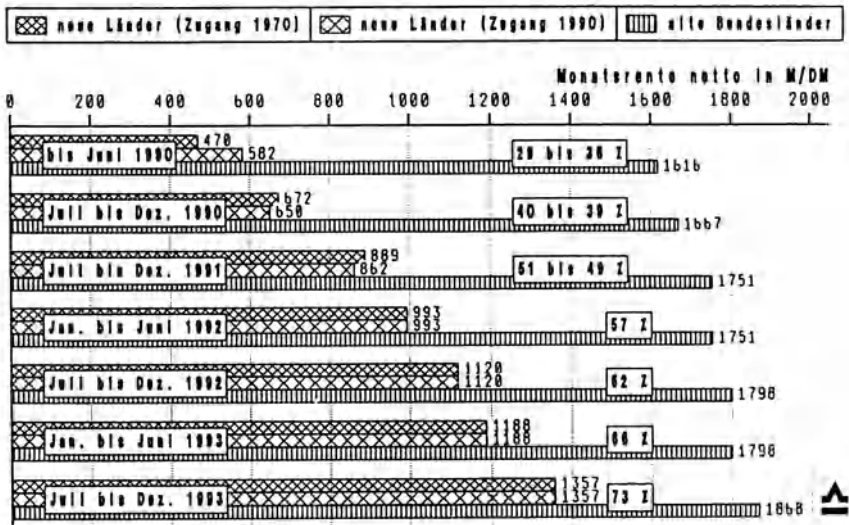


Schaubild 3

Zahlbetrag der Versichertenrente in der ehemaligen DDR nach dem Zugangsjahr, Standardrentner, 45 Arbeitsjahre

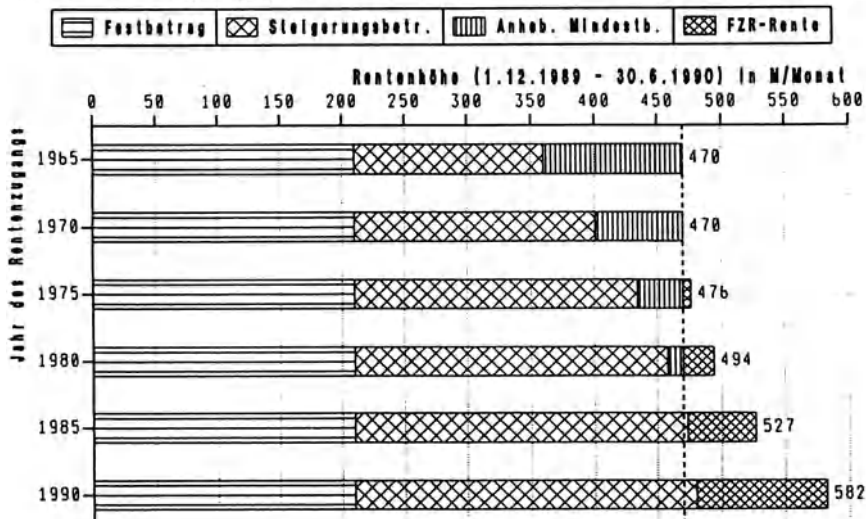


Schaubild 4

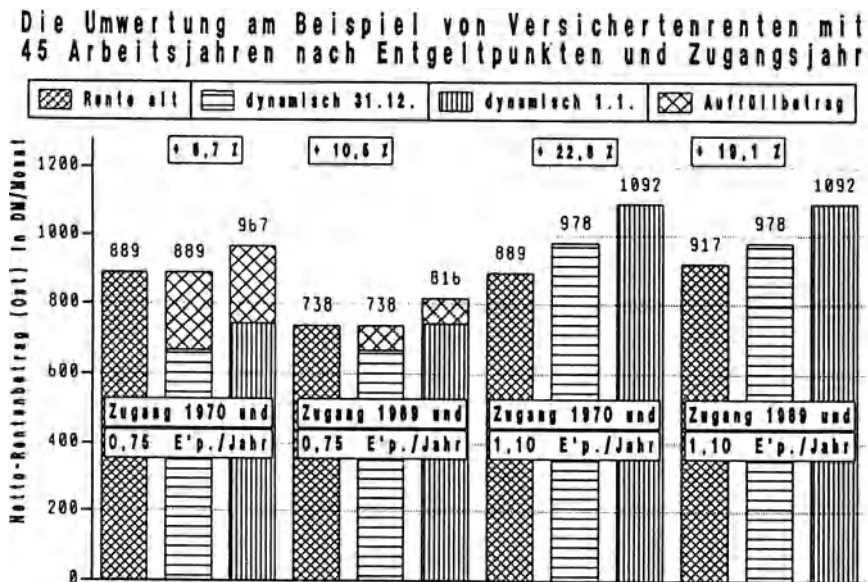


Schaubild 5

Entwicklung der durchschnittlichen Nettozahlbeträge der Versichertenrenten in den neuen Bundesländern

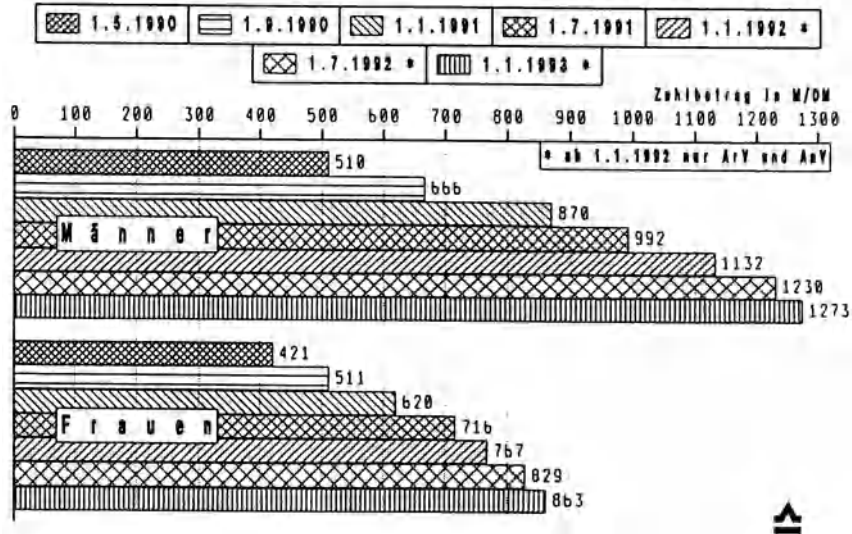


Schaubild 6

Wesentliche Bestimmungsdaten der Versichertenrenten

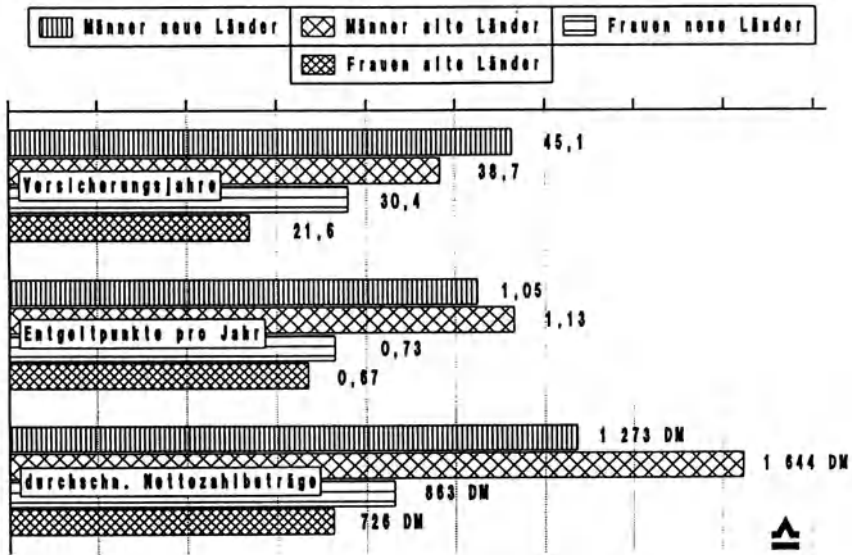
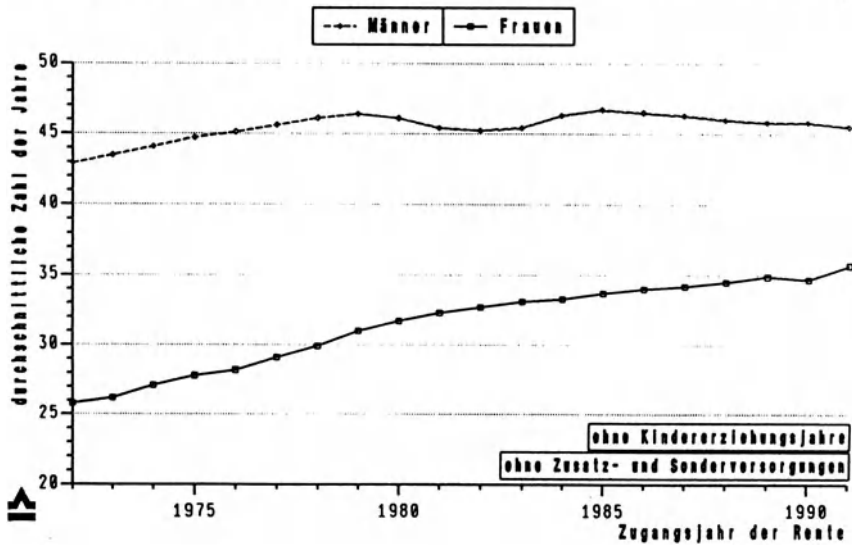


Schaubild 7

Die Arbeitsjahre in den Versichertenrenten der neuen Bundesländer nach dem Zugangsjahr - nach Umwertung



Übersicht 1 : Zusammenstellung der Ergebnisse der Renten-Umwertung 1) in den neuen Bundesländern einschließlich Anpassung zum 1. Januar 1992 nach dem Rentenfallkonzept - Männer

Gruppe und Ver-gleich 3)	Versichertenrenten			Witwen(r)renten 2)			Waisenrenten		
	Anzahl im Ge-samtbe-stand	durchschn. Betrag vor Umwertung	durchschn. Betrag nach Umwertung	Anzahl	durchschn. Betrag vor Umwertung	durchschn. Betrag nach Umwertung	Anzahl	durchschn. Betrag vor Umwertung	durchschn. Betrag nach Umwertung
g e s a m t e r u m g e w e r t e t e r R e n t e n b e s t a n d									
insges.	757 985	1 010,40	1 159,55	6 351	149,16	223,44	34 632	307,66	324,13
höher	755 045	1 010,39	1 159,85	4 892	146,65	261,51	34 632	307,66	324,13
gleich	1 526	1 012,78	1 013,58	45	139,67	139,65	0	,00	,00
niedr.	1 414	,00	,00	1 414	158,11	94,39	0	,00	,00
T e i l d e s B e s t a n d e s m i t B e s i t z s c h u t z									
insges.	433 300	979,95	1 074,54	552	205,02	167,47	34 388	309,04	325,23
höher	431 457	979,83	1 074,77	190	316,00	338,75	34 388	309,04	325,23
gleich	1 497	1 012,78	1 013,58	16	122,75	122,74	0	,00	,00
niedr.	346	,00	,00	346	147,88	75,49	0	,00	,00
T e i l d e s B e s t a n d e s o h n e B e s i t z s c h u t z									
insges.	324 685	1 048,46	1 265,83	5 799	143,84	228,77	244	113,64	168,62
höher	323 588	1 048,46	1 265,83	4 702	139,81	258,39	244	113,64	168,62
gleich	29	,00	,00	29	149,00	148,98	0	,00	,00
niedr.	1 068	,00	,00	1 068	161,43	100,51	0	,00	,00

1) nur GRV-Renten ohne überführte Zusatz- oder Sondersysteme der ehemaligen DDR, Rentenzahlbetrag netto einschließlich Auffüllbetrag, aber ohne Zusatzleistungen wie Sozialzuschlag, Pflegegeld, Blindengeld usw.
 2) einschließlich einiger nach der Umwertung aufgrund von Einkommensanrechnung vollständig ruhender Witwen(r)renten
 3) höher :- der Rentenzahlbetrag (netto) ist nach der Umwertung höher als vorher
 gleich :- der Rentenzahlbetrag (netto) differiert vor und nach der Umwertung um weniger als 1 DM

Übersicht 2 : Zusammenstellung der Ergebnisse der Renten-Umwertung 1) in den neuen Bundesländern einschließlich Anpassung zum 1. Januar 1992 nach dem Rentenfallkonzept - Frauen

Gruppe und Vergleich 3)	Versichertenrenten			Witwen(r)renten 2)			Waisenrenten		
	Anzahl im Gesamtbestand	durchschn. Betrag vor Umwertung	durchschn. Betrag nach Umwertung	Anzahl	durchschn. Betrag vor Umwertung	durchschn. Betrag nach Umwertung	Anzahl	durchschn. Betrag vor Umwertung	durchschn. Betrag nach Umwertung
g e s a m t e r u m g e w e r t e t e r R e n t e n b e s t a n d									
Insges.	2 838 409	700,66	759,51	846 684	196,51	443,50	45 878	311,49	328,16
höher	2 760 203	700,65	759,61	772 168	201,25	474,40	45 878	311,49	328,16
gleich	36 806	703,76	704,55	32 916	127,85	127,90	0	,00	,00
niedr.	41 600	,00	,00	41 600	162,92	119,67	0	,00	,00
T e i l d e s B e s t a n d e s m i t B e s i t z s c h u t z									
Insges.	2 047 695	711,92	766,04	119 531	406,98	431,90	45 656	312,40	328,89
höher	1 992 068	711,94	766,16	67 594	612,65	667,41	45 656	312,40	328,89
gleich	35 933	703,76	704,55	32 243	127,07	127,12	0	,00	,00
niedr.	19 694	,00	,00	19 694	159,33	122,55	0	,00	,00
T e i l d e s B e s t a n d e s o h n e B e s i t z s c h u t z									
Insges.	790 714	365,83	565,33	727 153	161,91	445,40	222	123,80	177,96
höher	768 135	365,83	565,33	704 574	161,78	455,88	222	123,80	177,96
gleich	673	,00	,00	673	165,29	165,33	0	,00	,00
niedr.	21 906	,00	,00	21 906	166,14	117,09	0	,00	,00

1) nur gRV-Renten ohne überführte Zusatz- oder Sondersysteme der ehemaligen DDR, Rentenzahlbetrag netto einschließlich Auffüllbetrag, aber ohne Zusatzleistungen wie Sozialzuschlag, Pflegegeld, Blindengeid usw.

2) einschließlich einiger nach der Umwertung aufgrund von Einkommensanrechnung vollständig ruhender Witwen(r)-renten

3) höher := der Rentenzahlbetrag (netto) ist nach der Umwertung höher als vorher
gleich := der Rentenzahlbetrag (netto) differiert vor und nach der Umwertung um weniger als 1 DM

Übersicht 3 : Die Annahmen der Bundesregierung in der mittelfristigen Finanzplanung für Vorausrechnungen der Sozialversicherung

a. alte Bundesländer (einschließlich West-Berlin) – Stand 5. Mai 1993

ArV und AnV	1993	1994	1995	1996
Arbeiter und Angestellte¹				
- Anzahl (in 1 000)	23 514	23 302	23 488	23 676
- Änderung gegen Vorjahr (%)	- 2,0	- 0,9	+ 0,8	+ 0,8
Arbeitslose² (in 1 000)	2 308	2 608	2 498	2 388
Bruttoarbeitsentgelte				
- Betrag (in DM)	48 154	49 454	51 284	53 182
- Änderung gegen Vorjahr (%)	+ 2,8	+ 2,7	+ 3,7	+ 3,7
aktueller Rentenwert (ab Juli)				
- Betrag (in DM)	44,49	46,03	46,42	46,85
- Änderung gegen Vorjahr (%)	+ 4,4	+ 3,5	+ 0,8	+ 0,9
Netto-Rentenniveau (in %)	68,4	70,5	71,4	70,1

b. neue Bundesländer (einschließlich Ost-Berlin)

ArV und AnV	1993	1994	1995	1996
Arbeiter und Angestellte¹				
- Anzahl (in 1 000)	5 292	5 262	5 282	5 302
- Änderung gegen Vorjahr (%)	- 3,8	- 0,6	+ 0,4	+ 0,4
Arbeitslose² (in 1 000)	1 170	1 150	1 140	1 120
Bruttoarbeitsentgelte				
- Betrag (in DM)	32 546	35 378	38 208	41 265
- Änderung gegen Vorjahr (%)	+ 10,0	+ 8,7	+ 8,0	+ 8,0
- in % der alten Länder	67,6	71,5	74,5	77,6
aktueller Rentenwert³ (ab Juli)				
- Betrag (in DM)	32,17	33,22	37,08	37,36
- Änderung gegen Vorjahr (%)	+ 21,1	+ 3,3	+ 11,6	+ 0,8
- in % der alten Länder	72,3	72,2	79,9	79,7

¹ Inlandskonzept (einschl. Einpendler)

² insgesamt (einschließlich KnV)

³ Netto-Rentenniveau 1993: 68,5 %, sonst wie oben

Der Übergang von der Erwerbstätigkeit in den Ruhestand*

VON ANTON AMANN

1. Einige kritisch gemeinte Vorbemerkungen

Arbeitsverhältnisse und Arbeitsleben, Ausscheiden aus dem Beruf und Pensionierung, die Sicherung der ökonomischen Grundlagen und die Garantie einer menschlichen Existenz in Würde - auch im Alter - sind Grundfragen, von denen die Gestalt des Lebens insgesamt abhängt. Daß für das Erkennen der Eigenheiten dieser Grundfragen und für ihre Behandlung die Zuständigkeit den verschiedensten Ressorts und der Wissenschaft arbeitsteilig überantwortet werden muß, ist selbst ein Symptom eines bestürzenden Zustandes der Entfremdung der Menschen voneinander und der Entfremdung jedes einzelnen von sich selbst (Amann 1992a, 1). Es gehört zu dieser Situation als ein ihr eigenes Verhältnis, daß über das späte Erwerbsleben und den Übergang in den Ruhestand zu sprechen, notwendig nur geschehen kann, indem vom Allgemeinen abgesehen wird, dem das Besondere an dieser Situation durch alle Facetten hindurch angehört.

Die als Willenserklärung öffentlich deklarierte Auffassung, daß das Ziel des politischen Handelns vorrangig die Verantwortung für das Wohl des einzelnen sei, ist grob mißverstanden; wofür Verantwortung getragen wird, ist das Ausbalancieren von Möglichkeiten, Hindernissen und Ressourcen. Der Widerspruch zwischen einer Ideologie, die immer noch am technokratischen Traum der Machbarkeit und der Beherrschung der Welt festhält, und einer Ideologie, die im gegenwärtigen Zeitalter vor allem das erschreckende Erwachen gegenüber den Folgen des eigenen Handelns sieht, läßt sich nicht durch den Ruf nach politischer Verantwortung aufheben. Diese Unmöglichkeit wird in den verschiedensten Bereichen sichtbar: von der Ökonomie und Ökologie bis zu den militärischen Kampfsystemen und den Fragen nach den Möglichkeiten einer politischen Weltstabilität. Weniger sichtbar - weil immer noch haftend am alten Traum der Machbarkeit - wird dieser Widerspruch in den politischen Entscheidungen, die Eingriff in das soziale Leben einzelner Gruppen bedeuten, denn dort ist Medium und Gegenstand des Handelns der formalisierte Kampf, der in der verharmlosenden Floskel vom Interessenausgleich auftritt. Das Soziale seinerseits ist weniger meßbar, kalkulierbar und deshalb in Geldwert nicht mit gleicher Konsequenz zu veranschlagen wie Aktivitäten im Bereich der Technik, der Wirtschaft, der Rüstung etc. Der Zwang, die Folgen des eigenen Handelns in diesem "Interessenausgleich" samt den nicht-intendierten Nebenfolgen ständig zu kalkulieren, verlagert sich deshalb

im Bereich des Sozialen fortschreitend in die Richtung einer Auflösung tradierter Systeme und in eine zunehmende Anwendung von Ad-hoc-Lösungen: verräterisch bezeugt es das Wort vom Konflikt-"Management". Begleitet wird diese Entwicklung von wachsendem Handlungsdruck, der sich aus ökonomischer Rezession und politischer Instabilität in den letzten Jahren ergeben hat. Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem der Verdacht der Unübersichtlichkeit des Systems umschlägt in die Gewißheit der Unzulänglichkeit jedweden Mittels, das wir herkömmlich verwenden. Diese allgemeinen Überlegungen lassen sich gerade an der Lage der älteren Erwerbsbevölkerung sehr deutlich konkretisieren (Amann 1992a, 2).

2. Allgemeine Tendenzen

Die gegenwärtige Situation der älteren Personen auf dem Arbeitsmarkt und unter den in die Pension bzw. Rente überleitenden Bedingungen der sozialen Sicherungssysteme und die Art und Weise, wie diese Personen zum Ziel sozialpolitischer Maßnahmen wurden, lenken das Augenmerk auf die "Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand" - eine gesellschaftlich produzierte Transformationsphase. Allgemeine Bedingungen demographischer und ökonomischer Art, die diese Gruppe und ihre Lage übergreifen, sind mindestens folgende: Die demographischen Mega-Trends eines säkularen Geburtenrückgangs, der auch durch einzelne "Nachhalleffekte" (Klauder 1992, 3) nicht gebrochen wird und in eine alternde Erwerbsbevölkerung mündet, einer (weniger säkular als bisher mittelfristig) anwachsenden Zuwanderung sowie die sozio-ökonomischen Trends einer zunehmenden Erwerbsneigung der Frauen und eines Verfalls kontinuierlicher und ungebrochener Vollzeit-Erwerbsverhältnisse - sie bestimmen schon die gegenwärtigen Randbedingungen, werden aber in Zukunft noch weit stärker wirksam werden. Nach jüngsten Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wird das gesamtdeutsche Erwerbspersonenpotential aufgrund des Geburtenrückgangs kontinuierlich sinken: bis ca. 2010 um 4 Millionen, bis 2030 bereits um 12 Millionen Personen. "Da 2010 das weibliche Erwerbspersonenreservoir schon sehr weit ausgeschöpft ist, wäre nach 2010 allerdings ein Absinken des angebotenen Arbeitsvolumens im wesentlichen nur noch mit höheren Zuwanderungen, einer höheren Alterserwerbstätigkeit oder wieder längeren Arbeitszeiten zu vermeiden" (Klauder 1992, 6). Als strukturelle Effekte ergeben sich aus diesen Trends: ein wachsender Ausländeranteil an der Erwerbsbevölkerung, bei unverändertem Gesamtpotential ein Ansteigen der Zahlen der Frauen und ein Schrumpfen jener der Männer sowie eine gravierende Veränderung der Altersstruktur der Erwerbsbevölkerung mit einem Absinken des Anteils der unter 30jährigen von einem Drittel bis auf weniger als ein Viertel (Klauder 1992, 6). Die schon wiederholt geäußerte Hoffnung, den Arbeitskräftenachwuchs aus anderen EG-Ländern rekrutieren zu können, dürfte sich aufgrund dort ähnlicher Entwicklungen als trügerisch erweisen.

3. Facetten des Älterwerdens im Erwerbsleben

Ein Urteil darüber, wann das Älterwerden in der Arbeitswelt beginnt, setzt die Bestimmbarkeit einer, wenn auch möglicherweise fließenden, sozio-kulturellen Altersgrenze voraus; eine solche ist in einem chronologischen Sinn kaum benennbar. Es gibt allerdings durch soziale Zuschreibung wirksam werdende Schwellen, die ihrerseits innerhalb des chronologischen Rahmens stark variieren. Gemäß manchen Studien stufen sich Arbeitnehmer im Schnitt selbst ab ca. dem 52. Lebensjahr als "älter" ein; Personalchefs, Betriebsleitungen und Betriebsräte neigen dazu, diese "Grenze" bei den Beschäftigten um das 50. Lebensjahr anzusetzen (Naegele 1983); frühere Forschungen hatten aber bereits hervorgehoben, daß bei Fragestellungen, die für die Betriebe aus personalpolitischer Sicht von Bedeutung sind (Aufstiegchancen, Fluktuation, Weiterbildung), die "kritische Altersgrenze" schon zwischen dem 30. und dem 40. Lebensjahr anzusetzen ist (Hofbauer 1982, 101). Berater und Beraterinnen in Arbeitsämtern beurteilen heute in manchen Fällen Frauen schon ab dem 36. und Männer ab dem 40. Lebensjahr für den Arbeitsmarkt als "vermittlungshindert". Daß sie zu alt seien, erfahren viele im Zuge von Maßnahmen der Rationalisierung in Betrieben, kurz vor dem Erreichen gesetzlich vorgesehener Altersgrenzen, mit denen ein erleichterter Übergang in die "Frühpension" ermöglicht wird, oder erst bei der Arbeitssuche - hier aber drastisch.

4. Aspekte des Arbeitsmarktes

Zu den auffälligsten Veränderungen zählt die sinkende Erwerbsbeteiligung in den älteren Gruppen der Erwerbsbevölkerung während der vergangenen Jahre. Dieser Rückgang in der Erwerbsbeteiligung ist eine Erscheinung an der vorläufigen Spitze einer schon lange dauernden Entwicklung; sie erfaßte zuerst die Gruppe der über 65jährigen, dann jene um 60 bis 64 Jahre, als nächste die über 55jährigen und jüngste Daten weisen darauf hin, daß die 50- bis 55jährigen einem ähnlichen Trend zu unterliegen beginnen (z.B. Schwarz 1988). In dieser Entwicklung zeichnet sich eine Paradoxie ab (Alber/Guillemard/Walker 1991): auf der einen Seite ist es gelungen, die Sicherung der finanziellen Grundlagen für ältere Menschen, insbesondere für die jüngeren Gruppen unter ihnen, ständig zu verbessern oder zumindest zu stabilisieren, auf der anderen Seite wurde eine ganze Altersgruppe, die vor noch nicht allzu langer Zeit zum aktiven, Wirtschaft und Gesellschaft gestaltenden Kern gehört hätte, an die Peripherie der Gefährdeten, der Ausgegrenzten oder zumindest der Früh-Versorgten geschoben; die älteren Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen von heute sind jenen von vor fünfzehn Jahren kaum mehr vergleichbar. Welche Erklärungen bieten sich für diese Entwicklungen an?

Der beträchtliche Rückgang in der Erwerbsbeteiligung nach dem fünfundfünfzigsten Lebensjahr wird häufig durch die Erweiterung und Verbesserung der Pensionsversicherungssysteme erklärt. Allein scheint dieser Faktor allerdings für ein vollständiges Verständnis des Phänomens nicht auszureichen. Drei weitere Gründe finden sich zum einen im zunehmenden Druck, der auf ältere Personen in den Betrieben und auf dem Arbeitsmarkt ausgeübt wird, ablesbar am Phänomen der

Arbeitslosigkeit (Amann 1989), dann in einer ganz offensichtlichen Altersdiskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und in den Betrieben, die sukzessive in den letzten Jahren in den meisten Ländern im Kontext krisengeschüttelter Ökonomien Platz gegriffen hat, und schließlich in der zunehmenden Bereitschaft der Betroffenen, Übergangsmöglichkeiten aktiv "nachzufragen". Die älteren Gruppen der Erwerbsbevölkerung, vor allem die 55- bis 59jährigen, weisen in einigen Ländern die höchsten Anteile an Arbeitslosen auf, mit der längsten Verweildauer in der Arbeitslosigkeit und der längsten Vormerkdauer in den Arbeitsämtern. Bei diesen älteren Personen ist die Chance der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt am geringsten.

Parallel zu der für ältere Personen nachgewiesenermaßen kritischen Situation auf dem Arbeitsmarkt und parallel zu den Schwierigkeiten, mit denen sie in den Betrieben zu kämpfen haben, sind die Präferenzen älterer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, aus dem Beruf auszutreten, sehr hoch (Naegele 1985a; Kohli 1990). Allerdings konnte die Forschung bisher keineswegs ein einheitliches Bild über Motive und Strategien nachzeichnen. Dies gilt vor allem dann, wenn es um Wahlmöglichkeiten zwischen folgenden Determinanten geht: die Verbesserung der Bedingungen am Arbeitsplatz, mögliche Verkürzung der Arbeitszeit in verschiedenen Formen mit und ohne Lohnausgleich, Umsetzung auf geeignetere Arbeitsplätze und Pensionierung mit geringem oder erheblichem Einkommensverlust (Dieck 1985, 105; Schmidt 1983). Zur favorisierten Strategie so gut wie aller älteren Personen gehört jedenfalls der vorzeitige Berufsaustritt mit geringem Einkommensverlust. Nach Studien, die in der Stahlindustrie durchgeführt wurden (Amann 1989), ist aber jedenfalls deutlich, daß dort die Schwerarbeiter eine eindeutig höhere Präferenz für eine vorzeitige Pensionierung haben als Angestellte (sogar in denselben Betrieben), daß aber allemal eine manifest beeinträchtigte Gesundheit den massivsten Grund darstellt, die Erwerbstätigkeit zu beenden.

5. Zur betrieblichen Situation

Ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen geraten im Betrieb bzw. im Büro unter verschiedene Formen des Drucks. In groben Kategorien lassen sich die den Druck erzeugenden Kontexte folgendermaßen umschreiben: gesundheitliche Beeinträchtigungen, physische und psychische Leistungsminderung, berufspositionelle Schlechterstellung, tätigkeitsbezogene Minderqualifizierung und Altersdiskriminierung. Zahlreiche der bisher durchgeführten Untersuchungen bezeugen die Tatsache, daß es in vielen Fällen nicht darauf ankommt, ob die Gesundheit tatsächlich beeinträchtigt ist, die Leistungsfähigkeit tatsächlich abfällt etc. - oft reicht schon die Vermutung, daß es so sei. Weiters ist erwiesen, daß ältere Personen im Erwerbsleben, entgegen einer weitverbreiteten Annahme, sich nicht häufiger im Krankenstand befinden als jüngere und im Vergleich zu diesen auch nicht generell niedrigere Leistungen aufweisen; wenn sie sich allerdings im Krankenstand befinden, verweilen sie länger in diesem als jüngere.

Benachteiligungen wurden für ältere Personen im Rahmen des innerbetrieblichen Aufstiegs, beim Zugang zu Schulung und Weiterbildung und bei der (branchenspezifischen) Verbleibdauer in Betrieben nachgewiesen. Vielfach hängen solche manifesten Diskriminierungen, zumindest aber benachteiligenden Effekte, ihrerseits mit innerbetrieblichen Veränderungen, mit Produktionsumstellungen, Auftragseinbrüchen und Schließungen von Betrieben zusammen. Aus psychologischer Sicht ist bedeutsam, daß solcherart negativ gefärbte Einstellungen maßgeblich das Selbstbild der Betroffenen bestimmen. Sie zweifeln tatsächlich an ihren Fähigkeiten, sich umstellen zu können, sie erwarten von Schulungsmaßnahmen nur geringe Effekte, sie zeigen bei der Arbeitssuche vermehrt Unsicherheit und Resignation (Amann 1992b). Damit werden ältere Personen einem doppelten Anpassungsdruck unterworfen: erstens erleiden sie die Zuschreibung negativer Merkmale als soziale Stigmatisierung, zweitens verinnerlichen sie diese, senken dadurch ihr eigenes Anspruchsniveau und vermindern damit ihr Potential, sich aus dieser Situation zu befreien, noch einmal erheblich.

Während einer jüngeren, arbeitslosen Person zum Beispiel der Weg zur Höherqualifizierung prinzipiell immer noch offensteht, ist einer älteren dieser Weg nahezu völlig verstellt. Besonders sichtbar wird dies im Fall der Arbeitsplatzsuche, bei der jemand mit 50 oder 55 Jahren regelmäßig auf Nachfragen durch Betriebe trifft, in denen höchstens 30jährige mit einschlägiger Berufserfahrung, sozialer Unabhängigkeit (ein besonderes Problem für Frauen) und Einpassungsfähigkeit in ein "junges Team" gefordert werden. In diesem Zusammenhang läßt sich übrigens etwas überspitzt formulieren, daß Frauen immer das falsche Alter haben. Wenn sie noch keine Kinder haben, besteht die Befürchtung, daß sie schwanger werden könnten, wenn sie Kinder haben, könnten sie durch familiäre Gründe dem Arbeitseinsatz entzogen werden ("entweder sie kommen morgen, oder sie fliegen"), wenn die Kinder herangewachsen sind, sind sie inzwischen zu alt. Die für ältere Personen auf dem Arbeitsmarkt charakteristischen geringeren Wiedereingliederungschancen bzw. längere Dauer der Arbeitslosigkeit stellen sich bei Frauen verschärft heraus. Damit trifft bei Frauen das Konstrukt der sogenannten "Alternativrolle" gleich zweifach zu: einerseits, so wird behauptet, stehe ihnen ja die Rolle der "Rentnerin" offen, andererseits eröffne sich ihnen zudem jene der durch den Mann versorgten "Hausfrau" (Naegele 1985b, 127).

Von einer generell nachlassenden Leistungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, ein häufig verwendetes Argument, kann - wie bereits erwähnt - keineswegs gesprochen werden. Konkrete betriebliche Beschäftigungsrisiken ergeben sich vor allen Dingen für Personen im industriellen Arbeitsbereich, sofern starke körperliche und nervliche Belastungen auftreten, hohes Arbeitstempo und ungünstige Arbeitszeitregelungen vorliegen, belastende Einflüsse der Arbeitsumgebung eine Rolle spielen (Altwerden...1982), oder schließlich aufgrund technischer Umstellung (vor allem in der Mikroelektronik) Anpassungen erheblichen Ausmaßes notwendig werden. In diesem Kontext ist jeweils kritisch zu beurteilen, was als abnehmende Flexibilität bei älteren Arbeitnehmern pflegt, bezeichnet zu werden. Die wichtigste ursächliche, für die Verschlechterung des Leistungsvermögens verantwortliche Komponente ist im Zusammenhang betrieblicher Einsatzmöglichkeiten der krankheitsbedingte vorzeitige Verschleiß der Arbeitskraft. Diese Verschleißerscheinungen werden in der Regel erst spät sichtbar, grundgelegt werden sie relativ früh. Weiters ergeben sich

Beschäftigungsschwierigkeiten durch die Entwertung der beruflichen Qualifikation und aus den Folgen betriebspezifischer Qualifizierungsprozesse. Ältere Beschäftigte sind im Vergleich zu jüngeren im Schnitt formal geringer qualifiziert, wobei sich die mit zunehmendem Alter sinkende Beteiligung an Höherqualifizierung noch verschärfend auswirkt und die Qualifikationsdiskrepanzen vergrößert. (Hofbauer 1982, 100 ff.); dazu zählt außerdem, daß die Ausbildung bei älteren Arbeitnehmern schon sehr weit zurückliegt und möglicherweise die Ausbildung der jüngeren qualitativ besser war, weil sie den neueren Entwicklungen näher stand (Amann 1985). Die bisher genannten Beschäftigungsrisiken und ihre Ursachen treffen natürlich nicht auf alle älteren Personen im Erwerbsleben gleichermaßen zu. Sie kumulieren vor allem bei bestimmten Risikogruppen, z.B. bei gewerblichen Arbeitnehmern in sehr belastungsintensiven Branchen, bei Frauen und generell bei formal niedrig Qualifizierten.

Entlastungsmaßnahmen müßten deshalb vor allem präventiv ansetzen und sich auf die Humanisierung des Arbeitslebens, auf langfristigen Gesundheitsschutz und auf Belastungsabbau für alle Altersgruppen konzentrieren. Der Gesundheitsschutzpolitik wird nach der Erfahrung der letzten Jahre vor allem im Bereich des Abbaus von psychischen Belastungsfaktoren eine erhebliche Aufgabe zu wachsen (Klauder 1986, 53). Weiters zählen zu den präventiven Maßnahmen unter den leitenden Gesichtspunkten einer aktiven Beschäftigungspolitik vor allem Qualifikationsanpassung und Qualifikationserhaltung. Defizite, die in diesem Bereich entstehen, lassen gezielte notwendige Maßnahmen zwingend erkennen. Zu ihnen zählen die Problemgruppenansprache als Vorfeldarbeit zur Verbesserung der Teilnahmebereitschaft an tatsächlich vorhandenen Qualifizierungsangeboten; dringend notwendig ist außerdem eine "altersgerechte" Ausgestaltung der Inhalte und Didaktik in diesen Qualifizierungsangeboten; zudem müßte die öffentliche Förderung und Qualitätskontrolle der betrieblichen Qualifizierungsmaßnahmen forciert werden. Fort- und Weiterbildungsprogramme müssen auch insbesondere auf Büro- und Verwaltungsmitarbeiter in Hinsicht auf den Umgang mit neuen Kommunikations- und Informationstechnologien konzentriert werden (Plett 1990). Voraussetzung wäre hier allerdings, Aus- und Weiterbildungskonzepte kritisch zu überdenken und Zielsetzungen und Funktionen neu zu bestimmen. Innerbetrieblich müssen arbeitsmedizinische Kontrolluntersuchungen (unter Vermeidung negativer Konsequenzen für die möglicherweise von Erkrankung Betroffenen) intensiviert und langfristige Personalplanungsmaßnahmen dringend ausgeweitet werden.

Damit könnte hinderlichen Usancen entgegengewirkt werden: z.B. dem Belassen von Erwerbspersonen am angestammten Arbeitsplatz, auch wenn Schwierigkeiten bereits sichtbar werden, dem Mangel an Eigenanstrengungen der Betroffenen selbst, dem Mangel an innerbetrieblichen funktionierenden informellen Hilfs- und Stützsystemen, dem Defizit an rechtzeitig einsetzenden Anpassungen in Hinsicht auf Arbeitsplatzanforderungen bei sichtbar werdenden Veränderungen des Leistungsvermögens. Untersuchungen zeigen, daß vor allen Dingen ergonomische Maßnahmen wie die Umstrukturierung von Tätigkeiten eher selten vorkommen; Vorschläge dazu finden sich bei Friedrich (1986), Naegele (1987), Schmachtenberg/Ruthenberg (1983). Ein eigenes Problem stellt die häufig durch Gewohnheit versteinerte Form von Leistungsnormen dar, indem

Bandgeschwindigkeiten, Sollvorgaben für den Verkauf, oder die Einbindung eines Arbeitsplatzes in Leistungslohnsysteme nicht kritisch reflektiert werden.

6. Arbeitslosigkeit und Teilzeitbeschäftigung

Es wurde vielfach darauf hingewiesen, daß es durch die beobachtbaren Veränderungen im Übergang zur Pensionierung zur Erosion der üblichen Altersdefinitionen gekommen sei. Hier ist nun hinzuzufügen, daß eine eindeutige und klare Trennung zwischen Erwerbsarbeit und Nichterwerbsarbeit immer schwieriger wird. Die Erwerbsquote sinkt mit steigendem Alter deutlich ab, die Betroffenheitsrate an Arbeitslosigkeit steigt bei älteren Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen an (auch wenn die Zugangsrate zur Arbeitslosigkeit meist niedriger ist als jene der Jugendlichen), die Verweildauer ist die längste in allen Altersgruppen, wodurch der Anteil der Älteren am Gesamtvolumen der Arbeitslosigkeit weit überproportional wird, die steigende Erwerbsbeteiligung unter den Frauen ist in manchen Ländern in der Gruppe der über 50jährigen zumindest teilweise auf erhöhte Anteile an Teilzeitarbeit zurückzuführen (z.T. ist sie auch ein Kohorteneffekt), die "Pfade" des Übergangs in den Ruhestand sind in den verschiedenen europäischen Ländern sehr zahlreich geworden (Behrend 1983; Guillemard 1989), der Pfad der Invalidität bzw. Arbeitsunfähigkeit ist in allen Ländern dabei, zu einer Hauptstraße zu werden; nicht umsonst wurde im Winter 1993 in einer österreichischen Zeitung gefragt, ob die Österreicher ein Volk von Invaliden würden. In diesem Prozeß, in dem Arbeitsmarktsystem und soziales Sicherungssystem gezielt ineinandergreifen, sind "Push-" und "Pull-Effekte" zu unterscheiden. Zu den Push-Effekten zählen der genannte Druck in den Betrieben, Arbeitslosigkeit, Altersstigmatisierung, der Sackgassencharakter der Berufslaufbahn und die Unzufriedenheit mit Arbeit und Beruf; als Pull-Effekte sind die verschiedenen, entweder neuen, oder aber stärker forcierten Wege des Übergangs in die Pension anzusehen sowie die positiven Erwartungen an die Zeit nach der Erwerbstätigkeit, die häufig mit Hoffnungen auf Erleichterung gekoppelt sind und dem Wunsch nach "ein paar schönen Jahren" (Amann/Bohmann 1991).

Am deutlichsten scheint die Nachfrage nach Teilzeitarbeit zu sein, und zwar unter den Arbeitslosen. Hilfsarbeiter, die auf ihr 50. Lebensjahr zugehen, und die früher nie auf Unterstützung angewiesen waren, im Sommer z.B. auf dem Bau, im Winter bei Gartenarbeit oder in Speditionen Beschäftigung fanden und nun gesundheitlich beeinträchtigt sind, können nicht mehr alle Arbeiten annehmen. In der Folge sind sie auf Gelegenheitsarbeiten verwiesen und damit in ihrer sozialen Unterstützung gefährdet, weil sie nur mehr instabile Beschäftigungsverhältnisse vorweisen können. Frauen, die in stabilen Beschäftigungsverhältnissen standen, haben diese aus familiären Rücksichten aufgegeben und müssen nunmehr Saison- und Gelegenheitsarbeiten nachgehen. Häufig sind solche Frauen im Gastgewerbe zu finden. Manche von ihnen absolvieren von der Arbeitsmarktverwaltung finanzierte Kurse, die ihnen dann bei der Arbeitssuche nichts nützen, da die Frauen nicht aufgenommen werden, weil sie Kinder haben.

Bedeutsam ist auch die Tatsache, daß Teilzeitarbeit als eine Option zur Weiterbeschäftigung älterer leistungsgeminderter Erwerbspersonen angesehen wird, denen eine Vollzeitarbeit nicht mehr zugemutet werden kann. Im Produktionsbereich ist in den letzten Jahren eine Stufenleiter des sukzessiven Abstiegs für leistungsgeminderte Erwerbspersonen entstanden. Sie beginnt damit, daß wegen Leistungsminderung und gesundheitlicher Beeinträchtigung die Betroffenen aus den einkommensträchtigen Überstunden- und Schichtbeschäftigungen genommen werden, angesichts einer drohenden Kündigung dann mit Teilzeitbeschäftigung vorliebnehmen müssen und unter diesem Druck schließlich in der Arbeitslosigkeit oder in der Gelegenheitsbeschäftigung landen oder "freiwillig" die Pension oder Rente anstreben, weil sich die Teilzeitbeschäftigung auf das Pensionseinkommen in katastrophaler Weise auswirkt. Als brennendstes Problem gilt in manchen Ländern im Falle der Teilzeitarbeit die Gefahr des Unterlaufens kollektivvertraglicher Vereinbarungen, da Teilzeitarbeit meist auf individueller und betrieblicher Ebene vereinbart wird (Behrend 1983; Amann 1992b).

Arbeitslosigkeit unter älteren Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen ist ein brennend aktuelles Thema. Sie berührt die Arbeitsmarktpolitik, die Systeme der sozialen Sicherung, die Situation der betroffenen Familien und nicht zuletzt die individuelle Lebensplanung der Betroffenen. Diese vielfältigen und komplexen Wirkungszusammenhänge wurden inzwischen von einer ganzen Reihe von Autoren für verschiedene Länder konzeptuell und empirisch untermauert (Friedmann/Welmer 1982; Kühlewind 1986; Herrmann 1987; Frassine/König 1988; Kneusel-Herdliczka 1990 etc.). Die wichtigsten Ergebnisse dieser Studien lassen sich punktuell folgendermaßen zusammenfassen:

- Die Gruppe der über 50jährigen weist die deutlichsten Zuwächse in den Arbeitslosenraten auf
- Die Verweildauer in der Arbeitslosigkeit steigt mit zunehmendem Alter
- Die Vormerkdauer steigt mit zunehmendem Alter
- Ältere sind überproportional häufig von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen
- Die Langzeitarbeitslosigkeit ist unter Frauen stärker gestiegen als unter Männern
- Die Langzeitarbeitslosigkeit zeigt starke regionale Streuungen
- Die formale Qualifikationshöhe ist bei älteren Arbeitslosen am geringsten.

Vielfach wird im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit das "Alter" allerdings allzu generell als die wichtigste Ursache betrachtet und dadurch auch die Gefahr der Fehleinschätzungen in Kauf genommen. Analysen haben in Deutschland (Cramer/Karr 1991) und Österreich (Amann/Költringer 1992) dargelegt, daß es eine Vielzahl von Faktoren gibt, die in direktem oder losem Zusammenhang mit dem Alter wirksam werden: einmal ist es die geographische Region mit selektiven Faktoren wie z.B. die Unterscheidung in Großstadt, Kleinstadt und Dorf, in Arbeitsämter mit und ohne computerunterstützte Stellenvermittlung etc.; sodann sind es sozio-demographische Merkmale wie die Stellung im Beruf vor der Arbeitslosigkeit (vorher Hilfsarbeiter gewesen zu sein, bedeutet die längste Verweildauer in der Arbeitslosigkeit), die formale Höhe der Ausbildung (jede formal abgeschlossene Ausbildung verkürzt die Arbeitslosigkeit), aber auch die Form der Beschäftigung (Voll- oder Teilzeitarbeit) und nicht zuletzt die Form der Kündigung (ob durch den Arbeitgeber, durch den

Arbeitnehmer oder in gegenseitigem Einvernehmen); schließlich spielen direkt personenbezogene Merkmale eine wichtige Rolle wie Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Gesundheitszustand, und nicht zuletzt eben das Alter. Generell lassen bisherige Befunde aus der Forschung eindeutig erkennen, daß, von der Gruppe der 15- bis 19jährigen an gerechnet, die Dauer der Arbeitslosigkeit mit jedem zusätzlichen Lebensjahr steigt (obwohl dieser Zusammenhang nicht linear ist, wie vielfach angenommen wird: Cramer/Karr 1991).

7. Technischer Wandel und Älterwerden im Beruf

Die Veränderung der Produktionsweise geht einher mit einer nachdrücklichen Umstrukturierung der Arbeitsanforderungen. Die Beanspruchungsschwerpunkte wandern vom manuell-physischen Bereich zum psychophysischen und kognitiv-psychischen. Es entwickelt sich eine Form der Sonderbeanspruchung durch die Notwendigkeit der Daueraufmerksamkeit und der häufig verstärkten sensorischen Leistungsanforderungen (Schmidt 1977, 79). Allerdings sind ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nicht weniger gut als jüngere in der Lage, mit solchen Anforderungen erfolgreich umzugehen. Die Annahme, daß im höheren Erwachsenenalter eine prinzipielle Unfähigkeit bestehe, sich in neue und hochtechnisierte Aufgabenbereiche einzuarbeiten, ist falsch. In einem Vergleich zwischen 30- bis 40jährigen und 45- bis 55jährigen zeigten letztere keine statistisch signifikanten Unterschiede hinsichtlich der Einarbeitungszeit im Bereich sogenannter qualifizierter Arbeitsplätze (Schmidt 1977, 81). Nun sind für den technischen Wandel, wie bereits angedeutet, vor allem Veränderungen der Anforderungsprofile industrieller Arbeit in der Weise charakteristisch, daß es zu einem Rückgang der körperlichen Belastung und zu einer Zunahme psychischer Belastungen kommt. Die Ursachen für die psychischen Belastungen sind vielfältig, sie können in kurzen Zyklen der Arbeitstätigkeit, in hohen Konzentrationsanforderungen, in Anpassungsbarrieren aufgrund mangelnder Kenntnisse, in der Komplexität technischer Probleme und Softwareprogramme etc. gefunden werden.

Häufig werden neue Technologien in Betrieben im Sinne einer tayloristischen Arbeitsgestaltung eingesetzt; d.h. Vorbereitung, Planung und Kontrolle bleiben von der faktischen Ausführung der Tätigkeit getrennt. Als Konsequenz ergibt sich eine weitgehend detaillierte Festlegung der Arbeitsabläufe, die den Arbeitenden wenig Spielraum für eigene Entscheidungen beläßt. Minutiös geplante Arbeitsabläufe, die unter Zeitdruck eingehalten werden müssen, erzeugen Streß, Mangel an Autonomie und sind häufig durch erhöhte Fehleranfälligkeit gekennzeichnet. In solchen Situationen wird der Arbeitsdruck von älteren Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen als besonders belastend erlebt, während z.B. Arbeitsumgebungseinflüsse in ihrer Bedeutung zurücktreten. Demgegenüber reduzieren neue Technologien, verbunden mit vorteilhaften Gestaltungsrichtlinien, die verschiedensten Formen körperlicher Belastung der Art, daß von dieser Seite aus betrachtet ältere Personen kaum Schwierigkeiten haben sollten, im Arbeitsprozeß integriert zu bleiben. Somit stünden dann die psychischen Belastungen im Vordergrund und damit Fragen der Arbeitsorganisation, nicht aber die technischen Aspekte der Anpassung der Arbeit an

den Menschen, die ja den Kern der Ergonomie im engeren Sinn ausmachen. Mit Blick auf die Arbeitsorganisation haben Untersuchungen und Experimente gezeigt, daß trotz Bestehens tayloristischer Arbeitsstrukturen informelle Formen der Gruppenarbeit und gegenseitige Unterstützung eine große Rolle spielen; dies interessanterweise nicht nur im Dienstleistungsbereich, sondern auch in Produktionsbetrieben wie z.B. Großbäckereien oder Autoherstellungsfirmen (Wieser 1992, 103f.). Allgemein ist festzuhalten, daß sich bei älteren Personen im Erwerbsleben gegenüber technischen Innovationen keineswegs vermehrt technikfeindliche Einstellungen finden. Auch für ältere Arbeitnehmer ist im Arbeitsvollzug die soziale Teilhabe wichtig, auch sie wollen über ihre Umgebung Kontrolle ausüben, anstatt ausgeliefert zu sein, sie haben beachtliche Reservekapazitäten für das Neulernen und zeigen Motivation, mit technischen Anforderungen kompetent umzugehen (Rott 1988). Angesichts des realen Bedarfes an erfahrenen und qualifizierten Arbeitskräften beginnen fortschrittlichere Unternehmer, von den Stereotypen des lernunwilligen und lernunfähigen Älteren abzugehen (Plett 1990, 88). Überdies zeigen Untersuchungen immer wieder, daß die Gruppe der über 40jährigen Erwerbstätigen nicht weniger produktiv oder weniger effizient ist als die Gruppe der 20- bis 40jährigen; zusammen mit der wohlbekanntem Tatsache, daß die Erwerbsbevölkerung in den Industrieländern in der Zukunft auf jeden Fall altern wird, sollte dies zu einem fundamentalen Umdenken über die Funktion und die Rolle der älteren Erwerbspersonen führen.

Daß das Lebensalter kein prinzipielles Lernhindernis ist, wurde bereits betont; häufig sind die Unterschiede in den Leistungen und Lernerfolgen zwischen den Personen einer Altersgruppe größer als jene zwischen den Altersgruppen. Jedenfalls zeigen aber Untersuchungen, daß es überaus wichtig ist, an der Situation und an den Erfahrungen älterer Erwerbspersonen, insbesondere an ihren Berufserfahrungen anzusetzen, wenn es um Schulung geht (Fluck 1985; Otten 1985). Sie wollen als Erwachsene ernst genommen werden (die Irritation, wieder "auf der Schulbank" sitzen zu müssen, ist ohnehin belastend); sie haben eine lange Lebenserfahrung, auf die Schulungen anders zurückgreifen können, als dies bei Jüngeren meist der Fall ist; sie haben eine klare Vorstellung über den praktischen Charakter ihrer Tätigkeiten, auf die die Schulung Bezug nehmen sollte; sie sind aber auch in vielen Fällen nicht mehr vertraut mit Lernen und Lerntechniken; sie haben eigene Vorstellungen über Zeit, lehnen das "Verplempern" von Zeit ab, so daß der Sinn dessen, was sie lernen müssen, sehr klar gemacht werden muß; ältere Personen glauben häufig, was ihnen jahrelang beigebracht wurde: daß sie geringere Fähigkeiten und Fertigkeiten hätten als die jüngeren und daß sie weniger gefragt seien.

Weiterbildung für ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen trifft in vielen Fällen auf widersprüchliche Einstellungen. Auf der einen Seite haben sie Widerstände oder Reservationen gegenüber einem frühzeitigen, verordneten Ruhestand, zumindest jene, die arbeitslos sind, haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben, wieder Arbeit zu finden. Auf der anderen Seite haben sie das Vorurteil internalisiert, daß in ihrem Alter sich noch einmal auf die Schulbank zu setzen, nutzlos sei und daß ältere Menschen ohnehin nicht mehr lernen könnten und sich nichts merken würden. Gerade Weiterbildung für Arbeitslose, die ja fast zur Gänze im Wege über die Arbeitsmarktverwaltung angeboten wird, sollte nie außer Acht lassen, daß diese sich weiterhin an der Gruppe der Erwerbstätigen im mittleren Lebensalter orientieren;

niemand unter ihnen will den Pensionisten zugerechnet werden, das "Rentnerimage" würde ihrem Bedürfnis nach sozialer Anerkennung oder Integration widersprechen (Fluck 1985, 411).

8. Transformationen

Unter Gesichtspunkten eines institutionell und rechtlich regulierten Lebenslaufs, der seine "Normal"-Form in Ausbildung-Erwerbstätigkeit-Ruhestand fand, erscheint die Lage der älteren Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen heute vor allem als ein Problem der Transformation des Aktivitäts- und Altersstatus. Während vieler Jahre galt in industrialisierten Ländern als Modell eines gelungenen Lebenslaufs eben diese Abfolge von Ausbildung, Berufsleben und Pensionierung, wobei das Durchlaufen einer Phase jeweils als die notwendige und legitimierende Voraussetzung für den Eintritt in die nächste angesehen werden konnte. Dieser Ablauf war institutionell reguliert durch den Eintritt ins Erwerbsleben nach Beendigung der entsprechenden Ausbildung und durch den Eintritt in die nachberufliche Phase bei Erreichen des allgemeinen gesetzlichen Pensionsalters. Die Phasen waren im individuellen Handeln und Planen charakterisiert durch die Verlässlichkeit und Gerechtigkeit der Bedingungen, an denen der Lebenslauf ausgerichtet werden konnte. Mit einer bestimmten Ausbildung eine bestimmte Beschäftigung mit hoher Wahrscheinlichkeit erreichen zu können, schaffte ebenso Erwartungssicherheit, wie nach einem mehr oder weniger ununterbrochenen Erwerbsleben bei Erreichung des Pensionsalters in den "wohlverdienten Ruhestand" gehen zu können. Diese Erwartungssicherheit grub sich tief ins Bewußtsein der Menschen ein und äußerte sich bei vielen so, daß sie schon mit fünfundvierzig oder fünfzig Jahren begannen, ihre Orientierungen, Pläne, Arbeitssituationen usw. an der künftigen "Pensionierung" festzumachen. An die Erreichung des sechzigsten oder des fünfundsiechzigsten Lebensjahres war zugleich die soziale Definition des Alters geknüpft, sie fundierte den sozial anerkannten Altersstatus. Diese Situation hat sich entscheidend verändert. Ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklungen haben in den letzten fünfzehn bis zwanzig Jahren zu einem Aufbrechen dieses Drei-Phasen-Modells des Lebenslaufs geführt, zu seiner De-Institutionalisierung und zu seiner De-Rhythmisierung. Dieser Gedanke bedarf einer kurzen Erläuterung. Der in den letzten Jahren immer deutlicher sichtbare Rückzug aus dem Erwerbsleben zu immer früheren Zeitpunkten im Lebenslauf wird meist in der Weise interpretiert, daß die zeitlichen Schwellen, die die Lebenslaufphasen voneinander trennen, nach wie vor ihre Gültigkeit hätten, daß die berufliche Phase nur komprimiert werde (längere Ausbildung und frühere Pensionierung) und daß sich damit auch die Bedeutung von Arbeitsleben und seinem Gegenstück, Ruhestand, nicht verändert hätte. Dazu wird hier eine andere Interpretation vorgeschlagen (vgl. auch Kneusel-Herdliczka 1990, 51). Die beobachtbaren Entwicklungen deuten darauf hin, daß es zu einer deutlichen Veränderung des Drei-Phasen-Modells des Lebenslaufs kommt, indem Grenzen zwischen ökonomischer Aktivität und "Inaktivität" zunehmend verschwimmen. An die Stelle eines eindeutigen Übergangsmechanismus vom Erwerbsleben in die Pension mit Regelaltersgrenze (Alterspensionierung) tritt eine Phase der Ungesicherheit und Unplanbarkeit, in der Wohlfahrts-Subsysteme wie Arbeitslosenversicherung, Invaliditätspension, Sondermaßnahmen usw. in Kompensation zum versagenden

Arbeitsmarkt die Menschen "auffangen" und die Zeit bis zur Erreichung des gesetzlichen Pensionsalters ganz oder teilweise überbrücken.

Als allgemeine Tendenz gilt, daß diese Übergänge in den Ruhestand dabei sind, zu einem normal erwartbaren und sozial hoch legitimierten Teil dieser Phase des Lebenslaufs zu werden. An dieser Stelle ist mit der Vorstellung der "Alternativrolle" des Rentners nochmals einzuhaken; die Ausgliederung älterer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ist natürlich vor allem deshalb eine "sozialverträgliche" Maßnahme der Personalanpassung, weil die Älteren in einen rechtlich legitimierten, finanziell garantierten und sozial akzeptierten Status entlassen werden können. Hauptsächlich deshalb können Angebote zum frühen Übergang in den Ruhestand als Möglichkeiten der betrieblichen Sozialintegration und des staatlich gesteuerten Mengenausgleichs von Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt benützt werden.

* Der hier vorgelegte Artikel ist eine stark gekürzte und überarbeitete Fassung eines Manuskriptes, das ich 1992 der Sachverständigenkommission für den 1. Altenbericht der Deutschen Bundesregierung zur Verfügung gestellt habe.

Literatur

- Alber, J., Guillemard, A.M., Walker, A., The Impact of Social and Economic Policies on Older People in the European Community. EC Observatory on Older People, first report. 1991, unveröff. Manuskript.
- Altwerden in der Bundesrepublik Deutschland. Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA) - Berlin 1982, Bd. I.
- Amann, A., The Changing Age Structure of the Population and Future Policy. Council of Europe: Population Studies no. 18. Strasbourg 1985.
- Amann, A., Die vielen Gesichter des Alters. Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei - Wien 1989.
- Amann, A., Einleitung: "Blicke über Grenzen", in: Amann, A., Bohmann, G., Herrmann, W., Költringer, R., Nemeth, G., Wieser, G., Ältere Arbeitnehmer in Österreich. Forschungsbericht des Wiener Instituts für Sozialwissenschaftliche Dokumentation und Methodik (WISDOM) - Wien 1992a, 1-24.
- Amann, A., Arbeit, Einkommen, Risiken, in: Amann, A., Bohmann, G., Herrmann, W. et al., op. cit. 1992b, 67-80.
- Amann, A., Bohmann, G., Gegenwart und Zukunft des Alterns. Last oder politisches Potential?, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 16/1 (1991), 43-60.
- Amann, A., Költringer, R., Ältere Arbeitnehmer und Pension -Analyse einer Repräsentativerhebung vom Herbst 1990, in: Amann, A., Bohmann, G., Herrmann, W. et al. op. cit., 175-196.
- Behrend, Ch., Teilzeitarbeit/Job-sharing für ältere Arbeitnehmer. Eine Alternative zur Frührente? Beiträge zur Gerontologie und Altenarbeit, Bd. 53. Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA) - Berlin 1983.
- Cramer, U., Karr, W., Lebensalter und Dauer der Arbeitslosigkeit. Nürnberg 1991, unveröff. Manuskript (IAB).
- Dieck, M., Prozesse im Zusammenhang mit der Senkung der faktischen Ruhestandsgrenzen, in: Dieck, M., Naegele, G., Schmidt, R. (Hrsg.), "Freigesetzte" Arbeitnehmer im 6. Lebensjahrzehnt - eine neue Ruhestandsgeneration? Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA) - Berlin 1985, 95-116.
- Fluck, B., "Freigesetzte" Arbeitnehmer und die Rolle der Erwachsenenbildung: Sinnsuche, Krisenbewältigung oder Kompensationsangebot?, in: Dieck, M., Naegele, G., Schmidt, R. (Hrsg.), "Freigesetzte" Arbeitnehmer im 6. Lebensjahrzehnt - eine neue Ruhestandsgeneration? Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA) - Berlin 1985, 409-414.
- Frassine, I., König, I., "Mir haben sich eigentlich was Jüngerer vorgestellt" - Arbeit suchen ab 40. Forschungsberichte aus Sozial- und Arbeitsmarktpolitik des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales in Wien - Wien 1988.
- Friedmann, P., Weimer, St., Arbeitnehmer zwischen Erwerbstätigkeit und Ruhestand. Forschungsbericht des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik - Köln 1980.
- Friedrich, W., Maßnahmen zur altersadäquaten Anpassung der Arbeitsbedingungen. Oldenburg 1986, Dissertation.

- Guillemard, A.M., The Trend Towards Labour Force Withdrawal and the Reorganization of the Life Course, in: Johnson, P., Conrad, Ch., Thomson, D. (Hrsg.), *Workers versus Pensioners*. Manchester University Press - Manchester 1989, 164-180.
- Herrmann, Ch., Die Rentenversicherung als politisches Potential - Rentenpolitik in der Bundesrepublik Deutschland und unter der Bedingung steigender Altenquotienten, in: *Deutsche Rentenversicherung* 6 (1987).
- Hofbauer, H., Materialien zur Situation älterer Erwerbspersonen in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 15 (1982), 99-110.
- Klauder, W., Arbeitsmarktperspektiven bis 2000, in: *Sozialer Fortschritt* 3 (1986).
- Klauder, W., Ausreichend Mitarbeiter für Tätigkeiten von morgen? Vortrag auf der Plenarveranstaltung des Kongresses "Erwerbsarbeit der Zukunft: Arbeit und Technik bei veränderten Alters- und Belegschaftsstrukturen" des Bundesministers für Forschung und Technologie am 3. Nov. 1992 in Berlin (unveröff. Manuskript).
- Kneusel-Herdliczka, M., Ältere Arbeitnehmer unter doppeltem Anpassungszwang, in: *Arbeitsmarkt* 5 (1990), 50-53.
- Kohli, M., Das Alter als Herausforderung für die Theorie sozialer Ungleichheit, in: Berger, P.A., Hradil, St. (Hrsg.), *Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile*. Soziale Welt, Sonderband 7. Verlag Otto Schwarz & Co. - Göttingen 1990, 387-406.
- Kühlewind, G., Beschäftigung und Ausgliederung älterer Arbeitnehmer, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 19 (1986).
- Naegele, G., Arbeitnehmer in der Spätphase ihrer Erwerbstätigkeit. Bonn 1983, Forschungsbericht des BMA.
- Naegele, G., Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Forschungsprojektes "Arbeitnehmer in der Spätphase ihrer Erwerbstätigkeit", in: *Zeitschrift für Gerontologie* 18/5 (1985a), 251-259.
- Naegele, G., Frauen im Übergang vom Erwerbsleben in die Rente, in: Dieck, M., Naegele, G., Schmidt, R. (Hrsg.), "Freigesetzte" Arbeitnehmer im 6. Lebensjahrzehnt - eine neue Ruhestandsgeneration? Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA) - Berlin 1985b, 117-137.
- Naegele, G., Der ältere Mitarbeiter im Betrieb - Erfahrungen und Zielsetzungen. Vortrag, gehalten am 5.11.1987 in Wien.
- Otten, M., Aspekte unterschiedlicher Lebenssituation im Alter: Senioren, vorzeitige Ruheständler und ältere Arbeitslose, in: Dieck, M., Naegele, G., Schmidt, R. (Hrsg.), "Freigesetzte" Arbeitnehmer im 6. Lebensjahrzehnt - eine neue Ruhestandsgeneration? Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA) - Berlin 1985, 434-444.
- Plett, P., Training Opportunities for Older Workers, in: Sheppard, H.L. (Hrsg.), *The Future of Older Workers*. International Exchange Center of Gerontology - Tampa-Florida 1990, 87-103.
- Rott, Ch., Einstellungsmuster älterer Menschen zu technischen Innovationen, in: *Zeitschrift für Gerontologie* 21 (1988), 225-231.
- Schmachtenberg, W., Ruthenberg H.J., Betriebliche Humanisierungsmaßnahmen für ältere Arbeitnehmer. Fallstudie bei der Deutschen BP AG. Bonn 1983, Forschungsbericht des Bundesministers für Forschung und Technologie.
- Schmidt, H., Der ältere Arbeitnehmer im technischen Wandel. Carl Hanser Verlag - München-Wien 1977.
- Schmidt, R., Befragung zu Ruhestandsmodellen. Erhebliche Entlastung des Arbeitsmarktes möglich, in: *Deutsche Angestelltenversicherung* 30 (1983), 331-334.
- Schwarz, K., Umfang der Erwerbstätigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg, in: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 14/3 (1988), 275-294.
- Wieser, G., Der innerbetriebliche Bereich: Qualifikations-, Leistungs- und Anpassungsfragen, in: Amann, A., Bohmann, G., Hermann, W. et al., op. cit., 91-113.

Die Auswirkungen von Außenwanderungen für die deutsche Bevölkerungsdynamik unter besonderer Berücksichtigung der Aussiedler

VON UWE LEBOK

1. Einführung

Bereits in einer früheren Ausgabe dieser Zeitschrift (1993, Heft 4) wurden schwerpunktmäßig verschiedene Aspekte der Migration für Deutschland ausführlich erörtert, nicht zuletzt wohl auch deswegen, weil Außenwanderung für die deutsche Bevölkerungsentwicklung der jüngsten Vergangenheit ein wichtiger Faktor war. In einem Beitrag von Dinkel & Meinel (1991) konnte bereits in diesem Zusammenhang nachgewiesen werden, daß nahezu drei Viertel des gesamten Bevölkerungszuwachses in der Bundesrepublik seit 1950 auf direkte oder indirekte Effekte von (Netto)Zuwanderungen zurückgegangen sind. Bei den indirekten Wanderungseffekten handelt es sich in der Hauptsache um die Kinder und Kindeskiner der Zuwanderer, die ohne die realisierte Zuwanderung niemals in Deutschland geboren worden wären. Wie in der theoretischen Demographie beschrieben (Espenshade, Bouvier & Arthur, 1982) werden im Zeitverlauf die Kinder und Kindeskiner von Zuwanderern für die weitere Bevölkerungsentwicklung immer bedeutender.

Daß jede (Netto)Zuwanderung entscheidenden Anteil am künftigen generativen Verhalten eines Landes haben kann, wird sofort verständlich, wenn weniger die Kopfzahl der (Netto)Zuwanderer als deren Alters- und Geschlechtsstruktur berücksichtigt werden. Die Alters- und Geschlechtsverteilung der Migranten entscheidet über die künftige bevölkerungsdynamische Auswirkung jedes Wanderungsereignisses, besonders im Bezug auf die künftige Geburtenentwicklung (Dinkel & Lebok, 1993a). Da sich Migranten niemals als eine homogene Gruppe bewerten lassen und teilweise unter den Wanderungsbevölkerungen völlig unterschiedliche Strukturen (demographisch, kulturell, sozioökonomisch) vorliegen können, liefert allein eine gruppenspezifische Betrachtung von (Netto)Zuwandererpopulationen genauere Aussagen über die nachhaltigen Auswirkungen für die weitere Bevölkerungsentwicklung.

Die demographische Verschiedenartigkeit aufgrund der regionalen oder ethnischen Herkunft der (Netto)Zuwanderer kann sich bereits in einer unterschiedlichen Alters- und Geschlechtsstruktur der Wanderungspopulationen niederschlagen, ohne daß bevölkerungsdynamische Unterschiede in Mortalität oder Fertilität überhaupt

berücksichtigt wurden. Beispielsweise handelt es sich bei den jährlich zahlenmäßig geringen Zuwanderungen aus Afrika zu fast zwei Drittel um Männer. In anderen Zuwanderergruppen wiederum herrscht eine Proportionalität in der Geschlechterverteilung vor. Auch gibt es zwischen den Zuwanderergruppen ganz erhebliche Unterschiede in der Altersverteilung. Seit den 1960er Jahren hatte aber eine allgemeine Verjüngung der (Netto)Zuwanderungspopulationen eingesetzt, die insbesondere für ein von demographischer Alterung betroffenes Land wie der Bundesrepublik bedeutende Auswirkungen auf die Alterszusammensetzung und besonders auf die Geburtenentwicklung hatte.

Am konkreten Fall der Aussiedler sollen die demographischen Folgen ihrer Zuwanderung in die Bundesrepublik mit Hilfe des in dieser Zeitschrift bereits mehrfach angewandten "reproductive value"-Konzeptes untersucht werden (Dinkel 1989; Lilienbecker 1991). Diese Zuwanderergruppe eignet sich aufgrund mehrerer besonderer Eigenschaften für eine detaillierte Untersuchung: Aussiedler besitzen im Vergleich zu ausländischen Zuwanderergruppen nahezu eine Ausgewogenheit in ihrer Geschlechterverteilung, was geschlechtsspezifische Folgen der Nettowanderungen für den "Partnerschaftsmarkt" auf ein Minimum reduziert (Dinkel, Meinel & Milenovic 1992). Wie auch bei ausländischen Zuwanderergruppen befindet sich ein Großteil der Personen in jüngeren (und damit für die weitere Geburtenentwicklung relevanten) Altersgruppen. Im Gegensatz zu Ausländern bedeutet aber eine Zuwanderung von Aussiedlern, daß diese Personengruppen in der Regel *auf Dauer oder sogar für immer* in Deutschland leben werden. Außerdem beschränken sich die Wanderungsströme von Aussiedlern in Vergangenheit und für die Zukunft auf einen überschaubaren Zeitraum von 1980 bis ungefähr 2010.

Bevor nun aber auf die bevölkerungsdynamische Wirkung der Aussiedlerzuwanderung konkret eingegangen wird und sich die daraus anschließende Frage beantwortet wird, ob ausschließlich ihre Zuwanderung für einen definierten Zeitraum ausreicht, um das zu erwartende demographische Schrumpfen der bundesdeutschen Bevölkerung aufzuhalten, ist ein kurzer Exkurs in die theoretische Demographie notwendig. In möglichst knapper und verständlicher Form soll dabei das für solche Fragestellungen einzig und allein in Frage kommende demographische Konzept des "reproductive value" erläutert werden.

2. Die Messung bevölkerungsdynamischer Wirkungen von Wanderungen für die Bevölkerung Deutschlands

2.1. Das Konzept des "reproductive value" und seine Anwendung für Fragen der Bevölkerungsdynamik

Wie die Nettofortpflanzungsrate NRR basiert auch das in der demographischen Literatur bereits mehrfach zitierte Konzept des "reproductive value" $v(x)$ (Fisher 1930; Keyfitz 1971; Dinkel 1989; Dinkel 1990; Lilienbecker 1991; Feichtinger & Steinmann 1992), mit dem der Einfluß jeder zu- oder abwandernden Frau der Altersgruppen 0 bis 44 exakt bestimmt werden kann, auf Modellannahmen der stabilen Bevölkerung

(ausführlich bei Dinkel 1989). In dieser Generalisierung zur Beschreibung von Bevölkerungsprozessen wird angenommen, daß a) auf eine Bevölkerung mit Altersstruktur ausschließlich Fertilität und Mortalität einwirken, b) daß die Bevölkerung eingeschlechtlich (weiblich) ist, und c) keine Wanderungen stattfinden. Wie noch zu zeigen ist, gilt der definierte Ausschluß von Wanderungen nur zunächst im theoretischen Modell und stellt kein Hindernis für spätere praktische Anwendungen dar. Die daraus abgeleitete Größe $v(x)$, der "reproductive value" im Alter x , gibt dabei an, wie groß der Gegenwartswert einer x -jährigen Frau im Vergleich zu einer Neugeborenen ist. Der altersspezifische "reproductive value" stellt somit einen Vergleichswert dar, der ausgehend von den gegenwärtigen Lebensbedingungen (Fertilität, Mortalität) in einem Land zu irgendeinem Zeitpunkt (Kalenderjahr) die Realisierung von künftigen Geburten einer x -jährigen Frau mißt.

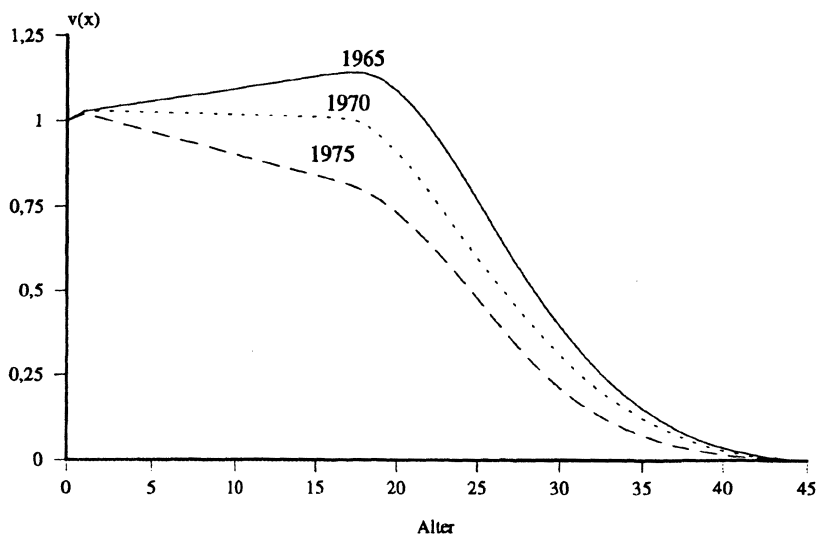
Zur Berechnung der jährlichen, altersspezifischen values werden nur drei demographische Variablen benötigt: die Überlebenswahrscheinlichkeiten $l(x)$ aus den Sterbetafeln, Aussagen über die Gesamtfertilität einer Bevölkerung ausgedrückt in den Nettoreproduktionsraten und die zur Lösung der Charakteristischen Gleichung aus diesen Angaben nach einem Iterationsverfahren von Lotka (1933) abgeleitete gleichgewichtige Wachstumsrate r^* .

(1) Formel des "reproductive value":

$$v(x) = \int_x^{45} e^{-r^*(a-x)} l(a) / l(x) m(a) da$$

An dieser Stelle muß unmißverständlich betont werden, daß die gleichgewichtige Wachstumsrate r^* in Formel (1) *nichts* mit dem relativen Wachstum der Gesamtbevölkerung ohne Zu- und Abwanderung (jährliche "natürliche" Wachstumsrate r) gemein hat. Während r das Verhältnis der Differenz von Lebendgeborenen und Verstorbenen zur Gesamtbevölkerung an einem Stichtag mißt, erfüllt die gleichgewichtige Wachstumsrate r^* ausschließlich die dem Modell der stabilen Bevölkerung zugrundegelegte *Charakteristische Gleichung* mit stabilen Mortalitäts- und Fertilitätsangaben. Da sich die Gesamtfertilität der bundesdeutschen Bevölkerung im Zeitverlauf deutlich veränderte, unterlag auch die nach der Lotka-Iteration zu berechnende gleichgewichtige Wachstumsrate r^* erheblichen Schwankungen. In Abbildung 1 werden deshalb die unterschiedlichen Verläufe von r^* und der jährlichen "natürlichen" Wachstumsrate (Bevölkerungsveränderungen allein aufgrund von Geburten und Sterbefällen) gegenübergestellt.

Abbildung 1: Entwicklung der "reproductive value"-Verläufe in der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1965, 1970 und 1975



Der Logik des "reproductive value" zufolge ist der zu erwartende Teil aller möglichen zukünftigen Geburten einer heute geborenen und damit 0jährigen Frau definitionsgemäß Eins, da sie noch alle möglichen Realisierungen ihrer Geburten vor sich hat (Formel 2).

$$(2) \quad v(0) = \int_0^{45} e^{-ra} l(a) m(a) da = 1$$

Andererseits hat jede Frau in einem Alter von 45 Jahren und darüber die Altersjahre bereits durchlebt, an denen sie eine Geburt hätte realisieren können. Je älter eine Frau ist und je weiter sie damit in ihrem gebärfähigen Lebensabschnitt fortgeschritten ist, desto geringer ist die Zahl der künftig zu erwartenden Geburten und desto niedriger muß auch das entsprechende $v(x)$ werden. Am Ende des gebärfähigen Lebensabschnitts wird daher der "reproductive value" stets Null, ganz gleich ob es sich dabei um eine Mutter von mehreren Kindern handelt oder nicht.

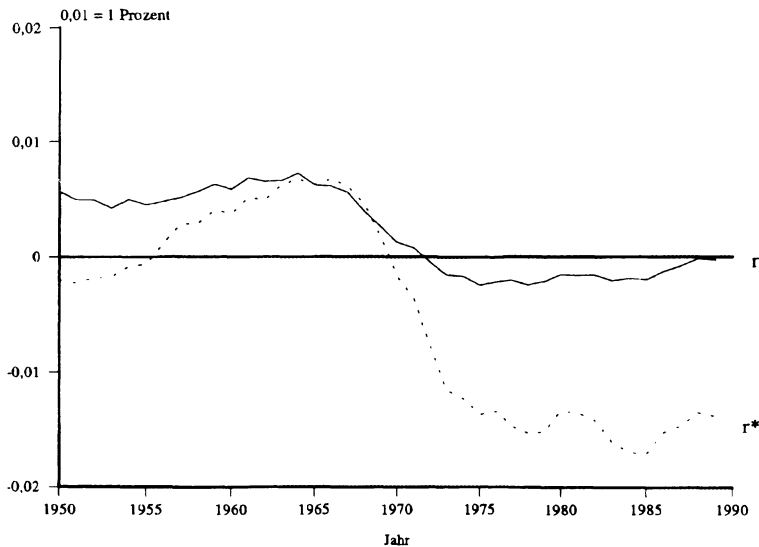
$$(3) \quad v(45) = 0$$

Der Kurvenverlauf der jährlichen "reproductive values" zwischen $v(0)$ und $v(45)$ hängt von den gegenwärtigen Mortalitäts- und Fertilitätsbedingungen ab. Befindet man sich beispielsweise in einer stationären Bevölkerung, in der die Töchtergeneration exakt die Müttergeneration ersetzt, so muß mit Erreichen des Alters 15, der erstmöglichen Realisierung von Geburten (ausgedrückt durch die Werte von $m(x)$), der Wert $v(>15)$ abnehmen. Bis Alter 15 muß der "reproductive value" in einer stationären Bevölkerung kontinuierlich zunehmen, da jedes Jahr Sterberisiken überlebt werden, ohne bisher eine mögliche künftige Geburt realisiert zu haben. Dies gilt auch für wachsende

Bevölkerungen. Der einzige Unterschied im Kurvenverlauf besteht aber darin, daß sich die Zunahme der values über Alter 15 hinaus verlagert, da in einer wachsenden Bevölkerung mehr Töchter als Mütter zu erwarten sind. Bei schrumpfenden Bevölkerungskonstellationen fällt der Kurvenverlauf bereits vor Erreichen des Alters 15 auf Werte kleiner Eins. Ist die gleichgewichtige Wachstumsrate besonders niedrig (etwa bei $r^* < -0,01$), können die values bereits bei $v(1)$ unter Eins fallen.

Die errechneten jährlichen "reproductive values" für jedes Alter x geben Auskunft über die Geburtdynamik einer Bevölkerung in einem bestimmten Kalenderjahr. Für die Bevölkerung der früheren Bundesrepublik (vor dem Gebietsstand vom 03.10.1990) läßt sich durch Berechnung der jährlichen altersspezifischen values auf graphischem Wege die Veränderung von einer stationären Bevölkerungssituation im Jahre 1955 über eine wachsende (1957 bis 1969) bishin zu einer schrumpfenden Bevölkerung (ab 1971) nachzeichnen (Abbildung 2). Das Jahr 1970 stellt für den abgebildeten Zeitraum mit seinem ungefähr einer stationären Bevölkerung entsprechenden $v(x)$ -Kurvenverlauf eine Art "Wendepunkt" dar. Von 1975 an fielen die altersspezifischen "reproductive values" für die dynamisch schrumpfende Bevölkerung der früheren Bundesrepublik sogar noch schneller auf niedrige Werte, da bis Mitte der 1980er Jahre die Fertilität weiter abnahm. Erst gegen Ende der 1980er Jahre stiegen die $v(x)$ -Werte für jedes Alter unterhalb von 45 aufgrund des allgemeinen Fertilitätsanstiegs wieder etwas an.

Abbildung 2: Entwicklung der jährlichen "natürlichen" Zuwachsrate r und der gleichgewichtigen Wachstumsrate r^*



2.2. Der bevölkerungsdynamische Einfluß von Außenwanderungen für die einheimische Bevölkerung

Wenn nun ein Zusammenhang zwischen der natürlichen Bevölkerungsbewegung einer Ausgangsbevölkerung und den bevölkerungsdynamischen Konsequenzen der jährlichen Nettowanderungspopulationen hergestellt werden soll, müssen für jedes Jahr Äquivalenzwerte aus den altersspezifischen "reproductive values" und den altersspezifischen absoluten Besetzungszahlen der weiblichen Migranten konstruiert werden. Dabei beziehen sich die Berechnungen ausschließlich auf weibliche Personen, da die Annahmen des stabilen Bevölkerungsmodells bisher noch nicht verlassen wurden.

Für die Berechnung der Nettowanderungseffekte wird zunächst angenommen, daß jede Abwanderin aus Deutschland die Vitalitätsverhältnisse der deutschen Bevölkerung in das künftige Zuwanderungsland mit sich führt bzw. jede nach Deutschland zuwandernde Frau unmittelbar die demographischen Lebensverhältnisse Deutschlands übernimmt. Für die Zuwanderungsbevölkerung bedeutet diese Generalisierung, daß z.B. eine aus Afrika zuwandernde Frau (mit einer in der Regel deutlich höheren Fertilität) bereits mit ihrer Ankunft Werte der weitaus niedrigeren Fertilität deutscher Frauen übernimmt. Die getroffene Annahme läßt sich deshalb als Minimalvariante bei der Bewertung von bevölkerungsdynamischen Konsequenzen der Nettowanderung interpretieren, da die insgesamt höhere Fertilität der Zuwanderinnen unberücksichtigt bleibt.

Wie später noch an der konkreten Zuwanderergruppe der Aussiedler zu zeigen sein wird, verursachen nicht unmittelbar stattfindende Fertilitätsanpassungen an die einheimische Bevölkerung deutlich erhöhte bevölkerungsdynamische Wirkungen. Sollten Zuwanderergruppen relativ langsam (demographisch) assimilieren und über die Zuwanderergeneration hinaus eine deutlich höhere Fertilität aufweisen (was bei Aussiedlern aber nur schwer vorstellbar ist), müßten auch noch Effekte der intergenerativen Fertilitätsveränderung der Zuwandererpopulationen einschließlich ihrer Kinder und Kindeskiner berücksichtigt werden (Mitra 1990).

Ist der Gegenwartswert einer einzigen zugewanderten Frau im Alter x genau $v(x)$, dann gilt unter Berücksichtigung der soeben getroffenen Annahme für alle im Alter x zu- oder abwandernden Frauen

$$(4) \quad V(x) = P(x) * v(x)$$

wobei $P(x)$ die Gesamtzahl der im Alter x zu- bzw. abwandernden Frauen ist. Nach diesem Prinzip lassen sich jährlich Zuwanderungs- und Abwanderungsäquivalente ($V(Z)$; $V(A)$) für zu- bzw. abwandernde Frauen in jedem Alter zwischen 0 und 45 Jahren berechnen. Für den gesamten "reproductive value" der Nettowanderungen eines Periodenjahres gilt:

$$(5) \quad TRV = V(Z) - V(A)$$

Der Term "Total Reproductive Value" (TRV, "Gesamtgeburtenäquivalent") drückt dabei aus, daß es sich zwar nicht um reelle Geburten handelt, daß aber aufgrund des Ereignisses einer Zuwanderung genauso viele zukünftige Geburten zu erwarten sind wie von einer inländischen Geburt (Dinkel 1990). Mit der Interpretation der Geburtenäquivalente sind bereits erste Aussagen über bevölkerungsdynamische Folgen der Außenwanderung zulässig. Bessere Argumente zur Beurteilung der momentanen natürlichen Bevölkerungsbewegung liefert aber die Nettoreproduktionsrate (NRR).

Da der Wert der Nettoreproduktionsrate aussagt, was geschehen würde, wenn die im Moment relevanten demographischen Parameter dauerhaft konstant wären, dürfte dieser Logik zufolge auch keine Veränderung in der Annahmestruktur auftreten, wenn Wanderungen in die aktuellen Parameterkonstellationen einbezogen werden. Im Augenblick einer Zu- oder Abwanderung von Frauen in Altersgruppen unterhalb von 45 Jahren steigt oder sinkt die Nettoreproduktionsrate für die Gesamtbevölkerung (Einheimische plus/minus Nettowanderer) aufgrund des Migrationsereignisses. *Eine um den Einfluß von Wanderungen ergänzte Nettoreproduktionsrate NRR^* beschreibt somit die Konsequenzen der heutigen demographischen Parameter bei unveränderter Geltung der aktuellen altersspezifischen Fertilitäts-, Mortalitäts- und Nettowanderungsraten.* Auf die methodische Herleitung von NRR^* soll hier nicht weiter eingegangen werden, da sie bereits an anderer Stelle ausführlich erläutert wurde (Dinkel 1990; 1993).

In Ländern wie der Bundesrepublik mit einer langjährigen Wanderungsgeschichte fallen die Unterschiede der um den Einfluß von Wanderungen erweiterten Nettoreproduktionsrate NRR^* im Vergleich zum Verlauf der offiziellen Raten umso deutlicher aus. So wurde aufgrund der Nettozuwanderung von Frauen mit günstiger Altersstruktur die Reproduktion der Mütter durch die Töchtergeneration bis 1972 realisiert ($NRR^* > 1$), obwohl die offizielle Nettoreproduktionsrate bereits im Jahr 1970 unter Eins lag. Die Nettoreproduktion wurde somit für die Bundesrepublik aufgrund des Wanderungseinflusses um drei Jahre verlängert (Dinkel 1993). Wegen der Abwanderungen während der demographisch schrumpfenden Bevölkerungssituation Mitte der 1980er Jahre errechnete sich aber auch für das Jahr 1984 die niedrigste um Wanderungseinflüsse ergänzte Nettoreproduktionsrate.

3. Die Auswirkung der Aussiedlerzuwanderung für die langfristige Bevölkerungsentwicklung in Deutschland

3.1. Die Entwicklung der Aussiedlerzuwanderung 1980 bis 1991 und deren bevölkerungsdynamischen Folgen

Insgesamt wanderten der Bundesrepublik zwischen 1980 und 1990 netto mehr als 1,5 Mio. Menschen zu. Dabei unterlag vor allem die Ausländerzuwanderung konjunkturell bedingten Schwankungen. So erfolgte aufgrund einer Politik der Remigrationsförderung von Gastarbeitern Mitte der 1980er Jahre eine drei Jahre andauernde Nettoabwanderung, die sich dann aber sehr schnell in einen starken positiven Wanderungssaldo umkehrte. Den Grund für diese Entwicklung lieferten die

steigenden Aussiedlerzahlen und die Zunahme der Asylbewerberzahlen. Während für den Großteil der Flüchtlinge nur von einer zeitlich begrenzten Verweildauer in Deutschland ausgegangen werden kann, bleiben Aussiedler in der Regel für ihr weiteres Leben dauerhaft in Deutschland. Die Gewähr des dauerhaften Verbleibs in der Bundesrepublik macht diese Zuwanderergruppe für die weitere Untersuchung interessant.

Als Aussiedler werden nach § 1 Abs. 1 Nr. 3 (BVFG) "deutsche Staatsangehörige oder Volkszugehörige verstanden, die ihren Wohnsitz in den Aussiedlungsgebieten (...) unter dem fortdauernden gegen die deutsche Bevölkerung gerichteten Vertreibungsdruck aufgegeben haben" (Tiedtke 1989). Meistens handelt es sich bei diesen Menschen um Personen, die aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches und aus mehr oder weniger geschlossenen Siedlungsgebieten der deutschen Volksgruppe in Mittel-, Ost-, Südosteuropa oder Mittelasien stammen. Zuwanderer aus der ehemaligen DDR bis 1990 (sog. Übersiedler), bleiben bei den nachfolgenden Berechnungen, sofern es die Datenlage zuläßt, unberücksichtigt, da sie sich seit der deutschen Einigung nur noch als Binnenwanderer interpretieren lassen und für die gesamtdeutsche Außenwanderungsentwicklung irrelevant sind.

Aus demographischer Sicht zeichnen sich Aussiedler durch zwei besondere Merkmale aus: Die *Geschlechterstruktur* ist nahezu ausgeglichen und die *Altersstruktur* hat einen Schwerpunkt in den erwerbsfähigen Altersstufen von 15 bis 45 Jahren. Um zu beurteilen, welche Bedeutung zuwandernde Aussiedlerinnen für die künftige Geburtendynamik haben, muß nur deren "reproductive value" errechnet werden. Wir hatten bereits die Annahme erklärt, daß mit dem Zeitpunkt der Zuwanderung die Mortalitäts- und Fertilitätsverhältnisse der einheimischen Bevölkerung übernommen werden. Für die Mortalität mag diese Annahme durchaus berechtigt sein, da die Lebensverhältnisse im westlichen Mitteleuropa verglichen mit östlich gelegenen Ländern erheblich besser sind. Für die Fertilität wurde aber bereits weiter oben festgestellt, daß Zuwandererpopulationen meistens eine höhere Fertilität besitzen als einheimischen Frauen.

Dies gilt auch für Aussiedlerinnen. Verglichen mit nichtdeutschen Zuwanderinnen ist die Gesamtfertilität aber deutlich niedriger. Aufgrund der häufig vorkommenden Zwei-Kinder-Familie bei Aussiedlern könnte für Aussiedler eine durchschnittliche Gesamtfertilität angenommen werden, die um das Reproduktionsniveau ($NRR = 1$) liegen dürfte. Auch in der Aussiedlerpopulation gibt es aufgrund der regionalen Herkunft Unterschiede in der Fertilität, die mit der Minderheitensituation der jeweiligen deutschen Volksgruppe in ihren Heimatländern zusammenhängen. So ist die Fertilität der Aussiedlerinnen aus Polen und der GUS-Nachfolgestaaten beispielsweise höher als die derjenigen aus Rumänien. Auf eine weitere Unterteilung der demographischen Parameter nach regionalen Kriterien soll aber im weiteren verzichtet werden.

In Tabelle 1 ist die zahlenmäßige Entwicklung der jährlichen Aussiedlerzahlen zusammengefaßt. Um die Auswirkung ihrer Zuwanderung für die Bevölkerungsdynamik zu erhalten, muß das *zweigeschlechtliche* Geburtenäquivalent der Aussiedler nach dem "reproductive value"-Konzept errechnet werden. Als

Alternative zur "Minimalvariante" (Aussiedler übernehmen sofort die Vitalitätsverhältnisse der Einheimischen) soll nun aber auch noch eine Variante mit Parametern einer stationären Bevölkerung (mit einer $v(x)$ -Verteilung wie im Jahr 1970) unterschieden werden. In dieser zweiten Variante (Maximalvariante) soll für alle Altersstufen der zuwandernden Aussiedler gelten, daß sie eine Gesamtfertilität mit $NRR = 1$ besitzen. Die tatsächliche Auswirkung der Aussiedlerzuwanderung für die Geburtdynamik dürfte zwischen beiden Varianten liegen.

Tabelle 1: Aussiedlerzuwanderung 1980 bis 1991 und entsprechende Geburtenäquivalente (TRV) mit unterschiedlichen "reproductive values"

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	Summe (1980-91)
Aussiedler (gesamt)¹	51984	69336	47993	37844	36387	38905	42729	78488	202645	377036	370825	221974	1576146
davon:													
<i>aus Rumänien</i>	15767	12031	12972	15501	16553	14924	13130	13990	12902	23387	107189	32178	290524
<i>aus Polen</i>	26637	50983	30355	19122	17455	22075	27188	48419	140226	250340	113253	40129	786182
<i>aus GUS</i>	6954	3773	2071	1447	913	460	753	14488	47572	98134	147455	147320	471340
davon:													
<i>Frauen im Alter 0-45²</i>	18510	25146	15959	13510	12612	13223	14596	28338	75420	137947	135504	84832	575597
TRV (1) min.³	16130	21252	13594	11182	10447	10642	11919	22886	61425	111038	114243	72740	477498
TRV (2) max.⁴	23777	31378	20300	17019	15823	16006	17554	34954	94926	177450	173658	109630	732475

¹ ohne Übersiedler aus der ehemaligen DDR

² incl. DDR-Übersiedlerinnen bis 1988

³ Minimalvariante mit Übernahme der jährlichen einheimischen "reproductive values"

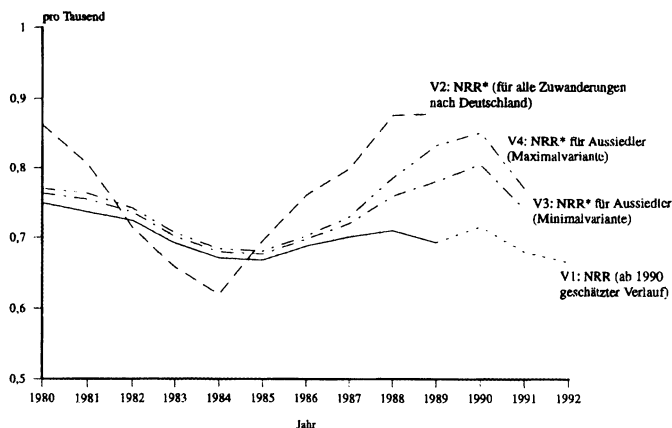
⁴ Maximalvariante mit Fertilität einer stationären Bevölkerung für alle Altersstufen ("reproductive values" von 1970)

Besonders deutlich kommt in Tabelle 1 zum Ausdruck, wie sich die Aussiedlerzuwanderung innerhalb des Beobachtungsraumes regional verschob. Parallel zum absoluten Rückgang der Aussiedlung der Deutschen aus Rumänien und Polen vollzog sich ein Anstieg der Aussiedlerzahlen aus der GUS. Das wichtigste Ergebnis in dieser Tabelle ist aber die Entwicklung der männlichen *und* weiblichen Gesamtgeburtenäquivalente. Wegen des zahlenmäßigen Anstiegs der Aussiedlerzahlen seit Mitte der 1980er Jahre, wegen der allgemeinen Verjüngung des Durchschnittsalters und vor allem wegen des Anstiegs der Frauenanteile bei den Aussiedlern erhöhten sich auch die Geburtenäquivalente. Je jünger dabei die Aussiedler waren, desto stärker differieren TRV-Minimal- und Maximalvariante.

Ein genaueres und leichter zu interpretierendes Bild zeichnet der Verlauf der um den Einfluß von Wanderungen ergänzten Nettofortpflanzungsraten im Vergleich zur offiziellen gesamtdeutschen Nettofortpflanzungsrate (Abbildung 3). Zum einen werden in dieser Gegenüberstellung die Effekte der Nettozuwanderung allgemein verdeutlicht und zum anderen der Beitrag des Aussiedlerzuzugs der letzten Jahre abgebildet. Mit der Darstellung des NRR^* -Verlaufs der Maximalvariante wird zudem die besondere

Bedeutung der Fertilität der Zuwandererpopulationen bei der Konstruktion der um Wanderungseinflüsse ergänzten Nettofortproduktionsrate sichtbar.

Abbildung 3: Entwicklung der Nettofortproduktionsrate NRR und der um den Einfluß von Wanderungen ergänzten Nettofortproduktionsrate NRR* für Gesamtdeutschland



Zusammengefaßt die wichtigsten Ergebnisse der Abbildung:

- Die errechnete gesamtdeutsche Nettofortproduktionsrate (V1 in Abbildung 3) beinhaltet den noch bis Mitte der 1980er Jahre andauernden Fertilitätsrückgang in den alten Bundesländern. Seit 1985 stieg aber die Fertilität in der früheren Bundesrepublik, so daß im Verlauf der gesamtdeutschen Nettofortproduktionsrate 1990 ein neues Maximum erreicht wurde. Der Trend des allgemeinen Fertilitätsanstiegs kam aber durch den Einbruch der Geburtenentwicklung in den neuen Bundesländern zu einem jähen Ende.
- Die um den Einfluß von allen Wanderungen (Aussiedler, Ausländer) ergänzte Nettofortproduktionsrate NRR* (V2 in Abbildung 3) befand sich in den Jahren 1982-1984 unterhalb des Verlaufs der offiziellen Rate. In dieser Zeit erlebte die Bundesrepublik eine Nettoabwanderung, insbesondere aufgrund der damaligen Förderungsprogramme der Remigration von Ausländern. Mit der zahlenmäßig hohen Zuwanderung gegen Ende der 1980er Jahre, die sich dadurch auszeichnete, daß die Nettowanderungspopulation neben einem deutlich herabgesetzten Durchschnittsalter auch hohe Frauenanteile besaß, lag NRR* allein wegen der Zuwanderung im Jahr 1989 um etwa ein Viertel über dem Verlauf von NRR, ohne daß die höhere Fertilität der Zuwanderer in diesem Fall bei der Konstruktion von NRR* berücksichtigt wurde.
- Die um die Zuwanderung von Aussiedlern ergänzte Nettofortproduktionsrate muß immer höhere Werte als NRR haben, da ein Zuzug von Aussiedlern einer Nettozuwanderung gleichkommt. So befand sich auch während der Phase der allgemeinen Nettoabwanderung in Deutschland zwischen 1982 und 1984 das NRR* für Aussiedler oberhalb von NRR (V1). Da Aussiedler gegen Ende der 1980er Jahre das Gros der Nettozuwanderung (mit niedrigem Durchschnittsalter)

darstellten, verursachten sie für diesen Zeitraum in der Hauptsache den Anstieg von NRR^* (V2).

- Je jünger eine zuwandernde Bevölkerung (mit weitgehender Geschlechterproportionalität) ist, desto stärker unterscheidet sich dann der Verlauf der um ihre Zuwanderung ergänzten Nettoreproduktionsrate, wenn unterschiedliche Annahmen über ihre Fertilität getroffen wurden. Diese Aussage wird in Abbildung 3 besonders in den Jahren 1988 und 1989 verdeutlicht (V3 und V4 in Abbildung 3).

3.2. Potentiale für die künftige Zuwanderung von Aussiedlern

In den Ländern Ost- und Südosteuropas sowie in den ehemaligen mittelasiatischen Sowjetrepubliken leben nach überschlägigen Schätzungen des Bundesinnenministeriums zusammen etwa 3,9 Mio. Volksdeutsche, von denen ein großer Teil an einer Übersiedlung in die Bundesrepublik interessiert ist. Darüberhinaus existiert noch ein schwer abschätzbares Potential an Personen, die "gemischt nationaler" Herkunft sind. Dabei verschoben sich in den letzten Jahren die regionalen Strukturen. So ist beispielsweise aus Rumänien bereits der größte Teil der deutschen Volksgruppe ausgesiedelt. Die absoluten Zahlen der deutschstämmigen Zuwanderer aus Rumänien sinken deshalb seit 1989 kontinuierlich. Regionale Schwerpunkte der erwarteten zukünftigen Aussiedlung bilden vor allem die Nachfolgestaaten der Sowjetunion mit mehr als 2,5 Mio. Volksdeutschen.

Auch wenn berücksichtigt wird, daß mit dem vermeintlichen Rückgang der deutschen Minderheiten im Osten die Zahl derjenigen Personen, die sich als Deutsche verstehen, nach oben korrigiert werden muß (da sich im Zuge des Exodus, wie das Beispiel Rumänien gezeigt hatte, immer mehr Menschen als Deutsche zu erkennen geben), ist das Potential der Zuwanderung von Personen, die sich als Deutsche verstehen, beschränkt. In den ersten Jahrzehnten jenseits der Jahrtausendwende, wenn sich die demographischen Alterungsprozesse in Deutschland verstärken werden und dann Zuwanderung möglicherweise dringend erwünscht sein wird, dürfte dieses Zuwandererpotential, das sich ungefähr auf eine Gesamtpersonenzahl von 4 bis max. 6 Mio. Menschen (einschließlich gemischt nationale Familien und Personen anderer Nationalität, die sich als Deutsche bezeichnen) schätzen läßt, nur noch begrenzt zur Verfügung stehen. Bis zu diesem Zeitpunkt werden diese Personen entweder längst übersiedelt sein oder dann aus Altersgründen nicht mehr übersiedeln wollen.

Für den begrenzten Zeitraum von ca. 20 Jahren kann aber der Zuzug der verbliebenen im Ausland lebenden Deutschstämmigen bei einer Kalkulation in Termini der Nettoreproduktionsrate beträchtlich sein. Jede noch zu erwartende Zuwanderung (eine weiterhin günstige Alters- und Geschlechtsverteilung vorausgesetzt) hebt die Nettoreproduktionsrate in Richtung Bestandserhaltungsniveau. Um diese Aussage konkret für die Population der Aussiedler zu überprüfen, müssen für die künftige Zuwanderung Annahmen über die Absolutzahl der jährlichen Übersiedlungen getroffen werden. In jüngster Zeit wurde in verschiedenen Berechnungen mit Prognosecharakter versucht, der Tatsache des nur zeitweilig auftretenden und zahlenmäßig beschränkten

Zuzug von Aussiedlern gerecht zu werden. Während aber die Schätzung des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger VDR (Barth, Hain & Müller 1989) von einem fast ausnahmslosen Verschwinden deutscher Volksgruppen in Europa bis zum Jahr 2000 ausgeht (Variante 1 in Tabelle 2), wurde in der 7. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Bundesamtes angenommen, daß der Aussiedlerzuzugs deutlich zurückgeht und sich die deutsche Volksgruppe in Osteuropa und Mittelasien nach der Jahrtausendwende auf einem zahlenmäßig niedrigen Niveau konsolidiert (Variante 2 in Tabelle 2), so daß die jährliche "deutsche" Nettowanderungsbilanz gegen Null strebt (Sommer 1992).

Wir können nach den bisher verwendeten Termini für beide Schätzungen und für eigene Modellberechnungen (Variante 3) hinsichtlich des künftig noch zu erwartenden Aussiedlerzuzugs zeigen, welche bevölkerungsdynamischen Konsequenzen sich allein aus dieser Zuwanderungsgruppe ableiten lassen. Für die eigene modellhafte Berechnung wollen wir von einer jährlichen konstanten und damit quotierten Zuwanderung von deutschstämmigen Personen (238.100) einer maximal anzunehmenden Gesamtzahl von 5,0 Mio. bis zum Jahr 2010 ausgehen. Die vorgestellte eigene Modellrechnung entspricht dabei natürlich nicht einer realistischen Einschätzung. Vielmehr sollen diese Berechnungen für den begrenzten Zeitraum aufzeigen, wie bedeutend die Geburten von Zuwandererpopulationen ab der Jahrtausendwende für die Gesamtfertilität in Deutschland sein werden, wenn die Nettoerproduktionsrate weiterhin unterhalb der Bestandserhaltung liegen wird, was aber durchweg Konsens verschiedenster Studien ist (vgl. Sommer 1989).

In einer *Variante 3a* wird wie für die beiden prognostischen Schätzungen des VDR und des Statistischen Bundesamtes angenommen, daß die Aussiedler die deutlich niedrigere Fertilität der einheimischen Frauen übernehmen. Berechnungsgrundlage sind die letzten veröffentlichten Angaben über die altersspezifische Fertilität des Jahres 1989. Dabei wurden die Angaben der früheren Bundesrepublik verwendet, da anzunehmen ist, daß sich der momentane Einbruch in der ostdeutschen Fertilität langsam erholen wird und die Nettoerproduktionsrate der alten Bundesländer von 1989 somit ungefähr den gesamtdeutschen Durchschnitt für die kommenden 20 Jahre widerspiegelt.

In einer *Variante 3b* soll bei einem konstanten und damit angenommenen quotierten Zuzug der geschätzten rund 5 Mio. Auslandsdeutschen die durchschnittlich höhere Fertilität der Zuwanderer berücksichtigt werden. Wie bereits bei der Berechnung maximal zu erwartender Geburtenäquivalente in Tabelle 1 soll hierfür eine Fertilität für die Aussiedlerinnen angenommen werden, die bei einer Nettoerproduktionsrate um Eins liegen soll.

Da die Bevölkerung der Bundesrepublik ohne jede weitere Zuwanderung aufgrund ihrer demographischen Situation in ihrer Gesamtzahl schrumpfen muß und auch die Geburtenzahl wegen einer Nettoerproduktionsrate unterhalb des Bestandserhaltungsniveaus langfristig abnehmen muß (bis sie nach extrem langer Zeit Null wird), wird der Beitrag von Zuwanderungen für die langfristige Bevölkerungsdynamik in Deutschland immer wichtiger (siehe ausführlich Dinkel & Lebok, 1993a). Die in Tabelle 2 dargestellten um den Einfluß von Wanderungen ergänzten

Nettoreproduktionsraten NRR* beziehen sich dabei ausschließlich auf die Geburten der Wohnbevölkerung ohne die in der Folgezeit stattfindenden Geburten. Damit wird ausschließlich der künftig zu erwartende Beitrag von Aussiedlerzuwanderungen für jedes einzelne Jahr errechnet.

Auf ein wichtiges Ergebnis aus Tabelle 2 sei aber an dieser Stelle noch hingewiesen: Quotierte Zuwanderungen mit einer günstigen Alters- und Geschlechtsstruktur wie bei Aussiedlern erhöhen langfristig die um den Einfluß von Wanderungen ergänzten Nettoreproduktionsraten. Dies liegt in erster Linie am ab der Jahrtausendwende einsetzenden starken Rückgang der Geburtenzahlen in der einheimischen Bevölkerung. Um dann in der Folgezeit eine Nettoreproduktionsrate oberhalb des tatsächlichen Niveaus zu erreichen, werden verglichen mit vorangegangenen Jahren weniger durch Zuwanderung zusätzlich zu erwartende Geburten benötigt.

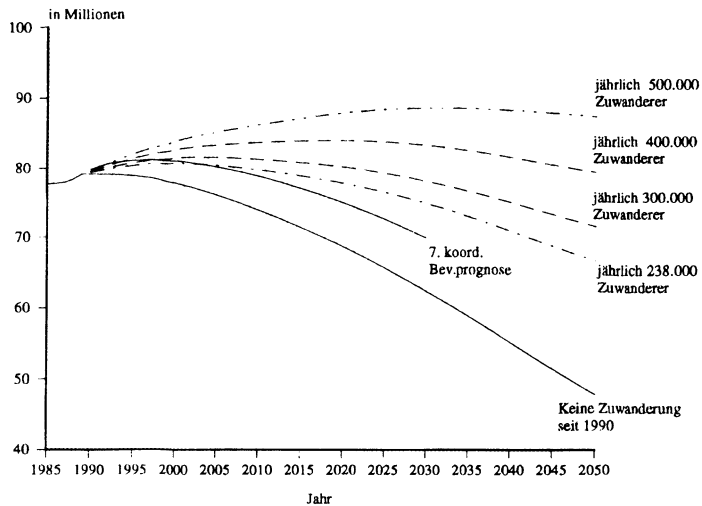
Doch auch eine kontinuierliche Zuwanderung von 238.000 Personen kann trotz Erhöhung der Nettoreproduktionsrate den absehbaren Bevölkerungsrückgang in Deutschland nicht aufhalten, auch wenn diese modellhaft quotierte Zuwanderung über das Jahr 2010 hinaus andauern sollte. Bereits zu Beginn des nächsten Jahrhunderts würde die Zahl der Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik sinken (Abbildung 4) und das trotz einer jährlichen Zuwanderung mit den Annahmen unserer Variante 3b, in der bekanntlich die Nettowanderungspopulation eine deutlich höhere Gesamtfertilität und ein beträchtlich niedrigeres Durchschnittsalter aufweist als die einheimische Bevölkerung. Die Begründung für diesen Trend liefert die derzeitige Bevölkerungsstruktur: Die geburtenstarken Jahrgänge der Vorkriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit wachsen in die oberen Altersgruppen mit einer erhöhten Sterbewahrscheinlichkeit, während die jüngeren Altersgruppen sukzessiv durch die schwächer besetzten Geburtskohorten ersetzt werden. Erst mit einer zahlenmäßig höheren und dauerhaften Zuwanderung könnten die Schrumpfungsprozesse zunächst aufgehalten werden, um nach einem time lag in abgemilderter Form stattzufinden.

Tabelle 2: Die Auswirkung der Aussiedlerzuwanderung für die Entwicklung der Nettoerreproduktionsrate NRR* bei alternativen Zuwanderungsannahmen ausgehend vom 31.12.1989.

Jahr	Wohnbevölkerung (ohne Zuwanderung)	davon: Geburten	Aussiedler					Nettoerreproduktionsraten				
			Variante 1 (VDR)	Variante 2* (Statist. BA)	Variante 3 (konstant)	NRR (0) "Nullvariante"	NRR (1) Variante 1	NRR (2) Variante 2	NRR (3a) Variante 3a (min.)	NRR (3b) Variante 3b (max.)		
1990	79126049	867118	450000	371000	238100	0,6751	0,7899	0,7698	0,7358	0,7667		
1991	79121733	864952	400000	175800	238100	0,6751	0,7774	0,7201	0,7360	0,7669		
1992	79097268	858267	375000	175800	238100	0,6751	0,7718	0,7204	0,7365	0,7676		
1993	79049569	846972	350000	175800	238100	0,6751	0,7665	0,7210	0,7373	0,7688		
1994	78975582	831280	325000	175800	238100	0,6751	0,7616	0,7219	0,7383	0,7706		
1995	78869193	811526	300000	175800	238100	0,6751	0,7569	0,7230	0,7400	0,7729		
1996	78734315	788302	275000	67000	238100	0,6751	0,7523	0,6939	0,7419	0,7758		
1997	78565828	762562	250000	67000	238100	0,6751	0,7476	0,6945	0,7442	0,7792		
1998	78362849	735326	175000	67000	238100	0,6751	0,7277	0,6953	0,7467	0,7831		
1999	78125613	708076	100000	67000	238100	0,6751	0,7063	0,6960	0,7495	0,7872		
2000	77855382	681958	75000	67000	238100	0,6751	0,6994	0,6968	0,7523	0,7915		
2005	76093233	593678	-	-	238100	0,6751	0,6751	0,6751	0,7638	0,8088		
2010	73879485	573956	-	-	238100	0,6751	0,6751	0,6751	0,7669	0,8134		
Summe:	-	-	3500000	1584700	5000000	-	-	-	-	-		

* geschätzte Aussiedlerzuwanderung der nach Alter und Geschlecht strukturierten jährlichen Nettozuwanderung in der 7. koordinierten Bevölkerungsvoraussschätzung

Abbildung 4: Entwicklung der Bevölkerungszahl bei unterschiedlichen Annahmen über die jährlichen Zuwanderungszahlen



Würden von 1990 an bis zum Jahr 2050 jährlich 238.000 Personen (zunächst Aussiedler, später Ausländer) dem Bundesgebiet zuziehen, dann würde die Gesamtbevölkerung im Jahr 2050 dennoch gegenüber dem Startjahr 1989 um 12,4 Mio. Menschen geschrumpft sein, obwohl insgesamt 14,5 Mio. Personen im gesamten Beobachtungszeitraum zugewandert sind, die sich zudem noch gegenüber der einheimischen Bevölkerung unterscheiden, indem sie ein konstant niedriges Durchschnittsalter wie die Nettowanderungspopulation des Jahres 1989 und eine Fertilität um das Reproduktionsniveau besitzen. Für die Kinder und Kindeskiner wurde in den Modellberechnungen eine Übernahme der Fertilität einheimischer Frauen angenommen.

In einer Bevölkerung ohne jegliche Zuwanderung und mit konstanten Vitalitätsverhältnissen wie im Jahr 1989 würde der Bestand der Wohnbevölkerung sogar umgehend und unaufhörlich sinken. Auch die neueste Bevölkerungsprognose des Statistischen Bundesamtes, die mittlere Variante der 7. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, geht von einer Bevölkerungsschrumpfung ab der Jahrtausendwende aus. Ein Grund hierfür ist auch der angenommene Rückgang der Zuwanderungszahlen. Deshalb entspricht der Verlauf der Wohnbevölkerung in der 7. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung bis 2005 (trotz variierender Mortalität und Fertilität) in etwa dem Verlauf unserer "Aussiedlervariante" mit jährlicher Zuwanderung von 238.000 Personen.

Auch in allen anderen Varianten mit unterschiedlichen Annahmen über die Zahl der kontinuierlichen Zuwanderung schrumpft früher oder später die Gesamteinwohnerzahl, wenn auch von verschiedenen Niveaus (Abbildung 4). Ein Bevölkerungsanstieg bzw. eine Bevölkerungsstagnation über das Jahr 2050 hinaus würde nur dann eintreten, wenn utopisch hohe Zuwanderungszahlen angenommen werden oder wenn eine extrem

junge Bevölkerung in einem Alter unterhalb von 20 Jahren - gemäß der Theorie des "reproductive value" - zuwandern würde (Dinkel & Lebok 1993a) oder wenn sich im Zeitverlauf die Gesamtfertilität der Einheimischen plus Zuwanderer (plus nachfolgende Generationen) deutlich nach oben verändern würde.

4. Schlußbemerkungen

Obwohl Zuwanderung unter bestimmten Voraussetzungen in ihrer Alters- und Geschlechtsstruktur die Geburtdynamik eines Landes mit demographisch schrumpfender Bevölkerung erheblich nach oben korrigiert, kann unter realistischen Annahmen über die Zahl der Zuwanderung (mit noch so günstiger Altersverteilung) der Schrumpfungsprozeß nur mittelfristig aufgehalten werden. Dies gilt im besonderen Maße für die zahlenmäßig und zeitlich begrenzte Aussiedlerzuwanderung, die für die kommenden 10 bis 20 Jahre zu erwarten ist. Je höher die Zahl einer jährlichen Zuwanderung und gleichzeitig je jünger das Durchschnittsalter der zuwandernden Bevölkerung ist, desto stärker verlangsamen sich aber Prozesse des demographischen Alterns und desto später setzt der absehbare Rückgang des Wohnbevölkerungsbestandes ein, der sich auch dann noch für eine kalkulierbare Übergangszeit fortsetzen würde, wenn eine derzeit wenig wahrscheinliche Nettoreproduktion der Wohnbevölkerung für die Zukunft angenommen werden würde.

Zusammenfassung

Seit einigen Jahrzehnten spielt die Zuwanderung für die deutsche Bevölkerungsentwicklung eine bedeutende Rolle. So ging der Bevölkerungszuwachs der letzten Jahre fast ausschließlich auf Migrationseffekte zurück. Auch in Zukunft können bei einer Nettoreproduktionsrate der einheimischen Bevölkerung deutlich unterhalb von Eins nur Zuwanderungen die absehbare Schrumpfung der Bevölkerung aufhalten und Prozesse der demographischen Alterung abmildern. Seit Ende der 1980er Jahre bildeten das Gros der Nettozuwanderung Aussiedler. Neben einer ausgeglichenen Geschlechterproportion und einem Übergewicht jüngerer Altersgruppen weist diese Zuwanderergruppe ausgesprochen positive Merkmale für die künftige Bevölkerungsdynamik aus. Da das zukünftige Potential an ausreisewilligen Aussiedlern begrenzt ist, lassen sich unter Anwendung des "reproductive value"-Konzeptes nach Fisher (1930) die bevölkerungsdynamischen Effekte ihrer Zuwanderung relativ exakt für einen absehbaren Zeitraum kalkulieren. Auch wenn alle Volksdeutschen für die nächsten zwanzig Jahre in die Bundesrepublik einreisen sollten, kann ihre Zuwanderung allein die sich abzeichnende Bevölkerungsabnahme nicht aufhalten.

Summary

In the 20. century immigration is the most important factor for the population development in Germany and mainly explain the increasing on population for the last fifty years. Only net immigration could stop the process of population shrinking or demographic aging in the not-too-distant future because the German net reproduction rate will likely stay on values under one. For the last five years Germans from Middle Asia, East- and Southeast-Europe were the main group of net immigrants. Because of the proportional distribution on sex and an overhang in lower age groups in the removing German immigrant population their effects for the future population dynamics will be positive by using the demographic method of the reproductive value. But the potential on removing Germans outside Germany is limited. Therefore only an immigration of all in the East living Germans couldn't be enough to stop the decreasing of the German population.

Literatur

- Adany, W: (1990), Die Integration von Aus- und Übersiedlern in den bundesdeutschen Arbeitsmarkt, Arbeit und Sozialpolitik 7/1990, 254-257.
- Arthur, W.B.; Espenshade, T.J. (1988), On Immigration Policy and Immigration Ages, Population and Development Review 14, 315-326.
- Bals, C. (1989), Aussiedlerintegration als Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland, Informationen zur Raumentwicklung H.5/1989, 305-314.
- Barth, S.; Hain, W.; Müller, H.-W.: Modellrechnungen über die finanziellen Auswirkungen des Aussiedlerzustroms auf die gesetzliche Rentenversicherung, Deutsche Rentenversicherung H.10/11, 1989, 685-702.
- Bundesausgleichsamt (Hrsg.) (1986-1990), Registrierverfahren und Bundesnotaufnahmeverfahren. Jahresstatistik. Statistische Berichte Vt-2/86, Vt-3/87, Vt-4/88, Vt-2/89, Vt-4/90, Vt-3/91, Bad Homburg.
- Bundesausgleichsamt (Hrsg.) (1981-1985), Statistik über Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Statistische Berichte Vt-4/81, Vt-6/82, Vt-4/83, Vt-9/84, Vt-6/85. Antragsteller und verteilte Personen im Bundesnotaufnahmeverfahren und in Grenzdurchgangslagern, Bad Homburg.
- Bundesverwaltungsamt (Hrsg.), (1991, 1992), Jahresstatistik Aussiedler, Köln.
- Cerone, P. (1987), On Stable Population Theory with Immigration, Demography 24, 431-438.
- Dietz, B. (1992), Anders als die anderen. Zur Situation der Deutschen in der Sowjetunion und der deutschen Aussiedler in der Bundesrepublik, Osteuropa 42, 147-159.
- Dinkel, R.H. (1989), Demographie, Band 1: Bevölkerungsdynamik, München.
- Dinkel, R.H. (1990), Der Einfluß von Wanderungen auf die langfristige Bevölkerungsdynamik, Acta Demographica 1, 47-62.
- Dinkel, R.H. (1992), Kohortensterbetafeln für die Geburtsjahrgänge ab 1900 bis 1962 in den beiden Teilen Deutschlands, Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 18, 95-116.
- Dinkel, R.H. (1993), The Generalized Net Reproduction Rate. A Period Measure of Population Dynamics Including the Effects of Migration, erscheint demnächst.
- Dinkel, R.H.; Lebok, U. (1993a), Die Auswirkung von Zuwanderungen auf die künftige Bevölkerungsentwicklung. Modellrechnungen für die deutsche Wohnbevölkerung unter besonderer Berücksichtigung der Altersstruktur der Wandernden, erscheint demnächst.
- Dinkel, R.H.; Lebok, U. (1993b), Die Bedeutung von Außenwanderungen für die deutsche Bevölkerungsentwicklung, erscheint demnächst in: Geographische Rundschau.
- Dinkel, R.H.; Lebok, U. (1993c), Könnten durch Zuwanderung die Alterung der Bevölkerung und die daraus resultierenden Zusatzlasten der Sozialen Sicherung aufgehoben oder abgemildert werden?, erscheint in: Deutsche Rentenversicherung.

- Dinkel, R.H.; Meinl, E. (1991), Die Komponenten der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zwischen 1950 und 1987, *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 17, 115-134.
- Dinkel, R.H.; Meinl, E.; Milenovic, I. (1992), Die demographische Entwicklung als Auslöser von zukünftigem Gleichgewicht bei der Familienbildung in der Bundesrepublik Deutschland, *Zeitschrift für Familienforschung* 4, 147-171.
- Espenshade, T.J.; Bouvier, L.F.; Arthur, W.B. (1982), Immigration and the Stable Population Model, *Demography* 19, 125-133.
- Feichtinger, G.; Steinmann, G. (1992), Immigration into a Population with Fertility below Replacement Level - The Case of Germany, *Population Studies* 46, 275-284.
- Fisher, R.A. (1930), *The Genetical Theory of Natural Selection*, Oxford/New York (2.Auflage: 1959).
- Herdegen, G. (1989), Aussiedler in der Bundesrepublik. Einstellungen und aktuelle Ansichten der Bundesbürger, *Informationen zur Raumentwicklung* H.5/1989, 331-341.
- Keely, C.B.; Kraly, E.P. (1978), Recent Net Alien Immigration to the United States: Its Impact on Population Growth and Native Fertility, *Demography* 15, 267-293.
- Keyfitz, N. (1971), Migration as a Means of Population Control, *Populations Studies* 25, 63-72..
- Lesthaeghe, R.; Page, H.; Surkyn, J. (1991), Sind Einwanderer ein Ersatz für Geburten?, *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 17, 281-314.
- Lilienbecker, T. (1991), Konstante Migrationsströme im Modell der stabilen Bevölkerung, *Acta Demographica* 2, 63-80.
- McCaa, R. (1986), Isolation or Assimilation? A Log Linear Interpretation of Australian Marriages, 1947-60, 1975, and 1986, *Population Studies* 43, 155-162.
- Michalowski, M. (1991), Foreign-born Canadian Emigrants and Their Characteristics (1981-1986), *International Migration Review* 25, 28-59.
- Mitra, S. (1983), Generalization of Immigration and the Stable Population Model, *Demography* 23, 111-115.
- Mitra, S. (1987), An Analysis of the Consequences of Certain Patterns of Immigration, *Demography* India 16, 109-118.
- Mitra, S. (1990), Immigration, Below-Replacement Fertility, and Long-Term National Population Trends, *Demography* 27, 121-129.
- Sommer, B. (1992), Entwicklung der Bevölkerung bis 2030. Ergebnis der siebten koordinierten Bevölkerungsvorberechnung, *Wirtschaft und Statistik* H.4/1992, 217-222.
- Sprink, J.; Hellmann, W. (1989) Finanzielle Belastung oder ökonomisches Potential? Regional unterschiedliche Konsequenzen des Aussiedlerzustroms, *Informationen zur Raumentwicklung* H.5/1989, 323-329.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1950-1992), *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden.
- Stephen, E.H.; Bean, F.D. (1992), Assimilation, Disruption and the Fertility of Mexican-Origin Women in the United States, *International Migration Review* 26, 67-86.
- Tiedtke, K.-P. (1989), Die deutschen Aussiedler. Hintergründe, Fakten und Perspektiven der Aussiedlung und Eingliederung, *Informationen zur Raumentwicklung* H.5/1989, 343-352.
- Wahl, S. (1989), Zuwanderung von Aussiedlern in der Kurz- und Langzeitperspektive, *Informationen zur Raumentwicklung* H.5/1989, 315-322.
- Wisniewski, Z. (1992), Aus Polen - nach Deutschland, *Zahlenmäßige Entwicklung und Integrationsprobleme der Aussiedler*, Osteuropa 42, 160-170.
- Young, C.M. (1991), Changes in the Demographic Behaviour of Migrants in Australia and the Transition between Generations, *Population Studies* 45, 67-89.

Ökonomische und soziale Mobilität von Ausländern in der Bundesrepublik

VON WOLFGANG SEIFERT

1. Einleitung

In den Einwanderungsländern, insbesondere den USA, wurde Integration bzw. Assimilation von Einwanderern traditionell als Prozeß gesehen, der in Phasen oder Zyklen verläuft und sich über mehrere Generationen erstrecken kann. Der Generationenabfolge wird in dem Prozeß, den Migranten auf dem Weg zur vollständigen Eingliederung zu durchlaufen haben, ein gewisser Automatismus zugeschrieben, beispielsweise in dem bereits in den zwanziger Jahren entwickelten Modell des three generation assimilation cyle. Danach bildet die erste Generation "intern sehr homogene und kohäsive Gruppierungen" aus, die zweite Generation trägt den Konflikt der Kulturen aus, und die dritte Generation geht ganz in der Aufnahmekultur auf (Esser 1980:40; 1990:74). Portes und Jensen (1989) kommen in ihrer Untersuchung über kubanische Einwanderer in Florida jedoch zu dem Resultat, daß sich Immigranten keineswegs nur am unteren Ende der Berufshierarchie eingliedern, und der Integrationsprozeß sich auch nicht über mehrere Generationen erstreckt.

In der Bundesrepublik üben Immigranten zwar weitgehend Tätigkeiten am unteren Ende der Berufshierarchie aus, dennoch, so zeigen neuere Untersuchungen, ist zumindest einem Teil der Aufstieg in höhere Niveaus der Arbeitsplatzhierarchie gelungen (Köhler, Preisendörfer 1988; Köhler, Grüner 1988; Grüner 1992). Es stellt sich die Frage, ob alle Ausländer in gleichem Maße an beruflichen Mobilitätsprozessen partizipieren, oder ob dies auf bestimmte soziale Gruppen beschränkt bleibt. Besondere Aufmerksamkeit muß den generationalen Unterschieden gewidmet werden, denn insbesondere durch den Besuch deutscher Schulen haben sich die formalen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Behauptung auf dem Arbeitsmarkt der zweiten Generation gegenüber der ersten Generation deutlich verbessert.

Werden berufliche Mobilitätsprozesse als Indikator für die Offenheit bzw. Geschlossenheit einer Gesellschaft angesehen (Schultze 1991), so ist sie im Zusammenhang mit Migranten als zentrales Maß gesellschaftlicher Integration zu sehen. In der Migrationsforschung wird Integration jedoch wesentlich weiter gefaßt und als individueller Prozeß der Loslösung von der Herkunftskultur und der

Angleichung an die Kultur des Aufnahmelandes verstanden. Esser (1980) beispielsweise benennt in einem handlungstheoretisch ausgerichteten Modell vier Stufen der Assimilation: kognitive, strukturelle, soziale und identifikative. Insbesondere die letzte Form wird von Verfechtern alternativer Integrationskonzepte als Germanisierungsbestrebung diffamiert (Bayaz et. al. 1984) und als Dominanzperspektive bezeichnet (Ikonomu 1989).

In diesem Beitrag geht es nicht um die Verifizierung von Integrationskonzepten, dennoch soll untersucht werden, ob zwischen den genannten Merkmalen und beruflicher Statusallokation eine Korrelation besteht, denn auch wenn ein Zusammenhang zwischen nationaler Identifikation und beruflichem Erfolg angezweifelt werden kann, dürfte unbestritten sein, daß Sprachkenntnisse eine notwendige Voraussetzung für die Erlangung höherer Bildungs- und Berufspositionen sind.

Im folgenden wird also mittels der ersten sechs Wellen des Längsschnittdatensatzes des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP) untersucht, inwieweit Sprachkenntnisse, interethnische Kontakte und Selbstidentifikation als Deutscher im Zusammenhang mit beruflicher Mobilität stehen. Nach dieser Analyse der Determinanten beruflicher Statusallokation wird die berufliche und ökonomische Mobilität von Ausländern und Deutschen vergleichend analysiert.

2. Datenbasis und Operationalisierung

Mit dem SOEP¹ ist erstmalig in der Bundesrepublik die Möglichkeit gegeben, ökonomische, berufliche und soziale Mobilität bei zwei Generationen von Ausländern und im direkten Vergleich zur deutschen Bevölkerung zu untersuchen. Da Ausländer keine homogene Gruppe darstellen, sollen bestimmte markante Gruppen unterschieden werden. Neben der bereits eingangs erwähnten Unterscheidung nach Generationszugehörigkeit werden ausländische Frauen und Türken, die jeweils als besonders benachteiligt gelten, gesondert betrachtet. Als Mobilitätsindikatoren werden berufliche Stellung, Bruttoarbeitsverdienst und Berufsprestige untersucht.

Der Analyse generationaler Unterschiede muß noch vorweggeschickt werden, daß hier nicht wie oftmals in migrationstheoretischen Ansätzen nur Personen, die im Aufnahmeland geboren sind, der zweiten Generation zugerechnet werden, sondern auch Personen, die im Ausland geboren, aber in der Bundesrepublik eine Schule besucht haben (vgl. Übersicht 1). Aus Gründen der Vergleichbarkeit zwischen der zweiten Generation und einer entsprechenden deutschen Vergleichsgruppe muß zusätzlich eine obere Altersgrenze von 25 Jahren gesetzt werden, da im Basisjahr 1984 die genannte Definition nur noch auf wenige Fälle zutrifft und bei einem Höhersetzen der Altersgrenze die Altersstruktur der deutschen Kontrollgruppe abweichen würde. Dies hätte Verzerrungen zur Folge, da sich beispielsweise beim Einkommen der höhere Altersdurchschnitt der deutschen Kontrollgruppe in Form höherer Einkommen bemerkbar machen würde. Die berufliche und ökonomische Mobilität der so abgegrenzten Gruppen wird über die Zeit verfolgt, und zwar jeweils dieselben

Individuen. Die Alterskohorte der 1984 16 bis 25jährigen entspricht also den 1989 21 bis 30jährigen. Somit kann der Prozeß der beruflichen Plazierung bei altershomogenen Gruppen relativ gut verglichen werden.

Übersicht 1: Generationenabgrenzung und deutsche Vergleichsgruppen

<p>Ausländer 2. Generation - Kinder von in Deutschland lebenden Ausländern - Besuch einer deutschen Schule - Alter 16 bis 25 Jahre (1984) N=224*</p>	<p>Deutsche bis 25 Jahre N=1.117</p>
<p>Ausländer 1. Generation Einwanderer aus Drittländern im erwerbsfähigen Alter, die keine deutsche Schule besucht haben N=1.347</p>	<p>Deutsche im erwerbsfähigen Alter N=5.151</p>

* Alle Fallzahlen beziehen sich auf den Längsschnittdatensatz der Wellen 1-6 des SOEP.

3. Sprachkenntnisse, interethnische Kontakte und nationale Selbstidentifikation als Determinanten der beruflichen Statusallokation

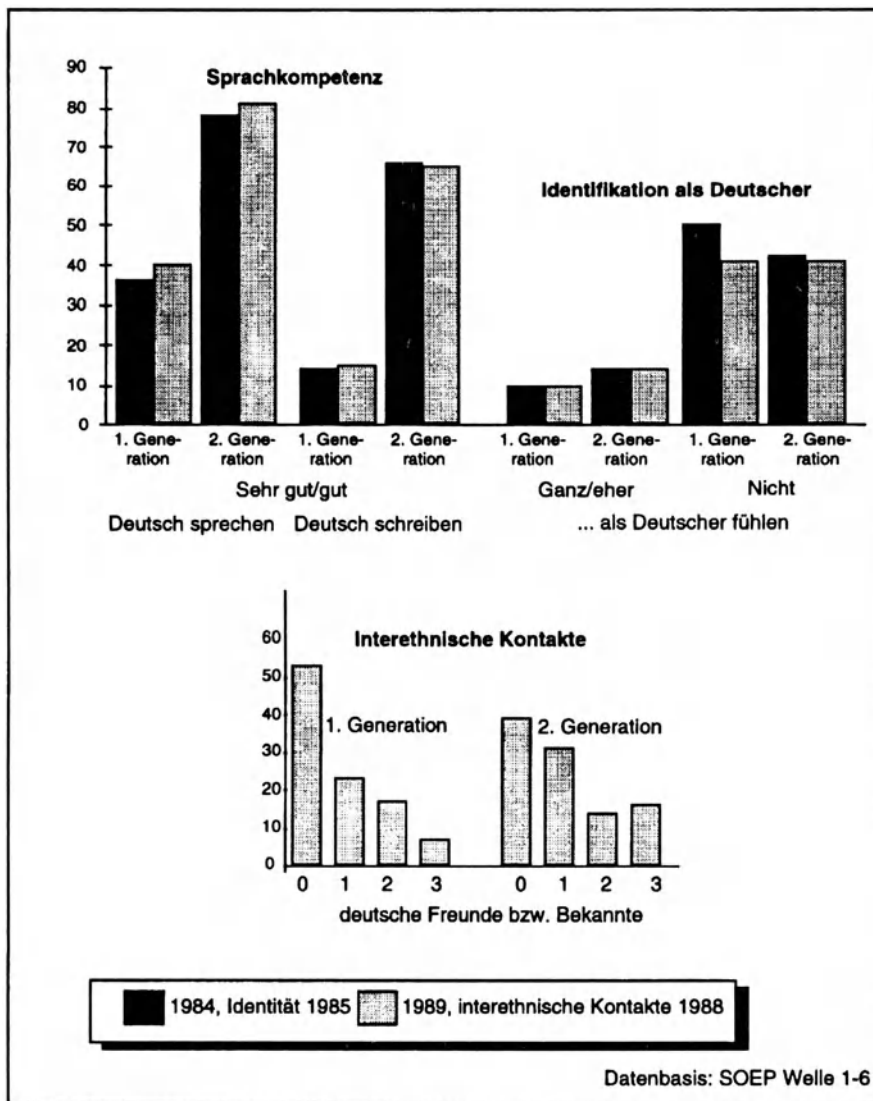
Bevor die Frage des Zusammenhangs von beruflicher Statusallokation und Sprachkenntnissen, Freundschaftsbeziehungen und nationaler Identität aufgeworfen wird, sei zunächst ein Überblick über diese Indikatoren gegeben.

Deutliche Unterschiede zwischen erster und zweiter Generation bestehen bei der Sprachkompetenz (vgl. Abb. 1). Während 1989 nur 40% der ersten Generation angaben, sehr gut oder gut Deutsch zu sprechen, lag dieser Anteil bei der zweiten Generation bei 80%. Wird das strengere Kriterium der schriftlichen Deutschkenntnisse angelegt, zeigt sich, daß auch rund zwei Drittel der zweiten Generation die Fähigkeit Deutsch zu schreiben als sehr gut oder gut einschätzen, aber nur eine Minderheit der ersten Generation. Mangelnde Sprachkompetenz dürfte also nur für eine Minderheit der zweiten Generation eine Barriere darstellen, während für die erste Generation Differenzierungen des Einkommens und der beruflichen Stellung nach den Sprachkenntnissen zu erwarten sind.

Interethnische Kontakte, hier gemessen als die Anzahl Deutscher unter den drei Personen, mit denen die befragte Person näher befreundet ist oder sich am häufigsten trifft², hat weniger als die Hälfte der ersten Generation, während sich die Situation für die zweite Generation etwas günstiger darstellt, 61% nannten wenigstens eine deutsche Kontaktperson. Relativ gering fallen die generationalen Unterschiede bei der nationalen Selbstidentifikation aus. Nur jeder zehnte der ersten Generation fühlt sich ganz oder mehr als Deutscher. Dieser Anteil bleibt über die Zeit konstant, doch die Zahl derer, die sich nicht als Deutsche fühlen, ist leicht rückläufig. Bei der zweiten Generation hingegen zeigen sich keine Veränderungen. Die nationale Zuordnung erfolgt fast ausnahmslos eindeutig, Doppelidentitäten, also Personen, die sich sowohl der

eigenen Ethnie zugehörig und gleichzeitig als Deutsche fühlen, sind empirisch kaum feststellbar, ebenso wie Personen, die sich keiner Nationalität zugehörig fühlen.

Abbildung 1: Sprachkenntnisse, interethnische Kontakte und nationale Selbstidentifikation



Es soll nunmehr der Frage nachgegangen werden, inwieweit ein Zusammenhang zwischen kognitiven, sozialen und identifikativen Merkmalen und der beruflichen Positionierung besteht. Differenziert nach beruflicher Stellung, zeigen sich bei der ersten Generation deutliche Unterschiede nach der Sprachkompetenz. Die Spanne reicht von 30% der ungelerneten Arbeiter, die gute oder sehr gute verbale Deutschkenntnisse angaben, bis zu 88% der Angestellten (vgl. Tab. 1). Entlang dieser

Achse sind auch bei der zweiten Generation Differenzierungen feststellbar, doch bei weitem nicht so ausgeprägt wie bei der ersten Generation. Wird jedoch das strengere Kriterium der schriftlichen Deutschkenntnisse angelegt, treten auch bei der zweiten Generation deutliche Unterschiede nach beruflicher Stellung hervor.

Ebenfalls stark differenziert ist die Freundschaftsstruktur nach beruflicher Stellung. Besonders isoliert sind ungelernte Arbeiter der zweiten Generation, von denen 78% bei der Netzwerkfrage keine deutsche Kontaktperson nannten und in dieser Höhe sogar deutlich über dem entsprechenden Anteil der ersten Generation liegen. Im Angestelltenbereich hingegen, aber auch in qualifizierten Arbeiterberufen, liegt der Anteil derer, die keine deutsche Kontaktperson nennen, in der zweiten Generation deutlich unter dem der ersten.

Bezogen auf die nationale Selbsteinstufung zeigt sich bei beiden Generationen jeweils ein höherer Anteil bei den Angestellten, die sich ganz oder eher als Deutsche fühlen. Den Angestellten kommt also in allen Punkten eine gewisse Sonderrolle zu. Dies kann jedoch nicht unbedingt dahingehend interpretiert werden, daß es sich dabei um eine etablierte Gruppe handelt. Tätigkeiten im Angestelltenbereich sind für Ausländer nicht gleichbedeutend mit der Ausübung qualifizierter Tätigkeiten. Dienstleistungsberufe in Handel, Gastronomie und Verkehr sind die Domäne ausländischer Angestellter. Dabei handelt es sich überwiegend um kommunikations- und kontaktintensive Tätigkeiten, für die oftmals Sprachkenntnisse eine Voraussetzung sind. Da die Differenzierung nach beruflicher Stellung für die Erklärung des Zusammenhangs beruflicher Statusallokation und kognitiven, sozialen und identifikativen Elementen als zu grob anzusehen ist, wird im folgenden der individuelle Bruttoverdienst als Statusindikator herangezogen.

Tabelle 1: Sprachkompetenz, interethnische Kontakte und Selbstidentifikation nach Stellung im Beruf (in Prozent)

	Deutsch sprechen		Deutsch schreiben	
	1. Generation	2. Generation	1. Generation	2. Generation
Ungelernte Arbeiter	30***	71*	8***	25***
Angelernte Arbeiter	44	78	15	58
Facharbeiter/Meister	46	83	17	71
Angestellte	88	90	61	92
Selbstständige	75	()	47	()

	Kein deutscher Freund		Sich ganz oder mehr als Deutscher fühlen	
	1. Generation	2. Generation	1. Generation	2. Generation
Ungelernte Arbeiter	59***	78***	9***	5**
Angelernte Arbeiter	54	50	10	9
Facharbeiter/Meister	48	27	11	10
Angestellte	36	10	20	31
Selbstständige	49	()	18	()

Signifikanzniveaus: * t > 2.0, ** t > 3.0, *** t > 5.0; () Fallzahlen unter N=30
 Datenbasis: SOEP Welle 1-6.

Bei der ersten Generation ist das Einkommen³ eindeutig mit der Sprachkompetenz korreliert (vgl. Tab. 2). Je besser die Deutschkenntnisse, desto höher ist das Einkommen. Diesen Zusammenhang gibt es bei der zweiten Generation nicht. Die verbalen Fähigkeiten sind bereits in solchem Umfang vorhanden, daß hier keine Differenzierungen mehr auftreten. Hinsichtlich der Fertigkeit Deutsch zu schreiben, zeigt sich im Jahre 1984 sogar eine gegenläufige Tendenz, diejenigen mit geringen Schreibkenntnissen verdienen mehr als Personen mit guten Kenntnissen. Dieser Umstand ist dadurch zu erklären, daß Un- und Angelehrte, also der Personenkreis mit geringen Schreibfertigkeiten, 1984 bereits erwerbstätig waren und zum Teil durch hohe Arbeitsintensität hohe Löhne erzielten, während sich Personen mit besseren Deutschkenntnissen in qualifizierten Bereichen und im Angestelltenbereich mit niedrigen Einstiegsgehältern begnügen mußten, bzw. noch in Ausbildung waren und hier nicht erfaßt wurden. 1989 sind diese Differenzen nicht mehr vorhanden. Dies deutet jedoch auf ein generelles Problem der Aussagekraft des Indikators Einkommen, zumindest bei der zweiten Generation, hin. Die Einkommen sind in der Berufseinstiegsphase noch nicht genügend differenziert, um als Indikator der beruflichen Statusallokation zu dienen. Dies wäre zumindest eine Erklärung dafür, daß jeweils kein signifikanter Zusammenhang feststellbar ist.

Tabelle 2: Durchschnittlicher Bruttoverdienst (gerundet) nach Sprachkompetenz, interethnischen Kontakten und nationaler Selbstidentifikation

	1. Generation		2. Generation	
	1984	1989	1984	1989
Insgesamt	2500	2940	1640	2650
Sprachkenntnisse				
Deutsch sprechen				
Sehr gut/gut	2710***	3120***	1630	2700
Es geht	2410	2890	1650	2580
Eher schlecht/gar nicht	2280	2570	()	()
Deutsch schreiben				
Sehr gut/gut	2960***	3410***	1550	2690
Es geht	2540	3010	1750	2650
Eher schlecht/gar nicht	2370	2750	1930	2590
Interethnische Kontakte¹				
Kein deutscher Freund		2830**		2630
Ein deutscher Freund		2960		2720
2-3 deutsche Freunde		3140		2610
Nationale Selbstidentifikation²				
... als Deutscher fühlen				
Kaum/nicht	2380***	2790***	1670	2690
In manchen Beziehungen	2750	3090	1680	2720
Ganz/eher	2530	3180	1460	2520

1 Die Netzwerkfrage wurde nur 1988 gestellt.

2 Wegen abweichender Fragestellung im Jahre 1984 werden hier die Angaben von 1985 herangezogen.

() Fallzahlen unter N=30; Signifikanzniveaus: * p < .05, ** p < .01, *** p < .001; Datenbasis: SOEP Welle 1-6.

Bei der ersten Generation steigt das Einkommen leicht an mit der Anzahl deutscher Freunde. Ein ebenfalls signifikanter Zusammenhang besteht zwischen Selbsteinstufung als Deutscher und der Höhe des Einkommens.

Es kann festgehalten werden, daß für die erste Generation ein deutlicher Zusammenhang zwischen Einkommen und Sprachkompetenz, interethnischen Kontakten und auch nationaler Selbsteinstufung besteht. Für die zweite Generation lassen sich solche Zusammenhänge nicht eindeutig zeigen. Da vermutet werden kann, daß die Einkommensunterschiede zwischen qualifizierter Tätigkeit und solchen mit geringen Qualifikationsanforderungen bei der zweiten Generation noch nicht differenziert genug sind, wird zur multivariaten Überprüfung dieses Zusammenhanges, zusätzlich zum Einkommen, die Berufsprestigeskala von Treiman herangezogen. Dabei wird davon ausgegangen, daß, auch wenn beim Einkommen noch keine Differenzierungen erkennbar sind, Unterschiede durch die Berufsbezeichnung, die ja der Berufsprestigeskala zugrunde liegt, erfaßt werden. Die Treiman-Skala ist eine standardisierte Skala zur Messung des Berufsprestiges, basierend auf 509 Berufsbezeichnungen, für die eine Skala des Prestiges in einer Metrik von 0 bis 100 entwickelt wurde.

Der Zusammenhang zwischen Deutschkenntnissen, interethnischen Kontakten, nationaler Identifikation und Einkommen, bzw. dem Berufsprestige nach Treiman, wird mittels einer multiplen Klassifikationsanalyse (MCA) untersucht. Bezogen auf das Einkommen, ist die erklärte Varianz mit 8% bei der ersten Generation und nur 4% bei der zweiten Generation relativ gering (vgl. Tab. 3). Signifikante Zusammenhänge zeigen sich bei der ersten Generation zwischen Sprachkenntnissen und Einkommen, während bei den gleichen Indikatoren bei der zweiten Generation keine signifikanten Zusammenhänge mehr feststellbar sind. Wird die Treiman-Skala als abhängige Variable verwandt, steigt die erklärte Varianz bei der zweiten Generation auf 11%. Sprachkompetenz bleibt nach wie vor unbedeutend, ein positiver Zusammenhang besteht jedoch zwischen Berufsprestige und Identität als Deutscher sowie der Anzahl der deutschen Freunde bzw. Bekannte. Bei der ersten Generation zeigen sich kaum Abweichungen wenn Berufsprestige statt Einkommen als abhängiger Variable verwendet wird, lediglich der Einfluß der Sprachkompetenz ist etwas geringer. Wird Sprachkompetenz strenger gefaßt und statt der verbalen die schriftlichen Deutschkenntnisse in die MCA aufgenommen, nehmen die Differenzen, bezogen auf die erste Generation sowohl beim Einkommen als auch beim Berufsprestige, deutlich zu. Das Einkommen der zweiten Generation differiert auch nicht nach den Schriftkenntnissen, die Zusammenhänge werden sogar schwächer. Eine deutlich positive Korrelation besteht jedoch zwischen der Treiman-Skala und der Schreibfertigkeit. Hier kommen Bildungseffekte offensichtlich deutlicher zum Tragen als beim Einkommen.

Tabelle 3: Multiple Klassifikationsanalysen: Einkommen und Berufsprestige nach Sprachkompetenz, interethnischen Kontakten und Selbstidentifikation

Einkommen	1. Generation		2. Generation	
	ETA	BETA	ETA	BETA
Deutsche Freunde	.13	.05	.07	.07
Nationale Identität	.15	.08	.08	.14
Deutsch sprechen	.27***	.24	.14	.19
r ²	.08		.04	
<i>(Deutsch schreiben</i>	.32***	.30	.08	.12)
Berufsprestige nach Treimann				
	1. Generation		2. Generation	
	ETA	BETA	ETA	BETA
Deutsche Freunde	.15	.07	.21*	.24
Nationale Identität	.17	.10	.22*	.25
Deutsch sprechen	.22***	.18	.13	.12
r ²	.06		.11	
<i>(Deutsch schreiben</i>	.33***	.33	.31***	.33)

Signifikanzniveaus: * p < .05, ** p < .01, *** p < .001.

Datenbasis: SOEP Welle 1-6.

Insgesamt ist davon auszugehen, daß kognitive, soziale und identifikative Faktoren in ihrer Bedeutung für den Eingliederungsprozeß überschätzt werden. Mangelnde Sprachkenntnisse mögen für die erste Generation noch eine Barriere darstellen, in der zweiten Generation sind Deutschkenntnisse, zumindest verbal, bereits in solch breitem Umfang vorhanden, daß sich kaum mehr Differenzierungen ergeben. Interethnische Freundschaftsbeziehungen haben selbstverständlich Sprachkenntnisse zur Voraussetzung, und mit dem Aufstieg in höhere berufliche Positionen ergeben sich intensivere Kontakte zu Deutschen, bzw. zu einem Personenkreis von Deutschen, der eine geringere Distanz gegenüber Ausländern aufweist. Die Identität mit dem Aufnahmeland wird in der Migrationsforschung häufig als der Endpunkt des Eingliederungsprozesses gesehen. Nach dieser Sichtweise wären berufliche und soziale Eingliederung als Voraussetzung der identifikativen Assimilation zu sehen. Dieser Zusammenhang ist aus den vorgelegten Daten jedoch nicht ableitbar. Zwar ist die zweite Generation weit öfter in höheren beruflichen Positionen zu finden und hat weit öfter interethnische Kontakte als die erste Generation, doch im Hinblick auf nationale Identität fallen die Unterschiede nur gering aus.

4. Berufliche Mobilität

Nach der Analyse einiger Determinanten der beruflichen Statuszuweisung soll nun die berufliche und ökonomische Position von Ausländern im Vergleich zu deutschen Arbeitnehmern, anhand von beruflicher Stellung⁴ und Einkommen, kurz skizziert werden. Um Verzerrungen zu vermeiden, beziehen sich die folgenden Analysen nur auf abhängig Beschäftigte, die mindestens regelmäßig mit der Hälfte der tariflichen Arbeitszeit beschäftigt sind.

Selbstverständlich darf bei den folgenden Analysen nicht übersehen werden, daß für Ausländer und Deutsche unterschiedliche Ausgangsvoraussetzungen und Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt bestehen. Angeworben in den sechziger und Anfang der siebziger Jahre für industrielle Arbeitsplätze mit geringen Qualifikationsanforderungen, ist bei der ersten Ausländergeneration nur wenig Mobilität erkennbar. Günstigere Voraussetzungen bestehen für die zweite Generation. 1989 haben 57% einen Hauptschulabschluß, 8% Mittlere Reife und 10% Abitur. Über einen beruflichen Ausbildungsabschluß verfügen 53%. Insbesondere bei höheren Bildungsabschlüssen bleiben sie jedoch deutlich hinter der entsprechenden deutschen Altersgruppe zurück (vgl. Seifert 1992a).

Die erste Generation übt weitgehend un- und angelernte Tätigkeiten aus (vgl. Tab. 4). Der Anteil der Un- und Angelernten geht zwar im Zeitverlauf leicht zurück, und der Facharbeiter und Meisteranteil steigt leicht an, insgesamt ist jedoch nur eine geringe berufliche Mobilität feststellbar. Ein gewisses Aufholen ist bei türkischen Arbeitern erkennbar, 1984 waren sie in Facharbeiter- und Meisterpositionen noch unterdurchschnittlich vertreten, 1989 ist die Differenz jedoch fast ausgeglichen. Frauen der ersten Generation üben kaum qualifizierte Tätigkeiten aus. Zwar hat sich der Facharbeiterinnenanteil zwischen 1984 und 1989 verdoppelt, doch er liegt lediglich bei 4%, und noch immer 83% waren 1989 als un- und angelernte Arbeiterinnen tätig. Der entsprechende Anteil lag bei deutschen Arbeitnehmerinnen nur bei 21%.

Auch mehr als die Hälfte der Beschäftigten der zweiten Generation üben un- oder angelernte Tätigkeiten aus. Wie schon bei der ersten Generation ist zwischen 1984 und 1989 insgesamt nur eine geringe Aufwärtsmobilität erkennbar. Der Anteil an un- und angelernten Arbeitern reduzierte sich in diesem Zeitraum etwas, und der Angestellten- und Facharbeiteranteil nimmt leicht zu. Insbesondere junge Türken konnten sich deutlich verbessern. Während 1984 noch fast drei Viertel der Türken der zweiten Generation als un- und angelernte Arbeiter tätig waren, waren es 1989 nur noch 58%. Im Bereich der Facharbeiter und Meister waren junge Türken 1984 nur zu 9% vertreten, 1989 lag der entsprechende Anteil bei 29% und damit sogar über dem Durchschnitt der zweiten Generation überhaupt. Diese Entwicklung, ist auf zwei unterschiedliche Ursachen zurückzuführen: einerseits auf berufliche Aufwärtsmobilität von Personen, die 1984 bereits erwerbstätig waren, und andererseits auf den Eintritt höher qualifizierter Personen in die Erwerbstätigkeit.

Ausländischen Frauen der zweiten Generation kommt eine gewisse Sonderrolle zu. Zwar ist auch der Anteil un- und angelernter Arbeiterinnen über die Zeit leicht rückläufig, und bereits jede zweite Ausländerin der zweiten Generation ist 1989 im Angestelltenbereich tätig. Doch die Beschäftigung im Angestelltenbereich alleine ist noch kein Garant für die Ausübung qualifizierter Tätigkeiten. Ein geringes Einkommen von ausländischen Frauen, speziell im Angestelltenbereich, lassen auf Tätigkeiten mit geringen Qualifikationsanforderungen schließen, auch der Anteil von nur einem Prozent Facharbeiterinnen weist auf eine insgesamt geringe Qualifikation von Frauen der zweiten Ausländergeneration hin. Der Anteil der un- und angelernten Arbeiterinnen ist mehr als doppelt so hoch wie bei den deutschen Frauen der entsprechenden Altersgruppe.

Es kann festgehalten werden, daß sich im Vergleich zu den Ausländern der ersten Generation, eine verbesserte berufliche Ausgangssituation für die zweite Generation abzeichnet. Proportional üben wesentlich mehr Ausländer der zweiten Generation qualifizierte Tätigkeiten aus. Dies ist ein Indiz für eine hohe intergenerationale Mobilität. Im Vergleich zur entsprechenden deutschen Altersgruppe sind sie insgesamt deutlich schlechter gestellt. Doch die zweite Ausländergeneration hat sich als relativ inhomogen erwiesen: Ausländische Frauen zeigen nur eine geringe berufliche Mobilität, insbesondere junge Türken verbessern sich deutlich.

Tabelle 4: Stellung im Beruf (in Prozent)

	Un- und angelernte Arbeiter	Facharbeiter	Angestellte	Selbstständige
1984				
Ausländer				
1. Generation	71	19	5	5
Türken	78**	15	5	2
Frauen	85***	2	7	5
2. Generation				
Türken	55	25	18	2
Frauen	76**	9	13	2
Frauen	50	5	43	3
Deutsche ¹				
Insgesamt	17	17	43	12
16 - 25 Jahre	22	21	46	3
Frauen	21*	3	57	14
Frauen 16 - 25 Jahre	18	8	68	2
1989				
Ausländer				
1. Generation	67	22	7	5
Türken	71*	21	7	2
Frauen	83***	4	8	5
2. Generation				
Türken	50	26	22	2
Frauen	58**	29	13	0
Frauen	45*	1	50	3
Deutsche ¹				
Insgesamt	16	16	46	12
16 bis 25 Jahre ²	18	23	48	6
Frauen	21**	4	59	10
Frauen 16 bis 25	19*	8	66	3

1 Zu 100% fehlende Werte entsprechen dem Beamtenanteil

2 Alle Altersangaben beziehen sich auf das Basisjahr 1984

Signifikanzniveaus: * t > 2.0, ** t > 3.0, *** t > 5.0; Datenbasis: SOEP Welle 1-6.

5. Einkommensdynamik

Der Bruttoverdienst wird allgemein als Indikator beruflicher Integration verwandt. Allerdings müssen gewisse Einschränkungen, insbesondere bezogen auf die zweite Generation, gemacht werden. Bei Einkommensvergleichen von überwiegend in der Industrie tätigen Ausländern der zweiten Generation und hauptsächlich im Dienstleistungsbereich beschäftigten jungen Deutschen muß bedacht werden, daß die Einstiegsgehälter im öffentlichen Dienst zum Teil relativ niedrig sind, während in der Industrie auch bei geringer Qualifikation aber hoher Arbeitsintensität relativ hohe Löhne erzielt werden können. Allgemein sind, insbesondere durch das Arbeitsvolumen, Intensität der Arbeit (z.B. Schicht- und Akkordarbeit), jährlich erfolgende Sonderzahlungen oder Vorzüge bei der Sozialversicherung etc., Einkommensvergleiche häufig unvollständig oder verzerrt. Hinsichtlich des Arbeitsvolumens, dies sei vorausgeschickt, bestehen bei den hier verglichenen Gruppen keine bedeutsamen Unterschiede.

Tabelle 5: Durchschnittlicher Bruttoverdienst abhängig Beschäftigter

	1984	1989	Anstieg in %
1. Generation	2472	2916	18
Türken	2412	2848	18
Frauen	1861***	2065***	11
2. Generation	1987	2709	36
Türken	1842*	2687	46
Frauen	1607***	2050***	28
Deutsche Arbeitnehmer			
Insgesamt	2887	3369	17
Deutsche 16 - 25 Jahre ¹	1946	2704	39
Frauen	2065***	2424***	17
Frauen 16 - 25 Jahre ¹	1771***	2311***	30

¹ Alle Altersangaben beziehen sich auf das Basisjahr 1984

Signifikanzniveaus: * p < .05, ** p < .01, *** p < .001. Datenbasis: SOEP Welle 1-6.

Wie aufgrund der beruflichen Stellung erwartet werden konnte, liegt das Einkommen der ersten Ausländergeneration deutlich unter dem deutscher Arbeitnehmer (vgl. Tab. 5). Im Zeitverlauf werden in etwa die gleichen Einkommenssteigerungen erzielt, so daß die Einkommensdifferenzen weitgehend erhalten bleiben. Eine höhere Steigerungsrate hätte bei türkischen Arbeitnehmern aufgrund des gestiegenen Facharbeiteranteils erwartet werden können, doch auch sie erzielen nur durchschnittliche Einkommenssteigerungen. Wie bereits erwähnt, beziehen ausländische Arbeitnehmerinnen deutlich niedrigere Einkünfte als ihre männlichen Kollegen. Dies ist auch bei deutschen Arbeitnehmerinnen der Fall, doch ausländische Frauen beziehen geringere Einkommen als deutsche Frauen. Im Zeitverlauf nehmen diese Differenzen zu, denn die erzielten Einkommenssteigerungen ausländischer Frauen waren unterdurchschnittlich.

Insgesamt lag das Einkommen der zweiten Ausländergeneration 1984 in etwa auf dem Niveau der deutschen Vergleichsgruppe. Junge Deutsche erzielten bis 1989 einen beträchtlichen Einkommenszuwachs. Überraschenderweise konnten Ausländer der zweiten Generation ihr Einkommen durchschnittlich in gleichem Umfang steigern und bezogen 1989 ein junges Deutschen vergleichbares Einkommen. Die höchsten Steigerungsraten erzielten junge Türken. 1984 lag deren Bruttoeinkommen noch deutlich unter dem Schnitt der zweiten Ausländergeneration, doch mit einer durchschnittlichen Einkommenssteigerung um 46% wurden die Differenzen zu anderen Ausländern beinahe ausgeglichen, so daß das Einkommen insgesamt nur noch gering nach der Nationalität variiert. Beträchtliche Einkommensunterschiede bestehen nach dem Geschlecht. Auch junge Ausländerinnen verdienen deutlich weniger als ausländische Männer und erzielen auch nur unterdurchschnittliche Einkommenssteigerungen. Folglich ist die hohe Präsenz ausländischer Frauen im Angestellten- und Dienstleistungsbereich nicht mit dem Erreichen besser bezahlter oder höher qualifizierter Tätigkeiten verbunden. Während zwischen der zweiten Generation insgesamt und der deutschen Vergleichsgruppe kaum Einkommensunterschiede bestehen, beziehen junge ausländische Arbeitnehmerinnen niedrigere Einkünfte als deutsche Frauen der gleichen Altersgruppe.

Aus finanzieller Sicht gesehen hat die zweite Ausländergeneration in der Phase des Berufseinstieges weitgehend das Niveau gleichaltriger Deutscher erreicht. Im Zeitverlauf können zur deutschen Kontrollgruppe vergleichbare Einkommenssteigerungen erzielt werden. Einschränkungen müssen hinsichtlich der Startbedingungen von ausländischen Frauen gemacht werden, die geringe Einkommen beziehen und auch nur einen unterdurchschnittlichen Einkommenszuwachs zwischen 1984 und 1989 erzielen.

Ein Faktor für die, gemessen an der Qualifikation, relativ hohen Löhne liegt in dem hohen Anteil an Schicht- und Nachtarbeit, der von Ausländern der zweiten Generation geleistet wird. Immerhin 29% arbeiteten 1989 regelmäßig in Wechselschicht, gegenüber 13% der deutschen Vergleichsgruppe, und verdienten dabei überdurchschnittlich gut.

Dennoch überraschen diese Resultate insofern, als das niedrigere Ausbildungs- und Qualifikationsniveau sowie die Gebundenheit an das produzierende Gewerbe doch eine geringere Einkommensdynamik hätte erwarten lassen. Denn auch wenn von höheren Einstiegsgehältern in der Industrie ausgegangen wird, müßte angenommen werden, daß nur noch geringe Steigerungsraten erzielt werden, während sich die Gehälter im Angestelltenbereich deutlich erhöhen. Innerbetriebliche Weiterqualifikation oder auch gesteigerte Arbeitsintensität wären mögliche Erklärungen.

6. Schlußbemerkung

Bezogen auf die zweite Generation der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer können kaum Zusammenhänge zwischen kognitiven, sozialen und identifikativen Merkmalen und Einkommen sowie Berufsprestige gefunden werden. Sprachkenntnisse sind bereits so umfassend vorhanden, daß hier keine nennenswerten Differenzierungen mehr auftreten. Ethnische Identifikation zeigt zwar eine leicht positive Korrelation mit dem Berufsprestige, aber die stagnierende Zahl derer, die sich als Deutsche fühlen, spricht gegen die verbreitete Annahme, Assimilation verlaufe in Stadien, Sequenzen oder Zyklen, an deren Endpunkt das Aufgehen der Migranten in die Aufnahmegesellschaft steht.

Es kann festgehalten werden, daß die erste Generation weitgehend Randpositionen des Arbeitsmarktes belegt. Tätigkeiten im produzierenden Gewerbe, die geringe Qualifikationen erfordern, sind die Domäne ausländischer Beschäftigter. Auch für die zweite Generation sind un- und angelernte Tätigkeiten wichtigstes Betätigungsfeld, trotz des steigenden Facharbeiteranteils. Intergenerational sind durchaus Verbesserungen feststellbar.

Einkommen hat sich für die zweite Generation als wenig differenzierender Indikator erwiesen, dennoch spricht auch die Einkommensdynamik gegen eine Lohndiskriminierung junger Ausländer, vor allem wenn das Einkommen vor dem Hintergrund des Qualifikationsniveaus der ausgeübten Tätigkeit gesehen wird.

Inwieweit zukünftig berufliche und ökonomische Mobilität zu erwarten ist, ist bei den derzeitigen Rahmenbedingungen nur schwer zu prognostizieren. In Deutschland gibt es keine politische und rechtliche Gleichstellung, wie sie beispielsweise in Frankreich für die zweite Generation gegeben ist, und auch die Akzeptanz von Ausländern als gleichberechtigte Mitbürger scheint derzeit eher rückläufig zu sein. Es kann jedoch als gegeben hingenommen werden, daß weder die deutsche Wirtschaft ohne ausländische Beschäftigte auskommen könnte noch die Sozialversicherung. Auch die demographische Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten läßt keine dauerhafte Marginalisierung der hier untersuchten Gruppen erwarten.

-
- 1 Auf die Konzeption und Stichprobenziehung des SOEP kann hier nicht eingegangen werden, vgl. hierzu Hanefeld 1987.
 - 2 Dieser Indikator wurde nur 1988 erhoben, so daß die Entwicklung über die Zeit hier nicht wiedergegeben werden kann.
 - 3 Eine Inflationsbereinigung wurde nicht vorgenommen, da die Analyse auf Gruppenvergleiche abzielt und nicht auf nominale Einkommensentwicklungen.
 - 4 Stellung im Beruf ist zwar ein grober, für Detailanalysen wenig geeigneter Indikator, dennoch können damit grundlegende Entwicklungslinien offengelegt werden. Für detailliertere Mobilitätsanalysen vgl. Seifert 1992b.

Literatur

- Bayaz, A., Damolin, M., Ernst, H. (Hrsg.), (1984): *Integration. Anpassung an die Deutschen?* Weinheim/ Basel, S. 158-166.
- Esser, H. (1980): *Aspekte der Wanderungssoziologie*, Darmstadt, Neuwied.
- Esser, H. (1990): *Nur eine Frage der Zeit?*, in: Esser, H., Friedrichs, J. (Hrsg.), *Generation und Identität*, Opladen, S. 73-100.
- Grüner, H. (1992): *Mobilität und Diskriminierung. Deutsche und ausländische Arbeiter auf einem Arbeitsmarkt*, Frankfurt a.M./New York.
- Hanefeld, U. (1987): *Das Sozio-ökonomische Panel*, Frankfurt a.M./New York.
- Ikonomu, T. (1989): *Fragestellungen zur Integrationsdiskussion der neueren Migrationsforschung*, in: Papalekas, Johannes C. (Hrsg.), *Kulturelle Integration und Kulturkonflikt der technischen Zivilisation*, Frankfurt/M., New York 1989, S. 264-286.
- Köhler, C., Grüner, H. (1988): *Stamm- und Randbelegschaften - ein überlebtes Konzept?* Arbeitspapier 1988-9 des Arbeitskreises Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung, München.
- Köhler, C., Preisendörfer, P. (1988): *Innerbetriebliche Arbeitsmarktsegmentation in Form von Stamm- und Randbelegschaften*.
- Portes, A., Jensen, L. (1989): *The enclave and the entrants: Patterns of ethnic enterprise in Miami before and after mariel*. *American Sociological Review*, 54, S. 929-949.
- Schultze, G. (1991): *Berufliche Integration türkischer Arbeitnehmer. Vergleich der ersten und zweiten Generation*. Bonn.
- Seifert, W. (1992a): *Die zweite Ausländergeneration in der Bundesrepublik. Längsschnittbeobachtungen in der Berufseinstiegsphase*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 44, 4, S. 677-696.
- Seifert, W. (1992b): *Arbeitsmarktsegmentation - Mobilitätsbarriere für ausländische Arbeitnehmer?* WZB-Working Paper, Berlin.

Determinanten der erwarteten Aufenthaltsdauer von Gastarbeitern der ersten und zweiten Generation in der Bundesrepublik Deutschland

VON VIKTOR STEINER UND JOHANNES VELLING

1. Einführung

Die große Mehrheit der Gastarbeiter kam in den sechziger und frühen siebziger Jahren nach Deutschland, als die Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Anwerbeabkommen mit den nationalen Behörden aus den Herkunftsländern aktiv Gastarbeiter anwarb. Zu dieser Zeit erwarteten sowohl die deutschen Behörden als auch die Gastarbeiter selbst, daß sie nur vorübergehend in Deutschland bleiben würden. Das dominierende Motiv für diese temporär ausgerichtete Migration wurde im sogenannten 'Sparmotiv' gesehen: Gastarbeiter würden in ihre Heimatländer zurückkehren, sobald sie genug Geld gespart hätten, um daheim entweder ein kleines Unternehmen zu gründen, oder in den Ruhestand gehen zu können. Bald zeigte sich jedoch, daß ein beachtlicher Teil die beabsichtigte Rückkehr immer weiter hinausschob und schließlich zu permanenten Einwanderern wurde, wobei die Gründe in den ökonomischen und/oder politischen Entwicklungen in den Herkunftsländern mit der Folge einer unattraktiven Rückkehraussicht oder aber in der erfolgreichen Integration in die deutsche Gesellschaft zu sehen waren. Als Indiz für eine erfolgreiche Integration in den deutschen Arbeitsmarkt lassen sich die ähnlichen Einkommens- und Berufserfahrungsprofile von Gastarbeitern und Inländern interpretieren (Licht/Steiner (1992)).

Nachdem im Jahre 1973 der Anwerbestopp verhängt worden war, veränderte sich die Struktur der Zuwanderung von Ausländern durch den Nachzug von Ehegatten und Kindern, der von dem Anwerbestopp nicht berührt war. Denn wenn der ausländische Arbeitnehmer nicht für immer seinen Anspruch auf einen Arbeitsplatz in Deutschland verlieren wollte, schied die Möglichkeit aus, seine Familie auf längere Zeit im Heimatland wiederzusehen. Somit entschieden sich viele Gastarbeiter dafür, Ehepartner und Kinder nach Deutschland nachzuholen. Diese in sehr jungem Alter zugezogenen sowie die in Deutschland geborenen Kinder der ausländischen Arbeitnehmer werden unter den Begriff der "zweiten Generation" subsumiert. Sie unterscheiden sich im wesentlichen dadurch, daß sie aufgrund ihres deutschen Schulbesuches über gute bis sehr gute Deutschkenntnisse verfügen sowie überwiegend recht gut in die deutsche Gesellschaft integriert sind. Diese unterschiedliche

Ausgangssituation ist verantwortlich dafür, daß die Option der "Rückkehr" für die zweite Generation von wesentlich untergeordneter Bedeutung ist als für ihre Eltern.

In dieser Studie versuchen wir, die existierenden empirischen Arbeiten über die Determinanten des Rückkehrverhaltens von Gastarbeitern in Deutschland zu erweitern. Dabei betrachten wir zunächst die in anderen Studien isolierten Bestimmungsfaktoren für die Remigration, die wir - neben weiteren Faktoren - auch in der vorliegenden Studie berücksichtigen. Die empirischen Untersuchungen basieren auf Panel-Daten für die Bundesrepublik Deutschland der Jahre 1984 bis 1989, die in Abschnitt 3 beschrieben werden. Die Verwendung von Panel-Daten erlaubt es uns, die Effizienz der Schätzungen durch die Berücksichtigung zusätzlicher Information zu erhöhen. Bisher scheint es weder für Deutschland noch für andere Länder Studien auf Basis von Panel-Daten zu geben. Dabei untersuchen wir zunächst das Rückkehrverhalten der ersten Generation von Gastarbeitern. In einem zweiten Schritt vergleichen wir die Ergebnisse der ersten mit denen der zweiten Generation, um qualitative Unterschiede isolieren zu können (Abschnitt 4). Im abschließenden Kapitel werden die wichtigsten Schlußfolgerungen der Arbeit zusammengefaßt.

2. Determinanten der Remigration gemäß bisheriger Studien

Eine Reihe empirischer Studien hat sich insbesondere im Zusammenhang mit dem Beschluß des Rückkehrförderungsgesetz 1983 mit dem Rückkehrverhalten in Deutschland lebender ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien befaßt. Die dominierende Untersuchungsmethode bestand in der direkten Befragung von Gastarbeitern über ihre Rückkehrabsichten (Werth (1983), Münzenmaier und Walter (1983), Marplan (1989), siehe auch den umfassenden Überblick in Reuter/Dodenhoeft (1988: 131ff.)). Mit dem speziell konzipierten Fragenkatalog konnten hier wichtige Determinanten des Remigrationsverhaltens herausgearbeitet werden. Einen Sonderfall stellt die Studie von Hönekopp (1987a, 1987b) dar, der sich in seinen Untersuchungen auf Gastarbeiter, die kurz nach dem Interview in die Heimat zurückgekehrt sind, beschränkt¹. In einer neueren Untersuchung wird von Dustmann (1992) auf Basis der ersten Welle des Sozio-ökonomischen Panels eine ökometrische Analyse der Determinanten der erwarteten Aufenthaltsdauer von Gastarbeitern in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt.

Im folgenden sollen die in den genannten Arbeiten herausgearbeiteten Determinanten einzeln stichwortartig aufgeführt werden, die wir, soweit sie in dem von uns verwendeten Datensatz enthalten sind, auch unseren Schätzungen zugrundelegen werden:

Persönliche Faktoren:

- ◆ Kinder sollen Ausbildung beenden
- ◆ Rückkehr nur mit der gesamten Familie
- ◆ Krankheit, Behinderung

Soziale Integration:

- ◆ Sehnsucht nach der Heimat
- ◆ Unzufriedenheit in Deutschland
- ◆ Familie im Heimatland
- ◆ Ausländerfeindliches Klima in Deutschland
- ◆ Schwierigkeit der Reintegration im Heimatland (insbesondere für zweite Generation)

Ökonomische Faktoren:

- ◆ Erreichung des Sparziels (selbständige Existenz im Heimatland)
- ◆ Leben in Deutschland zu teuer
- ◆ Erreichen des Rentenalters/Rentenanwartschaft

davon: insbesondere Situation auf dem Arbeitsmarkt:

- ◆ Reallohndifferenzen
- ◆ Betroffenheit von Arbeitslosigkeit (Rückkehr nach Ende des Bezugs von Arbeitslosengeld)
- ◆ keine Arbeit im Heimatland
- ◆ schlechte Verwertbarkeit der erworbenen Qualifikationen im Heimatland

3. Daten- und Variablenbeschreibung, Schätzansatz

Die empirische Analyse basiert auf den ersten sechs Wellen des sozio-ökonomischen Panels (SOEP) für Westdeutschland. In der ersten Welle wurden etwa 12.000 Individuen aus ca. 6.000 Haushalten zu Merkmalen der Person, des Haushalts, wie auch zu Erziehung, Ausbildung und Berufserfahrungen ausführlich befragt (eine Beschreibung des SOEP findet sich bei Wagner/Schupp/Rendtel, 1991). Da Ausländer der wichtigsten Herkunftsländer, für Gastarbeiter, das sind Türkei, Jugoslawien, Italien, Griechenland und Spanien, im SOEP bewußt stark überrepräsentiert sind, ergibt sich eine einmalige Gelegenheit, die Remigrationsentscheidungen der Bürger dieser Länder im Detail zu analysieren.

Die Analyse beschränkt sich zum einen auf Haushaltsvorstände (männlich oder weiblich) zum anderen auf deren direkte Nachkommen, da die Annahme, die Entscheidung zur Remigration - ob von ihnen allein oder im Rahmen der Familie gefällt - wird am ehesten von den Rahmenbedingungen des Haushaltsvorstand bestimmt, plausibel erscheint. Allerdings erscheint es nicht weniger vernünftig, die Entscheidung der Kinder einzeln zu analysieren, denn oftmals bleiben die meist wesentlich besser in die deutsche Gesellschaft integrierten Gastarbeiterkinder in Deutschland zurück. Aus diesem Grunde wird unsere zweite untersuchte Gruppe, die wir mit *zweite Generation* bezeichnen werden, aus den über 16jährigen, noch nicht im eigenen Haushalt lebenden Kindern, Schwiegerkindern und Enkeln bestehen.

Die Variable, die wir erklären wollen, ist die individuelle *erwartete Aufenthaltsdauer* in Deutschland am Tag des Interviews zu jeder Welle. Im SOEP werden Gastarbeiter gefragt, ob sie einen dauerhaften oder zeitweisen Aufenthalt beabsichtigen; im letz-

teren Fall wird auch die erwartete Aufenthaltsdauer erfaßt. Obwohl diese Variable in Jahren erfaßt wurde, ziehen wir es vor, sie in Intervalle aufzuteilen, da Antworten auf diese Fragestellung bei bestimmten Jahresangaben starke Häufungen aufweisen, die erwartete Aufenthaltsdauer daher mit erheblichen Meßfehlern behaftet ist (siehe auch Steiner/Velling (1992)).

Unsere Wahl der Klassen wurde von zwei Überlegungen bestimmt. Erstens sollte aus rein schätztechnischen Gründen gewährleistet sein, daß eine genügend große Anzahl von Beobachtungen in jede Kategorie fällt, und zweitens sollten die Klassen nicht zu groß gewählt sein, um erwartete Verhaltensunterschiede in sinnvollen Intervallen auswerten zu können. Daher unterscheiden wir zwischen folgenden Kategorien:

- *kurzfristig* (0 - 3 Jahre),
- *mittelfristig* (4 - 7 Jahre),
- *langfristig* (8 - 30 Jahre), und
- *permanent*.

Zu beachten ist, daß diese Aufteilung es uns erlaubt, anhand des an späterer Stelle beschriebenen statistischen Modells das Remigrationsverhalten sowohl von temporären als auch von permanenten Migranten zu analysieren. Die Verteilung der Beobachtungen in jeder Welle - getrennt für die erste und zweite Generation - im Beobachtungszeitraum 1984 - 1989 ist in Tabelle 1 dargestellt.

Tabelle 1: Verteilung der erwarteten Aufenthaltsdauer von Gastarbeitern
1984 -1989: Erste und zweite Generation

Dauer	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1984-89
Kurzfristig	25 <i>21</i>	20 <i>16</i>	20 <i>12</i>	18 <i>9</i>	14 <i>10</i>	13 <i>8</i>	19 <i>15</i>
Mittelfristig	19 <i>21</i>	22 <i>22</i>	22 <i>19</i>	21 <i>13</i>	19 <i>10</i>	15 <i>15</i>	20 <i>18</i>
Langfristig	24 <i>23</i>	28 <i>21</i>	28 <i>23</i>	28 <i>31</i>	30 <i>27</i>	31 <i>16</i>	28 <i>24</i>
Permanent	31 <i>35</i>	30 <i>41</i>	30 <i>47</i>	33 <i>47</i>	37 <i>53</i>	40 <i>60</i>	33 <i>43</i>
Σ	1098	872	786	741	667	504	4668

Hinweis: Die Zahlen sind Prozentsätze; Spaltensummen ungleich 100 basieren auf Rundungsfehler. Klein und kursiv gedruckte Zahlen geben die Werte für die zweite Generation an. Die letzte Zeile enthält die Anzahl der Beobachtungen in jeder Welle; diese Anzahl variiert über den Beobachtungszeitraum aufgrund von Remigration und anderen Formen der Stichprobenbeeinflussung (keine Antworten (in 1984: 11,6% für die erste, 7,5% aller Personen für die zweite Generation)).

Die Tabelle zeigt eine Verlagerung der Verteilung der erwarteten Aufenthaltsdauer zu den langfristigen und permanenten Kategorien innerhalb des Beobachtungszeitraums, der besonders für die zweite Generation sehr ausgeprägt ist. Das läßt sich entweder durch eine veränderte Zusammensetzung der Ausländer aufgrund von Remigration, durch eine Anpassung der Erwartungen aufgrund einer Verlängerung der tatsächlichen individuellen Aufenthaltsdauer oder durch Veränderungen bei anderen das

Remigrationsverhalten beeinflussenden Faktoren erklären. Zusätzlich ist noch für das Jahr 1984 zu berücksichtigen, daß in diesem Jahr das Rückkehrverhalten durch das "Rückkehrförderungsgesetz" von 1983 beeinflusst wurde, nach welchem ausländische Arbeitnehmer, die die Rückkehrhilfe in Anspruch nehmen wollten, Deutschland bis September 1984 zu verlassen hatten (siehe Hönekopp (1987)). So läßt sich der relativ hohe Anteil von Gastarbeiten erklären, der in diesem Jahr in die kurzfristige Kategorie fällt.

Entsprechend der sich aus dem vorangegangenen Abschnitt ergebenden Auswahl von Bestimmungsfaktoren der Rückkehrentscheidung beziehen wir die folgenden in Tabelle 2 ausgewiesenen Variablengruppen als potentielle Determinanten der geplanten Aufenthaltsdauer des Migranten in das Modell mit ein. Während die meisten Variablen vor dem Hintergrund der im zweiten Abschnitt genannten Determinanten der Remigration gemäß bisheriger Studien selbsterklärend sind, verlangen einige nach weiterer Erläuterung:

- Da die Anzahl weiblicher Haushaltsvorstände in unserer Stichprobe eher gering ist, teilten wir die Stichprobe nicht nach Geschlecht auf, sondern kontrollierten statistisch für Geschlecht, indem wir eine Geschlechts-Dummy als erklärende Variable in das Modell miteinbeziehen. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wird dieser Ansatz auch für die zweite Generation gewählt.
- Das Alter wurde verknüpft mit einer Dummyvariablen (mit Wert 1 für Personen älter als 50 Jahre, 0 sonst), um potentiellen Unterschieden im Verhalten älterer Gastarbeiter Rechnung zu tragen. Bei der zweiten Generation entfällt die Unterscheidung, da dort die Altersgrenze von 50 Jahren nicht überschritten wird.
- Unterschiede im Rückkehrverhalten, die sich auf nationalitäten-spezifische Differenzen zurückführen lassen, werden zum einen über eine Nationalitäten-Dummy, zum anderen über die Interaktion des Nettoarbeitseinkommens der Untersuchungsperson mit der Nationalität erfaßt. Die Einbeziehung von Makrovariablen (Arbeitslosigkeit, Durchschnittslöhne im Herkunftsland) erschien uns aus zwei Gründen nicht sinnvoll. Zum einen sind diese Variablen unseren Wissens nicht für alle einbezogenen Herkunftsländer und Jahrgänge verfügbar, zum anderen kann die Berücksichtigung der genannten Variablen dann zu falschen Aussagen führen, wenn die Untersuchungsperson im Heimatland nicht wieder abhängig beschäftigt sein, sondern einen eigenen Betrieb gründen möchte. Diese Variablen werden zusammen mit Mentalitätsunterschieden durch die Nationalitäten-Dummies erfaßt bzw. auch durch die Unterscheidung nationalitäten-spezifischer Einkommen berücksichtigt.
- Das gesamte Nettohaushaltseinkommen wird unterteilt in das Arbeitseinkommen der Untersuchungsperson und das Resthaushaltseinkommen, um Verhaltensunterschiede aufgrund dieser Variablen zu berücksichtigen. Letztere Variable beinhaltet insbesondere bei den Haushaltsvorständen auch vorhandenes Gewinneinkommen aus Spareinlagen, das als Proxy für das angesparte Vermögen des Haushalts dient.
- Die kumulierte Dauer der Arbeitslosigkeit der Untersuchungsperson wurde berechnet auf der Grundlage der Anzahl der Monate innerhalb des vergangenen

Jahres, in denen die Person arbeitslos war. Diese Dauer wird allerdings nur dann berücksichtigt, wenn die Untersuchungsperson zum Zeitpunkt des Interviews noch immer arbeitslos war. Die Interaktion der kumulierten Dauer der Arbeitslosigkeit mit dem Arbeitsmarktstatus beruht auf der Überlegung, daß die kumulierte Arbeitslosigkeitsdauer im vergangenen Jahr nur dann einen Effekt auf das Remigrationsverhalten der Untersuchungsperson hat, wenn die Arbeitslosigkeit noch andauert. Zur Untersuchung nichtlinearer Effekte der Arbeitslosigkeitsdauer wird die Variable auch mit ihrem Quadrat einbezogen.

Unsere ökonometrischen Schätzungen führen wir anhand eines "ordered probit"-Modells durch. Dieser Ansatz berücksichtigt, daß die Ausprägungen der abhängigen Variablen in geordneten Kategorien gemessen werden (siehe Maddala (1983: 47)). Durch die Ausnutzung der Panelstruktur unserer Datenbasis wird im Rahmen eines "random effects"-Ansatzes auch für zufällige Individualeffekte kontrolliert, was zu einer höheren Effizienz der Schätzung führt (Chamberlain (1984)). Da die Fallzahlen für die zweite Generation für diesen Ansatz angesichts der großen Anzahl von Variablen im Modell nicht ausreichend sind, können wir dieses Verfahren allerdings nur für die erste Generation anwenden. Zum Vergleich der Ergebnisse der ersten Generation mit denen der zweiten Generation führen wir die Schätzungen auch auf Basis eines "simple pooling"-Ansatzes durch, bei dem alle Beobachtungen in die Schätzungen eingehen, aber nicht für Individualeffekte kontrolliert wird².

4. Empirische Ergebnisse

4.1. Schätzergebnisse für Haushaltsvorstände unter Berücksichtigung von Individualeffekten

Die Ergebnisse der Schätzung für das Modell unter Berücksichtigung zufälliger Individualeffekte sind in Tabelle 3 dargestellt; sie werden im folgenden im Detail präsentiert und diskutiert. Die Koeffizienten geben den Effekt einer Variablen auf die individuelle Intensität der Rückkehrbereitschaft an, wobei ein positiver Koeffizient diese erhöht, ein negativer Koeffizient sie verringert. Bei Dummy-Variablen gibt der Koeffizient den Effekt der entsprechenden Variablen relativ zur Basiskategorie an.

Bezüglich der *persönlichen Faktoren* zeigt sich, daß der Effekt des Geschlechts auf die individuelle erwartete Aufenthaltsdauer statistisch nicht signifikant ist, was möglicherweise mit der sehr kleinen Zahl weiblicher Haushaltsvorstände zusammenhängt. Wie die χ^2 -Tests in der letzten Spalte der Tabelle zeigen, sind die Altersvariablen statistisch signifikant. Der Effekt des Alters auf das Rückkehrverhalten ist für beide Altersgruppen im relevanten Bereich negativ, wobei der Effekt bei den über 50-jährigen noch deutlich ausgeprägter ist. Diese Ergebnisse bestätigen die Hypothese, daß die Wahrscheinlichkeit der Remigration von Gastarbeitern mit Erreichen des Ruhestandsalters zunimmt.

Relativ zu den Türken, sind nationale Unterschiede lediglich für Gastarbeiter aus Jugoslawien signifikant, die einen längeren Aufenthalt in Deutschland planen. Eine höhere Ausbildung läßt die erwartete Aufenthaltsdauer ebenfalls signifikant steigen, ein Umstand, der durch die beschränkte Transferierbarkeit von spezifischem Humankapital in das Heimatland erklärt werden kann. Während der Verheiratenstatus keinen statistisch signifikanten Einfluß auf die erwartete Aufenthaltsdauer des Haushaltsvorstands hat, beeinflusst die Anwesenheit von Kindern in der Altersgruppe von 6 bis 16 Jahren diese Variable positiv signifikant. Das letztere Ergebnis läßt sich mit dem Wunsch der Gastarbeiter erklären, daß ihre Kinder die Schule in Deutschland beenden sollen. Auf der anderen Seite erhöhen erwachsene, in Deutschland lebende Kinder die geplante Aufenthaltsdauer. Angesichts der Tatsache, daß die Ausländer der zweiten Generation zu einem großen Teil in Deutschland bleiben wollen (siehe auch Tabelle 2), bestätigt dieses Ergebnis die Hypothese, daß die Haushaltsvorstände im Sinne einer Entscheidung im Familienkontext oftmals ihren Ruhesitz dort wählen, wo ihre Kinder leben³. Das Vorhandensein von Gesundheitsproblemen wirkt sich nicht signifikant auf das Rückkehrverhalten aus. Hier scheinen zwei gegenläufige Effekte einander zu neutralisieren. Während die bessere gesundheitliche Versorgung in Deutschland im Verhältnis zum Heimatland die Aufenthaltsdauer tendenziell verlängert, kann der Bezug einer Invaliditätsrente den Haushalt zu einer früheren Rückkehr veranlassen.

Die in die Schätzung einbezogenen *Integrationsfaktoren* deuten auf einen starken Einfluß der sozialen Integration auf das Rückkehrverhalten hin. Einen starken positiven Einfluß besitzt die bisherige Aufenthaltsdauer. Dies weist darauf hin, daß mit zunehmender Aufenthaltsdauer eine stärkere Integration in die deutsche Gesellschaft erfolgt. Überraschenderweise scheinen Ausländer, die in Deutschland seit Kindesalter leben, keine signifikant unterschiedliche erwartete Aufenthaltsdauer aufzuweisen, was möglicherweise mit deren kleinen Zahl zusammenhängt.

Während ein Ehegatte im Heimatland die Intention eines Gastarbeiters zur Remigration nicht entscheidend berührt, haben zurückgelassene Kinder jedoch einen stark negativen Effekt auf die erwartete Aufenthaltsdauer in Deutschland. Die Kenntnis der Muttersprache beeinflusst die individuelle Remigrationsentscheidung nicht signifikant, was vermutlich in der kleinen Anzahl von Ausländern in unserer Stichprobe mit nur geringer Kenntnis der gesprochenen Muttersprache begründet ist. In Gegensatz dazu hat die Beherrschung der deutschen Sprache als ein sehr aussagefähiger Indikator für die Integration in die deutsche Gesellschaft, einen relativen starken Effekt. Einen ähnlichen Effekt auf die Entscheidung, zu bleiben oder zurückzukehren, besitzt die Zufriedenheit in Deutschland. Schließlich beeinflusst der Besitz einer Eigentumswohnung oder eines Eigenheimes in Deutschland die erwartete Aufenthaltsdauer eines Ausländers stark positiv - ein weiteres Indiz für die Bedeutung der sozialen Integration.

Wie erwartet ist die geplante Aufenthaltsdauer eines Gastarbeiters in Deutschland umso kürzer je höher seine *Transfers* in das Heimatland sind. Dabei scheint es aber unerheblich zu sein, ob diese Transfers zur Unterstützung der Familie (eher als Indiz für eine mangelnde Integration zu bewerten), zur Ersparnisbildung (im Sinne des Sparmotivs der Migration) oder aus sonstigen Gründen geleistet werden.

Unter den *Einkommensvariablen* besitzt das Nettoarbeitseinkommen des Haushaltsvorstand getrennt nach Nationalitäten keinen signifikanten Einfluß. Allerdings bestätigt der χ^2 -Test die statistische Relevanz der Unterscheidung nach Nationalitäten. Addiert man die Koeffizienten des Nettoarbeitseinkommens und des entsprechenden Interaktionsterms, was den Gesamteffekt dieser Variable auf die individuell erwartete Aufenthaltsdauer angibt, zeigt sich bei Italienern und Griechen ein ähnlicher Effekt wie bei der Referenzgruppe der Türken, bei den Jugoslawen nahezu kein und bei den Spaniern ein positiver Effekt. Diese Unterschiede lassen sich auf länderspezifische Merkmale in Bezug auf Einkommensdifferenzen zurückführen. Da wir potentielle Einkommen in den Heimatländern nicht beobachten, können diese Merkmale allerdings nicht identifiziert werden⁴.

Das sonstige Nettohaushaltseinkommen wirkt sich signifikant negativ auf die erwartete Aufenthaltsdauer aus. Unter der Annahme, daß diese Variable auch das Zinseinkommen aus Vermögen beinhaltet und so als Proxy für Ersparnisse dient, ist das Ergebnis kompatibel mit der Hypothese einer Beeinflussung der Remigrationsentscheidung durch das Sparmotiv.

Arbeitslosigkeit des Haushaltvorstandes oder seines Ehegatten am Tag des Interviews vermindert die individuell erwartete Aufenthaltsdauer signifikant. Dabei ist die Wirkung auch signifikant davon abhängig, wie lange der Gastarbeiter schon arbeitslos ist. Dieser Effekt ist zunächst positiv bis zu einer Arbeitslosigkeitsdauer von etwa neun Monaten, danach aber negativ. Dieses Ergebnis stützt die auch schon von Dustmann (1992) geäußerte Vermutung, daß der Bezug einer Arbeitslosenunterstützung den Effekt der Arbeitslosigkeit zunächst mildert, sich jedoch nach längerer Arbeitslosigkeitsdauer die gesunkenen Arbeitsmarktchancen sowie das drohende Auslaufen der Arbeitslosenunterstützung negativ bemerkbar machen.

4.2 Vergleich der ersten und zweiten Generation

Da die Fallzahlen für die zweite Generation (der im Haushalt lebenden Kinder ausländischer Gastarbeiter über 16 Jahre) nicht ausreichend sind, um das effizientere "Random Effects"-Verfahren anzuwenden, wurde der Vergleich auf das "Simple Pooling"-Modell für beide Gruppen abgestellt (siehe Tabelle 4). Eine Gegenüberstellung von Tabelle 3 und 4 zeigt, daß der Übergang vom "Random Effects"- zum "Simple Pooling"-Modell nicht allzu problematisch ist. Alle statistisch signifikanten Koeffizienten behalten Vorzeichen und Signifikanz, mit Ausnahme der Arbeitsmarktsituation und der höheren Schulbildung. Aber auch hier stimmen die Werte grob überein⁵. Schließlich sind auch die Vorzeichen für den Alterseffekt im relevanten Intervall (16-50 für die Jüngeren, über 50 für die Älteren) identisch.⁶

Zum Vergleich der Einflußfaktoren der geplanten Aufenthaltsdauer der ersten Generation mit denen der zweiten Generation ist es wichtig, die Ausprägungen der deskriptiven Statistiken in Tabelle 2 zu berücksichtigen. Dies spielt z.B. bei dem Geschlecht der Untersuchungsperson eine Rolle. Der Anteil der Frauen ist in der zweiten Generation naturgemäß wesentlich höher, der Koeffizient negativ signifikant. Das Alter beeinflusst bei der zweiten Generation im Gegensatz zur ersten Generation

das Rückkehrverhalten nicht. Dies kann wiederum dadurch bedingt sein, daß das Durchschnittsalter selbst in der unteren Altersgruppe wesentlich niedriger liegt, Pläne für das Rentenalter also noch unbedeutend sind. Bezüglich der Nationalität läßt sich eine bemerkenswerte Übereinstimmung zwischen erster und zweiter Generation feststellen. Dagegen hat sowohl eine vergleichsweise geringe als auch eine hohe Schulbildung bei der zweiten Generation einen signifikant negativen Effekt - bei der ersten Generation war dieser Effekt positiv⁷.

Hinsichtlich der *Integrationsindikatoren* lassen sich zwischen der ersten und zweiten Generation nur geringfügige Unterschiede feststellen. Sowohl die bisherige Aufenthaltsdauer als auch Variablen wie Wohneigentum, Transfers und Zufriedenheit mit der Situation in Deutschland sind in beiden Fällen signifikant und gleichgerichtet. Die Auswirkung der Sprachkenntnisse auf die geplante Aufenthaltsdauer ist leicht unterschiedlich, was möglicherweise mit der unterschiedlichen Zellbesetzung gemäß Tabelle 2 erklärt werden kann.

Bei der zweiten Generation besitzen *Einkommensvariablen* wie auch die *Arbeitsmarktsituation* keinen signifikanten Einfluß. Ökonomische Motive wie das Sparmotiv scheinen für die zweite Generation im Vergleich zur ersten Generation eher untergeordnet zu sein. Gleiches gilt auch für die Auswirkung der Arbeitslosigkeit. Zwar zeigen die Vorzeichen der Arbeitslosigkeitsdummy und der Arbeitslosendauer in die gleiche Richtung, sie sind aber insignifikant.

Schließlich spielt das Erhebungsjahr bei der zweiten Generation eine wesentlich stärkere Rolle als bei der ersten Generation - eine Beobachtung, die sich auch schon in Tabelle 1 abzeichnete. Als Erklärung mag hier dienen, daß die Migrationsentscheidung oftmals im Familienkontext gefällt wird, sodaß die Kinder in ihrer Entscheidung häufig den Eltern folgen. Dies mag sich besonders stark im Zusammenhang mit dem Rückkehrförderungsgesetz von 1983 ausgewirkt haben, wo ein Großteil der Kinder zusammen mit ihren Eltern in das Heimatland zurückgekehrt ist (siehe oben).

5. Schlußfolgerung

Die Schätzergebnisse haben gezeigt, daß neben bestimmten persönlichen Faktoren Indikatoren für die Integration eines Gastarbeiters in die deutsche Gesellschaft, Transfers, Einkommensvariablen und Arbeitslosigkeit wichtige Determinanten der individuellen Remigrationsentscheidung sind. Dabei scheint der Familienkontext eine besondere Bedeutung zu haben. Es stellte sich heraus, daß der Schulbesuch der Kinder den Zeitpunkt der Rückkehr stark beeinflusst. Der Aspekt der sozialen Integration kommt in der Bedeutung der Zufriedenheit in Deutschland, des Wohnungsbesitzes sowie der im Heimatland lebenden Familie zum Ausdruck. Auch die Sprachkenntnisse bestimmen wesentlich das Rückkehrverhalten der Gastarbeiter.

Ökonomische Faktoren scheinen bei der Erklärung des Remigrationsverhaltens von Gastarbeitern zusätzlich eine signifikante Rolle zu spielen. Von der Arbeitslosigkeit betroffene Gastarbeiter sind eher willens, eine Rückkehr in das Heimatland zu erwägen, der Bezug von Arbeitslosenunterstützung scheint die Remigration jedoch erwartungsgemäß zu verzögern. Mit dem Auslaufen dieser Zahlungen und dem Zwang eine neue Stelle zu finden, gewinnt die Alternative der Remigration wieder an Attraktivität. Da uns kein Maß für die Ersparnisse zur Verfügung steht, dient die Höhe der Transfers in das Herkunftsland, etwa zum Aufbau einer eigenen Existenz nach Rückkehr in die Heimat, als einzige Variable zur Erfassung des Sparmotivs. Je höher die Transfers, desto kürzer die geplante Aufenthaltsdauer eines Gastarbeiters in Deutschland. Schließlich scheint auch das Erreichen des Ruhestandsalters die Remigrationsentscheidung eines Gastarbeiters zu beeinflussen, rückt doch der geplante Zeitpunkt der Rückkehr mit wachsendem Alter immer näher.

Die Ergebnisse für die zweite Generation stimmen im wesentlichen mit denen für die erste Generation überein. Unterschiede ergeben sich insbesondere beim Alter und beim Geschlecht, was mit dem geringen Durchschnittsalter und dem größeren Anteil weiblicher Untersuchungspersonen erklärt werden kann. Schließlich spielen bei der zweiten Generation Zeiteffekte eine wichtige Rolle, wobei sich besonders die Jahre 1984 und 1985 als Folge des Rückkehrförderungsgesetzes abheben.

Falls die individuellen Erwartungen im Durchschnitt korrekt sind (oder zumindest systematisch abweichen) bzw. das tatsächliche Remigrationsverhalten bestimmen, können diese Ergebnisse einen Beitrag zu einem besseren Verständnis der Determinanten der zukünftigen Rückwanderung von Migranten leisten, was einen wichtigen Beitrag bei der Ausgestaltung einer effektiven Migrationspolitik leisten könnte.

Zusammenfassung

In diesem Beitrag wurde die erwartete Aufenthaltsdauer von Gastarbeitern der ersten und zweiten Generation mit Hilfe eines ökonometrischen Modells analysiert. Dabei wurde die wichtige Unterscheidung zwischen permanenten und temporären Migranten getroffen, wobei letztere nach der Erwartung kurzfristiger, mittelfristiger und langfristiger Aufenthaltsdauer differenziert wurden. Das Modell wurde für die Haushaltsvorstände und deren Kinder auf Basis der ersten sechs Wellen des sozio-ökonomischen Panels für Deutschland (West) geschätzt, wobei für die Haushaltsvorstände die Panelstruktur für effizientere Parameterschätzungen ausgenutzt wurde.

Die Schätzergebnisse deuten darauf hin, daß neben den persönlichen Charakteristika, wie der Beendigung des Schulbesuchs der Kinder in Deutschland, sowohl soziale wie auch ökonomische Faktoren zur Erklärung des Remigrationsverhaltens relevant sind. Unter den Indikatoren der sozialen Integration sind insbesondere die Zufriedenheit in Deutschland, Wohnungseigentum in Deutschland, Familienangehörige in der Heimat sowie die Sprachkenntnisse der Gastarbeiter hervorzuheben. Ökonomische Faktoren schlagen sich in der Bedeutung der Transfers, von Arbeitslosigkeit, des Erreichens des Ruhestandalters sowie des Nicht-Arbeitseinkommens als Indikator für das Sparmotiv nieder. Die Ergebnisse zeigen nur geringe systematische Unterschiede zwischen erster und zweiter Generation, die jedoch deutlich stärker zu einem permanenten Aufenthalt in Deutschland neigt.

Summary

This study examined the expected duration of stay of first-generation and second-generation guest-workers within an econometric model taking into account the important distinction between permanent and temporary stayers, where the expected duration of stay for the latter has been differentiated in short-term, medium-term and long-term stayers. The model was estimated for household heads and their children on the first six waves of the German Socio-Economic Panel taking advantage of the panel structure to obtain efficient parameter estimates.

The estimation results indicate that besides certain personal characteristics, e.g. completion of children's schooling in Germany, both social and economic factors are important to explain remigration behaviour. Among the indicators for social integration the guest-worker's subjective feeling of well-being, ownership of a house in Germany, dependents in the home country, and knowledge of the German language have to be emphasized. Economic factors are captured by the importance of transfers, of unemployment, achieving retirement age, and non-labour income as an indicator for the savings motive. There are little systematic differences between first and second generation foreigners, although the latter are more likely to intend to stay permanently in Germany.

- ¹ Es handelt sich dabei um solche Gastarbeiter, die im Rahmen des Rückkehrförderungsgesetz einen Antrag auf Rückkehrhilfe gestellt haben.
- ² Aus Platzgründen soll hier auf eine ausführliche Beschreibung des gewählten Ansatzes verzichtet werden und auf die Ausführungen in Steiner/Velling (1992) insbesondere im Hinblick auf den "random effects ordered probit"-Ansatz verwiesen werden.
- ³ Auf die Bedeutung der Beziehung zwischen der ersten und der zweiten Generation von Gastarbeitern in Deutschland auf die Aufenthaltsdauer der Erstgenannten weisen Backhaus-Maul/Vogel (1992) hin, die hierzu auf neuere Forschungsergebnisse bezüglich der sozialen Integration von älteren Gastarbeitern in Deutschland Bezug nehmen.
- ⁴ Es sei noch angemerkt, daß sowohl die Effekte des Nettoarbeitseinkommens als auch die des Interaktionsterms nicht genau geschätzt werden können, da diese Variablen stark mit der bisherigen Aufenthaltsdauer und den Dummyvariablen für die Nationalitäten korreliert sind.
- ⁵ Das positive Vorzeichen der quadrierten Arbeitslosigkeitsdauer irritiert auf den ersten Blick. Aber die Arbeitslosigkeitsdauer ist in der "Simple Pooling"-Schätzung nicht signifikant, zudem ist nur ein verschwindend kleiner Teil länger als neun Monate arbeitslos, dem Zeitpunkt, an dem sich der Effekt der Arbeitslosigkeitsdauer in der "Random Effects"-Schätzung umkehrte.
- ⁶ In Tabelle 4 sind noch zusätzlich Jahresdummies für die Jahre 1985 bis 1989 aufgeführt, um für den Einfluß zeitlich variierender Makrovariablen zu kontrollieren. Diese Dummies gehen bei der "Random Effects"-Schätzung in die Schwellenwerte ein, die zwischen den Jahrgängen variieren dürfen (aber hier nicht extra ausgewiesen sind).
- ⁷ Hierbei ist allerdings zu beachten, daß ein Großteil der Angehörigen der zweiten Generation ihre Schulausbildung noch nicht abgeschlossen hat, was die Interpretation der Ergebnisse erschwert.

Literaturverzeichnis

- Backhaus-Maul, H./D. Vogel (1992), Vom ausländischen Arbeitnehmer zum Rentner - Ausgewählte Aspekte der finanziellen Absicherung und sozialen Versorgung alter Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland; Zeitschrift für Gerontologie, 25, 166-177.
- Chamberlain, G. (1984), Panel Data; in: Z. Griliches/M.D. Intriligator, Handbook of Econometrics, Vol. II, Chapter 22; North Holland.
- Dustmann, C. (1992), Do we stay or not? Return decisions of temporary migrants; Mimeo, European University Institute, San Domenico di Fiesole.
- Hönekopp, E. (1987a), Rückkehrförderung und Rückkehr ausländischer Arbeitnehmer - Ergebnisse des Rückkehrförderungsgesetzes, der Rückkehrhilfe-Statistik und der IAB-Rückkehrerbefragung; in: E. Hönekopp (Ed.), Aspekte der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland, BeitrAB 114, Nürnberg.
- Hönekopp, E. (1987b), Ausländische Jugendliche nach der "Rückkehr" - wieder ein Seiteneinsteiger-Problem?, MittAB 20 (4), Nürnberg.
- Licht, G./V. Steiner (1992), Assimilation, labour market experience, and earnings profiles of temporary and permanent immigrant workers in Germany; Mimeo, ZEW, Mannheim.
- Maddala, G. (1982), Limited-dependent and Qualitative Variables in Econometrics; Cambridge University Press, Cambridge.
- MARPLAN (1989), Ausländer-Mehrthemenuntersuchung - Kommentar, mimeo.
- Münzenmaier, W./I. Walter (1983), Ausländische Haushalte in Baden-Württemberg - Rückkehrabsichten, Familiennachzug und Integration; Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 9, 487-496.
- Reuter, L.-R./M. Dodenhoef (1988), Arbeitsmigration und gesellschaftliche Entwicklung, Neue Politische Literatur, Beihefte No. 5, Stuttgart.
- Steiner V./Velling J. (1992), Re-migration Behaviour and Expected Duration of Stay of Guest Workers in Germany, Discussion Paper No. 92-14, ZEW Mannheim.
- Wagner, G./J. Schupp/U. Rendtel (1991), The Socio-Economic Panel (SOEP) for Germany - Methods of Production and Management of Longitudinal Data; Discussion Paper No. 31a, DIW Berlin.
- Werth, M. (1983), Rückkehr- und Verbleibabsichten türkischer Arbeitnehmer; MittAB 4/1983, 345 - 359.

Anhang

Tabelle 2: Definitionen und Mittelwerte der Variablen

Variable	Variablen definition	Mittelwert/ Anteil 1. Generation	Mittelwert/ Anteil 1. Generation
<i>Abhängige Variable</i>			
AUFENT-K	geplante Aufenthaltsdauer in Deutschland = kurzfristig	19,0	15,1
AUFENT-M	= mittelfristig	20,1	18,0
AUFENT-L	= langfristig	27,9	24,3
AUFENT-P	= permanent	33,0	42,6
<i>Persönliche Eigenschaften</i>			
GESCHLECHT	Weiblich = 1	8,6	37,2
ALTER	Alter in Jahren	42,9	22,4
ALTER 50	Alter > 50 Jahre = 1	24,0	--
NATJ	Nationalität = Jugoslawien	23,3	9,1
NATG	= Griechenland	13,4	12,2
NATI	= Italien	21,7	16,1
NATS	= Spanien (Basiskategorie = Türkei)	12,3	10,4
BILD-GER	Kein Schulabschluß	30,0	45,9
BILD-HOCH	mind. Abschl. weiterführ. Schule (Basiskateg. = mittl. Schulabschl.)	13,0	11,9
VERH	Verheiratet = 1	84,2	20,2
KIND-5	Kind bis 5 Jahre im Haushalt = 1	25,5	--
KIND-15	Kind von 6 bis 15 Jahren = 1	46,4	--
KIND-18	Kind von 16 bis 18 Jahren = 1	19,2	--
KIND-19	Kind über 18 Jahre im Haushalt = 1	24,0	--
BEH	Behinderteneigenschaft = 1	5,8	2,2
<i>Integrations-indikatoren</i>			
AUFD	Bisherige Aufenthaltsdauer in Deutschland	17,2	10,9
ZUZUKI	Zuzug im Vorschulalter/in Deutschland geboren = 1	1,7	26,1
EHE-A	Ehegatte im Heimatland lebend = 1	6,1	3,9
KIND-A	Kinder im Heimatland lebend = 1	12,7	1,8
MUSPR-S	Kenntnis der Muttersprache = schlecht	0,9	2,8
MUSPR-G	= gut; (Basiskategorie = ausreichend)	95,1	84,7
DESPR-S	Deutschkenntnisse = schlecht	17,3	5,7
DESPR-G	= gut; (Basiskategorie = ausreichend)	44,0	6,3
ZUFR-N	Zufriedenheit	5,5	4,9
ZUFR-G	= gut; (Basiskategorie = ausreichend)	68,2	71,6
WOHNEIG	Eigentümer eines Appart./ Hauses in Deutschland	6,5	7,5
<i>Transfers</i>			
TRANSF	Transfers in das Heimatland im letzten Jahr (1000 DM)	2,7	0,4
TRANSF-FAM	Transfers zur Unterstützung der Familie im Heimatland	1,4	0,1
TRANSF-RCK	Transfers zur Bildung von Rücklagen (Basiskateg. = sonstige Gründe)	0,7	0,2
<i>Einkommens-variablen</i>			
HHAEINK	Monatliches Nettoeinkommen der Untersuchungsperson (1000 DM)	1,7	0,9
RHEINK	Anderes monatliches Haushaltsnettoeinkommen (1000 DM)	1,1	3,0
<i>Arbeitsmarkt-situation</i>			
AL	Untersuchungsperson arbeitslos am Tag des Interviews	7,4	8,5
AL-D	Dauer der Arbeitslosigkeit im letzten Jahr, wenn arbeitslos am Tag des Interviews	0,5	0,9
AL-EHE	Ehegatte arbeitslos = 1	3,3	--
# Individuen (1. Generation) = 1330;		# Beobachtungen (2. Generation) = 1357	
# Beobachtungen (1. Generation) = 4668			

Hinweise: Für stetige Variablen ist der Mittelwert, für Dummy-Variablen Anteile (in Prozent) angegeben. Die Anzahl der Beobachtungen bezieht sich auf jene mit gültiger Information zu allen Variablen des Modells jeweils pro Welle in der Beobachtungsperiode 1984 - 1989; *Quelle:* Deutsches sozio-ökonomisches Panel (West), Wellen 1 - 6; eigene Berechnungen

Tabelle 3: Determinanten der erwarteten Aufenthaltsdauer;
Random-Effects ordered-probit-modell, 1984 - 1989

Variable	Koeffizient	t	χ^2 (Fr.gr.)
<i>Persönliche Faktoren</i>			
GESCHLECHT	0.1214	1.32	
ALTER	0.0020	0.03] 23.97*
ALTER-QU/100	-0.0153	0.17	
ALTER50	0.0348	0.83] 49.02*
ALTER50-QU/100	-0.0808	2.24*	
NATJ	0.2169	1.97*	
NATG	-0.0652	0.45	
NATI	0.1171	0.97	
NATS	0.0307	0.19	
BILD-GER	0.0739	1.30	
BILD-HOCH	0.1462	1.96*	
VERH	-0.0552	0.79	
KIND-5	-0.0141	0.26	
KIND-15	0.1505	2.83*	
KIND-18	-0.0388	0.74	
KIND-19	0.1140	2.00*	
BEH	0.0335	0.38	
<i>Integrationsindikatoren</i>			
EHE-A	-0.0751	0.75	
KIND-A	-0.2561	3.82*	
MUSPR-S	0.1220	0.61	
MUSPR-G	-0.0762	1.01	
AUFD	0.0179	0.95] 40.31*
AUFD-QU/100	0.0259	0.47	
ZUZUKI	-0.2392	1.08	
DESPR-S	-0.2111	3.99*	
DESPR-G	0.1819	4.04*	
ZUFR-N	-0.1996	2.82*	
ZUFR-J	0.1814	4.36*	
WOHNEIG	0.3510	3.12*	
<i>Transfers</i>			
TRANSF	-0.0245	4.00*	
TRANSF-FAM	-0.0073	0.90	
TRANSF-RCK	0.0027	0.33	
<i>Einkommensvariablen</i>			
HHAEINK	-0.0343	0.78	
HHAEINK-J	0.0311	0.58] 29,40*
HHAEINK-G	-0.0128	0.17	
HHAEINK-I	0.0116	0.20	
HHAEINK-S	0.0613	0.78	
RHEINK	-0.0235	1.73*	
<i>Arbeitsmarktsituation</i>			
AL	-0.2724	1.98*] 14,56*
AL-D	0.0595	1.25	
AL-D-QU	-0.0034	0.95	
AL-EHE	-0.2364	2.65*	

Distanz-Statistik: $\chi^2(42) = 300.23$; Zahl der Beobachtungen = 4668

Hinweis: Mit einem Stern markierte Teststatistiken sind signifikant auf dem 5% Niveau.

Tabelle 4: Determinanten der erwarteten aufenthaltsdauer;
Pooled Ordered Probit-Modell, 1984 - 1989

Variable	1. Generation			2. Generation		
	Koeffizient	t	χ^2 (Fr.gr.)	Koeffizient	t	χ^2 (Fr.gr.)
<i>Persönliche Faktoren</i>						
GESCHLECHT	0.1030	1.53		-0.1439	2.10*	
ALTER	-0.0441	1.68] 11.58*	0.0123	0.16] 0.15
ALTER-QU/100	0.0436	1.26] (2)	-0.0148	0.10] (2)
ALTER50	-0.0049	0.30] 39.60*	-	-	
ALTER50-QU/100	-0.0391	2.58*] (2)			
NATJ	0.3030	5.65*		0.4517	2.85*	
NATG	-0.2059	3.32*		-0.2270	1.63	
NATI	0.0572	1.09*		0.2577	2.15*	
NATS	0.0584	0.91		0.1228	0.94	
BILD-GER	0.0705	1.88		-0.1949	2.83*	
BILD-HOCH	0.0540	1.07		-0.2911	2.71*	
VERH	-0.0510	0.93		0.0692	0.71	
KIND-5	-0.0682	1.58		-	-	
KIND-15	0.1312	3.44*		-	-	
KIND-18	0.0349	0.74		-	-	
KIND-19	0.1165	2.43*		-	-	
BEH	0.1183	1.65		0.3073	1.32	
<i>Integrationsindikatoren</i>						
AUFD	-0.0041	0.32] 47.10*	-0.2880	1.51] 9.34*
AUFD-QU/100	0.0897	2.48*] (2)	0.0255	0.28] (2)
ZUZUKI	0.0044	0.03		0.1500	1.32	
EHE-A	-0.1006	1.28		-0.1141	0.60	
KIND-A	-0.2980	5.46*		-0.1807	0.60	
MUSPR-S	-0.3060	0.17		1.1117	3.96*	
MUSPR-G	-0.1219	1.60		-0.1334	1.33	
DESPR-S	-0.2502	5.26*		-0.5054	3.10*	
DESPR-G	0.1848	4.80*		-0.0305	0.33	
ZUFR-N	0.2364	6.16*		0.1889	1.28	
ZUFR-J	-0.1693	2.36*		0.2539	3.24*	
WOHNEIG	0.5165	6.72*		0.4281	3.01*	
<i>Transfers</i>						
TRANSF	-0.0312	5.33*		-0.1028	2.60*	
TRANSF-FAM	-0.0031	0.38		0.0248	0.28	
TRANSF-RCK	0.0057	0.83		0.0514	0.94	
<i>Einkommensvariablen</i>						
HHA Eink	0.0744	0.54		-0.0172	-0.75	
HHA Eink-J	0.1114	0.97] 11.82*	0.0372	0.17] 1.96
HHA Eink-G	-0.0227	0.36] (4)	0.0773	0.41] (4)
HHA Eink-I	-0.2261	2.17*] (4)	0.2566	1.34] (4)
HHA Eink-S	0.3543	2.27*] (4)	0.1113	0.48] (4)
RHEINK	-0.0289	2.44*		0.0465	0.73	
<i>Arbeitsmarktsituation</i>						
AL	-0.2515	1.78] 4.4	-0.2883	1.25] 3.85
AL-D	0.0070	0.14] (2)	0.0916	1.09] (2)
AL-D-QU	0.0016	0.42		-0.0038	0.57	
AL-EHE	-0.1874	2.15*		-	-	
<i>Jahresdummies</i>						
DUM 85	0.0175	0.35		0.1861	2.10*	
DUM 86	-0.0015	0.03		0.4006	4.00*	
DUM 87	0.0415	0.78		0.5023	4.45*	
DUM 88	0.1507	2.64*		0.5781	4.63*	
DUM 89	0.2279	3.60*		0.6885	4.76*	
Likelihood-Ratio - $\chi^2(47) = 907.94$ Zahl der Beobachtungen = 4668			Likelihood-Ratio - $\chi^2(40) = 254.50$ Zahl der Beobachtungen = 1357			

Hinweis: Mit einem Stern markierte Teststatistiken sind signifikant auf dem 5% Niveau.

**Sexualité et contacts culturels:
Les immigrants allemands et leurs descendants au Parana
- Brésil - 1866-1939**

DE ALAIN BIDEAU ET SERGIO ODILON NADALIN

L'observation d'un groupe d'immigrants allemands et de leurs descendants réunis dans une communauté évangélique luthérienne à Curitiba (Brésil), à partir des années 1860 jusqu'en 1930, a permis une analyse de la famille conjugale d'origine germanique et germano-brésilienne et a fourni des éléments d'explication pour une histoire des contacts culturels. Les premiers résultats nous ont conduit à tenter de construire une histoire démographique des contacts culturels, articulée autour d'une problématique qui repose sur les relations entre une société européenne "émettrice" transformée naturellement par l'émigration et une société de Curitiba "réceptrice" en pleine mutation (BIDEAU/NADALIN 1988). Cette étude a été menée à partir de trois sous-groupes de familles mariées au sein de la communauté évangélique entre 1866 et 1894 (première cohorte), 1895 et 1919 (seconde cohorte) et entre 1920 et 1939 (troisième cohorte).

Le premier sous-groupe est constitué d'étrangers, le second, ainsi que le troisième principalement de fils d'immigrants. Ces trois cohortes ont été bien différenciées dans la mesure où le début de l'histoire de chacune d'entre elles coïncide approximativement avec des périodes aux caractéristiques bien marquées dans l'évolution de la communauté luthérienne à Curitiba (NADALIN 1984).

Les études connues montrent des changements cohérents avec les transformations de la société de l'Etat du Parana, changements qui mettent en lumière, d'un point de vue démographique, les ruptures d'une société traditionnelle en marche vers une société moderne.

Les familles luthériennes: des comportement originaux?

L'analyse repose sur un échantillon de 182, 252 et 239 femmes pour les périodes 1866-1894, 1895-1919 et 1920-1939. Au total, ces femmes vont donner naissance à respectivement 1181, 1118 et 506 enfants. De plus, nous allons attacher une impor-

tance particulière à l'analyse des intervalles protogénésique en nommant "négatifs" ceux qui sont inférieurs à 7 mois. Pour de compléter cette étude, on a enregistré les naissances dont les registres de baptême indiquaient explicitement ou implicitement la mention "père inconnu", naissances considérées stricto sensu comme illégitimes. Ainsi notre échantillon a été analysé dans un premier temps dans une perspective diachronique en examinant l'ensemble des naissances par décennie.

Tableau 1: Proportions "d'illégitimes", enfants conçus avant le mariage (fichiers MF/MO), d'unions consensuelles (fichiers MF/MO) et naissances illégitimes.
Communauté Evangélique Luthérienne de Curitiba

Décennies	Conceptions pré-nuptiales*		Unions consensuelles**		Naissances illégitimes		Total des naissances		Total des naissances illégitimes	
	nbre absolu	%	nbre absolu	%	nbre absolu	%	nbre absolu	%	nbre absolu	%
1866-79	24	3,68	21	3,22	6	0,92	683	100	51	7,81
1880-89	40	4,09	28	2,86	7	0,72	979	100	75	7,66
1890-99	20	1,52	18	1,36	8	0,61	1320	100	46	3,48
1900-09	20	1,91	14	1,33	12	1,14	1049	100	46	4,39
1910-19	16	1,12	11	0,77	14	0,98	1430	100	41	2,87
1920-29	30	2,07	11	0,76	14	0,96	1452	100	55	3,79
1930-39	26	2,06	18	1,43	4	0,32	1263	100	48	3,80
Total	176	2,16	121	1,49	65	0,80	8146	100	362	4,44

Observations:

- * On a identifié plusieurs naissances d'enfants "retrouvés". Comme on suppose qu'ils font partie des "naissances perdues", ces données sont sans doute sous-estimées.
- ** Chiffres sans doute aussi sous-estimés. Quelques familles, "EF", non mariées ont été détectées. Ce qui peut laisser entendre qu'il existerait d'autres cas semblables compris dans l'ensemble des familles de ce type.
- *** Les quelques naissances antérieures à 1866 retrouvées par la suite n'ont pas été répertoriées car il y a de fortes chances qu'elles aient eu lieu en dehors de la paroisse to village

De 1866 jusqu'en 1939, les "proportions par décennies d'illégitimes" passent de 7,8% du total des naissances prises en compte à 2,9% dans les années 1910-1919. Pourcentages qui augmentent durant les deux décennies suivantes (tableau 1).

Pour les trois périodes, la proportion de conceptions pré-nuptiales passe de 21,3% à 11,8% et 8,0%. Si on ajoute les naissances qui ont eu lieu avant le mariage les pourcentages augmentent très sensiblement pour atteindre respectivement 29,9%, 18,0% et 14,7%. Ainsi, on peut affirmer qu'une femme sur quatre au moins en 1866-1894 n'était plus vierge au moment du mariage, un femme sur 6 en 1895-1919 et une sur 7 en 1920-1939.

Essayons maintenant à partir d'une série d'histoires de vie de mieux comprendre la modification progressive des comportements culturels.

Tableau 2: Naissances relevées à partir des registres de baptêmes. Intervalles protogénétiques "normaux", intervalles calculés à partir des conceptions pré-nuptiales et "négatifs" indépendamment de l'âge au moment du mariage (sont incluses les naissances dites "retrouvées"). Communauté Evangélique Luthérienne de Curitiba

Période de mariage	Intervalles normaux		Conceptions pré-nuptiales		Intervalles négatifs		Total	
	nbre absolu	%	nbre absolu	%	nbre absolu	%	nbre absolu	%
1866-1894	158	70,2	48	21,3	19	8,5	225	100
1895-1919	223	82,0	32	11,8	17	6,2	272	100
1920-1939	192	85,3	18	8,0	15	6,7	225	100
Total	573	79,4	98	13,6	51	7,1	722	100

Histoire de vie, histoire des contacts culturels

Anna est née à Schaffausen, au nord de la Suisse, le 17 juillet 1833. De son enfance, elle retient surtout l'atmosphère de pénurie dans laquelle était plongée sa famille. Elle se souvenait aussi que le grand chambardement de son existence fut l'écho des murmures et des commentaires qui couraient dans le village... On parlait de Paradis sur terre, de richesse pour tous, d'espoir, d'Amérique...

L'aventure a pu devenir réalité grâce à l'aide octroyée par un très lointain "Empire du Brésil" associé à une compagnie de colonisation, siégeant à Hambourg en Allemagne. Il est difficile de savoir si Anna émigra avec sa famille, uniquement avec son père, ou toute seule. Sans doute, comme de nombreux immigrants, elle vint avec un groupe. Il se pourrait qu'elle ait été accompagnée du jeune Johann Dietrich, originaire de son village et un peu plus jeune qu'elle. Ce que l'on sait c'est qu'il deviendra son époux. Ils s'installèrent à Curitiba à la fin des années 1850, après un bref passage dans la province de Santa Catarina, dans la colonie Dona Francisca. La Province leur octroya une aide et ils s'établirent dans une petite ferme.

Anna, Johann Dietrich et les autres faisaient partie d'un groupe social, réuni en une même paroisse protestante, ethnologiquement et culturellement définie (NADALIN 1981). Les familles qui fondèrent la communauté, en majorité venues d'Europe germanique, constituaient une partie du noyau de la population qui donna naissance à la colonie Dona Francisca (aujourd'hui la ville de Joinville). Ce fut pendant cette décennie de 1850 que débuta le glissement migratoire, le processus de déplacement vers le plateau de Curitiba. En tant qu'immigrante, Marie-Elisabeth a peu fréquenté les jeunes de son âge. Elle vivait avec ses soeurs, son frère, sa mère et son père Johann Nicolas dans une petite ferme toute proche de Curitiba, vers le nord. Fréquemment, ils se rendaient au marché de la ville pour vendre leur excédent de légumes et de produits laitiers. Lors de ces déplacements, même s'ils étaient moins fréquents que ceux de son père, Marie-Elisabeth avait tendance à s'isoler et à garder ses distances vis à vis des garçons du pays. Ces derniers, de leurs côtés, ne recherchaient pas le rapprochement, s'ils le faisaient, c'était par pure curiosité.

Ainsi, ces immigrants se situaient en marge de ce que l'on peut appeler couramment la société traditionnelle du Parana (CARDOSO 1981, NADALIN 1987). Ils perpétuaient naturellement leur culture, clairement conscients d'appartenir à une ethnie allemande, par le fait de conserver leur langue maternelle, l'allemand, et, jusqu'à un certain point, le protestantisme luthérien. L'endogamie découle de tout cela (entre 84 et 95% des mariages dans les années 1866-1894 et 1895-1919). De tels comportements s'expliquent par le maintien, conscient ou non des liens avec la société européenne, liens fortifiés par le flux continu d'immigrants qui ne cessera que dans les années trente de notre siècle.

On peut ajouter qu'il y avait peu de jeune de l'âge de Marie-Elisabeth dans sa communauté d'immigrants. C'est pourquoi son rapprochement avec Sébastien, un jeune homme natif de Sieblingen (Schaffausen), lui sembla naturel. Suisse, luthérien comme elle, de la même origine campagnarde, il cultivait un lopin dans le voisinage. Ils avaient tous les deux le même âge. Lui fêtait son anniversaire juste un jour après elle. En réalité, sa plus grande différence tenait en son dialecte puisque Lisa était originaire de Kirschweiler, une bourgade d'Oldenbourg.

Très vite la jeune femme, suivant une tradition ancestrale, alla vivre chez le jeune homme car la cérémonie du mariage n'était pas indispensable à cette époque. En effet, le pasteur ne se rendait qu'occasionnellement à Curitiba pour s'occuper des familles allemandes, ce qui ne facilitait pas les choses. D'un autre côté un compromis non scellé par un mariage pouvait être plus aisément rompu quelques temps après, si l'union ne se consolidait pas par une grossesse souhaitée. Le 11 novembre 1866, ils étaient répertoriés comme membres actifs de la communauté religieuse et le 27 avril de l'année suivante, le Pasteur Gaertner les mariait à l'âge de 25 ans et, 4 mois plus tard, naissait leur premier enfant, Johannes, qui décédait à l'âge de 4 mois.

Propulsée par l'économie régionale du maté, promue centre administratif grâce à sa croissance démographique, Curitiba allait devenir le reflet de contradictions nées de la décadence d'une société agraire, du développement d'une économie urbaine et de la pénétration d'étrangers européens. Ces bouleversements se firent plus que jamais sensibles durant le dernier quart du XIX^e siècle au Parana.

L'histoire de l'élément germanique et de ses descendants à Curitiba doit être intégrée dans ce processus. D'un côté, il est indéniable que l'insertion d'un groupe dans une société étrangère poussa tout naturellement ses membres à fortifier les liens qui les unissaient, liens resserrés par une espèce de cohésion institutionnelle favorisée par l'Eglise luthérienne, par le culte de la langue maternelle et par la perpétuation des attaches avec l'ancienne patrie (*Deutschtum*). Il ne faut pas oublier les chocs culturels avec la société réceptrice, qui rendaient extrêmement douloureux, voire traumatisants, les contacts entre chacune des populations. Par conséquent, la dynamique de ce processus allait dépendre d'un jeu de forces "centrifuges", tendant à l'intégration ou à l'assimilation du groupe immigrant et de forces "centripètes", tendant de leur côté à renforcer la cohésion communautaire du groupe.

Revenons à l'histoire de la famille de Johann et d'Anna. Ils eurent d'abord 3 enfants, un tous les deux ans et Anna ne se maria qu'après, à 34 ans. A 37 ans naît son quatrième fils, soit sept ans et quatre mois après le dernier accouchement. La descendance prend sa forme définitive après la naissance de Maria, lorsqu'Anna avait déjà atteint ses 42 ans.

L'histoire de Lisa, entre 25 et 35 ans, est ponctuée par une naissance tous les deux dans. La succession naturelle de ces naissances n'est interrompue que par un écart plus grand, lors de la dernière maternité, lorsque Charlotte Louise voit le jour. Ainsi, tous les enfants du couple atteignent l'âge adulte et tous se marient au sein de la paroisse. Une exception: Otto Sébastien est mort célibataire, à 29 ans.

Lorsqu'elle atteint son soixante-sixième anniversaire, en 1909, Elisabeth perd son époux. Elle le suivra onze ans plus tard, à 78 ans. Cinq années encore et elle aurait assisté au mariage d'une de ses arrières petites-filles au temple, dans la communauté.

Des enfants d'Anna et de Johann Dietrich, on n'a plus de trace de Louise et de Marie. Sans doute quittent-elles la ville et la communauté. Tous les autres se marient à l'église paroissiale. Une des filles du couple, aussi prénommée Anna, se marie bien plus jeune que sa mère ne l'a fait. Elle n'a pas encore 20 ans. Friedrich, son mari, est originaire d'Alsace et de quatre ans son aîné. Ils se marient après s'être fréquentés un an, sous la surveillance des parents. Les conditions commencent à changer par rapport à celles qu'avait connues la première génération de la famille, au Brésil. Dix mois après le mariage, l'avant dernier jour de mai 1883, naît Ludwig, le premier petit-fils d'Anna et de Johann Dietrich. Plus féconde que sa mère, Anna a neuf enfants, avec un écart d'un an entre chacun d'eux. Cinq survivent, trois meurent âgés de quelques mois, deux d'entre eux de diphtérie, ce qui arrive aussi à Lydia Thérèse peu avant son huitième anniversaire. En somme, des cinq derniers enfants, seul Otto, le benjamin, va survivre. Mais ces malheurs familiaux n'empêchent en rien la décision prise par le couple de ne plus avoir d'enfants. Anna a alors 30 ans!

A l'aube du XX^e siècle, des changements importants se profilent, sans doute à cause du processus d'urbanisation du groupe rattaché à la dynamique d'acculturation. La plus âgée des filles de Marie-Elisabeth, Emma Verona, se marie à 34 ans, Marie-Mathilde à 22 ans, et la plus jeune, Charlotte-Louise à 21 ans. Des gendres de Lisa, deux naissent à l'étranger; le premier est un veuf d'Hambourg; le second un suisse, Franz; son plus jeune gendre naît à Joinville. Tous d'origine urbaine, ils refusent naturellement de travailler la terre, comme l'ont fait Marie-Elisabeth et Sébastien presque trente ans plus tôt.

Franz et Charlotte se marient en 1902 et ont un fils neuf mois après le mariage. Trois ans plus tard une fille et, pour finir, lorsque Charlotte eut 26 ans, naît un dernier enfant: encore un garçon! Contrairement à sa mère une génération avant, elle planifie avec son mari le nombre voulu d'enfants qu'ils souhaitent en laissant un écart entre eux.

Tous vont se marier dans la communauté. La petite fille d'Anna et de Johann Dietrich, Emma Emilie Wilhelmine se marie aussi en 1902, mais en début d'année. Elle a dix-huit ans et est encore plus jeune que sa mère lorsque cette dernière épouse son père. Néanmoins, Heinrich, son fiancé, va déjà sur ses 27 ans, gagne sa vie en ville, comme tant d'autres de la communauté et de sa génération. Tout comme son beau-père et le grand-père de sa femme, il est immigrant mais non d'origine paysanne, d'origine urbaine: il naît et grandit à Hambourg. La bonne situation d'Heinrich et sa maturité expliquent peut-être le mariage précoce d'Emma, plus encore une grossesse un peu prématurée. En effet, leur premier enfant naît sept mois après le mariage. Tout comme sa mère, Emma a beaucoup d'enfants, mais elle a plus de chance. Excepté Rudolph, l'aîné, qui meurt à 20 ans, tous les autres, hommes et femmes, lui survivent. Les registres de la paroisse comptabilisent huit naissances; cependant avec des écarts en dents de scie. En effet, Emma a son dernier enfant à 37 ans.

Les traces laissées par la famille fondée par Marie-Elisabeth et Sébastien dans la communauté évangélique luthérienne de Curitiba illustrent l'itinéraire suivi par de nombreuses familles immigrantes d'origine allemande à Curitiba. La première génération d'immigrants travaille la terre au moins au début du cycle matrimonial, tout près de la ville. La seconde génération s'installe en ville, y travaille et contribue à son développement commercial et industriel. La troisième génération, imitant la seconde, malgré les bouleversements de l'Entre-Guerre, s'intègre plus à la société qui les entoure. De ce fait, Elly Maria Magdalena, l'unique fille de Charlotte-Louise et petite-fille de Marie Elisabeth a pu connaître, fréquenter et se marier à un jeune d'origine italienne et catholique, Francisco, suivant ainsi le plus pur modèle de la classe moyenne.

Les noces sont célébrées pratiquement la veille de Noël 1925, en grande pompe. Suivant l'exemple de sa mère, elle a son premier fils un mois avant le premier anniversaire de leur mariage, à 21 ans. Elly, en accord avec son mari a planifié le nombre d'enfants désirés: ils ont une fille et un garçon, Glausi et Edymar, trois ans et demi les séparant. Elly Maria Magdalena est morte à Curitiba en 1960, relativement jeune en comparaison avec la longévité de sa mère et de sa grand-mère. Elle a à peine 55 ans et laisse son époux Francisco veuf.

Pour reprendre notre analyse, il nous paraît clair que transparait la relative marginalité du groupe et ce surtout pour la cohorte "pionnière" (1866-1894). Nous avons choisi quelques acteurs, bien moins par souci d'illustrer que de montrer la complexité des trajets individuels beaucoup plus concrets.

Les descendants d'Anna et de Marie-Elisabeth dont nous vous avons rapporté l'histoire, évoluent dans une ville qui brise ses liens avec son passé, les immigrants et leurs descendants accompagnant ces changements. Ainsi on peut noter une correspondance directe entre les hauts taux de fécondité de la première cohorte (immigrés dans leur majorité européens et d'origine paysanne) et entre la situation d'évidente marginalité de la population en contact avec la société de Curitiba. Les deux cohortes suivantes (II et III), dont on trouve la majorité des membres chez les fils d'immigrés, sont constituées de familles qui quittent leurs fermes pour vivre dans le noyau urbain et se caractérisent par une baisse de la fécondité due à l'utilisation

de moyens contraceptifs (BIDEAU/NADALIN 1988). Ces changements suivent l'évolution d'une société qui s'urbanise, mais paradoxalement ces immigrants conservent une identité ethnique germanique qui maintenait la relative unité du groupe. Ainsi, on passe apparemment d'un modèle démographique paysan à un modèle urbain "bourgeois" et malthusien. Jusqu'à quel point le modèle ébauché peut-il être complété, si l'on prend en compte le comportement des familles observées par rapport aux naissances "illégitimes" ?

La paysannerie et la sexualité

L'analyse des données antérieures permet d'établir une première hypothèse: les baisses de conceptions pré-nuptiales et des enfants nés avant le mariage constituent un phénomène lié à la contraception. La question paraît tout de suite plus complexe quand on tente d'insérer cette explication dans le cadre de l'histoire de la communauté évangélique, l'histoire d'une acculturation. En d'autres termes, il semble nécessaire de poser cette hypothèse par rapport à la dynamique d'insertion du groupe luthérien dans la société de Curitiba. Si l'on note un plus grand nombre de naissances pré-maritales dans la première cohorte, il semble que ceci soit lié à l'origine de ces familles, à leur situation relativement marginale et à la conservation de leurs habitudes culturelles et paysannes.

De ce fait, il nous faut rechercher les raisons et les facteurs qui expliquent des comportements si originaux dans le milieu social qui sert de toile de fond à l'émigration allemande. Les premières références qui nous viennent à l'esprit pour l'étude des familles du modèle "ancien régime" sont les ouvrages classiques de FLANDRIN et de LEBRUN (ex. FLANDRIN 1976, LEBRUN 1983).

Néanmoins, l'observation de ces auteurs s'est centrée sur la France et ceci nous gêne un peu, principalement si l'on pense à "la révolution sexuelle" pressentie par SHORTER (1977: 98-152) à partir de la seconde moitié du XVIII^e siècle en Europe occidentale et qui devrait toucher de la même façon la population allemande. Il nous faut faire aussi référence à une recherche plus ancienne réalisée et publiée par WILLEMS (1940: 208-228, 1980: 301-335). Ses observations touchent aux comportements sexuels caractéristiques des paysans allemands, dans une tentative d'expliquer certaines attitudes décalées parmi les germano-brésiliens du sud du Brésil.

FLANDRIN, LEBRUN, SHORTER et quelques autres ont intégré en règle générale ces problèmes dans une discussion plus large, le modèle New-Pattern, le mariage, la fécondité et la sexualité faisant partie, dans les sociétés traditionnelles occidentales, d'un système caractérisé par des mariages tardifs, par l'austérité sexuelle avant le mariage, par un célibat définitif important et par la fragilité des unions en fonction d'une mortalité élevée.

On connaît les fréquences des naissances réellement illégitimes dans ces sociétés: elles étaient dérisoires. Les sociétés paysannes savent aussi contrôler les relations entre garçons et filles par le biais d'institutions coutumières qui varient en fonction des régions prises en compte. Certaines institutions que SHORTER généralise sous le

terme de "cours nocturnes" portaient des noms locaux. WILLEMS compte 14 variations terminologiques et dialectales et souligne que, dans de nombreuses régions, la coutume existait cependant sans aucune dénomination particulière. Outre des termes régionaux, il existe aussi des substantifs *Probenacht*, *Komnacht*, *Kiltgang* (visite nocturne à une jeune fille). *Gasselgang* (WILLEMS 1980: 304), substantifs liés aux coutumes qui, réglait les visites faites par les hommes dans les chambres des jeunes filles du village.

En prenant en considération ce qu'écrit WILLEMS, nous savons qu'ainsi, en théorie, chaque samedi d'une période donnée, un jeune homme différent rencontrait une jeune fille différente jusqu'à ce que les candidats au mariage de la communauté finissent par se connaître. De telles visites faisaient l'objet de normes strictes. Une fois qu'un garçon et une fille s'arrêtaient dans leur recherche et qu'il y avait un arrangement, tout était alors permis. Par conséquent, le compromis marquait le début de la vie sexuelle du couple, avant le mariage. Néanmoins, il s'agissait de personnes qui étaient promises l'une à l'autre, certaines qu'elles allaient se marier.

Cependant, en pratique, étant donné qu'à chaque visite l'intimité entre les jeunes croissait naturellement, il paraît difficile de croire que certaines libertés sexuelles n'étaient pas prises. Avec l'avènement de l'urbanisation et l'arrivée dans le village d'étrangers au système, cette pratique tend à disparaître, car la communauté villageoise perdait le contrôle des normes qui régissaient l'institution. Pour mieux comprendre ces coutumes paysannes, il faut noter que ces institutions régulatrices s'insèrent dans une société où le mariage dictait la vie sociale et économique de la population, ce qui laissait peu de place aux considérations sentimentales dans la formation d'un couple: tout du moins sous la forme où nous la connaissons. De l'union stable (qui présupposait évidemment le contrôle de la communauté) pouvait naître l'"amour" mais ce n'était pas là le plus important.

De cette façon, on comprend l'institution des *Probenächte* mises en relief par WILLEMS. Bien que cet auteur mentionne que l'un des objectifs de la coutume était de contrôler les relations sexuelles entre les célibataires du village, il est clair que l'une des fonctions principales était de vérifier la fertilité de la femme. Ainsi les nuits d'expérience devaient se succéder jusqu'à ce que les deux parties soient convaincues de leur aptitude réciproque au mariage ou jusqu'à ce que la jeune femme tombe enceinte. Ensuite les fiançailles et le mariage suivent rapidement. Il est rare de voir un jeune homme abandonner une jeune fille enceinte. Il deviendrait ostensiblement objet de mépris et de haine de tout le village. Cependant, il n'est pas rare de voir les deux promis cesser leurs relations après la première ou la seconde nuit d'essai. La jeune femme ne risque nullement de se couvrir d'une mauvaise réputation car, bien vite, un autre jeune homme apparaît.

La valeur attribuée à la virginité est restreinte et, comme il s'agit d'une institution sociale, la réputation des jeunes filles et des jeunes hommes ne souffre pas de la pratique de cette coutume en elle-même, mais plutôt de la répétition infructueuse de nuits d'essais avec des personnes différentes (WILLEMS 1980: 305). Et, pour citer un autre auteur et appuyer notre étude *on donne plus de valeur à une jeune fille enceinte que l'on en accorde à une jeune femme qui doit encore faire la preuve de sa fécondité...*

Il est intéressant de noter la nature institutionnelle des coutumes rurales et la force qui provient du processus de transmigration culturelle qui accompagne la migration. Dans la continuité du flux migratoire germanique, ces caractéristiques du migrant allaient se modifier.

Sexualité et contacts culturels

Les immigrants allemands regroupés dans une communauté religieuse dont on a déjà décrit les indicateurs relatifs à la sexualité et à la reproduction, entrèrent en contact avec une population dont les comportements quant à la sexualité et à la reproduction présentaient des caractéristiques fort différentes.

Contrairement aux immigrants, l'illégitimité parmi les lusco-brésiliens est soulignée au XVIII^e siècle et pour une bonne partie du XIX^e siècle par une forte proportion de baptisés dont les procès-verbaux déclaraient clairement leur condition d'enfants illégitimes, de père inconnu, ou leur situation, toute aussi marginale, "d'exposés":

Tableau 3: Fréquences des baptêmes des enfants illégitimes et exposés
Paroisse N.S. de Luz – Curitiba. 1751-1880

Décennies	Total	Enfant illégitimes		Enfant exposés		Total Enfants illégitimes et exposés	
		Nombre absolu	%	Nombre absolu	%	Nombre absolu	%
1751-1760	1927	129	10,0	44	3,4	173	13,4
1761-1770	1158	129	10,3	71	6,1	190	16,4
1771-1780	1222	139	11,9	112	9,2	251	21,1
1781-1790	1849	294	15,9	184	10,0	478	25,9
1791-1800	2388	399	16,7	319	13,4	718	30,1
1801-1810	2869	499	17,4	296	10,3	795	27,7
1811-1820	2649	566	21,4	234	8,8	800	30,2
1821-1830	3784	785	20,7	207	5,5	992	26,2
1831-1840	3880	992	25,6	111	2,9	1103	28,5
1841-1850	4367	1051	24,1	62	1,4	1113	25,5
1851-1860	5996	1352	22,6	(*)	(*)	1352	22,6
1861-1870	6067	1462	24,1	(*)	(*)	1462	24,1
1871-1880	5489	1133	20,7	(*)	(*)	1133	20,7
Total	43015	8920	20,7	1645	3,8	10565	24,5

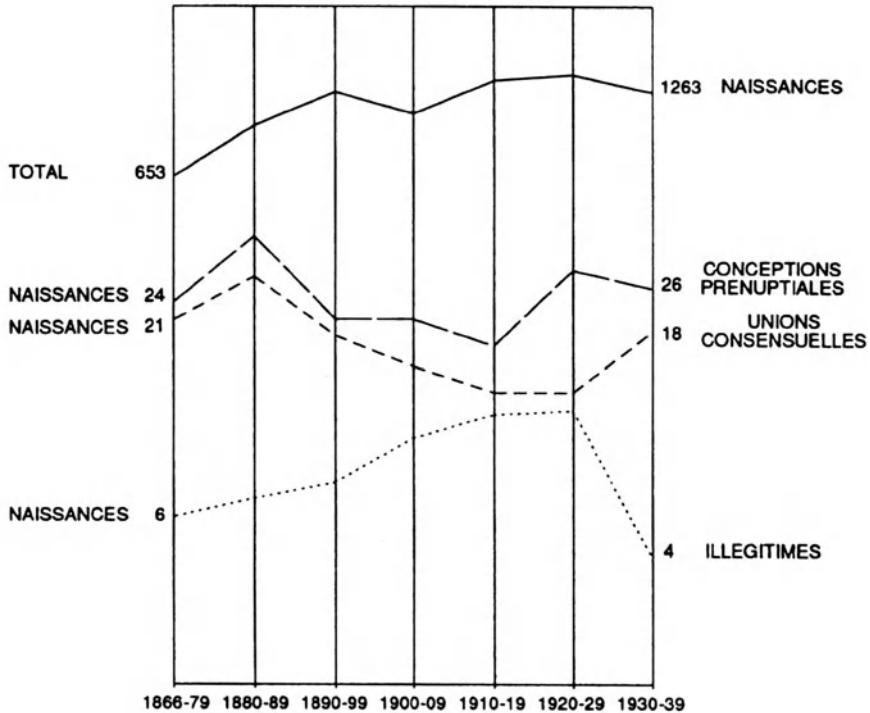
(*) On a enregistré seulement 5 cas d'enfants exposés entre 1851 et 1880

Source: BURMESTER (1974: 78-79); KUBO (1974: 745); MIRANDA (1978: 142-143)

Notre objectif n'est pas d'analyser les comportements qui se cachent derrière les chiffres mais de souligner la croissance des fréquences tout au long du XVIII^e siècle, comme le montre le tableau. Quoiqu'il en soit, il faut noter la relative stabilité des pourcentages élevés du nombre d'illégitimes pendant la plus grande partie du XIX^e siècle. Pour ce qui est des autres formes d'amours illégitimes traduits par des conceptions pré-nuptiales, à Curitiba, ont été calculées des fréquences qui se situent autour de 4,7 % pour la seconde moitié du XVIII^e siècle (BURMESTER 1981: 241). Cet indice laisse transparaître clairement une relation très faible des naissances

issues de ce type de comportement par rapport à la totalité des enfants nés dans la région à cette époque.

Graphique 1: Proportion "d'illégitimité" 1866-1939



Ce qui nous apparaît clairement, c'est que "l'illégitimité" pratiquée par les Allemands et leurs descendants s'inscrit d'une certaine façon dans le cadre de la famille. En effet, pour les cas observés, le mariage faisait toujours suite à une grossesse ou à une naissance irrégulière. Au contraire, si nous prenons en compte principalement les baptêmes des enfants exposés, dans la société de Curitiba, l'"illégitimité" se définit comme un comportement hors norme.

Ce panorama semble vouloir se modifier durant le XIX^e siècle, il suffit d'examiner la relative fréquence d'enfants exposés dont la présence semble elle aussi diminuer et vouloir disparaître à partir de la seconde moitié du siècle. En d'autres termes, certains comportements donnaient une liberté presque totale aux jeunes gens. A l'opposé, on observe des comportements qui permettaient tout aux hommes, en dehors des promesses de mariage. Voici donc deux types d'attitudes liées à la morale sexuelle. Il est néanmoins possible d'imaginer les conflits qui découlent de deux cultures dont les traits moraux se définissent d'une façon si antagoniste! Certaines hypothèses esquissées peuvent être vérifiées par les fluctuations des proportions d'illégitimité représentées dans le graphique 1.

La *première période*, de 1866 à 1889 a comme caractéristique fondamentale une relative grande proportion de naissances conçues avant le mariage (6,9% et 7%). Cette phase correspond à l'installation du groupe dans la société de Curitiba. Face à la société "réceptrice", le groupe d'immigrants se situe dans une position relativement marginale, ce qui explique le maintien de comportements "paysans" face à la sexualité et au mariage.

La *deuxième période*, de 1890 à 1919 se caractérise par une chute de la proportion des enfants conçus avant le mariage (2,9%, 3,3% et 1,9%). Ces changements s'expliquent par le progrès du processus de l'acculturation des membres de la communauté, facilité par le fait que plus de 50% des couples concernés étaient déjà nés au Brésil. En d'autres termes, un peut supposer que la persistance des contacts détermine un changement dans les habitudes traditionnelles "importées" par les immigrants.

Une telle mutation s'explique sans doute par le contact du groupe avec une population plus grande et plus omniprésente qui se distinguait par des modèles d'ordre moral différents des modèles de la morale paysanne germanique. Cependant, il faut tenir compte, pour la compréhension de ce processus, de l'articulation des contacts culturels avec le propre processus d'urbanisation.

Parmi ces questions, il paraît évident que les problèmes relatifs à la sexualité des jeunes célibataires, des hommes naturellement, pouvait se résoudre plus facilement grâce à la complaisance de la ville. Pour les jeunes filles, face à une morale "machiste" et traditionnellement luso-brésilienne, elles n'avaient pas d'autre alternative que de valoriser la virginité féminine.

L'explication d'une mutation s'étaye d'autant plus si l'on compare la courbe des naissances issues de conceptions pré-nuptiales avec la courbe qui traduit l'apparition de naissances avant le mariage. En effet, ce dernier trait montre une diminution bien plus accentuée, voire franche et nette, d'un comportement qui, dans le cas des conceptions pré-nuptiales, pouvait être voilé par un mariage rapide.

La *troisième période*, de 1920 à 1939 correspond en apparence à un comportement plus "libéral" assumé par les jeunes filles et les jeunes hommes de la communauté (2,3% et 3,5%). Comportement nouveau, qui ne peut pas être identifié à la période initiale de l'histoire du groupe.

Durant cette phase, la reprise des naissances illégitimes débute avec les conceptions pré-nuptiales et, dix ans après, elle est suivie par la hausse de la fréquence des unions consensuelles antérieures au mariage. A nouveau on peut avancer une explication identique, relative à un comportement différencié, vérifié dans la seconde période. La libération des coutumes débute d'une façon plus timide (hausse de la fréquence des conceptions pré-nuptiales dans les années 1910) suivie par une attitude plus explicite entre les jeunes du groupe, avec la hausse de la fréquence des unions consensuelles avant le mariage .

Naissances illégitimes et conceptions pré-nuptiales: voilà deux types de données qui fournissent, dans le passé, les indicateurs les plus sûrs de la fréquence des relations sexuelles en dehors du mariage. Néanmoins, les premières doivent être maniées avec grande prudence, étant donné que ces indices ne peuvent être calculés avec précision que pour les paroisses réellement rurales. En se rapprochant de la zone d'attraction d'une ville, tout se complique. La réalité que nous analysons serait-elle différente? Apparemment "l'illégitimité" caractérisée par une absence du nom du père sur les registres baptismaux des luthériens de Curitiba n'aurait pas plus de signification ici, car celle-ci correspondrait plus ou moins à 1% du total des naissances relevées. Pour la dernière période, en outre, on se trouve en face d'une contradiction qui touche les conceptions pré-nuptiales et les unions consensuelles; celle-ci est clairement soulignée dans le graphique 1. C'est au moment où une certaine "illégitimité" réapparaît, dans les cadres de la famille, que la courbe des illégitimes en dehors de la famille se contracte. Cette tendance se confirme pendant les décennies suivantes (1940-1949 0,3%, 1950-1959 0,4%) (NADALIN 1978, 382-383). Il nous est arrivé de n'identifier aucune des mères célibataires parmi les familles de la communauté. Dans la meilleure des hypothèses, le fait est dû à un simple problème d'identification, ce qui rend valable les chiffres que nous possédons. Dans la pire des hypothèses, ces femmes, toutes germano-brésiliennes de part leur nom de famille enregistré, ne faisaient pas partie de la communauté. Si cette hypothèse s'avérait exacte, tout du moins pour la majorité des registres inventoriés, cela pourrait signifier que les mères célibataires appartiennent au groupe dont il nous est impossible de connaître la proportion, et qu'elles adoptent une attitude inverse, en baptisant leurs enfants en dehors de la communauté.

Dans quelle mesure la contraception aurait eu comme conséquence une diminution des conceptions pré-nuptiales?

Il est évident que toutes les femmes qui faisaient l'amour avant le mariage ne mettaient pas au monde un enfant. Certaines, peut-être, n'étaient pas fécondes. On peut penser aussi que quelques unes avortèrent. On peut aussi présupposer que d'autres formes de contraception étaient utilisées, même restreintes, et cette possibilité a été détectée dans l'analyse de la fécondité légitime du groupe (BIDEAU/NADALIN 1988: 22). Ainsi, l'ensemble des graphiques montre que la fécondité des femmes qui mettent au monde des enfants avant le mariage est un peu plus élevée que la fécondité des femmes dont l'intervalle protogénique est "normal" (et ce pour l'ensemble, indépendamment de l'âge de la femme au moment du mariage) (BIDEAU/NADALIN 1990). Ainsi l'on peut facilement présupposer que l'utilisation des moyens contraceptifs dans le mariage signifiait que ceux-ci étaient utilisés avant les noces.

Nous pensons néanmoins que l'utilisation de la contraception apparaît au sein du groupe de façon plus significative après un certain temps de vie matrimoniale, pour se répandre chez les couples plus jeunes et, bien plus tard, toucher les jeunes célibataires (SHORTER 1977). Les données du tableau semblent corroborer cette hypothèse (aussi bien pour la cohorte II que pour la III et aussi pour la cohorte I – si l'on

s'arrête aux femmes qui se marient entre 25 et 29 ans –) la fréquence des conceptions pré-matrimoniales est représentativement bien plus petite chez les femmes qui se marient plus tardivement.

A l'intérieur du groupe, des cohortes I, II et III forment des sous-groupes bien distincts, on notera une certaine ressemblance entre les deux derniers. Leurs caractéristiques permettent d'affirmer qu'à mesure que ses membres adoptent peu à peu un comportement différent face à la contraception, ils semblent aussi adopter des valeurs différentes par rapport à la virginité féminine et au mariage, sans oublier le facteur principal exercé par les contacts culturels et, par conséquent, par l'influence des modèles de morale véhiculés par la société de Curitiba. Il reste beaucoup de travaux de recherche à entreprendre afin de mieux connaître les structures mentales caractéristiques de la société brésilienne du siècle dernier et surtout celle de la société du Parana et d'appréhender les attitudes face à la sexualité.

Tableau 4: Communauté Evangélique Luthérienne de Curitiba. Fréquence des conceptions pré-nuptiales en fonction de l'âge de la femme le jour du mariage. Fiche MF

Age de la femme	1866-1894	1895-1919	1920-1939
15-19 ans	21,1%	18,4%	11,9%
20-24 ans	26,7%	8,9%	6,5%
25-29 ans	13,3%	0%	(8,6%)

Cependant, on peut privilégier l'hypothèse liée à l'acculturation en se fondant sur un dernier argument. Nous avons des preuves d'une baisse des naissances "illégitimes" en Europe septentrionale au cours du XIX^e siècle, sans doute à cause ou grâce à la contraception. Ce phénomène est particulièrement patent en Allemagne. Mais un tel fait n'a pas été accompagné d'une baisse des conceptions pré-nuptiales. Entre 1850 et 1930, les données montrent des pourcentages élevés et suffisamment stables (SHORTER 1973: 636-639). Et dans la paroisse étudiée par A. IMHOF (1975: 279-516, 471), durant tout le siècle, la fréquence de conceptions pré-nuptiales semble même augmenter. Ainsi, la contraception touche moins les conceptions pré-nuptiales que les naissances illégitimes. En effet, les fiancées (qui forment la majeure partie des femmes qui tombent enceintes avant le mariage) utilisent avec moins de fréquence et d'efficacité la contraception que les femmes sans aucun engagement.

S'il est vrai que les fiancées ne prennent pas de précautions adéquates et tombent enceintes à un rythme semblable au passé, on peut conclure que le "puritanisme victorien" n'a nullement freiné l'activité sexuelle pré-conjugale en Europe. Ceci ne semble pas le cas du "puritanisme luso-brésilien" qui a dû jouer dans les comportements des enfants d'immigrants allemands à Curitiba, surtout à partir du dernier quart du siècle passé.

En guise de conclusion

Il faut distinguer une histoire des contacts culturels, des contacts des acculturations et se demander s'il existe oui ou non une histoire démographique des acculturations? – dont les références se construisent à partir de la problématique des relations entre la société émettrice européenne et la société réceptrice de Curitiba, en y incluant la complexité due à la vie en commun contradictoire de plusieurs groupes "immigrants": italiens, polonais, ukrainiens et, bien sûr, allemands, pour ne citer que les plus importants avant le début du XX^e siècle.

Il faut s'arrêter d'abord sur les indicateurs démographiques du groupe. En ce sens, du point de vue de la fécondité, la dynamique de ces familles plus stables a été bien cernée. Au début une grande fécondité suivant un régime typiquement pré-malthusien, puis un régime de fécondité plus "moderne" pour les deux sous-groupes suivants, où l'on a soupçonné l'utilisation de méthodes de contrôle des naissances.

Premièrement, la fécondité du groupe pionnier semble être, grosso modo, bien semblable à celle de la société originelle ou émettrice. L'explication est évidente en fonction de la prédominance d'étrangers dans la formation des premiers couples de la communauté. Néanmoins ces observations au niveau de la société européenne doivent être encore plus détaillées et ce en fonction des régions (ou paroisses) et de la religion (catholique ou protestante). Une origine à prédominance germanique et "paysanne", si l'on préfère non urbaine. Primo par un comportement démographique pré-malthusien; secondo par la fréquence significative des conceptions pré-nuptiales détectées, ce qui se rapproche de certaines institutions du monde rural de l'Europe septentrionale. Ceci confirme d'ailleurs la caractéristique générale des émigrants allemands qui partirent d'Europe avant la décennie de 1880, nés dans un monde pas encore industrialisé.

Bien que le flux immigratoire germanique n'ait pas cessé au Brésil jusque dans les années 1930, ce qui naturellement a marqué l'histoire de la communauté, le fait de déterminer l'origine des trois sous-groupes étudiés a permis une distinction initiale, entre les premières familles, et celles qui se constituent plus tard (les deux sous-groupes). Les premiers réellement immigrants, les seconds – avant tout fils d'immigrants – au moins jusqu'en 1939 germano-brésiliens. Cette distinction n'explique qu'en partie les changements de comportements démographiques qui ont lieu à partir de la deuxième génération, car un phénomène social très important voit le jour à l'époque même où ces changements se vérifient. Durant le dernier quart du XIX^e siècle, on assiste à la décadence de l'économie et de la société traditionnelle du Parana et l'on distingue nettement le processus d'urbanisation à Curitiba. Ces ruptures résultent en partie du développement de l'industrie et du commerce du maté et aussi des nouvelles activités commerciales et industrielles entreprises en ville, où l'activité germanique (immigrants et descendants) a été très importante.

Le décor est connu et ainsi pourrait s'expliquer, du moins en principe, le comportement malthusien des sous-groupes teuto-brésiliens, tout comme leur comportement "victorien" en relation avec le sexe.

Cependant, les questions soulevées dans cette étude peuvent que les choses ne sont pas si simples. Si, d'un côté, il est possible d'établir une relation entre les changements démographiques et les comportements mis en lumière et l'urbanisation, les coupes réalisées dans le temps ne permettent pas de la dater.

Si, d'un autre côté, ce processus est lié aux changements quantitatifs dans cette population, il ne faut pas oublier que ceci aurait dû se produire aussi dans l'Europe germanique, il est vrai avec des particularités originales.

Les deux processus seraient-ils liés? Au moins pour ce qui est des comportements sexuels (la chute du taux de natalité est flagrant en Europe à cette époque), il semblerait que non, bien que les liens entre la société immigrante et la société émettrice ont été maintenus.

Ainsi tout porte à croire que le processus en cause est fortement lié aux changements qui eurent lieu à Curitiba. Ce n'est pas la société immigrante allemande et évangélique luthérienne qui s'urbanise, mais la société de Curitiba comme un tout, à l'intérieur de laquelle les immigrants tentent de s'intégrer. Dès lors, si la fréquence des conceptions pré-nuptiales diminue de moitié, de la première génération de luthériens à la seconde, et continue à diminuer à la troisième, l'analyse faite jusqu'alors nous pousse à conclure qu'une partie importante de ces transformations est due à l'interférence culturelle de la société luso-brésilienne dans les modèles moraux de l'immigrant.

Littérature

- BIDEAU, A./ NADALIN, S.O. (1988), Etude de la fécondité d'une communauté évangélique luthérienne à Curitiba (Brésil) de 1866 à 1939, *Population* 43, 6, 1035-1064, nov-déc.
- BIDEAU, A./ NADALIN, S.O. (1990), Historias de vida e análise demografica da fecundidade: abordagens complementares para uma historia de comportamento social, in: NADALIN, S.O. et alii. (org), *Historia e populações: estudos sobre a América Latina*, F. SEADE, p. 131-141, São Paulo.
- BURMESTER, A.M. (1974), A população de Curitiba, no século XVIII: 1751-1800, segundo os registros paroquiais - mémoire de Maîtrise, Universidade Federal do Parana, Curitiba.
- BURMESTER, A.M. (1981), Population de Curitiba au XVIIIe siècle, Thèse de Doctorat (PHD), Montréal.
- CARDOSO, J.A. (1981), O modelo de explicação histórica proposto por Brasil Pinheiro Machado, *Historia: questões & debates*, 2 (2), 5-13, Curitiba.
- FLANDRIN, J.L. (1976), *Familles: parenté, maison, sexualité dans l'ancienne société*, Hachette, Paris.
- IMHOF, A..E. (1975), Die namentliche Auswertung der Kirchenbücher. Die Familien von Giessen 1631-1730 und Heuchelheim 1691-1900, in: IMHOF, A.E. (org.), *Historische Demographie als Sozialgeschichte: Giessen und Umgebung vom 17. zum 19. Jahrhundert*, Darmstadt/Marburg.
- KUBO, E.A. (1974), Aspectos demográficos de Curitiba: 1801 -1 850, mémoire de Maîtrise, Universidade Federal do Parana, Curitiba.
- LEBRUN, F. (1983), *A vida conjugal no antigo regime*, Rolim, Lisboa.
- MIRANDA, B.T. (1978), Aspectos demográficos de uma cidade paranaense no século XIX: Curitiba, 1851-1880, mémoire de Maîtrise, Universidade Federal do Parana, Curitiba.
- NADALIN, S.O. (1978), Une paroisse d'origine germanique au Brésil: la communauté évangélique luthérienne à Curitiba entre 1866 et 1969, *EHESS (3e cycle)*, Paris, 1978

- NADALIN, S.O. (1981), Imigrantes alemães e descendentes em Curitiba: caracterização de um grupo social, *Historia: questões & debates*, 2 (2), 23-35, Curitiba.
- NADALIN, S.O. (1984), Uma comunidade de origem germânica em Curitiba: demografica e sociedade, *Historia: questões & debates*, 8 (14/15), 137-146, Curitiba.
- NADALIN, S.O. (1984), A colonização alemã e os luteranos em Curitiba, *Ciclo do pensamento curitibano*, 1, 47-53, FCC, Curitiba.
- SHORTER, E. (1973), Female emancipation, birth control and fertility in European history, *The American historical Review*, 78(3), 605-640.
- SHORTER, E. (1977), *Naissance de la famille moderne: XVIIIe-XXe siècle*, Seuil, Paris.
- WILLEMS, E. (1940), *Assimilação e populações marginais no Brasil*, Nacional, São Paulo
- WILLEMS, E. (1980), *A aculturação dos alemães no Brasil*, 2 ed., Nacional, São Paulo

Muster des Migrationsverhaltens aus kohortenanalytischer Sicht

VON E.-JÜRGEN FLÖTHMANN

1. Ansätze zu Längsschnittanalysen der Migration

Zur Analyse demographischer Verhaltensmuster stellt die Bevölkerungsstatistik bekanntlich zwei Konzepte zur Verfügung, die Periodenanalyse auf Querschnittsbasis und die Kohortenanalyse für Längsschnittuntersuchungen. Während die Periodenanalyse in erster Linie zur Untersuchung demographischer Strukturen geeignet ist, erwies sich zur Untersuchung demographischer Prozesse sehr früh die Kohortenanalyse als das geeignetere Instrument (vgl. SCHWARZ 1986). Im Zusammenhang mit Migrationsprozessen beschreibt die Kohortenanalyse im allgemeinen das Wanderungsverhalten eines Geburtsjahrgangs. Hierbei sind zwei Ansätze zu unterscheiden, die im wesentlichen von der zugrundeliegenden Datenbasis abhängen.

1. Auf der Grundlage aggregierter Daten, bei denen es sich üblicherweise um Querschnittsdaten handelt, kann eine Kohortenanalyse der Migration durch eine chronologische Aneinanderreihung der jährlich um ein Lebensjahr erhöhten altersspezifischen Wanderungsraten indirekt hergeleitet werden. Ein derartiges Vorgehen wird auch als *Quasi-Längsschnittanalyse* bezeichnet. Ihr Vorteil besteht in der repräsentativen Datenlage, da auf Daten der Amtlichen Statistik zurückgegriffen werden kann. Die Nachteile sind einerseits dadurch gekennzeichnet, daß die Angehörigen eines Geburtsjahrgangs im Zeitablauf nicht exakt erfaßt werden können, weil sich die Grundgesamtheit von Jahr zu Jahr ändert, und andererseits nur durchschnittliche Wanderungsraten (aus ortsansässigen und zugezogenen Personen) bestimmt werden können.

2. Auf der Grundlage von Individualdaten im Längsschnitt, d.h. biographischen Daten, liegen zwar im Zeitablauf geschlossene Stichproben (z.B. Kohorten) vor, die häufig auch eine Differenzierung nach der Anzahl der Wanderungsereignisse gestatten, jedoch erlauben diese Datengrundlagen keine repräsentativen Aussagen im Sinne der Amtlichen Statistik. Die Verallgemeinerbarkeit von Resultaten auf der Grundlage biographischer Daten ist immer an die Kriterien der zugrundeliegenden Stichprobe gebunden; sind diese Kriterien jedoch erfüllt, können durchaus auch Aussagen biographischer Analysen repräsentativ sein.

Die in den vergangenen Jahren im Zusammenhang mit biographischen Studien populär gewordenen Verfahren, die unter dem Begriff "Ereignisanalyse" zusammengefaßt werden, gehen bei der Untersuchung demographischer Prozesse noch einen Schritt weiter als die Kohortenanalyse und ermöglichen eine Überprüfung kausaler Wirkungszusammenhänge (siehe u.a. BLOSSFELD/HAMMERLE/MAYER 1986). Diese Methode erfordert natürlich "echte" Längsschnitte in der Form biographischer Verlaufsdaten. Es wird deutlich, daß derartige Verfahren zwar zu sehr differenzierten Aussagen führen, aber aufgrund ihrer hohen Anforderungen an das Datenmaterial nur sehr begrenzte Stichproben zulassen.

Somit klafft zwischen den demographischen Makroanalysen auf aggregiertem Niveau und den Mikroanalysen auf Individualniveau eine Lücke. Diese Diskrepanz zeigt sich bei Untersuchungen des Wanderungsverhaltens besonders deutlich. Die Entwicklungen des Wanderungsvolumens oder durchschnittlicher Wanderungsraten (aus ortsansässigen und mobilen Personen) können allein das Wanderungsverhalten nicht hinreichend beschreiben. Wanderungen tangieren unmittelbar u.a. individuelle biographische, demographische und regionale Zusammenhänge. Die Kenntnis dieser Zusammenhänge ist von zentraler Bedeutung sowohl zur Beurteilung der Wanderungen selbst als auch zur Beurteilung der Konsequenzen des Migrationsverhaltens. Die unterschiedlichen Typen von Wanderungen lassen sich durch eine Vielzahl von Kriterien beschreiben; z.B. kann das Alter bei der Wanderung bereits einen ersten Hinweis geben, ob der Wohnortwechsel möglicherweise aus familialen, beruflichen oder ausbildungsbezogenen Gründen erfolgte (vgl. GATZWEILER 1975). Weitere Kriterien, wie z.B. die Richtung und Distanz der Wanderungen, kennzeichnen den räumlichen Aspekt der Wandervorgänge.

Entsprechend vielschichtig wie die Wandertypen sind die Erklärungsansätze des Migrationsverhaltens, je nachdem welche Aspekte der Wanderungen im Vordergrund des Interesses stehen. Die Analyse von Binnenwanderungen, nur darauf beziehen sich die folgenden Ausführungen, ist eine typisch interdisziplinäre Aufgabe. Neben demographischen Arbeiten existieren in diesem Zusammenhang zahlreiche ökonomische, soziologische, geographische und regionalwissenschaftliche Untersuchungen, um nur einige Disziplinen aufzuführen (MAREL 1980). Der Grad der Abstraktion ist in den verschiedenen Ansätzen sehr unterschiedlich. In Anlehnung an eine Arbeit von WOODS (1986) unterscheiden BÄHR u.a. (1992) bei Migrationstheorien drei Analyseebenen:

1. Grand Theories

Hiermit sind Ansätze gemeint, die das Migrationsverhalten und die Zusammenhänge z.B. mit der Demographie oder Ökonomie global betrachten.

2. Middle Range Theories

Sie umfassen u.a. die Distanz- und Gravitationsmodelle sowie die Push- und Pull-Ansätze. Dieser Gruppe dürften die meisten Migrationsuntersuchungen zuzuordnen sein.

3. Micro Theories

Die Mikrotheorien haben in erster Linie das Wanderungsverhalten von Individuen zum Gegenstand. Besonders in den vergangenen fünf Jahren haben aufbauend auf verschiedenen biographischen Surveys Analysen des individuellen Wanderungsverhaltens stark zugenommen.

Diese Einteilung berücksichtigt zwar nicht explizit das methodische Vorgehen, es ist aber offensichtlich, dass eine Kohortenanalyse als "echte" Längsschnittanalyse auf Individuen ausgerichtet ist und deswegen vor allem im Zusammenhang mit der Gruppe der Mikrotheorien zu sehen ist, während Querschnitts- bzw. Periodenanalysen vorzugsweise in der zweiten Gruppe Anwendung finden. Zur Analyse demographisch relevanter Verhaltensweisen wie der Migration sind Kohortenanalysen grundsätzlich geeigneter. Im Zusammenhang mit Fertilitätsstudien dominieren Kohortenanalysen seit langem (vgl. WHELPTON 1952). In der Migrationsforschung sind sie eher die Ausnahme, einmal abgesehen von den neueren biographischen Studien.

2. Empirische Kohortenanalysen der Migration

Kohortenanalysen der Migration sind im Prinzip nicht neu. Eine bekannte und umfassende Kohortenanalyse der Migration wurde bereits Anfang der 60er Jahre von POURCHER (1965) in Frankreich durchgeführt, in der die räumliche und berufliche Mobilität von fünf Geburtsjahrganggruppen (1886-1910) untersucht wurde. Grundlage bildeten zwei Stichproben, die eine mit 4000 in die Region Paris zugezogenen Personen, die zweite mit 2000 in der "Provinz" außerhalb der Region Paris wohnenden Personen.

In Deutschland wurde erstmals Mitte der 70er Jahre eine Kohortenanalyse der Migration von BIRG (1975) durchgeführt. Sie basierte auf Daten der Amtlichen Wanderungsstatistik und war Teil einer regionalisierten Bevölkerungsprognose; sie bezog vor allem den Zusammenhang zwischen der Migration und der konjunkturellen Entwicklung mit ein. Diese Untersuchung verwendet aus Querschnittsdaten hergeleitete sogenannte Quasi-Längsschnitte. Aufgrund dieses Sachverhalts und der untersuchten Zusammenhänge ist diese Untersuchung den Makroanalysen der Migration zuzuordnen.

Die späteren Arbeiten zur Migration von Kohorten von COURGEAU (1985) in Frankreich und WILLEKENS (1985) in den Niederlanden sind stärker biographisch geprägt. Der Zusammenhang von individuellen Ursachen und deren Wirkung auf das Wanderungsverhalten standen hier im Vordergrund. Es handelt sich somit um reine Mikroanalysen. Das gilt ebenfalls für die von WAGNER (1989) durchgeführte Studie, in der erstmals in Deutschland über die reine Kohortenanalyse hinaus Methoden der "event-history-analysis" im Zusammenhang mit Wanderungen eingesetzt wurden.

3. Zur Kombination von mikro- und makroanalytischen Erklärungsansätzen des Migrationsverhaltens

Der wesentliche Vorzug einer Kohortenanalyse auf Mikroebene besteht einerseits in der exakten Abgrenzung von Personen eines Geburtsjahrgangs, deren Wanderungsverhalten über einen längeren Zeitraum beobachtet wird, und andererseits in der Möglichkeit, aufgrund objektiver und häufig auch subjektiver individueller Merkmale Hinweise auf Ursachen und Wirkungen bestimmter Muster des

Migrationsverhaltens herleiten zu können. Ihr Nachteil besteht in dem Sachverhalt, daß die Aussagen aufgrund der regelmäßig begrenzten Stichproben immer nur für ganz bestimmte Teilpopulationen gelten können. Untersuchungen der Migration auf Makroebene und im Querschnitt erlauben dagegen im allgemeinen nur mit Einschränkungen Aussagen über Veränderungen des Wanderungsverhaltens. Sie ermöglichen zwar Folgerungen über Veränderungen des Wanderungsvolumens, d.h. der Zahl der Wanderungsfälle, aber nicht über die zugrundeliegenden Wanderungsprozesse.

Das Wanderungsvolumen kann durch periodenspezifische, z.B. plötzlich auftretende ökonomische, politische oder umweltbedingte Faktoren kurzfristig stark schwanken, während das eigentliche langfristige Wanderungsverhalten von Personen eines Geburtsjahrgangs, das wie anderes demographisches Verhalten im allgemeinen langsam reagiert (Prinzip der demographischen Trägheit), davon weitgehend unbeeinflusst bleibt. In einem solchen Fall können Perioden- und Kohortenanalysen zu gegensätzlichen Entwicklungen führen, ein Phänomen, das bei Fertilitätsanalysen mehrfach nachzuweisen ist (vgl. z.B. BIRG/FILIP/FLÖTHMANN 1990)

Ein demographischer Prozeß mit wiederholbaren Ereignissen wie Fertilität oder Migration ist mindestens durch zwei Kriterien gekennzeichnet, erstens durch die Anzahl der Ereignisse und zweitens durch den Zeitpunkt des Eintritts der Ereignisse, d.h. im Fall der Migration durch die Zahl der Wohnortwechsel einer Person und durch das Alter bei den Wohnortwechseln.

Zu 1.: Da die Amtliche Wanderungsstatistik keine Wandernden sondern Wanderungsfälle erfaßt, ist leider nicht ersichtlich, wie oft jemand den Wohnort wechselt. Auf der Grundlage von Wanderungsfällen können Aussagen hinsichtlich des Wanderungsverhaltens zu Verzerrungen führen. Z. B. kann eine verstärkte Polarisierung der Bevölkerung in Ortsansässige und Mobile mit mehreren Wohnortwechseln die Zahl der Wanderungsfälle und damit die Wanderungsraten unverändert belassen, obwohl sich das Wanderungsverhalten eindeutig geändert hat.

Zu 2.: Das Alter bei Wohnortwechseln wird nur im Zusammenhang mit bundesländergrenzen-überschreitenden Wanderungen ausgewiesen (siehe STATISTISCHES BUNDESAMT 1992). Die bei Wanderungen innerhalb von Bundesländern ausgewiesenen Altersgruppen sind jedoch für Kohortenanalysen ungeeignet, da sie im allgemeinen zu große Altersintervalle umfassen; es muß deshalb erst eine approximative Verteilung auf die einzelnen Altersjahre vorgenommen werden.

Die konzeptionellen und datentechnischen Nachteile der beiden Betrachtungsarten lassen sich nur vermeiden, wenn beide Analyseebenen kombiniert werden. Die Notwendigkeit der Verknüpfung von Mikro- und Makroanalyse der Migration zum Zwecke der Vermeidung der Unzulänglichkeiten beider Analysearten ist allgemein anerkannt. BÄHR u.a. (1992, S. 571) führen hierzu aus: "Heute besteht weitgehend Einigkeit darüber, daß beide Forschungsansätze für sich allein genommen keine befriedigende Erklärung des Wanderungsgeschehen liefern, da entweder die subjektiven Gründe und Interessenlagen der Wandernden vernachlässigt werden (Anm. d. Verf.: bei der Makroanalyse) oder aber keine hinreichende Basis für eine quantitative Erfassung der Migrationen (Anm. d. Verf.: bei der Mikroanalyse) gegeben ist. Die Bemühungen um eine Synthese zwischen beiden Erklärungsansätzen sind daher zu einem zentralen Anliegen der modernen Wanderungsforschung geworden,

ohne daß es schon gelungen ist, eine logisch konsistente allgemeine Theorie der Wanderungen zu entwickeln." Arbeiten, die beide Analyseebenen einbeziehen, sind sehr selten. In zwei neueren Migrationsstudien, einer deutschen von BIRG u.a. (1991) und einer niederländischen von MULDER (1992), werden beide Konzepte parallel berücksichtigt. Beide Untersuchungen führen jeweils zu einer gegenseitigen inhaltlichen Ergänzung der Aussagen, ohne aber eine integrierende Methode i.e.S. aufzuweisen, die beide Ansätze direkt analytisch verknüpft. Eine andere Untersuchung aus den USA von CADWALLADER (1989) entspricht ebenfalls diesem Vorgehen, ohne theoretisch und/oder methodisch neue Aspekte zu liefern. Derartige Verfahren sind in der Literatur z.Zt. auch nicht ersichtlich.

4. Das Migrationsverhaltens der Kohorten 1950 und 1955

Die folgenden empirischen Beispiele zeigen, wie die Entwicklung des Migrationsverhaltens von zwei Kohorten sowohl aus makro- als auch aus mikroanalytischer Sicht beurteilt werden kann. Die Makroanalyse liefert Informationen über den durchschnittlichen Trend des Binnenwanderungsverhaltens in der Bundesrepublik Deutschland, in erster Linie für die beiden Kohorten 1950 und 1955; die Mikroanalyse ermöglicht eine weitere Präzisierung der Aussagen über das Migrationsverhalten dieser Kohorten, vor allem hinsichtlich der Häufigkeit der Wohnortwechsel, so daß eine exakte Unterscheidung nach Personen ohne bzw. mit ein, zwei, usw. Wohnortwechseln möglich ist. Die verwendeten Makrodaten sind den publizierten Wanderungsdaten der Amtlichen Statistik entnommen;¹ die mikroanalytischen Angaben basieren auf individuellen Wanderungsbiographien, die im Jahr 1986 im Rahmen eines vom Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik an der Universität Bielefeld durchgeführten biographischen Surveys erhoben wurden. Der Survey umfaßt 1576 Männer und Frauen der beiden Nachkriegskohorten 1950 und 1955 in drei ausgewählten Regionstypen (vgl. BIRG/FLÖTHMANN/REITER 1991)

4.1 Entwicklung des Binnenwanderungsvolumens in der BRD

Das Binnenwanderungsvolumen in der Bundesrepublik Deutschland hat während der vergangenen 20 Jahre kontinuierlich abgenommen, und zwar um ca. 30 Prozent. Im Jahr 1970 betrug es 3,66 Mio. Wanderungsfälle, im Jahr 1989 ca. 2,55 Mio. Dieser Rückgang erreichte ein Minimum im Jahr 1987 mit 2,51 Mio. Binnenwanderungsfällen, seitdem ist das Wanderungsvolumen wieder angestiegen. Für diese drei Jahre sind die absoluten Zahlen der Binnenwanderungsfälle (bundesländergrenzen-überschreitend) in Abhängigkeit vom Alter in Schaubild 1 graphisch dargestellt. Diese Entwicklung weist im wesentlichen zwei Aspekte auf:

1. Der Rückgang der Wanderungsintensität erfolgte nicht gleichmäßig bei allen Altersgruppen, sondern er konzentrierte sich eindeutig auf die Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 40 Jahren. Bei den Älteren ist nur eine geringfügige bzw. keine Abnahme zu verzeichnen. Da die unter 18jährigen im allgemeinen zusammen

mit der Familie den Wohnort wechseln, zeigt sich hier ein ähnlicher Rückgang wie bei der Bevölkerung zwischen ungefähr 35 und 45 Jahren.

2. Der Rückgang hat offensichtlich keinen Einfluß auf die Altersselektivität der Wanderungen; obwohl das Niveau in den Jahren 1987 und 1989 im Durchschnitt deutlich niedriger ist, weist die Häufigkeitsverteilung eine vergleichbare Struktur wie im Jahr 1970 auf.

4.2 Entwicklung der altersspezifischen Wanderungsraten

Für Vergleiche des Wanderungsverhaltens von Kohorten, Altersgruppen, Regionen oder im Zeitablauf werden üblicherweise Wanderungsraten (bezogen auf 1000 Personen) berechnet. Die nach Männern und Frauen getrennten altersspezifischen Binnenwanderungsraten (bundesländergrenzen-überschreitend) für das Jahr 1989 sind in Schaubild 2 aufgeführt. Die altersspezifische Verteilung der Binnenwanderungsraten weist nicht nur ein eindeutiges Maximum im Alter von 23 Jahren auf, für Frauen bei 33 Promille und für Männer bei 36 Promille, sondern sie stellt zugleich die typische Form der Altersselektivität von Wanderungen im Lebenslauf dar. Diese Form ist historisch gesehen relativ konstant, sie gilt nach WAGNER (1989) im Prinzip auch für andere westliche Industrieländer sowie für Außenwanderungen. Schaubild 2 repräsentiert einen *Querschnitt* von altersspezifischen Wanderungsraten. Jede altersspezifische Binnenwanderungsrate kennzeichnet zugleich aber auch die Wanderungsrate einer Kohorte in einem bestimmten Alter, z.B. entspricht die Binnenwanderungsrate der 30jährigen im Jahr 1989 *annähernd* der Binnenwanderungsrate der 30jährigen der Kohorte 1959.²

4.3 Kohortenspezifische Wanderungsraten im Vergleich

Um Aussagen über Veränderungen des Migrationsverhaltens zu ermöglichen, müssen in erster Linie die Wanderungsraten von Kohorten in dem wanderungsintensiven Altersintervall zwischen 18 und 40 Jahren betrachtet werden. Für einen rückblickenden Vergleich des Wanderungsverhaltens in der Bundesrepublik nach dem zweiten Weltkrieg sind vor allem die Geburtsjahrgänge wichtig, die das Maximum der altersspezifischen Wanderungsraten im Jahr 1989 bereits überschritten haben, d.h. in erster Linie die 23- bis 50jährigen, somit ungefähr die Kohorten 1940 (49 Jahre alt) bis 1965 (24 Jahre alt). Für diese Kohorten hat BIRG (1975) altersspezifische Binnenwanderungsraten berechnet. Die bis 1989 ergänzten Daten für die sechs Kohorten 1940, 1945, 1950, 1955, 1960 und 1965 sind getrennt nach Männern und Frauen jeweils ab dem 15. Lebensjahr in den Schaubildern 3a und 3b dargestellt.

Die beiden Kriegskohorten 1940 und 1945 weisen die höchste räumliche Mobilität auf, für die Kohorte 1950 liegt sie bereits deutlich niedriger. Dieser Sachverhalt bezieht sich nur auf bundesländergrenzen-überschreitende Wanderungen. Bei Berücksichtigung nahräumiger Wanderungen kann der Zusammenhang anders aussehen. WAGNER (1989), der in seiner Untersuchung jeden Wechsel des

Hauptwohnsitzes, d.h. jeden Wohnungswechsel, als Wanderung definiert, weist für die Kohorten 1930, 1940 und 1950 ständig steigende Wanderungsquoten nach. Ein besonders ausgeprägter Rückgang der Wanderungsintensität ist bei der Kohorte 1955 (gegenüber der Kohorte 1950) zu verzeichnen, und zwar bei 21jährigen Männern von 71 auf 53 Wanderungen pro 1000 und bei Frauen von 59 auf 41 Wanderungen pro 1000. Das Alter mit der höchsten Wanderungsrate lag im Durchschnitt bei 21 bis 22 Jahren. Ein Vergleich der kohortenspezifischen Binnenwanderungsraten untereinander und mit den altersspezifischen Binnenwanderungsraten des Jahres 1989 (im Querschnitt) läßt im wesentlichen drei Entwicklungstendenzen erkennen:

1. Der Rückgang des Binnenwanderungsvolumens ist das Resultat eines Rückgangs der kohortenspezifischen Wanderungsraten. Es liegt nicht nur eine Reduzierung des Maximums im Alter von 21 bis 22 Jahren vor, sondern der Kurvenverlauf wird insgesamt flacher, d.h. die Konzentration der Wanderungen auf ein relativ schmales Altersintervall ist nicht mehr so ausgeprägt.
2. Das Maximum der Binnenwanderungsintensität, das konstant bei 21 bis 22 Jahren lag, verschob sich erstmals während der vergangenen Jahre bei den jüngeren Kohorten (Kohorte 1965) in ein höheres Lebensalter (um ca. 2 Jahre). Durch den flacheren Kurvenverlauf und die Verlagerung des Maximums hat sich damit die typische Form der Altersselektivität von Binnenwanderungen erstmals leicht verändert. Dieser Sachverhalt signalisiert einen deutlichen Verhaltenswandel hinsichtlich der Migration.
3. Die altersspezifischen Wanderungsraten im Jahr 1989 liegen z.T. deutlich über den kohortenspezifischen Werten. Das deutet auf einen möglichen erneuten Anstieg der Wanderungsraten vor allem nach dem 24. Lebensjahr hin.

4.4 Age-Period-Cohort-Analyse

Das veränderte Migrationsverhalten läßt sich, wie auch andere demographische Prozesse, auf Perioden-, Alters- und Kohorten- bzw. Generationseffekte zurückführen. Zur Quantifizierung dieser Effekte stellt die sogenannte *APC-Analyse* (age-period-cohort-analysis) ein geeignetes Verfahren dar. Im Prinzip handelt es sich bei ihr um eine multiple Klassifikationsanalyse. Zum Zwecke eines exakten Kohortenvergleichs werden hier ausschließlich die Wanderungsraten für das wichtige Altersintervall 15 b.u. 30 Jahre betrachtet, da diese Angaben für die Kohorten 1940 bis 1960 jeweils vollständig vorliegen.

Die Übersicht in Tabelle 1 (siehe nächste Seite) zeigt deutlich, wie sich die Wanderungsraten der Kohorte 1960 (26,4) gegenüber der Kohorte 1940 (54,8) im Durchschnitt mehr als halbiert haben. Auch wird hier der kontinuierliche Rückgang der Migration von der Kohorte 1945 über die Kohorte 1950 zur Kohorte 1955 deutlich. Bei der Betrachtung des *Alterseffektes* dominiert eindeutig die Gruppe der 20- b.u. 25jährigen. Der erwähnte Effekt eines flacheren Kurvenverlaufs und eine Verlagerung des Maximums in höhere Lebensjahre, wird aus dieser APC-Analyse nicht ersichtlich,

da die Kohorte 1965, die im wesentlichen zuerst diesen Verhaltenswandel aufwies, hier nicht enthalten ist. Die *Jahreseffekte* lassen sich aufgrund der direkten Abhängigkeit der drei Effekte (Jahr=Kohorte+Alter) unmittelbar bestimmen. Die hohe Wanderungsintensität Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre ist in erster Linie auf die Kohorten um 1945 zurückzuführen. Die Beta-Koeffizienten geben ähnlich wie Regressionskoeffizienten den Einfluß des Effektes (Kohorte, Alter, Jahr) auf die abhängige Variable (Wanderungsrate) an. Es dominiert eindeutig der Alterseffekt; der Kohorteneffekt ist mit 0,54 mehr als doppelt so hoch wie der Jahres- bzw. Periodeneffekt.

D.h., der Rückgang des Binnenwanderungsvolumens in den vergangenen Jahren beruht in erster Linie auf einem Verhaltenswandel der betrachteten Geburtsjahrgänge; mögliche Periodeneffekte konnten nicht nachgewiesen werden. Der Anstieg im Jahr 1989, der in den Graphiken bei fast jeder Kohorte bereits erkennbar ist, könnte einen solchen Periodeneffekt des Wanderungsverhaltens darstellen.

Tabelle 1

Multiple Klassifikationsanalyse der Wanderungsraten von Männern im Alter zwischen 15 und 30 Jahren			
<u>Kohorten</u>	Durchschnitt (Wand.p.1000)	Abweichung	Beta
1940	54,8	+13,1	
1945	56,2	+14,6	
1948	44,4	+ 2,7	
1950	40,6	- 1,0	
1953	36,3	- 5,4	
1955	32,9	- 8,8	
1960	26,4	-15,3	
			0,54
<u>Alter</u>	Durchschnitt (Wand.p.1000)	Abweichung	Beta
15 b.u. 20	21,8	-19,9	
20 b.u. 25	61,0	+19,3	
25 b.u. 30	42,2	+0,5	
			0,71
<u>Jahr</u>	Durchschnitt (Wand.p.1000)	Abweichung	Beta
55-59	31,4	10,2	
60-64	44,0	+ 2,3	
65-69	47,6	+ 6,0	
70-74	48,9	+ 7,3	
75-79	35,8	- 5,9	
80-84	35,1	- 6,6	
85-89	28,0	-13,7	
			0,24
Multiples Bestimmtheitsmaß		0,818	

4.5 Häufigkeit von Wohnortwechseln im Altersablauf

Die bisher genannten Aspekte des Migrationsverhaltens haben ausschließlich durchschnittliche Verhaltensänderungen auf Makroebene zum Gegenstand. Ein wesentlicher Nachteil von Kohortenanalysen der Migration in dieser Form besteht in der Berücksichtigung von durchschnittlichen Wanderungsraten, d.h., es besteht keine Möglichkeit nach Personen ohne, mit einem, zwei, drei, usw. Wohnortwechseln zu differenzieren. Ein elementares Kriterium von demographischen Prozessen mit wiederholbaren Ereignissen (Fertilität, Nuptialität, Migration) ist die Häufigkeit des Eintritts und das jeweilige Alter, z.B. die Zahl der Wohnortwechsel im Lebenslauf und in welchem Alter sie erfolgten. Diese Angaben liegen ausschließlich als Individualdaten auf Mikroebene vor. Für die Kohorten 1950 und 1955 sind die relativen Häufigkeiten von Wohnortwechseln bis zum 32. Geburtstag in den Schaubildern 4a und 4b dargestellt. Aus ihnen wird ersichtlich:

1. Der Anteil der Personen ohne Wohnortwechsel hat bei der Kohorte 1955 deutlich zugenommen.
2. Der Anstieg resultiert aus einem Rückgang des Anteils der Personen mit zwei, drei und fünf und mehr Wohnortwechseln.
3. Der Anteil mit ein und zwei Wohnortwechseln ist bei Frauen höher als bei Männern; hingegen ist bei Männern der Anteil mit fünf und mehr Wohnortwechseln höher als bei Frauen. Der Rückgang der räumlichen Mobilität bei der Kohorte 1955 gegenüber der Kohorte 1950 ist in erster Linie auf einen Rückgang der Männer und Frauen mit mehreren Wohnortwechseln zurückzuführen.

4.6 Das Alter bei Wohnortwechseln

Das zweite elementare Kriterium zur Beschreibung von Migrationsprozessen ist das Alter, in dem Wohnortwechsel erfolgen. Eine Berechnung des durchschnittlichen Alters bei den ersten, zweiten, usw. Wohnortwechseln für *alle* mobilen Personen, führt zu keinen sinnvollen Aussagen, da sich die Verhaltensmuster von wenig und sehr mobilen Männern und Frauen nivellieren können. Erst eine Differenzierung nach der Häufigkeit der Wohnortwechsel verdeutlicht die Unterschiede des Migrationsverhaltens hinsichtlich des Alters, in dem die Wechsel erfolgten (siehe Schaubild 5). Die Altersstruktur der mobilen Personen ist auf den ersten Blick bei Männern und Frauen gleich. Es ist offensichtlich, daß mit zunehmender Wanderungsintensität das Alter, vor allem beim ersten Wohnortwechsel, deutlich sinkt. Das gilt aber auch für den zweiten Wohnortwechsel; bei Männern und Frauen mit vier Wohnortwechseln erfolgt der zweite ca. 6 bis 7 Jahre früher als z.B. bei denen mit zwei Wohnortwechseln. Dieser Sachverhalt gibt einen Hinweis auf das sogenannte "cumulative inertia axiom". Im Zusammenhang mit dem Migrationsverhalten besagt dieses Axiom, daß mit zunehmender Wohndauer an einem Ort die Wahrscheinlichkeit für einen Wohnortwechsel sinkt (vgl. MORRISON 1967 und LAND 1969). Erfolgt umgekehrt der erste Wohnortwechsel vergleichsweise früh, ist die Wahrscheinlichkeit für weitere Wohnortwechsel höher als wenn diese in späteren Altersjahren durchgeführt werden.

Betrachtet man die Entwicklung zwischen den beiden Kohorten, so fällt auf, daß für Frauen der Kohorte 1955 sich das durchschnittliche Alter bei Wohnortwechseln fast ausnahmslos erhöht hat. Für Männer der Kohorte 1955 ist dieser Zusammenhang nicht nachzuweisen; entweder ist das Alter gleich geblieben oder (bei Männern mit drei Wohnortwechseln) sogar deutlich niedriger. Dieser Sachverhalt bedeutet, daß für Männer der Kohorte 1950 das Durchschnittsalter bei Wohnortwechseln fast ausnahmslos höher ist als bei Frauen dieses Geburtsjahrgangs, während Männer der Kohorte 1955 im Durchschnitt früher als Frauen den Wohnort wechseln. In der Gruppe mit vier Wohnortwechseln weisen Männer gegenüber Frauen zwar überwiegend ein höheres Alter bei Wohnortwechseln auf, jedoch ist diese, bei der Kohorte 1950 recht deutliche Diskrepanz bei der jüngeren Kohorte 1955 nur noch sehr schwach ausgeprägt. Insgesamt läßt sich für die beiden betrachteten Kohorten festhalten, daß der durchschnittliche Anstieg des Alters bei Wohnortwechseln für Frauen der Kohorte 1955 zu einer Angleichung an das Altersmuster für Männer geführt hat.

4.7 Distanzen von Wanderungen

Bei den beiden bisher betrachteten Kriterien, der Häufigkeit von Wohnortwechseln im Lebenslauf und dem Alter, in dem die Wohnortwechsel erfolgten, handelt es sich um biographische Aspekte der Mobilität; über die Art der Wanderungen sagen sie nichts aus. Die folgenden Kriterien, die im Zusammenhang mit Wohnortwechseln zurückgelegte Distanz und die Siedlungsstruktur der Ziel- und Herkunftsorte, kennzeichnen die Art der Wanderungen. Diese Faktoren haben insofern eine große Bedeutung, als das sie die räumliche Mobilität eines Individuums näher spezifizieren. Die Mobilität einer Person mit drei Wohnortwechseln über große Distanzen und unterschiedlich strukturierte Siedlungsräume ist z.B. anders zu beurteilen als die einer Person mit ebenfalls drei Wohnortwechseln, die aber im näheren Umkreis, ohne eine Veränderung der Siedlungsstruktur und möglicherweise unter Beibehaltung der sozialen Kontakte erfolgte. Obwohl die biographischen Faktoren beider Wandertypen u.U. gleich oder sehr ähnlich sind, kennzeichnet der zuerst genannte Fall eine höhere Flexibilität in der Wanderungsbiographie.

Die beiden Kriterien Distanz und Siedlungsstruktur finden nicht nur im Zusammenhang mit der Analyse von Wanderungsbiographien Berücksichtigung. Wesentlich älter ist ihre Verwendung in sogenannten Gravitationsmodellen, die zur Erklärung von Wanderungsströmen zwischen Regionen im wesentlichen auf diesen beiden auf Makroebene bezogene Faktoren basieren. Diese Modelle gehen von der These aus, daß einerseits die Bevölkerungsvolumen der Herkunfts- und Zielregionen und andererseits die Distanz zwischen den beiden Regionen einen entscheidenden Einfluß auf Umfang und Richtung der Wanderungsströme haben. Die Formulierung dieses Zusammenhangs geht bereits auf empirische Untersuchungen von RAVENSTEIN (1885) zurück. Die Zusammenhänge wurden bis heute in zahlreichen empirischen Analysen untersucht; gleichzeitig wurden unterschiedliche Varianten des Gravitationsmodells konzipiert, die im wesentlichen durch die zusätzliche Berücksichtigung regionsspezifischer Merkmale, sogenannter "Attraktivitätsparameter" oder "opportunities", gekennzeichnet waren (vgl. BÄHR u.a. 1992)

Die negative Korrelation zwischen der Wanderungsintensität und der Wanderungsdistanz kennzeichnet einen relativ konstanten Zusammenhang. In der Bundesrepublik Deutschland waren im Jahr 1989 die insgesamt 2,55 Mio. Binnenwanderungsfälle hinsichtlich der Distanz wie folgt strukturiert:

684 Tsd. (26,8%)	gemeindegrenzen-überschreitende Wanderungen innerhalb von Kreisen
1214 Tsd. (47,5%)	kreisgrenzen-überschreitende Wanderungen innerhalb von Bundesländern
655 Tsd. (25,7%)	bundesländergrenzen-überschreitende Wanderungen
2553 Tsd.	Binnenwanderungen in der BRD im Jahr 1989

Während die bundesländergrenzen-überschreitenden Wanderungen im Zeitraum von 1970 bis 1989 um 41,4 Prozent abnahmen, gingen die gemeindegrenzen-überschreitenden Wanderungen innerhalb von Kreisen lediglich um 6,7 Prozent zurück (vgl. BIRG u.a. 1991, 8ff.). In Schaubild 6 sind die altersspezifischen Wanderungsraten der Kohorten 1950 und 1955 für die bundesländergrenzen- und gemeindegrenzen-überschreitenden Wohnortwechsel einander gegenübergestellt. Die bundesländergrenzen-überschreitenden Wanderungen basieren auf Daten aus Quasi-Längsschnitten der Amtlichen Statistik, die gemeindegrenzen-überschreitenden Wanderungen beruhen auf Daten eines biographischen Surveys. Es ist unmittelbar ersichtlich, daß die Altersselektivität von Wanderungen gleichermaßen sowohl für nah- als auch für weiträumige Wohnortwechsel gilt; bei beiden wird ein Maximum zwischen dem 20. und 22. Lebensjahr erreicht. Der Rückgang der Wanderungsintensität bei der Kohorte 1955 gegenüber der Kohorte 1950 gilt ebenfalls für beide Arten von Wanderungen. In diesem Zusammenhang fällt auf, daß der Rückgang sich in erster Linie auf das Altersintervall von 18 bis unter 25 Jahren (z.T. bis unter 30 Jahren) beschränkt. In den übrigen Altersjahren sind die Unterschiede zwischen den Wanderungsraten sowohl bei nah- als auch bei weiträumigen Wanderungen gering.

Die Entwicklung der Wanderungsintensität im Lebenslauf getrennt nach bundesländergrenzen- und gemeindegrenzen-überschreitenden Wohnortwechseln beschreibt hinsichtlich der Wanderungsdistanz einen durchschnittlichen Trend. In diesem Zusammenhang ist nicht nur eine feinere Differenzierung der Distanz erforderlich, sondern vor allem eine Trennung nach der Zahl der Wohnortwechsel. Dieses Vorgehen ist in Schaubild 7 dargestellt. Insgesamt werden dort fünf Typen von mobilen Personen unterschieden:

1. Männer und Frauen, die bis zum 16. Geburtstag den Wohnort gewechselt haben und danach nicht mehr. Ihre Wohnortwechsel werden nicht weiter nach der Distanz differenziert.

Die folgenden Wandertypen beziehen sich auf Wohnortwechsel, die nach dem 16. Geburtstag erfolgten. Es wird jeweils die Distanz zwischen dem Wohnort am 16. und dem Wohnort am 31. (Kohorte 1955) bzw. 36. (Kohorte 1950) Geburtstag betrachtet. In diesem Zusammenhang werden drei Distanztypen unterschieden:

2. Personen, die am 16. Geburtstag in einer Gemeinde im Tagespendelbereich des aktuellen Wohnortes zum 31. bzw. 36. Geburtstag lebten,
3. Personen, die im jeweils genannten Alter in einer Gemeinde des weiteren Umlandes wohnten, und
4. Personen, die weiträumig zugezogen sind.

Außerdem werden noch die beiden folgenden Fälle berücksichtigt:

5. Einen Sonderfall bilden die Männer und Frauen, die am 16. und 31. bzw. 36. Geburtstag in demselben Wohnort lebten, jedoch in der Zwischenzeit in anderen Gemeinden gewohnt haben; sie werden als *Rückwanderer* bezeichnet.
6. Zusätzlich wird zur vollständigen Information auch der Anteil der ortsansässigen Männer und Frauen abgetragen. Der höhere Anteil an ortsansässigen Personen bei der jüngeren Kohorte 1955 ist sowohl bei Männern als auch bei Frauen nachzuweisen.

Bei Personen mit einem Wohnortwechsel bilden die minderjährig zugezogenen die größte Gruppe, gefolgt von Männern und Frauen, die nach dem 16. Geburtstag aus im Tagespendelbereich befindlichen Wohnorten zugezogen sind.

Bei Personen mit zwei Wohnortwechseln dominiert eindeutig die Gruppe der Rückwanderer; ihr Anteil an den mobilen Männern und Frauen mit zwei Wohnortwechseln beträgt ungefähr 50 Prozent. Bei ihnen handelt es sich in hohem Maße um sogenannte Bildungswanderer, die nach Beendigung ihrer Ausbildung an ihren Heimatwohnsitz zurückkehren.

Bei Personen mit drei und mehr Wohnortwechseln ist der Anteil der Rückwanderer wesentlich niedriger; hier bilden die weiträumig zugezogenen die eindeutig größte Gruppe. Gleichzeitig ist zu beobachten, daß bei der jüngeren Kohorte 1955 dieser Anteil etwas niedriger ist als bei der Kohorte 1950. Demgegenüber hat der Anteil der aus dem weiteren Umland zugezogenen bei der Kohorte 1955 im Durchschnitt zugenommen.

Insgesamt wird deutlich, daß bei Personen mit einer höheren Wohnortzahl der Anteil der weiträumig gewanderten zunimmt. Diese Gruppe von sehr mobilen Personen ist im Vergleich relativ klein (vgl. Schaubild 4) und ihr Anteil ist im Kohortenvergleich geringer geworden. Zugleich wird deutlich, daß der Anteil der aus dem Tagespendelbereich und dem weiteren Umland zugezogenen, d.h. der in erster Linie nahräumig gewanderten Personen mit mehreren Wohnortwechseln bei der jüngeren Kohorte überwiegend zugenommen hat.

4.8 Siedlungsstrukturelle Aspekte von Wanderungen

Die im Zusammenhang mit Gravitationsmodellen berücksichtigten Bevölkerungsvolumen der Herkunfts- und Zielregionen geben einen Hinweis, welchen Einfluß der Grad der Verdichtung dieser Gebiete auf die Zu- bzw. Fortzüge haben kann. Eine Berücksichtigung dieses Aspekts im Längsschnitt auf Mikroebene bedeutet, daß die individuellen Aufenthaltsphasen in Groß- bzw. Kleinstädten oder Landgemeinden im Lebenslauf und die damit im Zusammenhang stehenden Unterschiede im

Migrationsverhalten betrachtet werden. Biographische Analysen ermöglichen aufgrund des retrospektiven Charakters im allgemeinen nur die Berücksichtigung der Struktur der zugezogenen Bevölkerung. Im vorliegenden Fall wurden alle Wohnorte, die im Rahmen der Wanderungsbiographien des Surveys genannt wurden, drei siedlungsstrukturellen Grundtypen zugeordnet:³

1. Kernstädte
Bei ihnen handelt es sich um kreisfreie Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern.
2. Randzonengemeinden
Diese Gemeinden liegen im hochverdichteten oder sonstigen Umland von Regionen mit großen Verdichtungsräumen, d.h. mit einer Einwohnerdichte von mehr als 300 Einwohner/km² und mit einem Oberzentrum mit mindestens 300.000 Einwohnern.
3. Kleinstädte und Landgemeinden
Alle Gemeinden, die nicht den beiden zuerst genannten Typen zugeordnet werden können.

Personen, die mehrere Wohnorte im Lebenslauf aufweisen, können entweder in einem oder in verschiedenen Siedlungsstrukturtypen gewohnt haben; insgesamt sind in diesem Zusammenhang sieben Kombinationen möglich (siehe Schaubild 8). Diese Kombinationen kennzeichnen bestimmte Typen von räumlich mobilen Personen, z.B. solche, die ausschließlich zwischen Kernstädten umgezogen sind, Stadt-Land-Wanderer oder die nur in Kleinstädten gewohnt haben usw. Es ist offensichtlich, daß die Kohortenunterschiede hinsichtlich dieser Wanderungstypen sowohl bei Männern als auch bei Frauen relativ gering sind; eine Veränderung ist lediglich durch den deutlichen Anstieg des Anteils der ortsansässigen nachzuweisen. Allerdings weisen die Anteile der Wanderungstypen in den drei Regionstypen erhebliche Unterschiede auf.

Mobile Männer und Frauen, die ausschließlich in Städten und Gemeinden *desselben* Siedlungsstrukturtyps lebten, weisen in den Landeshauptstädten einen relativ geringen Anteil von ca. 10 Prozent auf. In den altindustrialisierten Städten ist dieser Anteil ungefähr doppelt so hoch; das gilt auch für die ländlich-peripheren Kleinstädte, d.h. für Personen, die ausschließlich in ländlichen Gemeinden gelebt haben.

Männer und Frauen, die bis zum 31. bzw. 36. Lebensjahr in mehreren Städten gewohnt haben, die *zwei verschiedenen* Siedlungsstrukturtypen zuzuordnen sind, weisen in den Landeshauptstädten mit über 50 Prozent die eindeutig größte Gruppe aus, während in den altindustrialisierten und ländlich-peripheren Städten ihr Anteil mit ca. 30 Prozent deutlich niedriger ist.

Männer und Frauen, deren Wanderungsbiographien durch *drei verschiedene* Siedlungsstrukturtypen geprägt sind, weisen in den Landeshauptstädten einen Anteil von ca. 15 Prozent auf, in den beiden anderen Regionstypen liegt dieser Wert z.T. deutlich unter 10 Prozent. D.h., Personen in den Landeshauptstädten sind gegenüber denen in anderen Regionen nicht nur wesentlich mobiler, sondern die Art der Wanderungen ist bei ihnen zugleich durch höhere Distanzen und häufigere Wechsel des Siedlungsstrukturtyps gekennzeichnet.

4.9 Zusammenfassung der empirischen Resultate

Der Rückgang der Binnenwanderungen in der Bundesrepublik Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg resultiert maßgeblich aus einem Rückgang der Wanderungsraten von Kohorte zu Kohorte im Alter zwischen 18 und 30 Jahren. Periodenspezifische Einflüsse, die das Wanderungsverhalten in einzelnen Kalenderjahren betrafen, wurden nicht ersichtlich. Ein Vergleich der Kohorten 1950 und 1955 aus mikroanalytischer Sicht macht darüber hinaus deutlich, daß der Rückgang der Wanderungshäufigkeit zugleich durch mehrere *strukturelle Veränderungen* des Wanderungsverhaltens begleitet wurde. In diesem Zusammenhang wurden zusätzlich zur Kohortenanalyse auf Makrobasis verschiedene Aspekte deutlich, die eine differenziertere Betrachtung des Migrationsverhaltens ermöglichen:

1. Der Rückgang resultiert in erster Linie aus einer Abnahme des Anteils von Personen mit mehreren (5 und mehr) Wohnortwechseln.
2. Das Alter bei Wohnortwechseln hat sich vor allem bei Frauen erhöht, und zwar gleichermaßen bei Frauen mit wenigen und mehreren Wohnortwechseln.
3. Der Anteil der ortsansässigen ist insgesamt gestiegen, während sowohl der Anteil der minderjährig Zugezogenen als auch der sogenannten Rückwanderer abnahm.
4. Unter den mobilen Personen nahmen die Fernzuzügler am stärksten ab, während die Anteile der nahräumig zugezogenen sogar teilweise zunahmen.
5. Der größte Teil der Zuzügler kommt jeweils aus Regionen des gleichen Siedlungsstrukturtyps, vor allem in altindustrialisierten und ländlich-peripheren Regionstypen.
6. Wanderungsbiographien von Personen in Landeshauptstädten weisen eine deutlich höhere Flexibilität auf, nicht nur hinsichtlich der im Durchschnitt häufigeren Wohnortwechsel, sondern auch bezüglich der Distanz und des Wechsels der Siedlungsstruktur bei Wanderungen.

5. Ausblick

Eine detaillierte Beurteilung des Wanderungsverhaltens auf Kohortenbasis setzt neben den Informationen auf Makroebene zusätzliche Kenntnisse über die Art der Wanderungen voraus, die ausschließlich auf Mikroebene, d.h. auf Individualbasis, verfügbar sind. Das Problem der Einbindung von auf Mikroebene gewonnenen Erkenntnissen in Makroanalysen oder umgekehrt ist im Zusammenhang mit Migrationsstudien bislang noch nicht befriedigend gelöst worden. Die empirischen Resultate auf beiden Analyseebenen können sich zwar inhaltlich gut ergänzen, sie stellen aber noch keine Lösung des Problems der Verknüpfung von Mikro- und Makroanalysen des Migrationsverhaltens dar. In diesem Zusammenhang sind im wesentlichen drei Voraussetzungen zu erfüllen:

1. Beide Bereiche müssen zunächst theoretisch miteinander verknüpft werden. Die Aggregation vieler individueller Verhaltensweisen auf Mikroebene führt nicht automatisch zu einem repräsentativen Verhaltensmuster auf Makroebene.

2. Der Erhebungsrahmen von Wanderungsbiographien ist hinsichtlich Umfang und Informationsgehalt so zu gestalten, daß im Zusammenhang mit aggregierten Daten der Amtlichen Statistik Aussagen über Verhaltensmuster der Migration bzw. deren Veränderungen getroffen werden können.
3. Die Methoden zur Analyse müssen für eine *simultane* Auswertung von kombinierten makro- und mikroanalytischen Migrationsprozessen geeignet sein.

Die Lösung dieser Probleme würde nicht nur einer differenzierteren Beurteilung von Migrationsprozessen dienen, sondern ein derart kombiniertes Untersuchungsdesign könnte vor allem für regionale Bevölkerungsprognosen im Rahmen der Raum- und Regionalplanung einen wichtigen Beitrag leisten.

Zusammenfassung

Kohortenanalysen von Migrationsprozessen können zu verzerrten Aussagen führen, wenn Wanderungsraten als Durchschnitte von ortsansässigen und mobilen Personen berechnet werden. Eine Differenzierung nach der Häufigkeit der Wohnortwechsel ist auf der Grundlage von Daten der Amtlichen Statistik nicht möglich, da sie Wanderungsfälle erfaßt, aus denen nicht ersichtlich ist, ob es sich um den ersten, zweiten, usw. Wohnortwechsel handelt. Mehrere biographische Surveys aus den vergangenen Jahren enthielten auch Angaben zur Migration. Sie bieten zwar die Grundlage für "echte" Längsschnittanalysen und für eine Differenzierung nach der Häufigkeit der Wohnortwechsel, allerdings gestatten die Stichproben aufgrund ihrer Fallzahlen nur eine begrenzte Verallgemeinerbarkeit. Aus diesen Gründen ist es sinnvoll, die aggregierten Daten der Amtlichen Statistik mit den detaillierten Informationen biographischer Surveys zu verknüpfen. Für zwei Nachkriegskohorten wurden auf aggregiertem und Individualniveau Verhaltensmuster der Migration im Längsschnitt untersucht. Dabei wird ersichtlich, daß der Rückgang der räumlichen Mobilität in erster Linie weiträumige Wanderungen und überwiegend die Altersphase mit der höchsten Wanderungswahrscheinlichkeit zwischen 18 und 25 Jahren betrifft. Zugleich wird deutlich, daß die Veränderungen der Wanderungsintensität begleitet werden durch verschiedene strukturelle Veränderungen des Migrationsverhaltens, die bei der Beurteilung der Konsequenzen für Demographie und Raumplanung von Bedeutung sind.

Abstract

If migration rates are calculated by averages of resident and mobile people then cohort analysis of migration lead to misleading results. Unfortunately, the official German statistics of migration give no information about the individual number of changes of residence. Therefore, it is not possible to differentiate between the first, second, etc. changes of residence. Some German biographic surveys carried out in recent years give some information about migration in the life course. These surveys contain very detailed longitudinal data. Because their samples are always small the results are not representative respectively they are only valid for special groups. For this reason it

seems to be reasonable to combine the different informations of the official statistics and the biographic surveys. In this paper migration processes were analysed for two birth cohorts after the second world war in Germany both on a macro and a micro level. This procedure shows that the decline in migration primarily refers to long distance migration during the intervall of age between 18 and 25. These changes of migration behaviour were accompanied by various structural changes such as variations in the distance of migration. In former studies of internal migration these facts were considered very rarely; but the results have strong consequences for demography and regional planning.

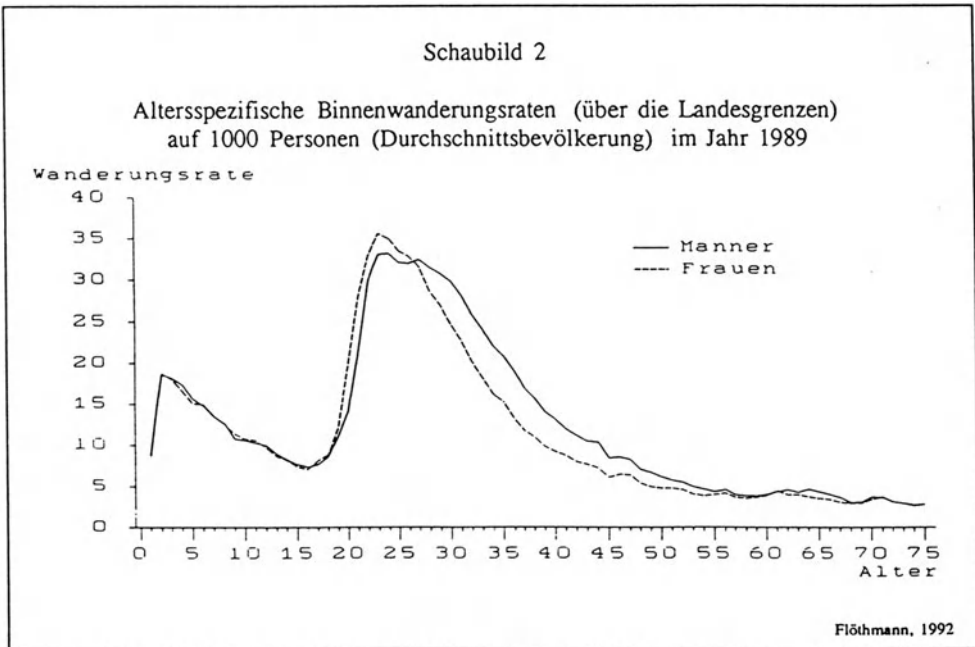
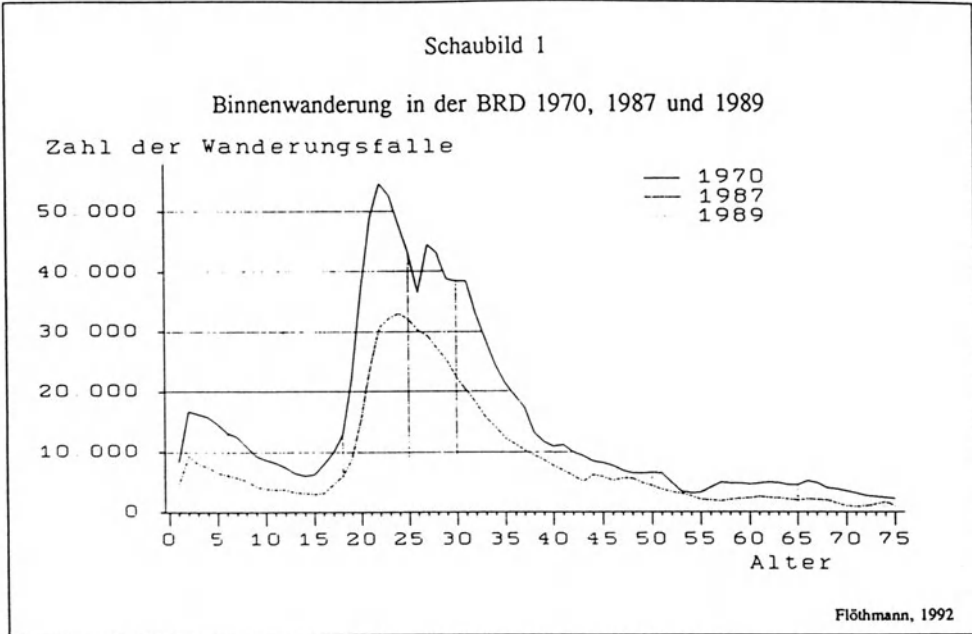
-
- ¹ Die erforderlichen Daten wurden verschiedenen Ausgaben der Fachserie 1, Reihe 1, Gebiet und Bevölkerung, Tab. 13.5, entnommen. Die in verschiedenen Jahren nicht publizierten Daten wurden freundlicherweise vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellt.
 - ² Beide Werte werden sich im allgemeinen nicht exakt entsprechen. Die möglichen Unterschiede resultieren aus dem Sachverhalt, daß sich einer bestimmten Altersgruppe in einem bestimmten Kalenderjahr regelmäßig zwei Kohorten zuordnen lassen bzw. umgekehrt umfaßt ein bestimmtes Altersjahr einer bestimmten Kohorte zwei Kalenderjahre.
 - ³ Bei der Bildung der drei siedlungsstrukturellen Typen wurden Kriterien zugrunde gelegt, die im wesentlichen auf den Grad der Verdichtung und der Zentralität einer Gemeinde abstellen. Hierbei wurde von dem Konzept der siedlungsstrukturellen Kreistypen der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung ausgegangen. Vgl. BfLR (Hrsg.) (1991), Neue siedlungsstrukturelle Gebietstypen für die Raumbearbeitung, Heft 4, Bonn/Bad-Godesberg.

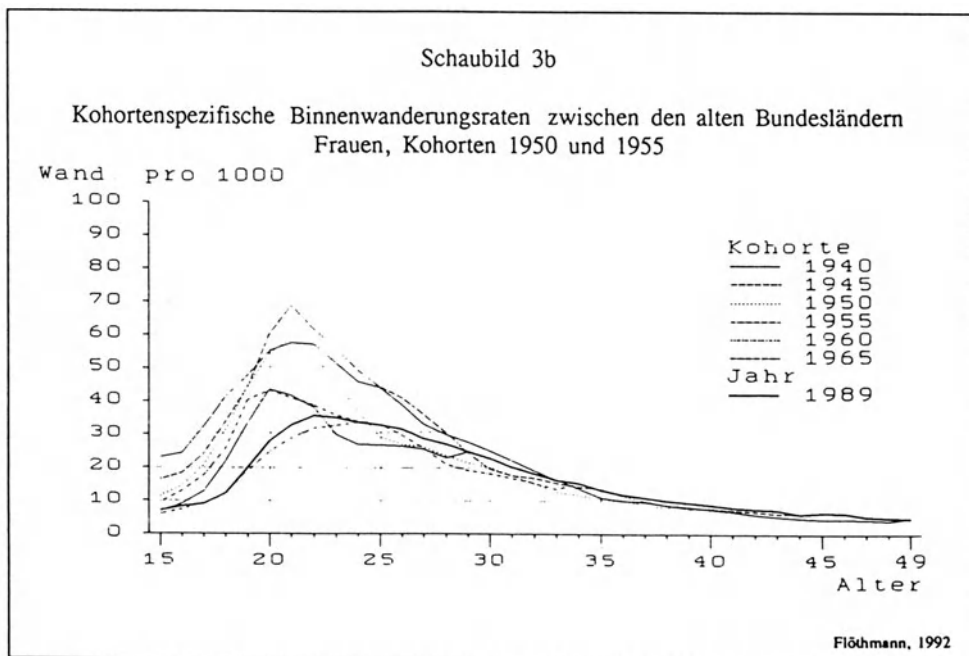
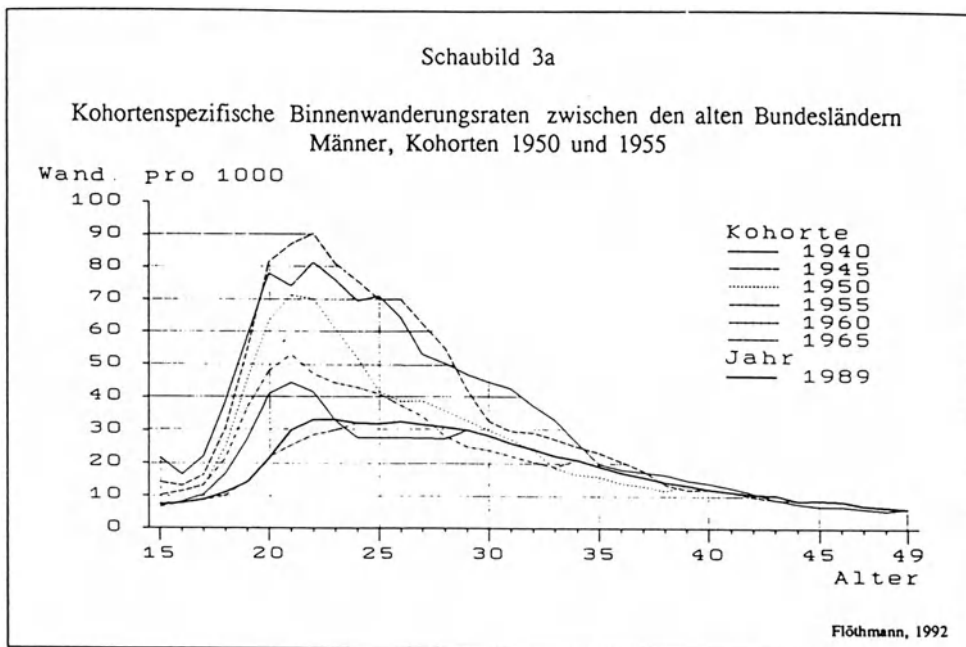
Literatur

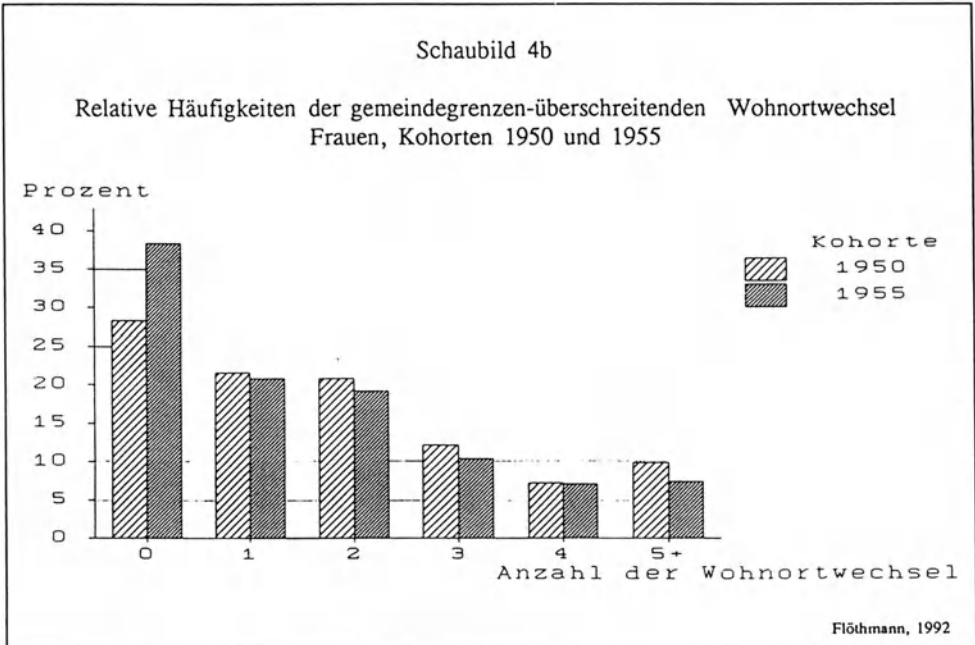
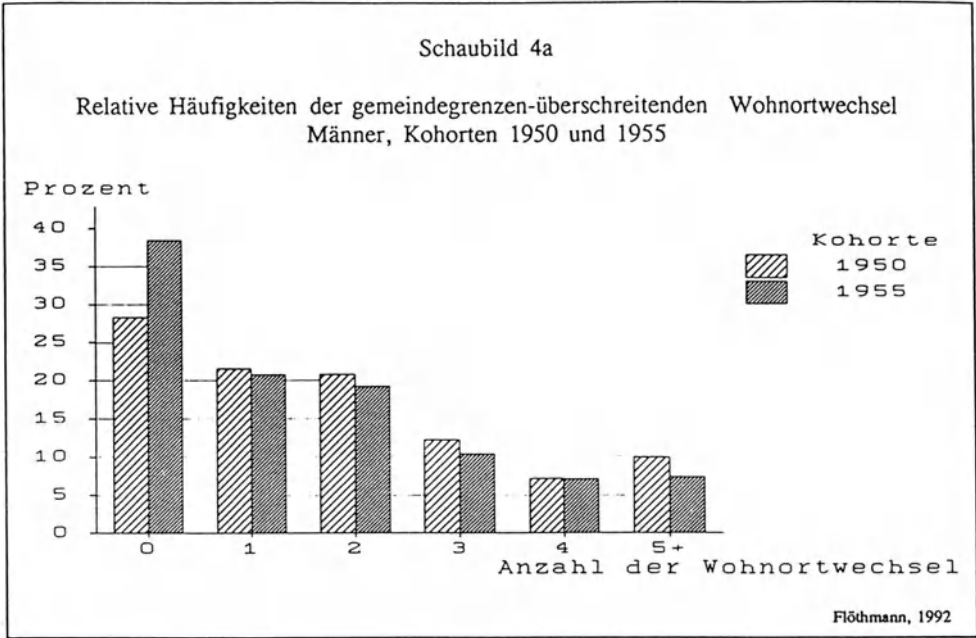
- Bähr, J./Jentsch, Chr./Kuls, W. (1992): *Bevölkerungsgeographie*, Berlin/New York.
- Birg, H. (1975): *Analyse und Prognose der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in ihren Regionen bis zum Jahr 1990*. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Beiträge zur Strukturforchung, Heft 35.
- Birg, H./Filip, D./Flöthmann, E.-J. (1990): *Paritätsspezifische Kohortenanalyse des generativen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland nach dem 2. Weltkrieg*, IBS-Materialien Bd. 30; Bielefeld.
- Birg, H./Flöthmann, E.-J./Reiter, I. (1991): *Biographische Theorie der demographischen Reproduktion*, Frankfurt/New York.
- Birg, H./Flöthmann, E.-J./Heins, F./Reiter, I. (1991): *Migrationsanalyse - Empirische Längsschnitt- und Querschnittanalysen auf der Grundlage von Mikro- und Makromodellen für die Bundesrepublik Deutschland*, Abschlußbericht eines Forschungsprojekts im Auftrag des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bielefeld.
- Blossfeld, H.-P./Hamerle, A./Mayer, K.U. (1986): *Ereignisanalyse*, Frankfurt/New York.
- Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung /Hrs.) (1991): *Neue siedlungsstrukturelle Gebietstypen für die Raumbearbeitung*, Heft 4, Bonn-Bad-Godesberg.
- Cadwallader, M. (1989): *A Synthesis of Macro and Micro Approaches to Explaining Migration: Evidence from Interstate Migration in the United States*, *Geografiska Annaler* 71 B, S.85-94.
- Courgeau, D. (1985): *Interaction between spatial mobility, family and career life-cycle: A French Survey*, *European Sociological Review*, Vol. 1, No. 2.
- Gatzweiler, H.-P. (1975): *Zur Selektivität interregionaler Wanderungen*, *Forschungen zur Raumentwicklung*, Bd. 1, Bonn.
- Land, K.C. (1969): *Duration of residence and prospective migration: Further evidence*, *Demography*, Bd. 6, Nr. 2.
- Marel, K. (1980): *Inter- und Intra-regionale Mobilität*, Boppard a.R.
- Morrison, P.A. (1967): *Duration of residence and prospective migration: The evaluation of a stochastic model*, *Demography*, Bd. 4, Nr. 2.

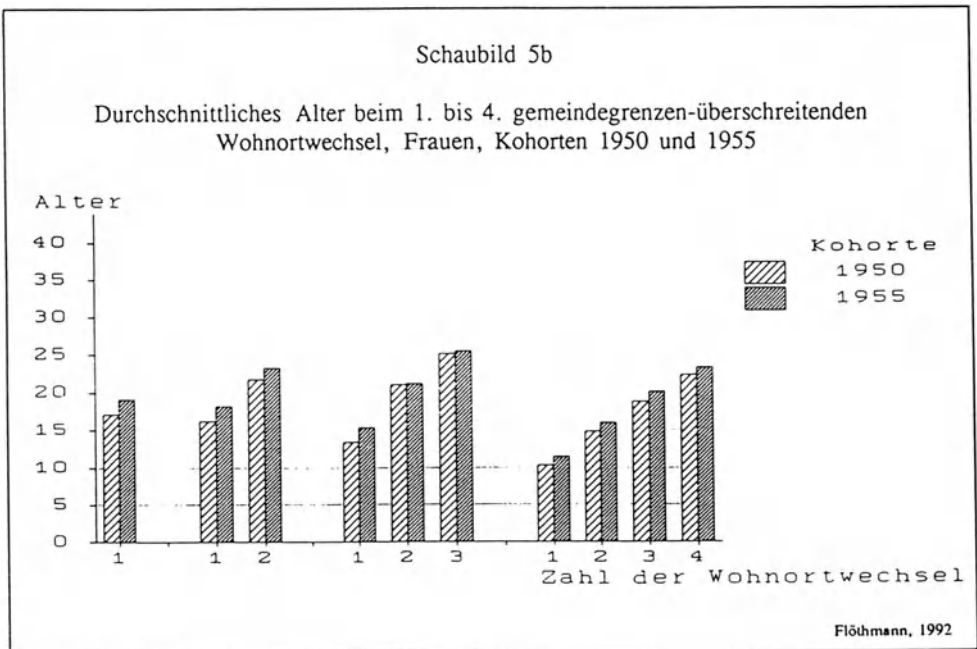
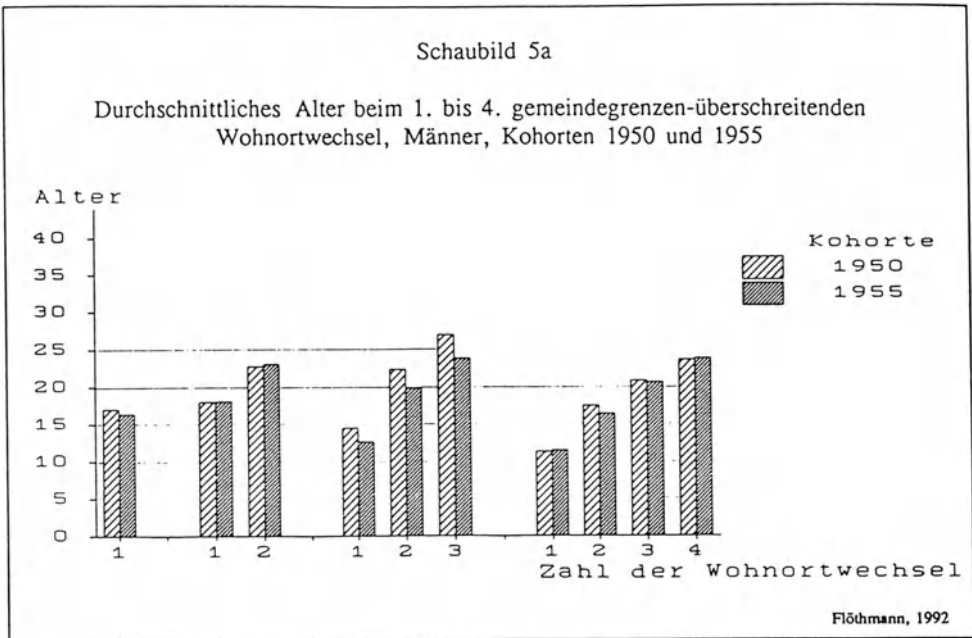
- Mulder, C.H. (1992): Internal Migration of Dutch Birth Cohorts. Theoretical Background and Research Activities, PDOD-Paper No. 10, Amsterdam.
- Pourcher, G. (1965): Die geographische und berufliche Mobilität in Frankreich - Versuch einer Analyse nach Kohorten, in: Széll, G. (Hrsg.), Regionale Mobilität, München.
- Ravenstein, E.G. (1885): The Laws of Migration. *Journal of the Royal Statistical Society* 48, S. 167-227.
- Schwarz, K. (1986): Die Kohorten- und Längsschnittanalyse in der amtlichen Bevölkerungsstatistik des Deutschen Reiches und der Bundesrepublik Deutschland, *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, Jg. 12, Nr. 3.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1992): Fachserie 1, Reihe 1, Gebiet und Bevölkerung, Tab. 13.5 "Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes und von Land zu Land nach Altersjahren", Bd. 1989, Wiesbaden.
- Wagner, M. (1989): Räumliche Mobilität im Lebenslauf, Stuttgart.
- Whelpton, P.K. (1952): Cohort Fertility, Princeton.
- Willekens, F. (1985): Migration and development: a micro-perspective. *Journal of Institute of Economic Research*, Vol. 22, No. 2.
- Woods, R.I. (1986): Theory and Methodology in Population Geography, in: Pacione, M. (Hrsg.): *Population Geography: Progress and Prospects*, London.

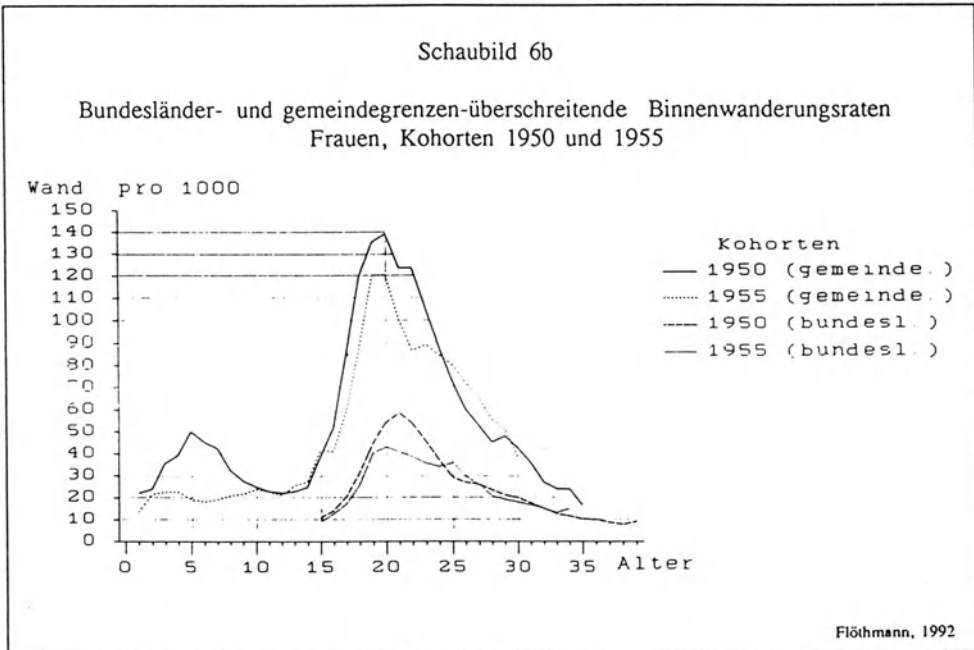
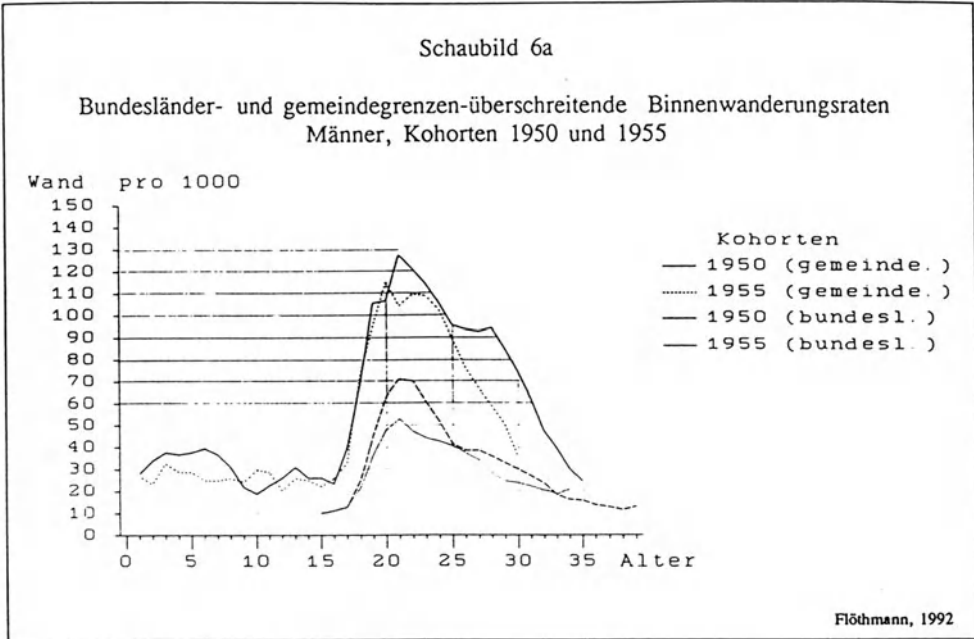
Anhang

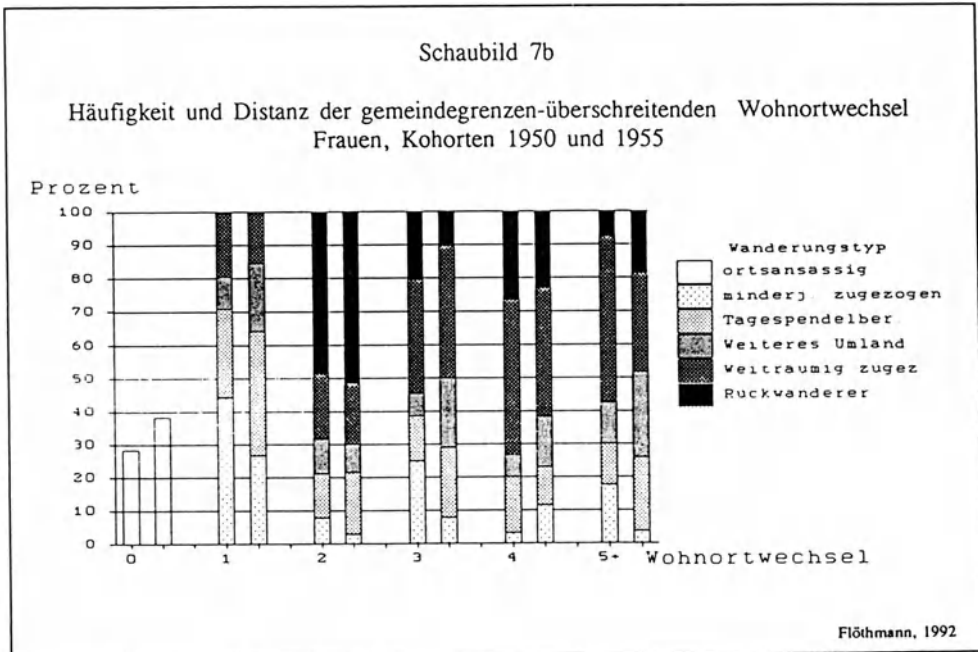
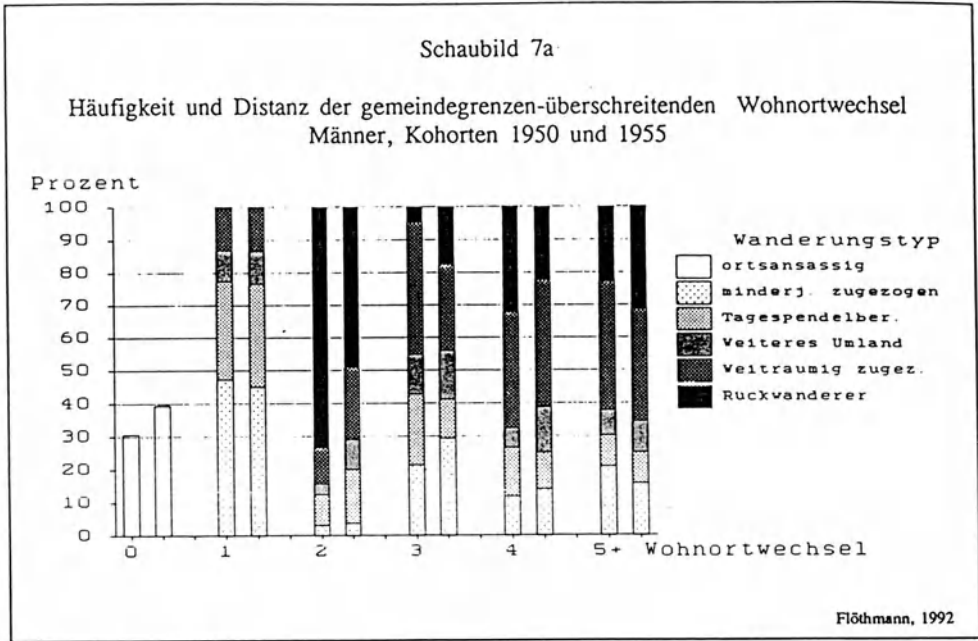


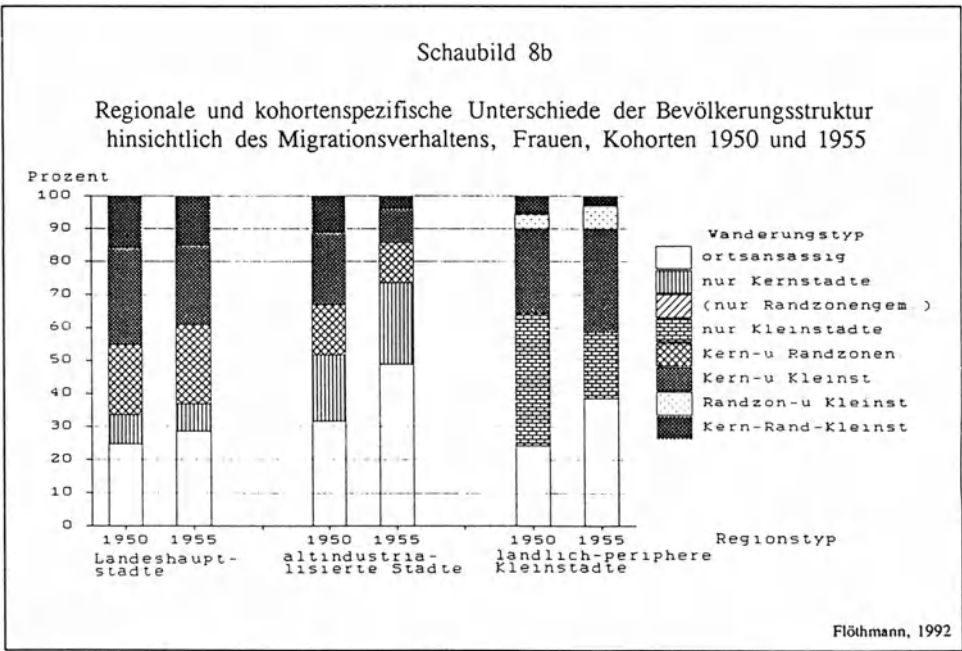
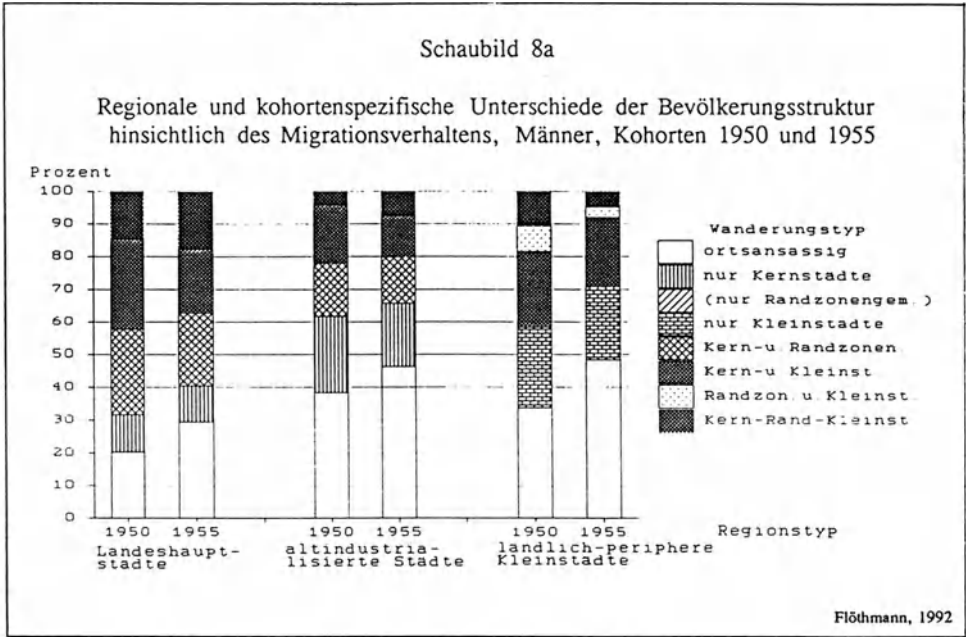












Zur Wirkung verstärkter Wanderungen auf die regionale Bevölkerungsentwicklung

VON ERIKA SCHULZ

Anfang Oktober 1992 bin ich mit dem Auto die Landstraße vom Flecken Zechlin (in der Nähe von Rheinsberg) nach Schweinrich (bei Wittstock) entlang gefahren. Was ist das Besondere an einer Fahrt zwischen zwei benachbarten Orten, werden Sie fragen. Die alte Landstraße führte durch einen Truppenübungsplatz der ehemaligen sowjetischen Armee. An den Toren, die die Straßen sonst blockierten, wiesen mir russische Soldaten durch Handzeichen freundlich den Weg in Richtung Wittstock. Ich habe dieses Beispiel gewählt, weil es mir wieder einmal den enormen politischen Wandel in Europa, den wir in den letzten Jahren erleben konnten, plastisch vor Augen geführt hat. Es war eine erschreckende und faszinierende Fahrt zugleich.

Die Auswirkungen der politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in Ost- und Südosteuropa sowie der Vereinigung Deutschlands sind auf vielfältigen Ebenen spürbar. Der Truppenabzug aus Deutschland - eine räumliche Mobilität, die sich nicht in den Wanderungsstatistiken niederschlägt - ist hierfür nur ein kleines Beispiel (obwohl es für die betroffenen Regionen von großer wirtschaftlicher Bedeutung sein kann). Einschneidende Veränderungen haben sich auch bei den Wanderungsströmen ergeben. Dies gilt nicht nur für die Zuzüge nach Deutschland, sondern auch für die Wanderungsbewegungen innerhalb Deutschlands. In der Zeit von 1989 bis 1992 sind in Deutschland 1,23 Mill. Aussiedler aufgenommen worden, von den in diesem Zeitraum rd. 3,0 Mill. eingereisten Ausländern haben 1 Mill. Personen Asyl beantragt. Geändert hat sich nicht nur das Volumen der Zuwanderungen, sondern auch deren Struktur. Es kamen verstärkt Personen aus Südost- und Osteuropa nach Deutschland. Durch die Öffnung der innerdeutschen Grenze wurden starke Wanderungsbewegungen von Ost- nach Westdeutschland ausgelöst: Rund 950 000 Personen haben Ostdeutschland seit 1989 in Richtung Westen verlassen. Zwar hat sich die Dynamik bereits im Jahr 1991 abgeschwächt, dafür ist jedoch die Zahl der Pendler merklich gestiegen.

Weiterhin deutliche Zuwanderungen erwartet

Deutschland wird auch weiterhin ein Anziehungspunkt für Wandernde bleiben. Dies gilt nicht nur für die legalen, sondern auch für die - zuvor kaum gekannten - illegalen Zuzüge. Die Höhe der Wanderungen nach Deutschland, deren regionale Verteilung

sowie die Richtung und Intensität der Binnenwanderungen hängen jedoch davon ab, in welchem Maße der europäische Integrationsprozeß voranschreitet und mit welcher Dynamik der wirtschaftliche Aufholprozeß in Ostdeutschland verläuft. Aussagen hierüber sind mit starken Unsicherheiten behaftet. Deshalb soll hier mit Hilfe von zwei Szenarien eine Bandbreite der möglichen Entwicklung aufgezeigt werden:

Im Szenario einer positiven Entwicklung (Szenario I) wird davon ausgegangen, daß sich die politische und wirtschaftliche Lage in den osteuropäischen Ländern stabilisiert und die Einbeziehung Osteuropas in den Welthandel gelingt. Der europäische Integrationsprozeß schreitet zügig voran; Handelsbarrieren werden abgebaut. Für Deutschland ergibt sich in diesem Szenario ein relativ hoher Wachstumspfad mit einem raschen wirtschaftlichen Aufholprozeß in Ostdeutschland.

Im Szenario einer weniger günstigen Entwicklung (Szenario II) wird davon ausgegangen, daß die Einbindung Osteuropas nicht im gleichen Maße gelingt und die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse noch längere Zeit andauern. Die Entwicklung des Welthandels weist auch angesichts protektionistischer Maßnahmen nicht die gleiche Dynamik auf wie im Szenario I. Damit werden - trotz der vom EG-Binnenmarkt ausgehenden positiven Impulse - die Exporte Deutschlands hinter dem Niveau des Szenarios I zurückbleiben. Da angesichts der ungünstigen Entwicklung in Osteuropa auch der wirtschaftliche Aufholprozeß in Ostdeutschland schleppender vorangehen wird, ist die Wachstumsrate in Deutschland in diesem Szenario geringer als im Szenario I.

Wanderungen der Ausländer

Die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflussen insbesondere die Wanderungen der Ausländer. Die Zunahme der Einwanderungen von Ausländern in den letzten Jahren wird zum großen Teil durch den verstärkten Zuzug von Asylbewerbern getragen. Durch das Grundgesetz (Artikel 16 Abs. 2 Satz 2: Politisch Verfolgte genießen Asylrecht) wird politisch verfolgten Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland ein gerichtlich durchsetzbarer Rechtsanspruch auf Asylgewährung eingeräumt. Nach der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts genießt asylrechtlichen Schutz jeder, der aus politischen Gründen Verfolgungsmaßnahmen mit Gefahr für Leib und Leben oder außergewöhnlichen Beschränkungen seiner persönlichen Freiheit ausgesetzt wäre oder -allgemein gesagt - solche politischen Repressalien begründet befürchtet (Rein, 1990, S. 95). Auch Kriegsflüchtlinge müssen häufig Asylanträge stellen, um zumindest eine begrenzte Aufenthaltsdauer zu erlangen.

Während die Zahl der Asylbewerber bis 1973 jährlich etwas über 5000 Fälle betrug, stieg diese bis 1986 auf über 100 000 an. Das Gesetz zur Änderung asylverfahrensrechtlicher, arbeitserlaubnisrechtlicher und ausländerrechtlicher Vorschriften vom Januar 1987 führte nur kurzfristig zu einem Rückgang der Bewerberzahlen. 1992 wurde mit gut 440 000 Asylbewerbern eine neue Höchstmarke erreicht. Die meisten Asylbewerber kamen aus den ost- und südosteuropäischen Ländern, vornehmlich aus

dem ehemaligen Jugoslawien (120 000), Rumänien (100 000) und der Türkei (28 000). Die Asylbewerber aus dem ehemaligen Jugoslawien sind zum größten Teil Flüchtlinge; aus Rumänien kommen vornehmlich Sinti und Roma, aus der Türkei Kurden.

Die Anerkennungsquote von Asylbewerbern ist recht gering. Sie betrug bezogen auf die Zahl der Antragsteller im Jahr 1992 gut 4 vH (in den Vorjahren 5 - 6 vH). Dennoch führte die Ablehnung eines Asylantrages bislang häufig nicht zur Ausweisung aus Deutschland. Vom Bundesministerium des Innern (Mammey 1992) wurde geschätzt, daß Ende 1991 rd. 560 000 Flüchtlinge in der Bundesrepublik lebten, darunter waren rund 520 000 de-facto-Flüchtlinge, d.h. Personen, deren Asylantrag abgelehnt worden ist, die aber aus humanitären, politischen oder rechtlichen Gründen nicht in ihre Heimat abgeschoben wurden. In der Zwischenzeit dürfte sich diese Zahl - auch angesichts der Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien noch erhöht haben. Hinzu kommen nach Angaben des Bundesministeriums des Innern 100 000 Asylberechtigte und 380 000 Asylbewerber. Diese Zahlen sind jedoch lediglich als grobe Schätzungen zu interpretieren. Zu bedenken ist auch, daß die genannte Anerkennungsquote nicht die nach einem Widerspruch gegen die Ablehnung erfolgreichen Anerkennungen enthält. Die tatsächliche Anerkennungsquote dürfte weit höher liegen.

Nicht verkannt werden darf, daß bei einem hohen Wohlstandsgefälle zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarländern der Anreiz besteht, ins Bundesgebiet illegal einzuwandern. Illegale Zuwanderungen spielten in der Vergangenheit kaum eine Rolle. Naturgemäß werden solche Zuzüge auch nicht in den Wanderungsstatistiken erfaßt. Erfahrungen aus anderen Staaten belegen aber, daß illegale Einwanderungen von Bedeutung auch für den Arbeitsmarkt sein können (z.B. illegal einwandernde Mexikaner in die Vereinigten Staaten). Wenngleich diese Erfahrungen nicht ohne weiteres auf die deutschen Verhältnisse übertragen werden können, ist durchaus denkbar, daß insbesondere bei einer ungünstigen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in Osteuropa die Zahl der Personen steigen wird, die versuchen, illegal nach Deutschland einzureisen. Im Jahr 1992 wurden 73 000 illegale Grenzübertritte registriert, doppelt soviel wie im Jahr zuvor. Inwieweit es den illegalen Einwanderern gelingen wird, dauerhaft in Deutschland zu bleiben und hier neben einer (illegalen) Beschäftigung auch eine Wohnung zu bekommen, ist schwer abzuschätzen. Hier wird davon ausgegangen, daß solche "dauerhaften" Zuzüge bis zum Jahr 2000 keine größeren Ausmaße annehmen, sondern daß illegal eingewanderte Arbeitskräfte eher als Pendler bzw. Saisonarbeitskräfte zu interpretieren wären. Aufgegriffene illegale Einwanderer äußern häufig gleich bei den Grenzbehörden, daß sie in Deutschland politisches Asyl beantragen wollen. Diese Gruppe ist insoweit gegenwärtig in der Zahl der Asylbewerber enthalten.

Die Höhe der künftigen grenzüberschreitenden Wanderungen der Ausländer ist schwierig abschätzbar. Dennoch kann davon ausgegangen werden, daß das in beiden Szenarien hier unterstellte Wohlstandsgefälle vornehmlich zwischen den östlichen Nachbarländern und Deutschland künftig Impulse auf die legalen und illegalen Einwanderungen auslösen wird. Dies wird durch die Liberalisierung der Reisebedingungen in diesen Ländern verstärkt. Dabei ist im zweiten Szenario einer ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung in Osteuropa mit höheren Zuzügen vornehmlich aus der ehemaligen Sowjetunion, Polen, Rumänien, aber auch der

Tschechei und der Slowakei zu rechnen. Hinzu kommt, daß mit der Gefahr politischer Unruhen in einigen mittel- und osteuropäischen Ländern die Zahl der Asylbewerber aus solchen Ländern zunehmen dürfte. Die Struktur der zuwandernden Ausländer wird sich damit weiterhin verschieben, auch wenn bei einem hohen Einwanderungsdruck aus diesen Staaten erwartet werden kann, daß bilaterale Abkommen geschlossen werden (Schewardnadse, 1991).

Während aus der Vollendung des EG-Binnenmarktes angesichts der bereits erreichten Freizügigkeit keine größeren Wanderungsimpulse für Angehörige der EG-Staaten zu erwarten sind, könnten die Zuzüge aus Nicht-EG-Staaten über EG-Länder in die Bundesrepublik Deutschland zunehmen. Diese Zuzüge werden jedoch - auch angesichts erwarteter weiterer diesbezüglicher Regelungen zwischen den EG-Staaten - nicht die gleiche Bedeutung erlangen, wie die (direkten) Zuzüge aus den osteuropäischen Ländern.

Im Szenario I wird für die Jahre bis 1995 jährlich mit 500 000 Zuzügen von Ausländern gerechnet, wobei davon ausgegangen wird, daß sich die Zahl der Asylbewerber wieder verringert. Anschließend schwächen sich die Zuzüge bis zum Jahr 2000 auf 450 000 Personen jährlich ab. Diesen Zuzügen stehen die Fortzüge von Ausländern aus Deutschland entgegen. Hier wird mit jährlich 400 000 Fortzügen bis zum Jahr 2000 gerechnet. Schwer einschätzbar ist, inwieweit nicht-asylberechtigte Personen aus Deutschland wieder ausgewiesen werden. Vielen wird sicherlich nach der Genfer Flüchtlingskonvention ein Aufenthaltsrecht gewährt. Dennoch ist anzunehmen, daß sich die Ausweisungen künftig erhöhen werden und auch die Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien wieder in ihre Heimat zurückkehren werden, wenn sich die politische Lage stabilisiert hat. Per Saldo werden in den Jahren 1992 bis 2000 0,7 Mill. Ausländer nach Deutschland ziehen.

Im Szenario II wird mit höheren Zuzügen gerechnet: bis 1995 mit jährlich 600 000, für den Zeitraum 1996 bis 2000 mit jährlich 550 000. Die Abwanderungen aus Deutschland werden jedoch auch hier bei jährlich 400 000 liegen. Der Wanderungssaldo wird sich nach diesem Szenario in den Jahren 1992 bis 2000 auf insgesamt 1,6 Mill. belaufen.

Zuzug von Aussiedlern

Die Außenwanderungen bestehen neben den Zu- und Fortzügen der Ausländer überwiegend aus den Zuwanderungen der Aussiedler. Bei diesen deutschstämmigen Personen aus Ost- und Südosteuropa dürften neben den wirtschaftlichen Aspekten auch andere Motive für eine Wanderungsentscheidung ausschlaggebend sein. Gerade aus den Gebieten, aus denen schon etliche Deutschstämmige fortgezogen sind, wird sich auch bei der Minderheit der bislang Dortgebliebenen der Aussiedlungswunsch verstärken. Denn sie werden oftmals die Befürchtung haben, daß sich ihr Stand als Minderheit in einem Gebiet verschlechtert. Als Aussiedlungsmotive werden oftmals auch genannt, daß es zumindest den Kindern und Enkeln später einmal besser gehen

soll oder auch, daß sie sich danach sehnen, endlich wieder als Deutsche unter Deutschen zu leben.

Dennoch dürfte auch bei diesem Personenkreis das Wohlstandsgefälle der Aussiedlungsgebiete zum Bundesgebiet für eine Wanderungsentscheidung eine Rolle spielen. Bedeutend werden hier jedoch die zukünftigen Erwartungen über die wirtschaftliche und politische Entwicklung in den Herkunftsländern sein und nicht, ob es (aus der Sicht der Aussiedler) der Wirtschaft in Deutschland etwas besser oder schlechter geht.

Ende 1991 lebten noch rund 2,5 Mill. deutschstämmige Personen in Osteuropa, davon mit 1,6 die weit überwiegende Zahl in der ehemaligen Sowjetunion (Schulz, 1990). Hier wird - analog den Einschätzungen des Bundes der Rußlanddeutschen "Wiedergeburt" -angenommen, daß ein Großteil der Aussiedler ins Bundesgebiet kommen will und zwar zumeist unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung. Insgesamt wird im Szenario I von 1992 bis zum Jahr 2000 mit 0,7 Mill. Zuzügen von Aussiedlern gerechnet; diese Zahl erhöht sich im Szenario II leicht um gut 100 000. Sie entspricht damit der Zahl zurückgestauter Anträge auf Einreise und Anerkennung als Deutscher von Aussiedlern beim Bundesinnenministerium.

Regionale Wirkungen der grenzüberschreitenden Wanderungen

Ende 1992 lebten in Deutschland schätzungsweise rund 81 Millionen Personen, darunter rund 6,6 Millionen Ausländer. Durch die erwarteten Zuzüge wird sich die Einwohnerzahl bis zum Jahr 2000 nochmals leicht bis auf 81,6 Mill. im Szenario I bzw. bis auf knapp 83 Mill. im Szenario II erhöhen und der Ausländeranteil wird auf gut 10 vH (Szenario I) bzw. 11 vH (Szenario II) steigen. Die Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung werden die regionalen Ungleichgewichte in der Besiedlungsdichte verstärken. Das ist darauf zurückzuführen, daß die nach Deutschland Zuwandernden nicht alle Regionen im gleichen Maße präferieren. Bevorzugt werden die vom Arbeitsplatzspektrum her attraktiven Regionen, aber auch die Gebiete, in denen bereits Verwandte, Freunde oder Bekannte leben. In einigen Fällen wird die regionale Verteilung der Zuzüge offensichtlich auch durch die Standorte bestimmter kultureller und religiöser Gemeinschaften bestimmt.

Damit bestimmen die bereits bestehende regionale Verteilung der Ausländer und der Aussiedler und die Unterschiede in der wirtschaftlichen Attraktivität auch künftig wesentlich die regionale Verteilung der erwarteten Zuwanderungen. Ausgenommen hiervon sind die Zuzüge der Asylbewerber. Diese wiesen zwar in der Vergangenheit auch deutliche regionale Unterschiede auf. Hauptanlaufpunkte waren die Großstädte, hervorzuheben waren Frankfurt und Berlin. Als die Belastung in einzelnen Regionen kaum noch zu verkraften war, wurde jedoch die Quotenregelung eingeführt. Hiernach hat jedes Bundesland seinem Bevölkerungsanteil entsprechend Asylanten aufzunehmen. Dennoch bleiben innerhalb der Länder regionale Unterschiede bestehen, z.B. im Zusammenhang mit den konkreten Standorten der Wohnheime sowie bei den (versuchten) Sekundärwanderungen der Asylbewerber.

Zwar ist auch für die Aufnahme der ins Bundesgebiet ziehenden deutschstämmigen Personen die Quotenregelung eingeführt worden, anders als bei den Asylanten unterliegen jedoch die Sekundärwanderungen der Aussiedler keinen Richtlinien. Denn sind die Eingewanderten erst als Deutsche anerkannt worden, haben sie das Recht auf freie Wahl des Wohnsitzes. Die Erfahrungen aus der Zeit vor der Einführung der Quotenregelung zeigen, daß auch die Aussiedler bestimmte Regionen präferieren (vgl. auch Tiedtke 1989). Dies waren zunächst die Großstädte, vor allem Berlin, aber auch die Städte Nordrhein-Westfalens. Nach Nordrhein-Westfalen zogen vor allem die Aussiedler aus Polen. Hier dürften zuerst traditionelle Bindungen (Bergbau) eine Rolle gespielt haben, danach überwog vermutlich der "Sogeffekt". Neu ins Bundesgebiet kommende Aussiedler sind zu ihren Freunden, Bekannten, Verwandten, Nachbarn gezogen bzw. in deren Nähe. Sie dienten als erste "Anlaufstelle" im Bundesgebiet (vgl. auch Sinz 1989). Überproportional sind die Aussiedler auch in die wirtschaftlich relativ starken süddeutschen Regionen gewandert, vermutlich weil sie hier bessere Arbeitsmarktchancen für sich sahen.

Es ist anzunehmen, daß die Sekundärwanderungen von Aussiedlern eher diesem regionalen Verteilungsmuster folgen; die Eingereisten also oftmals nicht in den Regionen bleiben, in denen sie anfangs aufgenommen wurden. Eine empirische Erfassung der bisherigen Sekundärwanderungen ist allerdings kaum möglich, da, anders als bei den Vertriebenen, in den Statistiken keine gesonderten Merkmale erfaßt werden.

Entscheidend für die Attraktivität einer Region wird deren wirtschaftliche Entwicklungsdynamik sein, da bei einer raschen Beschäftigungszunahme der Einstieg in ein Arbeitsverhältnis leichter fallen dürfte. Eine hohe Bedeutung wird vermutlich auch der Arbeitsplatzstruktur zukommen. In der Vergangenheit war hier zumeist das Arbeitsplatzangebot im industriellen Sektor, in dem die meisten Ausländer Beschäftigung fanden, ausschlaggebend. Mit einer deutlichen Ausweitung des privaten Dienstleistungsbereichs - auch im Teilbereich der gering qualifizierten Tätigkeiten - könnte sich dies entsprechend dem schon in der letzten Zeit erkennbaren Trend ändern. Darüber hinaus dürfte für Einwanderer die Attraktivität der Region von der Größe des Arbeitsmarktes abhängen. Denn mit der Größe des Arbeitsmarktes und damit des Arbeitsplatzspektrums wächst die Wahrscheinlichkeit, daß auch für mehrere Familienmitglieder eine Beschäftigung gefunden wird. Bevorzugte Zuwanderungsregionen werden daher Verdichtungsräume mit einer hohen Beschäftigungszunahme im Dienstleistungsbereich sein. Hinzu kommt die Orientierung bei der Suche nach der Zielregion an mögliche persönliche, kulturelle und religiöse Anknüpfungspunkte der einzelnen Nationalitäten in den Regionen. Beides wird dazu führen, daß es - abgesehen von der quotenbedingten Zuweisung von Asylbewerbern - kaum zu freiwilligen Zuzügen von Ausländern nach Ostdeutschland kommen wird, und auch die zugewiesenen Aussiedler zum größten Teil wieder aus den wirtschaftlich schwachen Regionen abwandern werden. Dies gilt insbesondere bei der unterstellten ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung im zweiten Szenario.

Insgesamt wird der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Einwohnerzahl Ostdeutschlands mittel- und vor allem langfristig steigen, aber er wird insbesondere auf mittlere Frist weiterhin wesentlich geringer sein als in Westdeutschland. Es wird

vermutlich entsprechend den Erfahrungen in Westdeutschland zu einer räumlichen Konzentration auf die Verdichtungsgebiete kommen und innerhalb dieser auf diejenigen Regionen, in denen der wirtschaftliche Aufschwung am schnellsten in Gang kommt. Im Szenario II werden insgesamt aufgrund des höheren Zuwanderungsniveaus trotz der wirtschaftlich ungünstigeren Entwicklung mehr Ausländer in den neuen Bundesländern leben als im Szenario I, in dem allerdings der relative Anteil Ostdeutschlands höher ist.

Abnehmende Ost-West-Wanderungen

Nachdem in den Jahren 1989 und 1990 jeweils rund 350 000 Personen von Ost- nach Westdeutschland gezogen sind, gingen die Umzüge im Jahr 1991 deutlich auf rd. 170 000 zurück. Dafür verstärkten sich jedoch die Pendlerbewegungen. Die Zahl der Pendler wird zur Zeit auf 450 000 geschätzt. Herrschten im zweiten Halbjahr 1989 die politisch motivierten Wanderungen vor, sind es seitdem zunehmend die arbeitsmarktbedingten Wanderungen. Bevorzugte Gebiete waren zunächst die Regionen nahe der ehemaligen innerdeutschen Grenze, insbesondere auch Berlin (West), dann jedoch verstärkt die süddeutschen Regionen und andere Regionen mit einer relativ guten Arbeitsmarktlage, während in den ehemals grenznahen Gebieten zunehmend die Tagespendler vorherrschen. Aber auch die Fernpendler (Wochenendpendler) nahmen in letzter Zeit zu. Bei diesen Gruppen könnte ein dauerhafter Umzug stattfinden, wenn sich einerseits die wirtschaftliche Lage am Wohnort nicht verbessert und andererseits für andere im Haushalt lebende Personen am westdeutschen Arbeitsort ebenfalls Beschäftigung und Wohnraum gefunden wird.

Je nach der in den Szenarien unterstellten Höhe der Differenzen in der Entwicklung auf den Arbeitsmärkten in den neuen und alten Bundesländern wird es auch künftig zu Abwanderungen aus den ostdeutschen Regionen kommen. Allerdings ist auch bei einer ungünstigen Wirtschaftsentwicklung, wie im Szenario II unterstellt, mit einem tendenziellen Rückgang der Ost-West-Wanderungen zu rechnen. Ein Grund hierfür dürfte sein, daß nicht alle Personengruppen die gleiche regionale Mobilitätsbereitschaft besitzen und daher mit der Zeit das Potential relativ mobiler Erwerbsspersonen immer stärker zurückgeht.

Hinzu kommt, daß bei einer günstigen wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland die Zahl der Personen zunehmen wird, die (wieder) von Westdeutschland in ostdeutsche Regionen ziehen. Schwerpunkte dieser Wanderungen dürften hier der Großraum Berlin und der Leipziger Raum sein.

Im günstigen Szenario I werden die Abwanderungen aus Ostdeutschland schon in den nächsten Jahren deutlich abnehmen: Von 1992 bis 1995 wird insgesamt mit weiteren Nettofortzügen von 300 000 Personen gerechnet. Da in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland recht gut verläuft, wird für diesen Zeitraum mit deutlich weniger Abwanderungen gerechnet: mit jährlich netto 20 000. Im Szenario II dürften angesichts der vergleichsweise ungünstigeren wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland mehr Menschen diese Region

verlassen. Hier wird für die nächsten vier Jahre (1992 bis 1995) mit insgesamt 500 000 Fortzügen (netto) gerechnet. Obwohl auch in diesem Szenario die Abwanderungstendenzen sich abschwächen, wird auch für die Jahre 1996 bis 2000 noch mit einem Wanderungssaldo von - 60 000 jährlich ausgegangen.

Die Wanderungen von Ost- nach Westdeutschland verstärken den Druck auf den Arbeitsmärkten in den wirtschaftlich attraktiven Regionen. Da sich das Qualifikationsniveau der Wandernden jedoch merklich von dem der Ausländer, aber auch von dem der Aussiedler unterscheidet, wird hier die Nachfrage auf verschiedenen Arbeitsmarktsegmenten erhöht. Es besteht kaum eine direkte Konkurrenz.

Veränderte Binnenwanderungen

Der wirtschaftliche Umstrukturierungsprozeß in Ostdeutschland wird zu deutlichen Verlagerungen der regionalen wirtschaftlichen Aktivitäten führen. Die Unterschiede in den wirtschaftlichen Entwicklungspotentialen geben einen Hinweis darauf, daß insbesondere die nördlichen, ländlichen Regionen Ostdeutschlands die gravierendsten Arbeitsmarktprobleme aufweisen. Die Betroffenheit der einzelnen Regionen von den Abwanderungen nach Westdeutschland und von den Binnenwanderungen wird sich von derjenigen in der Vergangenheit - und bei den Ost-West-Wanderungen auch von der Struktur der Jahre 1989 und 1990 - deutlich unterscheiden. Ausschlaggebend werden auch die in den alten Bundesländern zu beobachtenden Wandermotive (arbeitsmarktbedingte Wanderungen, Ausbildungsplatzwanderungen, in geringem Maße Ruhesitzwanderungen) sein. Für die Höhe der Fort- bzw. Zuzüge sind nicht nur die Unterschiede in der Arbeitsmarktlage zwischen west- und ostdeutschen Regionen, sondern auch die sich herauskristallisierenden regionalen Entwicklungsunterschiede zwischen ostdeutschen Regionen bedeutsam. Von Abwanderung betroffen sein werden insbesondere diejenigen Gebiete, in denen zu Zeiten der DDR mit dem Aufbau neuer Industrien erhebliche Zuzüge stattfanden und in denen somit ein relativ hohes Potential gleichsweise mobiler Personen vorhanden ist.

Die Binnenwanderungen innerhalb der westdeutschen Regionen werden sich angesichts der Sekundärwanderungen der Aussiedler und Ausländer verstärken. Auch künftig wird es ein Süd-Nord-Gefälle in den Binnenwanderungen geben, es wird sich jedoch abschwächen. Angesichts der geänderten wirtschaftsgeographischen Lage im geeinten Deutschland und im zusammenwachsenden Europa werden sich die Wanderungsströme für einige Regionen deutlich von denen in der Vergangenheit unterscheiden. Dies gilt zum einen für die Regionen an der ehemaligen innerdeutschen Grenze. So ist beispielsweise davon auszugehen, daß es künftig im Raum Braunschweig nicht mehr zu den in der Vergangenheit beobachteten Binnenwanderungen kommen wird. Er liegt an der Achse Hannover - Berlin und die Attraktivität dieses Raumes wird sich künftig weiter erhöhen.

Dies gilt aber auch für die Regionen, die aufgrund ihrer Anziehungskraft mit hohen Zuzügen aus dem Ausland bzw. aus Ostdeutschland zu rechnen haben. Die Anspannung auf dem Wohnungsmarkt in solchen Stadtregionen wird vermutlich dazu

führen, daß sich die Zuzüge aus anderen Kreisen Westdeutschlands abschwächen und auch Haushalte in das weitere Umland abgedrängt werden. Zum einen müssen einkommensschwache Haushalte weite Pendlerwege in Kauf nehmen, weil sie die Mietbelastung in der Stadtregion nicht tragen können. Zum anderen weichen einkommensstarke Haushalte in Wohngebiete aus, die weniger konfliktrichtig sind und in denen sich der Wunsch nach einem Eigenheim eher realisieren läßt.

Vorgehensweise zur Abschätzung der Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Bundesländern

Die Annahmen über die regionale Verteilung der Wanderungen wurden in Abhängigkeit der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung in den Regionen und der erwarteten relativen Stellung der Regionen innerhalb der Gesamtwirtschaft getroffen (Gornig, 1992). Die Vorausschätzungen der Bevölkerungsentwicklung in den Regionen beruhen somit nicht auf einem formalen Modell der regionalen Bevölkerungsentwicklung. Vielmehr wurde versucht, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Rahmenbedingungen der beiden Szenarien und deren Rückwirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland und in Ostdeutschland sowie auf die einzelnen Regionen in einem iterativen Prozeß abzugreifen, wie sich die Einwohnerzahl entwickeln könnte. Die Entwicklung auf den regionalen Arbeitsmärkten bildete hierbei das Kernstück der iterativen Anpassungsprozesse, aber auch die Wirtschaftsstruktur, die Hinweise auf die Beschäftigungsmöglichkeiten auch von Ausländern gibt.

Zur Abschätzung der regionalen Bevölkerungsentwicklung wurden zunächst die Wanderungsverflechtungen der Bundesländer mit dem Ausland, zwischen den ost- und den westdeutschen Regionen und jeweils innerhalb der westlichen bzw. östlichen Bundesländer bestimmt. Anschließend wurde mit dem Bevölkerungsmodell des DIW unter Berücksichtigung der erwarteten natürlichen Entwicklung die Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Bundesländern vorausgerechnet. Ausgehend von der Gesamtzahl der Zuzüge nach und der Fortzüge aus Deutschland wurden die Außenwanderungen getrennt nach den einzelnen Personengruppen (Aussiedler, übrige Deutsche, Asylbewerber, übrige Ausländer) für die einzelnen Bundesländer abgeschätzt. Für Westdeutschland ergaben sich erste Anhaltspunkte der regionalen Verteilung aus der Entwicklung in der Vergangenheit. Es erfolgte jedoch keine reine Trendfortschreibung, vielmehr wurden die erwartete Entwicklung auf den regionalen Arbeitsmärkten sowie die gesetzlichen Bestimmungen durch Modifikationen der regionalen Außenwanderungsstruktur explizit berücksichtigt. So wurde für die Erstaufnahme von Aussiedlern und Asylbewerbern gemäß der Quotenregelung von einer Verteilung entsprechend dem Anteil der Landesbevölkerung an der Gesamtbevölkerung ausgegangen. Die regionale Struktur der übrigen Außenwanderungen weist eine relativ stabile Entwicklung auf, da die Einflußfaktoren aus der Vergangenheit (bereits in Deutschland lebende Bekannte, Verwandte, Wirtschaftsstruktur) auch die künftige Entwicklung bestimmen und sich vornehmlich nur die Veränderungen in der relativen Attraktivität der Arbeitsmärkte in Verschiebungen der Regionalstruktur der Wanderungen auswirken.

Auch für die Zielgebiete der Ost-West-Wanderungen gab die Entwicklung in den letzten drei Jahren Anhaltspunkte für die regionale Verteilung innerhalb Westdeutschlands. Die Wanderungen wurden hier jedoch stärker verändert, so daß sich die Zuzüge auf die Arbeitsmärkte mit einer hohen Entwicklungsdynamik konzentrieren. Auch bei den Binnenwanderungen innerhalb Westdeutschlands bildeten die Verflechtungsstrukturen der Vergangenheit die Grundlage für die Abschätzung der künftigen Entwicklung. Modifikationen ergaben sich hier in zweierlei Hinsicht: Zum einen wurde das Wanderungsvolumen aufgrund der erwarteten Sekundärwanderungen der Aussiedler, aber auch der Asylanten erhöht, zum anderen wurden die Zu- und Fortzüge angesichts der veränderten wirtschaftsgeographischen Lage bestimmter Regionen innerhalb des vereinten Deutschland angepaßt.

Für die ostdeutschen Regionen konnten die Zeitreihen der Wanderungen aus der Vergangenheit nicht als Basis für die Abschätzung der künftigen Entwicklung verwendet werden. Hier ergibt sich die regionale Verteilung der Außenwanderungen vornehmlich durch die Zuweisungen von Aussiedlern und Asylbewerbern gemäß Quotenregelung, da die übrigen Außenwanderungen kaum von Bedeutung sind. Die Ost-West-Wanderungen und die Binnenwanderungen sind zum größten Teil arbeitsmarktbedingt, d.h. die regionale Verteilung wird hier im starken Maße durch die Wirtschaftsentwicklung determiniert.

Ich kann hier nicht ausführlich auf die wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Bundesländern eingehen. Die Auswirkungen der in den beiden Szenarien unterstellten Rahmenbedingungen auf die Regionen soll hier exemplarisch anhand der Schaubilder 1 und 2 dargestellt werden. In ihnen sind die Regionen hervorgehoben, in denen mit einer überdurchschnittlichen Entwicklungsdynamik zum jeweiligen Landesteil (West-/Ostdeutschland) gerechnet wird (DIW u.a. 1992).

Unter den günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Szenario I werden auch in Ostdeutschland Zentren mit einer vergleichsweise günstigen Entwicklung und überregionalen Verflechtungsansätzen entstehen. Hierzu gehören neben dem Großraum Berlin die Regionen um Leipzig, Dresden und Chemnitz mit einem über Erfurt führenden Korridor nach Hessen. Insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern werden angesichts der ungünstigen Wirtschaftsstruktur keine größeren Impulse in bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung erwartet.

In Westdeutschland werden die schon gegenwärtig eine hohe Entwicklungsdynamik aufweisenden Regionen weiterhin Zentren der wirtschaftlichen Entwicklung bleiben. Das sind in Bayern die weiträumigen Regionen um München, das mittlere Baden-Württemberg und die südlichen hessischen Gebiete mit Frankfurt a. Main. Aufgrund der für den wirtschaftlichen Aufbau in Ostdeutschland benötigten Güter wird in diesem Szenario neben dem Köln-Bonner Raum auch das Ruhrgebiet ein überdurchschnittliches Wachstum aufweisen. Von der geänderten wirtschaftsgeographischen Lage im vereinten Deutschland werden die Regionen um Hannover und der Hamburger Raum profitieren. Insgesamt ist mit einer viele Regionen umfassenden günstigen wirtschaftlichen Entwicklung und mit einer hohen Verflechtung zu rechnen.

Im zweiten Szenario werden wesentlich weniger Räume eine überproportionale Wirtschaftsentwicklung aufweisen. In Ostdeutschland werden auch einige Berliner Umlandkreise nicht von der Dynamik Berlins profitieren; die Entwicklungszentren um Leipzig und Dresden fallen wesentlich kleiner aus und in Thüringen kann keine Region ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum realisieren. Es können nur geringe überregionale Verflechtungsbeziehungen aufgebaut werden. Diese beziehen sich eher auf westdeutsche Regionen.

Auch auf Westdeutschland wirken sich die ungünstigen Rahmenbedingungen auf die Entwicklungsdynamik aus. In diesem Szenario wird es künftig nur wenige Zentren mit einem überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum geben; hierzu gehören der Münchener und der Stuttgarter Raum, deren Ausbreitungsgrade aber wesentlich kleiner sind als im Szenario I. Der Frankfurter Raum wird auch in diesem Szenario eine vergleichsweise gute wirtschaftliche Entwicklung realisieren können. Hinzu kommen kleinere Entwicklungszentren um Düsseldorf und Köln sowie um Hannover und Hamburg.

Ergebnisse für die Bundesländer

Die grenzüberschreitenden Wanderungen, die Ost-West-Wanderungen und die übrigen Binnenwanderungen führen zu deutlichen Veränderungen der regionalen Bevölkerungsverteilung. Unter den beschriebenen Annahmen werden im Szenario einer günstigen wirtschaftlichen Entwicklung im Zeitraum 1991 bis 2000 mit jeweils etwa rund 550 000 Personen die höchsten Nettozuzüge in Baden-Württemberg und Bayern zu registrieren sein, gefolgt von Nordrhein-Westfalen (rund 500 000 Personen), Hessen (rund 320 000 Personen) und Niedersachsen (gut 280 000 Personen) (Schaubild 3). Die höchsten Abwanderungen hat per Saldo Mecklenburg-Vorpommern mit fast 200 000 Personen zu verbuchen, in Sachsen-Anhalt und Thüringen sind die Fortzüge schon geringer (gut 100 000 Personen) und aus Sachsen ziehen netto wesentlich weniger Personen fort. Der positive Wanderungssaldo des Landes Brandenburg ist auf die Dynamik in den Berliner Umlandkreisen zurückzuführen, die übrigen Kreise haben Wanderungsverluste aufzuweisen.

Bei einer ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung wandern mehr Personen nach Deutschland ein und auch die Abwanderungen aus den ostdeutschen Ländern fallen höher aus. Auch hier hat wiederum Baden-Württemberg mit knapp 820 000 Personen per Saldo mit die absolut höchsten Zuwanderungen zu erwarten (Schaubild 4). Die Zuzüge nach Nordrhein-Westfalen sind noch etwas höher und auch Bayern hat rund 780 000 Zuzüge aufzuweisen. In diesem Szenario wandern deutlich mehr Personen als im Szenario I aus Mecklenburg-Vorpommern ab (rund 270 000 Personen) und auch Brandenburg weist lediglich geringfügige Zuzüge auf. Bei einer ungünstigen Entwicklungsperspektive sind die Umzüge aus Berlin in das Umland geringer, es werden weniger Eigenheime gebaut und auch der Mietwohnungsbau kommt - nicht zuletzt aufgrund der Finanzprobleme der Kommunen - nur schleppend voran. In diesem Szenario II führen die Wanderungen zu einer deutlichen Verstärkung der

Unterschiede in der regionalen Besiedlungsdichte und zu einer Veränderung der Bevölkerungsstruktur.

In den Schaubildern 5 und 6 ist die Veränderung der Einwohnerzahl in den jeweiligen Bundesländern für den Zeitraum 1990/2000 dargestellt. Infolge der Wanderungen und der natürlichen Bevölkerungsentwicklung wächst im Szenario I die Einwohnerzahl in den südlichen Bundesländern mit 6,1 vH bzw. 5,2 vH am stärksten. Trotz der hohen Zuwanderungen nach Nordrhein-Westfalen fällt hier der Anstieg der Bevölkerungszahl mit rund 2,2 vH moderat aus. Im Nachbarland Hessen wird die Einwohnerzahl - bei absolut gesehen niedrigeren Zuwanderungen als nach Nordrhein-Westfalen - um gut 4,1 vH zunehmen. Das ohnehin schon recht dünn besiedelte Mecklenburg-Vorpommern wird nach diesen Rechnungen bis zur Jahrtausendwende nochmals über 10 vH seiner Bevölkerung verlieren. Auch in Sachsen-Anhalt und Thüringen hält der Bevölkerungsrückgang an. Bis zum Jahr 2000 wird die Einwohnerzahl hier um rund 8 vH gesunken sein. Die Wanderungen in das Berliner Umland kompensieren in diesem Szenario den Verlust aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg. Es ist insgesamt ein leichter Anstieg der Einwohnerzahl in diesem Bundesland zu erwarten, wobei es innerhalb dieses Bundeslandes erhebliche Unterschiede gibt.

Unter den ungünstigen Rahmenbedingungen im Szenario II werden die Entwicklungsunterschiede in der Einwohnerzahl zwischen den ostdeutschen und den westdeutschen Bundesländern verstärkt. Die südlichen Bundesländer haben einen Bevölkerungszuwachs von rund 8,7 vH (Baden-Württemberg) bzw. gut 7,2 vH (Bayern) zu verzeichnen, während in Mecklenburg-Vorpommern die Einwohnerzahl um 16 vH sinkt. In diesem Szenario geht die Bevölkerungszahl in allen fünf neuen Bundesländern zurück. Als Folge nimmt die Besiedlungsdichte ab und die regionalen Ungleichgewichte werden größer.

Ähnlich sieht das Bild der regionalen Verteilung der Ausländer aus. In den Schaubildern 7 und 8 sind die Ausländeranteile für das Jahr 2000 dargestellt. Aufgrund der unterschiedlichen Ausgangssituationen und der Präferenz der Zuziehenden für bestimmte Regionen wird - trotz der Quotenregelung bei Asylbewerbern - der Ausländeranteil in den ostdeutschen Bundesländern auch im Jahr 2000 noch deutlich unter dem in den westdeutschen Regionen bleiben. Der Ausländeranteil ist mit unter 2 vH in Mecklenburg-Vorpommern in Szenario I am geringsten und mit 3 vH in Brandenburg und Sachsen für die neuen Bundesländer vergleichsweise hoch. Die höchsten Werte in Westdeutschland erreichen neben den Stadt-Staaten Hamburg und Bremen, Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

Auch im Szenario II mit den unterstellten höheren Zuzügen von Ausländern bleiben die schon im Szenario I beobachteten Strukturen erhalten. Der Ausländeranteil ist hier jedoch in jedem Bundesland höher.

Fazit

Auch künftig werden die Einwanderungen nach Deutschland deutliche regionale Schwerpunkte aufweisen. Die Bevorzugung der wirtschaftlich attraktiven Regionen auch bei den Ost-West-Wanderungen und den Binnenwanderungen wird die Unterschiede in der Entwicklung der Einwohnerzahl in Ost- und Westdeutschland verstärken. Während bei einer vergleichsweise günstigen wirtschaftlichen Entwicklung der abwanderungsbedingte Bevölkerungsverlust in den neuen Bundesländern mit den Jahren abnehmen wird, verbleibt er bei einer ungünstigen Wirtschaftsentwicklung auf einem vergleichsweise hohem Niveau. Folglich nimmt die Besiedlungsdichte in Ostdeutschland ab und in Westdeutschland aufgrund des Einwanderungsdrucks zu. Es gibt nicht nur ein West-Ost-Gefälle in der Bevölkerungsentwicklung, sondern auch ein Süd-Nordost-Gefälle: Die südlichen Bundesländer werden deutlich an Einwohner gewinnen, Mecklenburg-Vorpommern verlieren und die Entwicklungsdynamik in Schleswig-Holstein wird sich in engen Grenzen halten.

Summary

Migrations into Germany will furthermore be obviously concentrated in several regions. The preference to regions with a dynamic economy and a low level of unemployment by east-west-migrants and internal migrants will exacerbate the differences in the development of population between East- and West-Germany. Assuming a high growth of the German economy, East-Germany can expect that emigration slows. Supposing instead a moderate growth of the German economy the loss of population in East-Germany will remain at a rather high level. Consequently population density will decrease in the east and increase in the west part of Germany in the wake of immigration pressure. As a result it can be observed not only a west-east gap of population, but also a south-northeast gap. The southern federal states of Germany will realize a significant population increment while population will decrease in Mecklenburg-Vorpommern. The dynamic variation in Schleswig-Holstein will be strongly limited.

Literatur

- DIW u.a. 1992: Mittel und langfristige Entwicklungsperspektiven für Stadtregionen angesichts veränderter Rahmenbedingungen. Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, unveröffentlichtes Manuskript.
- Gornig, M. 1992: Ökonomische Perspektiven Ostdeutschlands und mögliche regionale Konsequenzen. In: Häußermann, H. (Hg.), Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen Europas, Stadtforschung aktuell, Band 36, Berlin 1992, S. 232 - 250.
- Mammy, U. 1992: Die Entwicklung der Asylbewerberzahlen. In: BIB-Mitteilungen, Nr. 3/92, S. 13 - 15.
- Rein, D., 1990: Rechtliche Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland für die grenzüberschreitende Migration. In: Höhn, Ch. und Rein, D. (Hrsg.): Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, Boppard am Rhein, S. 83 - 98.
- Schewardnadse, E., 1991: "Wir waren lange genug eingeschlossen." In: Die Tageszeitung, Sonderausgabe Nr. 2.

- Schulz, E., 1990: Szenarien der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 8/90.
- Sinz, R., 1989: Die Aussiedlerfrage als Herausforderung für das Land Nordrhein-Westfalen und seine Kommunen. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 5.
- Tiedtke, K.-P., 1989: Die deutschen Aussiedler. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 5.

Anhang

Schaubild 1
**ENTWICKLUNGSZENTREN IM SZENARIO I
1990/2000**

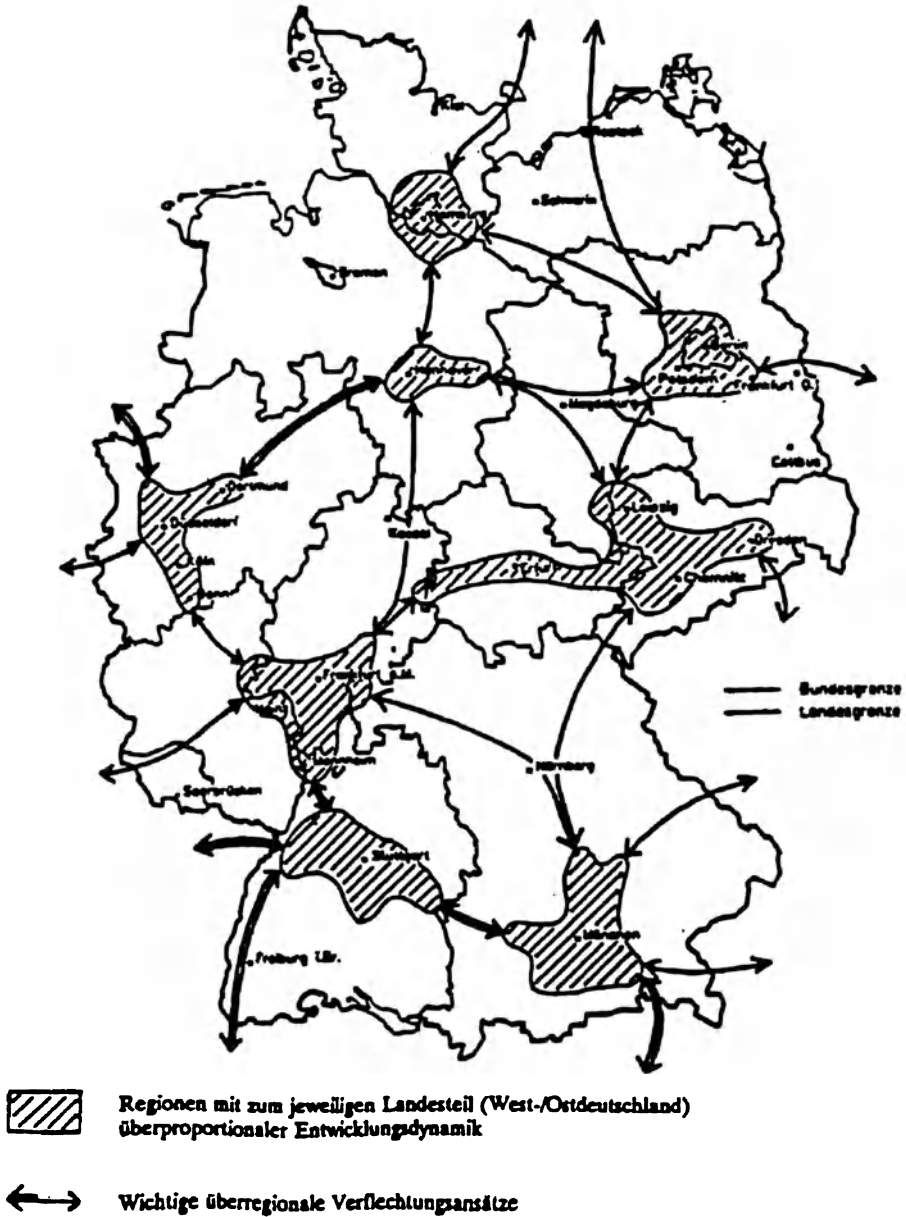
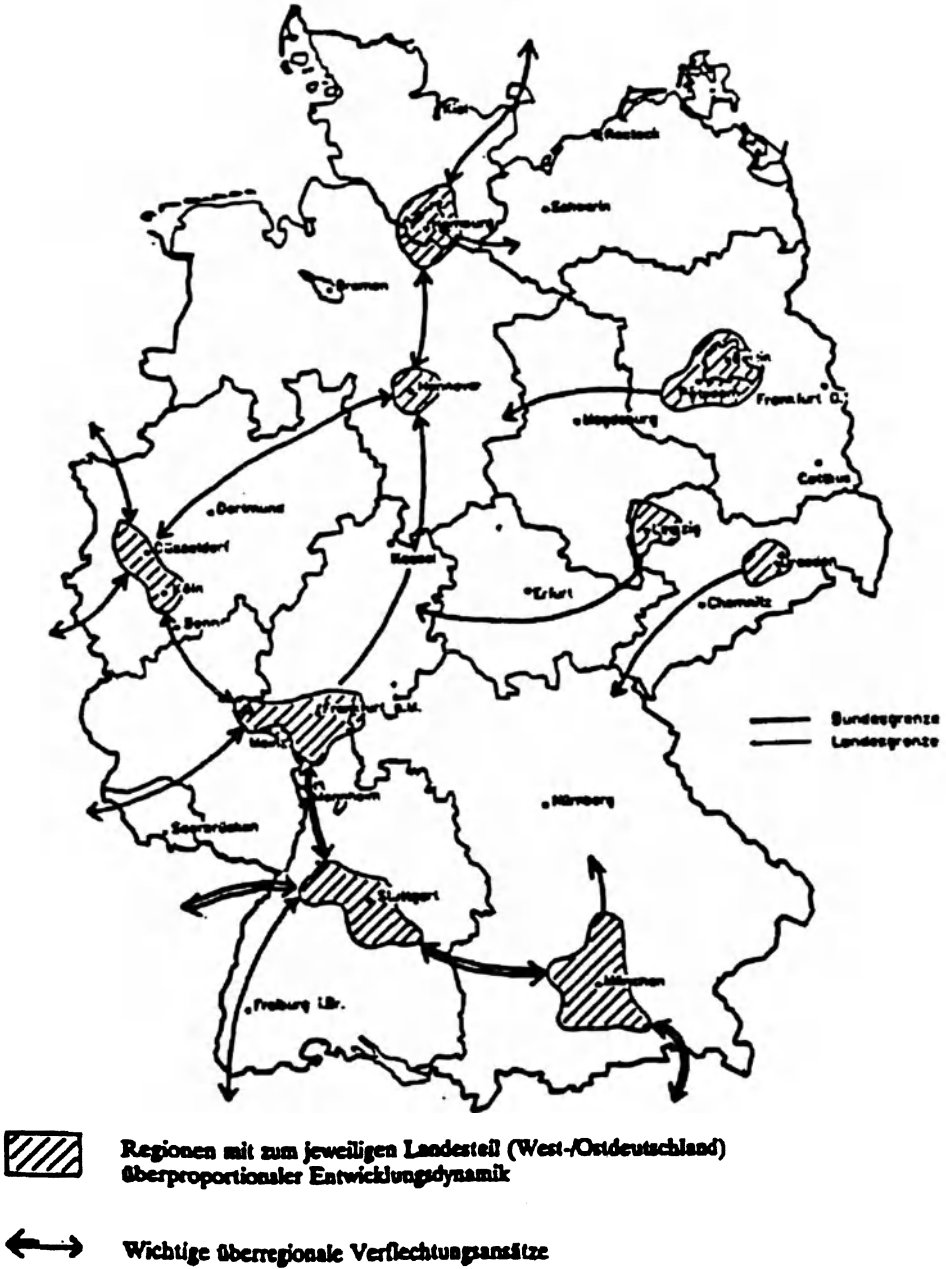


Schaubild 2
ENTWICKLUNGSZENTREN IM SZENARIO II
1990/2000



Urbanization under Federalist and Centralist Government - The Case of two German States 1980-1988 -

VON RAINER MACKENSEN

1. Present Problems and Patterns of Previous Urbanization Processes

1.1 Introduction

This paper reports on recent urbanization processes in both German states before unification. It continues earlier research on urbanization in the Federal Republic of Germany, applying international concepts now also to the German Democratic Republic. While the description may gain interest as an example for international comparison, it also aims at gaining a basis for equivalent studies on German urbanization in its new, unified situation.

Intentionally, the study just aimed at establishing a historical basis for analysing the process of assimilation in the unified Germany from 1989 onwards in terms of urbanization. The target date thus became 1988, the situation "before unification". The starting date had been set on 1980: During the decade of 1970-1980, in West Germany a thorough reform of regional administrative units - communes, counties, provinces (not states) - had changed the data basis for regional analyses in a degree that true time series had become impossible to establish. This decade can be described for long-term regional analyses only in rather rough estimations. A new series of regional data had therefore to be started in 1980. It was thus advisable to set the period for this analysis to 1980-1988. The urbanization process in this period should be described in both German states.

Although settlement structures had been similar before 1950 in both parts of the country, they have developed rather differently during the time since. As a result, settlement patterns in both parts of Germany can be shown to be rather different, representing diverging policies in urban development.

Unexpectedly, the analysis therefore became a demonstration of urbanization as a resultant of different social, economic and political systems. This aspect will be the special focus of this paper, presented just in a parallel analysis of the urbanization processes in both German states in the period under consideration. Concepts and criteria applied to both regions of analysis will be identical.

The study uses only official statistical data of population development on county basis. Figures from register updating for 1980 have been corrected by ourselves linearly for the error as revealed by the 1987 census. The concept of "agglomeration" applied here parallels the US-American concept of SMSA's, not that of urbanized areas. The SMSA concept suits better for long-time comparisons of urbanization processes when the interest is not on growing urban regions but on comparing stable urban units over time. In contrast to US statistics, the concept has not been adopted by official statistics; application can thus only be elaborated by the analyst: All aggregation and statistical procedures are the author's.

1.2 Topics under Discussion

Questions under West German discussion regarding the present urbanization process include those on the North-South differential and on deconcentration and decentralization processes. Recently, the gentrification question - upgrading of central urban housing - has been added; this aspect will not be discussed in the present paper as it has to be based on a different set of data.

The North-South differential (Nord-Süd-Gefälle, see f.e. Friedrichs e.a., 1986) theses implies a structural differentiation between West German agglomerations - shrinking old industrial agglomerations in the North, and growing modern high-tech agglomerations in the South of the country. Due to this difference, agglomerations in the South are suggested to attract migrants, particularly those with technical skills and higher education, from the North. This hypothesis is being based on observations regarding different growth of large cities in Northern and Southern West Germany (see table 2.2.1).

The deconcentration hypotheses suggests that larger agglomerations are no longer the preferred type of settlement for the majority of inhabitants. They are said to live increasingly in rural regions and small towns. This would mean that decreasing numbers of inhabitants live in larger agglomerations, and increasing numbers in rural places. This hypothesis is based on statistics representing the change of population by size of communities, which are being published continuously (see table 2.3.1). It is being backed also by the urban cycles concept (see f.e. Van den Berg e.a., 1982), including the "desurbanization hypothesis". This hypothesis implies that total agglomerations loose inhabitants in a certain phase of urban development while rural areas gain population.

Decentralization is a related subject. It does not apply to the relative number of people living in larger agglomerations altogether, but to the proportion of inhabitants in such agglomerations living in their core versus fringe areas. The cycle concept applies to this topic. It describes different proportions of growth and decline in core and in fringe areas. The suggestion of the "desurbanization" hypothesis of this concept is being based on the observation that not only core areas, but also fringe zones of agglomerations seem to loose inhabitants recently.

Expansion of agglomerations has been discussed earlier when suburbanization had become an issue in the 60'ies and 70'ies. It was being observed then that growing agglomerations tend to expand into the "Hinterland", thus covering an ever increasing area. This expansion zone has since become an established concept of urbanization studies, incorporating the "fringe" into the "agglomeration" as an integral part, complementing the core area. SMSA's, FUR's and urbanized areas have for long become prominent concepts for urban analysis. Recently an additional zone has been suggested (Parr 1990, Mackensen 1990), the agglomeration "field", further supplementing the agglomeration as a larger zone surrounding the fringe area in "its wider setting". A first empirical test of this hypothesis will be presented in this paper.

The results of the analyses to be presented open up further questions for study. West Germany has lost population altogether during the period under consideration: Can the change in agglomeration populations be considered to be just a repercussion of general population change? - If agglomerations shrink: Is this a sufficient sign for desurbanization - or do smaller cities and towns continue to grow? - Does the findings regarding urban central and fringe decreases really mean outmigration from agglomerations? Or may decreases not also be due to conventional natural decrease differentials in agglomerations and rural areas? And if rural regions - in fields and other rural areas - increase: Must this be due to immigration? It can also be a result of higher natural increase in rural areas.

All these questions will be discussed regarding West Germany in as much detail as necessary for the main argument; not all available proof can be presented in this paper. The main questions will also be answered for East Germany, but on a much smaller empirical basis. The additional questions to be discussed for West Germany do not arise in this case; there are other questions though: What may the further process of urbanization be in East Germany? Such questions can only be posed in this time; they may be answered only after a period of another, say, five years. The process of change, started with migration from the GDR during 1989, first via Hungary, also via Poland and CSSR (now CSFR), then directly, and continued through 1990 and also 1991, represents definitely a transitory period. Migration in the other, West-East direction has reached considerable magnitudes. Berlin will be re-established as the German capital. Building has already begun, if not in the amount requested. The change of urbanization in Germany during the last decade of this century will be considerable. The analyst will have to wait and see.

2. Urbanization in West Germany (FRG) 1980-1988

2.1 Metropolitan Areas and other Agglomerations in West Germany

The SMSA concept is being applied to Germany by using a few specifications. "Agglomerations" are differentiated in this study into large, medium and small ones. Only large agglomerations, having a central city with more then 0.5 mio. inhabitants, really compare with the American SMSA concept; the German term "Ballung" has

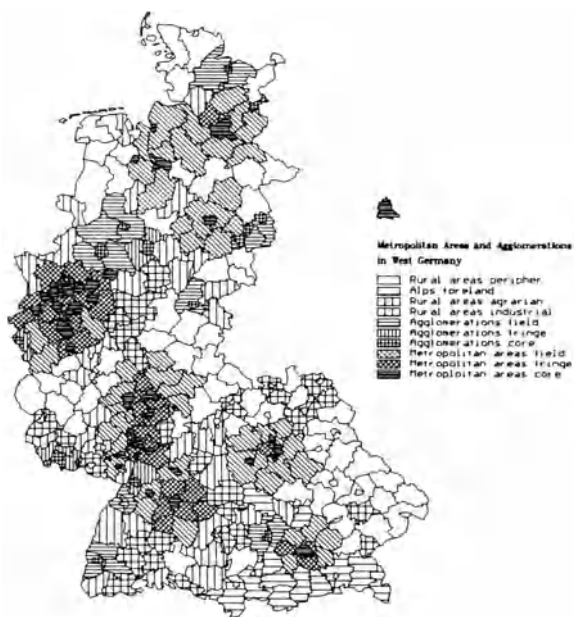
been introduced by Isenberg for German SMSA's, and been well accepted in the literature. In lack of an adequate translation I will label them Metropolitan Areas (MA's) in this paper (as they are not standardized nor accepted by official statistics like SMSA's). There are 11 MA's in West Germany, and Berlin (West) additionally. - Fringes are being defined by consisting of rural counties adjacent to the MA's center or to other core cities and having a density of more than 300 inhabitants per square km. All criteria are being applied to 1988 figures, but there has been no change in composition of MA's applying these criteria since 1970.

Medium agglomerations have - by our definition - a central city with more than 150 thousand inhabitants. There are 12 such cities in West Germany, after the urban counties included in cores and fringes of MA's have been taken care of. These - for simplicity just named "Agglomerations" (I will use a capital letter A for medium Agglomerations in this sense; agglomerations, with a small letter a, will be used as a connotation of MA's and Agglomerations together) - may have fringe counties attached to them or not: Medium agglomerations rarely extent into adjacent rural counties in a degree to lift their density beyond 300 inh./sq.km.

Small agglomerations are by definition either urban counties with less then 150 thsd. inhabitants or urban communities incorporated in rural counties. They are being labelled "cities" if they have more than 20 thsd. inhabitants, and "towns" if their population lies between 10 and 20 thsd. inhabitants. Smaller communities are being called "rural". - "Fields" have been defined for the present analysis on West Germany as including counties within a radius of 100 km for MA's, of 50 km for agglomerations.

Metropolitan Areas and (medium) Agglomerations in West Germany are concentrated in the Rhine valley, except for the Ruhr district and it's extensions, for the harbour cities, the Hannover region and for Stuttgart and the Bavarian agglomerations.

Picture 1: Metropolitan Areas and Agglomerations in West Germany



Cartography W. Serbser on YADE

Table 2.1.1: Agglomeration Development in West Germany 1980-1988

category	nb. of count.	area in sq. km's	population		population change		
			mid of 1980	1988	density 1987	total 88/80	annual 88/80
Metrop. Areas	74	25.926	26.039	25.736	993	0,988	-1,463
MA's fields	55	50.163	8.165	8.302	165	1,017	2,071
Agglomerations	21	6.476	4.621	4.538	701	0,982	-2,262
Aggl. fields	17	17.702	3.090	3.142	178	1,017	2,096
Rural areas	161	148.449	19.736	19.719	133	0,999	-0,108
tot. W. Germany	328	248.716	61.651	61.437	247	0,997	-0,436

Source: Own correction and aggregation of official statistics.
 Source data see: StJbBRD 1981 and 1990
 Note: Total change is the growth rate over all 8 years, where 1980 = 1,0
 Annual change as geometrical annual mean per mile:
 $(EXP((LN(Pop.1988/Pop.1980))/8)-1)*1000$

Both, Metropolitan Areas and Agglomerations, have lost inhabitants during the period 1980-1988 (see table 2.1.1), the Agglomerations even more than the MA's (almost -2,3 p.m.p.a. in Agglomerations against -1,5 p.m.p.a. for MA's). The decrease is larger in comparison with the mean, the general population decrease in West Germany of about 3 p.m.p.a. during this time. The report of the rural areas, taken as a whole, is also negative, although by only 1 p.m.p.a., i.e. compensating some of the general loss. - The Fields, on the other hand, report positively: Compared with the other categories,

the increase of 1,7 % (or more then 2 p.m.p.a.) is considerable. We shall come back to this finding.

Table 2.2.1: Centers of Metropolitan Areas and Agglomerations in West Germany: Population Change 1980-1988

agglom.centers	commun. area sq.km's	population in thousand's mid of year		population density per sq.km 1987	population change	
		1980	1988		total 1980-1988	annual
Berlin	480,16	1.976,2	2.047,5	4.264	1,036	4,441
Northern MA's						
Hamburg	754,70	1.663,7	1.597,5	2.117	0,960	-5,064
Bremen	326,75	562,6	533,8	1.634	0,949	-6,556
Hannover	203,96	528,4	497,2	2.438	0,941	-7,589
Düsseldorf	217,80	593,9	564,4	2.591	0,950	-6,358
Essen	210,35	656,1	620,0	2.947	0,945	-7,058
Köln	405,12	984,5	934,4	2.306	0,949	-6,504
Southern MA's						
Frankfurt	248,56	646,1	632,7	2.545	0,979	-2,609
Mannheim	144,95	302,4	298,8	2.061	0,988	-1,496
Stuttgart	207,36	573,3	560,1	2.701	0,977	-2,900
München	310,43	1.246,4	1.206,4	3.886	0,968	-4,067
Nürnberg	185,77	485,9	477,0	2.568	0,982	-2,316
Northern Agglomerations						
Kiel	110,55	246,6	239,2	2.164	0,970	-3,820
Lübeck	214,18	223,0	210,4	982	0,944	-7,217
Braunschweig	192,03	264,0	252,9	1.317	0,958	-5,352
Kassel	106,81	196,4	188,2	1.762	0,958	-5,291
Bielefeld	257,63	316,1	309,0	1.199	0,978	-2,833
Osnabrück	119,79	156,1	151,2	1.262	0,969	-3,952
Münster	302,24	256,0	246,7	816	0,964	-4,604
Aachen	160,84	237,0	232,0	1.442	0,979	-2,664
Saarbrücken	410,58	369,3	356,0	867	0,964	-4,579
Southern Agglomerations						
Karlsruhe	173,45	266,1	263,1	1.517	0,989	-1,406
Freiburg	153,05	169,8	182,0	1.189	1,072	8,707
Augsburg	147,14	245,1	245,6	1.669	1,002	0,276

Notes: see table 2.1.1,

Table 2.2.2: Total MA's and Agglomerations in West Germany - Population, Area and Density 1980 and 1988 -

agglomeration (and center)	agglom. compos.	nb.of count.	area sq.km	population mid of year 1980	1988	pop. density 1988	pop. change total annual 1980-88
Berlin	cent.	1	480	1.976	2.048	4.264	1,036 4,441
Northern MA's							
Hamburg	cent. & fr.	2	1.417	1.922	1.859	1.312	0,967 -4,130
Bremen	core	4	570	909	873	1.534	0,961 -4,925
Hannover	cent. & fr.	1	204	528	497	2.438	0,941 -7,589
Rhein-Berg (Düsseldorf)	core & fr.	9	2.895	2.895	2.831	978	0,978 -2,794
Ruhr (Essen)	core & fr.	17	5.630	6.119	5.924	1.052	0,968 -4,036
Köln-Bonn	core & fr.	6	2.921	2.521	2.505	857	0,993 -0,821
Southern MA's							
Rhein-Main (Frankfurt)	core & fr.	10	2.890	2.511	2.499	865	0,995 -0,588
Rhein-Neckar (Mannheim)	core & fr.	7	2.461	1.458	1.473	598	1,010 1,261
Stuttgart	cent. & fr.	9	4.371	2.746	2.789	638	1,016 1,944
München	cent. & fr.	3	1.413	1.645	1.634	1.157	0,993 -0,876
Nürnberg	core & fr.	5	674	809	804	1.192	0,994 -0,728
Northern Agglomerations							
Kiel	cent.	1	111	247	239	2.164	0,970 -3,820
Lübeck	cent.	1	214	223	210	982	0,944 -7,217
Braunschweig	core	3	620	510	490	790	0,960 -5,042
Kassel	cent.	1	107	196	188	1.762	0,958 -5,291
Bielefeld	cent. & fr.	3	1.674	837	827	494	0,988 -1,528
Osnabrück	cent.	1	120	156	151	1.262	0,969 -3,952
Münster	cent.	1	302	256	247	816	0,964 -4,604
Aachen	cent.	1	161	237	232	1.442	0,979 -2,664
Saar (Saarbrücken)	core & fr.	5	1.609	920	896	557	0,974 -3,325
Southern Agglomerations							
Karlsruhe	cent. & fr.	2	1.258	624	630	501	1,010 1,227
Freiburg	cent.	1	153	170	182	1.189	1,072 8,707
Augsburg	cent.	1	147	245	246	1.669	1,002 0,276
Northern MA's together		39	13.636	14.894	14.490	1.063	0,973 -3,435
Southern MA's together		34	11.809	9.169	9.198	779	1,003 0,406
Northern Aggl. together		17	4.917	3.582	3.480	708	0,972 -3,600
Southern Aggl. together		4	1.559	1.039	1.058	679	1,018 2,255
all agglomerations		95	32.402	30.659	30.273	934	0,987 -1,584
rural areas (incl. fields)		233	216.314	30.871	31.163	144	1,009 1,180
total West Germany		328	248.716	61.530	61.437	247	0,998 -0,190

Note: Agglomeration composition: The agglomeration consists of
cent. = only the center city
core = the center city and other urban counties
cent. & fr. = the center and rural counties
core & fr. = the core and rural counties
other specifications: see preceding tables

2.2 South-North Differential

All centers (central urban counties) in Metropolitan Areas have lost inhabitants during the period under consideration; exceptions are Berlin, Freiburg (in the upper Rhine-Basel region) and Augsburg. Berlin has started a new growth period in the 70'ies, after the inner German treaty of 1971, but stagnated during the late 70'ies, and gained inhabitants only during the mid 80'ies. Freiburg, with a growth report almost doubling that of Berlin, has a particularly favourable landscape position at the edge of the black forest, and a situation close to France and Switzerland; the exceptional growth is due to an increase in the student and the pensioners population mainly, but also to growing modern industrial activities which seek the contact of the university. Augsburg's growth is only slightly above the general mean, and due to industrial development.

Considering the South-North differential hypothesis, table 2.2.1 exhibits much higher decrease ratios in Northern, compared with Southern MA's. Industrial centers - like Düsseldorf and Essen - do not decrease as much as harbour cities - like Hamburg and Bremen - or service centers - like Hannover and Köln. - Among the Southern centers, München's loss is the highest, followed by Stuttgart: These centers are suggested to claim the best position, due to their advance in high-tech industries during the 80'ies.

Frankfurt, the unquestioned financial capital of the country, also loses to a high degree. Mannheim, center of a chemical industries region, has the smallest loss among the Southern, and indeed among all MA's centers. - Agglomeration centers of the Northern group show decrease rates smaller than those of Northern MA's centers. Highest in decrease is Lübeck, a harbour city. Braunschweig, Aachen and Saarbrücken are centers of industrial regions, characterized by coal and iron industries. But Kiel, Kassel and Münster are service centers, and their decrease is no smaller. Bielefeld is the center of an manufacturing region, formerly mainly in textiles, but has now an university and increasing proportions of modern technology industries. Also Karlsruhe in the Southern group has a well-known technical university and developed into modern technologies: Both centers have decreases, but smaller ones in comparison to others.

Regarding the MA's and agglomeration centers, inspection reveals a few interesting characteristics. With exceptions, all centers are declining, more in the North than in the South. Structural characteristics are less decisive for the degree of decrease of centers, compared with regional position. For MA's, we can hypothesise that change in centers depends differently on structural conditions and of the position of the centers in the respective agglomeration: Southern and service centers seem to "suffer" more from central business expansion, while Northern and industrial centers depend more on structural and regional conditions. - Generalizations for Agglomeration centers is less dependable: Most of them are in the Northern group anyhow. Their centers comprise more of the agglomeration than MA's, and some have no fringe at all. We will have to look into the agglomeration statistics for more detail.

When we look at total MA's and Agglomerations (in table 2.2.2), that is: cores and fringes taken together, we must be aware of the different composition of agglomerations: Some have fringes and some don't, like Berlin (West) and Bremen, and especially many Agglomerations. Some cores consist of the center city only, others are composed of several urban counties.

Testing the North-South differential hypothesis, we can see indeed that there are greater decreases in Northern MA's and Agglomerations than in Southern ones. All Northern MA's decrease, but also Southern do: Frankfurt, Nürnberg and München have negative saldi also including fringe developments. It is mainly the Stuttgart, but also the Mannheim MA's which have grown over the 80'ies. With Agglomerations, the hypothesis holds true still better: All Northern Agglomerations shrink, all Southern grow, and the rates are bigger than for MA's.

All the agglomerations taken together, the performance is negative; the "rural" rest of the country has increasing population numbers. The decrease of agglomerations surmounts the total population reduction of the country: From this point of view, a hypothesis of redistribution of population from larger urban to rural areas can well be suggested, if only on very small proof. This hypothesis concerns the concentration-deconcentration debate. Does the population recently prefer rural settlements to agglomerations? Before we agree to this suggestion, we better have a still closer look on the data.

2.3 Concentration

The usual reference for the deconcentration hypothesis is to a change in population distribution by size of community (see table 2.3.1). And indeed, there is more decrease in the sum of large, more increase in that of small communities - at least for the early years of the 80'ies.

Regarding the MA's and agglomeration centers, inspection reveals a few interesting characteristics. With exceptions, all centers are declining, more in the North than in the South. Structural characteristics are less decisive for the degree of decrease of centers, compared with regional position. For MA's, we can hypothesise that change in centers depends differently on structural conditions and of the position of the centers in the respective agglomeration: Southern and service centers seem to "suffer" more from central business expansion, while Northern and industrial centers depend more on structural and regional conditions. - Generalizations for Agglomeration centers is less dependable: Most of them are in the Northern group anyhow. Their centers comprize more of the agglomeration than MA's, and some have no fringe at all. We will have to look into the agglomeration statistics for more detail.

Table 2.3.1: Development of Community Population in West Germany 1980-1986

size of community	nb.of comm. of same class		inhabitants in thousands		change of population	
	M80	M86	M80	M86	1980=1 mille R 86/80	1980=1 mille R 86/80
<100	194	203	12,5	13,4	1,0720	11,655
100- 200	414	406	63,5	61,9	0,9748	-4,244
200- 500	1124	1104	387,1	378,0	0,9765	-3,957
500- 1.000	1372	1368	1.013,1	1.012,8	0,9997	-0,049
1.000- 2.000	1613	1572	2.302,8	2.244,3	0,9746	-4,280
2.000- 3.000	825	840	2.017,3	2.044,1	1,0133	2,202
3.000- 5.000	881	889	3.426,4	3.446,8	1,0060	0,990
5.000- 10.000	954	969	6.764,1	6.825,6	1,0091	1,510
10.000- 20.000	628	648	8.666,8	8.899,4	1,0268	4,424
20.000- 50.000	342	355	10.240,9	10.626,3	1,0376	6,176
50.000-100.000	86	82	5.779,2	5.548,5	0,9601	-6,767
100.000-200.000	36	35	4.896,4	4.676,1	0,9550	-7,643
200.000-500.000	19	19	5.454,4	5.279,4	0,9679	-5,420
500.000 u.m.	12	12	10.536,3	10.083,9	0,9571	-7,288
all communities	8500	8502	61.560,8	61.140,5	0,9932	-1,141

Source: StJbBRD 1981 & 1988
 Figures from register updating, not corrected for 1987 census returns

When we look at total MA's and Agglomerations (in table 2.2.2), that is: cores and fringes taken together, we must be aware of the different composition of agglomerations: Some have fringes and some don't, like Berlin (West) and Bremen, and especially many Agglomerations. Some cores consist of the center city only, others are composed of several urban counties.

But there are problems in a simple interpretation of this table. The first of them is that this table is based on figures produced before the 1987 census; and this census has proven these figures to be incorrect. The basis for this table has therefore not been

published again after the results of the census became known. The error in the community and county figures revealed by the census is not regular; or, at least, no simple regularity has been manifested. The error is due to mistakes in migration registration, and it may well be that it is larger for student, military, and foreign populations. But this has not been proven, and thus the error cannot be corrected systematically, but only linearly.

Taking the old figures as they are, it is true that the group of very small communities below 100 inhabitants has gained population considerably, but that of small ones between 100 and 2000 inhabitants has lost. So has that of large communities above 50 thsd. inhabitants, while the groups of medium size communities have grown.

But, in the medium ranges of the table, the population numbers depend to a certain extent on the numbers of communities in each group or category. The mean size of communities has grown in some categories, where total population has declined, and vice versa, due only to change in community numbers.

Table 2.3.2: Population Development in West Germany

period	total change thsds.	total change relat.	total change R*1000	natur. change thsds.	migr. change thsds.
M87-M88	341	1,006	5,583	-13	354
M86-M87	67	1,001	1,098	-28	95
M85-M86	35	1,001	0,574	-61	96
M84-M85	-151	0,998	-2,470	-97	-54
M83-M84	-257	0,996	-4,187	-115	-142
M82-M83	-213	0,997	-3,458	-118	-95
M81-M82	-67	0,999	-1,087	-109	42
M80-M81	125	1,002	2,031	50	75
M79-M80	156	1,003	2,541	49	107
M78-M79	32	1,001	0,522	-78	110
M77-M78	-69	0,999	-1,123	-231	162
M76-M77	-155	0,997	-2,517	-222	67
M75-M76	-273	0,996	-4,414	-194	-79
M74-M75	-224	0,996	-3,609	-1	-223
M73-M74	84	1,001	1,355	188	-104
M72-M73	290	1,005	4,700	111	179
M71-M72	417	1,007	6,805	120	297
M70-M71	629	1,010	10,371	232	397
M69-M70	584	1,010	9,722	126	458

Notes: My calculations from official statistics: Annual periods: from and to mid-year.
 Total relat. change: previous year = 1,0. R*1000: geom. annual growth rate * 1000.
 Natural change: births minus deaths. Migration change: saldi; own additions from
 official statistics (poss. incomplete). Natural and migration statistics recalculated.

One more of the problems inherent in this argument is that table 2.3.1 does not respect the position of the communities regarding agglomerations versus peripheral regions: It may well be that smaller communities grow if they are situated closer to agglomerations, especially if situated within the fringes, and still decline in peripheral regions. We will discuss the concentration-deconcentration debate in the frame of the agglomeration concept.

Another problem in the argument is that this change goes along with population decline in West Germany in general. This tendency was obvious for the period 1974-1978 already (see table 2.3.2). Natural decrease is a permanent characteristic of the population in West Germany ever since 1975, with the exception of 1979-1981 only (mainly due to larger cohorts entering the family formation age, and a slight increase in period fertility representing later first delivery); the figures in the table represent the total residential population, not just that of German citizenship. Positive immigration saldi are also characteristic for West Germany, except for three years following the 1973 oil crisis, and during the period 1982-1985, when political measures tried to reduce the foreign population successfully. With 1988, immigration has again reached a peak - starting with Germans coming from Russia and other East European socialist countries ("Aussiedler"), and with an increase of foreigners seeking asylum. The number of refugees and migrants from GDR ("Übersiedler") increased only in late 1988 and dramatically in 1989; this is the reason why this analysis terminates mid of 1988.

Regional and communal change cannot dependently be evaluated without taking account of changes in the population potential available for internal distribution. The total balance for the period 1980-1988 is negative by 120 thousands; and this saldo is due mainly to the negative change during 1982 to 1985. From 1985 to 1987 the positive saldo was modest, but in 1987/8 it became considerable.

Table 2.3.3: Concentration of Settlement in West Germany, 1980-1988

Data base	nb.of parti tions	LCR's for 1980 M	LCR's for 1988 M	diffe-rence of LCR's
A: Total MA's and Agglomerations, single	25	0,3723	0,3668	-0,0054
B: Total MA's, aggl., single fields and rural reg.	46	0,3739	0,3721	-0,0018
C: Northern vs. Southern agglomerations, sums	5	0,3654	0,3604	-0,0050
D: All counties, single	338	0,4097	0,4029	-0,0068
E: Core, fringe, field sums of aggl.	7	0,3618	0,3567	-0,0052
F: Core, fringe, field sums of aggl., rur. cities	8	0,4219	0,4176	-0,0043
G: Service and industrial aggl., sums; rur. reg.	14	0,4334	0,4296	-0,0037
H: MA's centers and rest of cores	21	0,0112	0,0139	0,0027
I: MA's cores and fringes	22	0,2903	0,2785	-0,0118
J: MA's cores, fringes and fields	32	0,4657	0,4570	-0,0087
K: Agglomerations cores and fringes	15	0,3935	0,3837	-0,0098
L: MA's and agglomerations, cores, fringes, fields	59	0,3984	0,3899	-0,0085

Note: Partitions A-G sum up to the FRG total; other partitions in lines H-L measure only concentration within agglomerations, that is: centralization versus decentralization.
 LCR ist calculated from tables with absolute population data, ordered by size of area of partitiones or regions in that table, as:

$$L = \frac{(\text{Sum over all cases } i \text{ of } ((P_i - P_j) * A_i) + ((P_i - P_j) * (A_i - A_j) / 2))}{L} = \text{LCR}$$
 where L = 0,5 is the maximal possible concentration value,
 and P_i is the accumulated percent portion of population in region i
 and A_i is the accumulated percent portion of area in region i in sq.km's,
 with j being the region preceeding i in the order of increasing area portion

Also urban growth during the 80'ies is not linear; the results of urban analysis are heavily influenced by general changes. If the balance of urban growth is negative for the period 1980-1988, this also is due mainly to the years before 1985; after 1985, urban growth starts again.

We will not go into a detailed analysis of these temporal changes of urban growth in West Germany, just for lack of space. But it is important to keep in mind that the figures of this paper do reflect both, years of urban decline and years of urban growth. Statements about urban decline in West Germany are particularly influenced by observations prior to 1985; there have been no empirical corrections to opinions formed during this time. One of the reasons is the late publication of 1987 census results, and even later corrections of figures published earlier, most of them not yet corrected till now. For this reason, the present analysis had to be founded on own corrections of data prior to 1987 for counties. The total population column in table 2.3.2 is the first based on official corrections. The other columns in that table had to be adapted to these figures by the author.

As a consequence from this table, we must assume that urban decline in West Germany during the period under consideration is not merely - and possibly not at all - an urban phenomenon. To a large degree, at least, it is reflecting general demographic change. Urban decline in the early 80'ies is (also) due to natural decreases during these years, and to the fact that these have been accumulated with negative *saldi* of external migration. In other words: Urban decline, as analysed in this paper, is very much a phenomenon due to demographic decrease of urban populations, combined with a migration surplus of foreign inhabitants. Foreign families reside mainly in larger agglomerations, and there is little internal migration by foreigners; so the resulting impact on agglomeration change is a direct effect of external (not internal) migration. It is not (mainly, at least) a result of changed preferences for rural, and against urban, living, but of demographic decreases within agglomerations, including natural decline, and of easier access to suburban housing, and of foreign external migration.

This finding does not mean that the concentration question has become obsolete. Concentration or deconcentration may just the same be the result of demographic changes other than internal migration. And, in lack of thorough migration analyses for West Germany, we are not yet able to assign urban change in toto to these demographic changes and entirely reject the internal migration hypothesis. We will first have to assure the fact of concentration or deconcentration in West Germany.

The usual measure of concentration is the Gini coefficient or the Lorenz concentration ratio (LCR, see f.e. Hoover, 1971, 211 ff.). The Gini coefficient is more suitable for theoretical considerations: The Lorenz curve is being assumed to be continuous in this approach. The LCR, in contrast, can be calculated from statistical distributions, which are discrete. Otherwise, there is no difference between both measures. We therefore have to take advantage of the LCR measure.

The LCR values differ considerably by the partition of the unit to be analysed (see table 2.3.3). Resultant indices from differing partitions should not be compared. An answer to the question: Does urban development lead to more or less concentration of settlement? cannot be given by just one measurement alone.

The value of the LCR's indices represent the portion of "total concentration" present in the table from which the LCR's are being calculated. Total concentration, measured by LCR, is an extreme limit value of 1, representing an situation where - in our

application - all population would reside in only one of the areal parts alone. Total deconcentration, or absolutely even distribution, is the other limit value of 0, where each of the areal units in the partition of the table analysed would house that portion of the total population that would be equivalent to the portion of area in that particular unit.

LCR ratios A-G, in the table, represent concentration in the whole country. Numerical basis of the values in line A is table 2.2.2: All total MA's and Agglomerations, i.e. core and fringe together, and "rest of country" in one lump sum. The LCR value in this line gives thus the concentration among the total agglomerations in comparison the rural regions altogether.

Line B is based on a table, where all total agglomerations are being represented as in line A, but rural regions are being divided between fields and rural structural types (industrialized, agrarian, tourist and peripheral). Fields are being represented separately for each of the agglomerations. The values of LCR in line B therefore mean the concentration among agglomerations, fields and rural settlement types.

In line C, Northern MA's are all summed together, and similar sums are formed for Southern MA's, Northern and Southern agglomerations, and all rural areas, including fields, are given in one sum only. The LCR ratio therefore describes the North-South differential concentration.

As a contrast, line D gives the concentration value among all 328 single counties in the country, irrespective of their aggregation for the rest of the analysis.

The table, on which the line E LCR's values are based, is being formed of sums for all cores, fringes, and fields of MA's and Agglomerations taken together, all other rural regions represented in one bulk sum only. The LCR values therefore describe the general concentration in zones of agglomerations.

The next line, F, is based on the same table, except that rural regions are being separated by urban and rural counties. In G, service and industrial MA's and Agglomerations are being separated, and for each of these partitioned into core, fringe, and field sums; and for rural regions, urban and rural counties are each summed for structural types, industrialised, agrarian, touristic and peripheral counties each together.

As a result, we can see that all LCR values in lines A-G decline from mid of 1980 to mid of 1988; so do, indeed, LCR values in all lines in the table, except for line H: Respective to the partitional basis of the underlying absolute figures tables, concentration has diminished in West Germany in the period under consideration. Differences are not very large; but the consistency of the table is not to be mistaken. This means that deconcentration applies relative to all counties (D), among all agglomerations (A), also regarding differentiated types of rural settlement (B), from North to South (C), between cores, fringes and fields (E), also including rural cities and counties (F), and from industrial to service agglomerations (G).

The last line considered here (G) represents the highest degree of concentration, but the smallest value for deconcentration in the upper part of the table: Population is more concentrated in industrial areas, and deconcentration into service areas is not too strong (last column). The next highest degree of concentration is given in line (F), but this is strongly influenced by urban concentration in rural regions, as becomes clear from comparing (F) and (E). Both lines have high deconcentration values: There is some change from urban to rural areas in West Germany. We have noted above that this does not mean necessarily: Migration from urban to rural areas, but incorporates also: More natural decline and outmigration in urban places as compared with rural areas.

Smaller concentration values will be found in lines (A) and (B): The concentration differences among agglomerations are not too impressive. But line (A) shows one of the larger deconcentration values in the last column: There is less decline in smaller than in larger agglomerations. Differentiation of rural areas by structural types of counties considerably diminishes this deconcentration value: In rural areas more concentration takes place than among agglomerations. This is due particularly to the growth in touristic areas (Alpenvorland) in contrast to decline in industrialized rural areas, while agrarian and peripheral areas have a comparatively positive report; we will come back to this finding.

Line (H) to (L) do not demonstrate total concentration in the country: The absolute values tables on which these LCR's are being based exclude rural areas. LCR values therefore mean only concentration within agglomerations, that is: Centralization versus Decentralization.

2.4 Decentralization

The decentralization question concerns the relation between cores and fringes in agglomerations, that is, the "urban cycles" hypothesis. There is a discussion in West Germany, whether this country is still in the "suburbanization" phase or whether it has "already entered the 'desurbanization' phase" of the cycles scheme. Suburbanization is being defined in this scheme by decreasing cores and increasing fringes. Desurbanization means that both, cores and fringes, loose inhabitants.

We have already demonstrated that this scheme does not take account of general population changes: The relative weight of agglomeration populations in the nation alone makes sure that general population change must have an impact on urban growth and decline. A hypothesis, assigning urban decline to internal migration - or, indeed, to a loss of attractivity of agglomerations - alone can be misleading, if total population shrinks. Additionally, agglomerations are the main living zone for immigrants. Therefore, if immigration to the nation is large, mainly agglomerations will profit; if emigration surmounts, agglomerations will be more affected than rural regions. Natural population change and external migration thus may have a stronger impact on urban growth and decline than internal migration.

The urban cycles scheme has been developed after observations in the United States (Berry, 1973, a.o.), and Europe (see Hall & Hay 1980) and from theoretical considerations (L.Klaasen in V.d.Berg a.o., 1982). No empirical test has been applied to the scheme regarding West Germany so far (except that of the CURB group included in international comparisons, see V.d.Berg a.o., 1982). We can add some arguments to the discussion based on our analysis of urban development in West Germany. The judgement is usually based on a comparison of core and fringe developments of MA's in the nation. We have this comparison in lines (H) to (L) of table 2.3.3.

LCR's in line (H) demonstrate a rather small concentration value, and a small, but positive concentration difference as well. It is based on MA's alone: Between centers and cores of West German MA's, there is little difference in concentration. Other core cities, besides the centers of MA's, are just as densely settled, and house just as many people, relative to their area, as the centers themselves. The low concentration values are not surprising: A good portion of additional core cities is situated in the Ruhr and the Rhine MA's, where many and large urban counties belong to the same agglomerations. Also in other MA's - like Bremen - population density differs not too much between core cities. The centralization effect, as revealed by the difference of the LCR values of 1980 and 1988, is more interesting: There has been a centralization in the centers of cores of MA's during the period under discussion. The change is not large indeed, but it is there: The finding is an argument against the hypothesis of loss of attractivity of MA's centers in the recent past, if not a very strong one. This may have to do with gentrification processes; but if we consider the cases concerned - particularly the Ruhr and Rhine MA's - gentrification might be not strong enough an explanation. Even in Frankfurt, gentrification will supposedly not surmount the effect of increasing centralization of foreign inhabitants in the MA's centers. Medium Agglomerations are less relevant for LCR values based on centers and additional core cities: They rarely have more cities in the core besides the center.

The conventional test of the urban cycles hypothesis is given in line (I) of table 2.3.3: There is a concentration difference between (total) cores and fringes of MA's - which is banal. But there is also change in this concentration, meaning a decentralization from cores to fringes; and this change has the largest value in the table. This is the classical argument for suburbanization: The population weight moves from cores into fringes.

Recently, an additional hypothesis has been put forward against the desurbanization hypothesis by Parr (1990): Even if fringes also loose inhabitants besides cores, this must not mean a loss in attractivity of MA's. Parr has shown on theoretical grounds that the influence of MA's may extend beyond the conventional limitations of MA's into their "wider setting", that is into the rural regions surrounding MA's. These must, if Parr is right, exhibit positive population changes in contrast to other rural regions further away from MA's.

One preliminary test of this hypothesis is given in line (J) of table 2.3.3. We have distinguished regions around MA's comprizing rural counties, the settlement centers of which are not further away from the MA's center city then 100 km's. We call these

regions the MA's "fields". We have also defined Agglomeration fields with a parameter of 50 km's around Agglomeration centers. This is, indeed, a preliminary test: If the test shows to be successful, it would be better to distinguish within the field areas between counties influenced by the MA or the Agglomeration against others which are not. For the time being, the test made here already proves positively: Line (J) demonstrates relatively high LCR's for MA's, and line (K) somewhat smaller ones for Agglomerations - which is a matter of definition of cores, fringes and fields. But both lines, (J) and (K), reveal also negative changes in LCR's, i.e. decentralization proofs. And this means that decentralization is a process from cores over fringes into fields for both, MA's and Agglomerations.

Table 2.4.1: Population Change in Agglomeration Zones in West Germany 1980-1988 - relative values

agglomeration zones and names	density of zones p.sq.km	popul. change			annual (geom.): 1000 R		
		total 87/80	88/87	88/80	87/80	88/87	88/80
MA's cores							
Berlin core	4.264	1,018	1,017	1,036	2,619	17,286	4,441
Hamburg core	2.117	0,957	1,003	0,960	-6,206	2,970	-5,064
Hannover core	2.438	0,936	1,005	0,941	-9,335	4,720	-7,589
Bremen core	1.534	0,960	1,001	0,961	-5,804	1,255	-4,925
Köln-Bonn core	2.191	0,954	1,008	0,962	-6,655	7,536	-4,892
Rhein-Main core	1.822	0,961	1,014	0,975	-5,605	14,496	-3,114
München core	3.886	0,951	1,018	0,968	-7,138	17,698	-4,067
Rhein-Berg core	2.032	0,951	1,004	0,955	-7,178	4,379	-5,741
Ruhr core	2.037	0,950	1,000	0,949	-7,332	-0,419	-6,471
Stuttgart core	1.927	0,971	1,014	0,985	-4,130	14,292	-1,846
Rhein-Neckar core	1.683	0,980	1,012	0,992	-2,844	11,891	-1,014
Nürnberg core	1.933	0,976	1,011	0,987	-3,402	10,588	-1,664
Agglomeration cores							
Kiel core	2.164	0,964	1,006	0,970	-5,219	6,027	-3,820
Kassel core	1.762	0,954	1,005	0,958	-6,734	4,870	-5,291
Münster core	816	0,962	1,002	0,964	-5,556	2,088	-4,604
Karlsruhe core	1.517	0,979	1,010	0,989	-2,973	9,628	-1,406
Freiburg core	1.189	1,052	1,019	1,072	7,297	18,626	8,707
Lübeck core	982	0,944	1,000	0,944	-8,179	-0,461	-7,217
Braunschweig core	790	0,958	1,003	0,960	-6,162	2,834	-5,042
Bielefeld core	1.199	0,967	1,011	0,978	-4,827	11,238	-2,833
Osnabrück core	1.262	0,966	1,003	0,969	-4,885	2,606	-3,952
Aachen core	1.442	0,969	1,010	0,979	-4,437	9,837	-2,664
Saar core	808	0,966	0,996	0,962	-5,002	-3,925	-4,868
Augsburg core	1.669	0,991	1,011	1,002	-1,310	11,453	0,276
MA's fringes							
Hamburg fringe	395	1,006	1,008	1,014	0,841	8,120	1,748
Köln-Bonn fringe	494	1,027	1,008	1,035	3,768	8,041	4,301
Rhein-Main fringe	549	1,008	1,010	1,018	1,194	9,677	2,250
München fringe	388	1,059	1,012	1,071	8,184	11,966	8,656
Rhein-Berg fringe	629	0,997	1,006	1,004	-0,399	6,440	0,453
Ruhr fringe	582	0,994	1,007	1,001	-0,801	6,823	0,148
Stuttgart fringe	506	1,016	1,012	1,028	2,300	11,553	3,452
Rhein-Neckar fringe	403	1,018	1,007	1,024	2,482	6,647	3,002
Nürnberg fringe	309	1,041	1,012	1,053	5,725	12,135	6,524

continuing Table 2.4.1

Agglomeration fringes							
Karlsruhe fringe	338	1,019	1,006	1,026	2,704	6,310	3,154
Bielefeld fringe	365	0,990	1,004	0,994	-1,446	4,208	-0,741
Saar fringe	449	0,985	0,999	0,983	-2,213	-1,498	-2,124
MA's fields							
Hamburg field	150	1,028	1,005	1,033	3,899	4,879	4,022
Hannover field	208	0,994	1,006	1,000	-0,861	6,178	0,016
Bremen field	91	0,999	0,998	0,997	-0,157	-1,821	-0,365
Köln-Bonn field	208	1,006	1,006	1,012	0,803	6,462	1,509
Rhein-Main field	245	1,009	1,008	1,017	1,222	7,970	2,063
München field	160	1,047	1,014	1,062	6,651	14,197	7,591
Stuttgart field	226	1,032	1,012	1,045	4,538	12,252	5,499
Rhein-Neckar field	210	1,005	1,006	1,011	0,702	5,959	1,357
Nürnberg field	109	1,028	1,007	1,035	3,984	6,534	4,302
Agglomeration fields							
Kiel field	131	1,001	1,001	1,001	0,105	0,619	0,169
Augsburg field	160	1,055	1,010	1,066	7,729	10,022	8,015
Kassel field	172	1,008	1,001	1,009	1,117	1,305	1,141
Münster field	191	1,010	1,004	1,015	1,428	4,419	1,801
Karlsruhe field	281	1,016	1,008	1,024	2,289	8,050	3,007
Freiburg field	165	1,035	1,009	1,045	4,974	9,478	5,536
Braunschweig field	152	0,975	0,998	0,973	-3,662	-1,768	-3,425
Osnabrück field	139	1,025	1,004	1,029	3,588	3,844	3,620
Aachen field	521	0,996	1,003	0,999	-0,508	2,916	-0,081
MA's zones totals							
all MA's cores	2.203	0,964	1,008	0,971	-5,271	7,690	-3,660
all MA's fringes	514	1,010	1,009	1,019	1,481	8,563	2,363
all MA's fields	165	1,014	1,007	1,021	1,951	6,710	2,545
Agglomerations zones totals							
all Aggl. cores	1.105	0,970	1,006	0,975	-4,381	5,534	-3,147
all Aggl. fringes	383	0,995	1,003	0,998	-0,651	2,675	-0,236
all Aggl. fields	178	1,013	1,004	1,018	1,907	4,405	2,219
rest of rural areas	133	1,000	1,003	1,004	0,039	3,308	0,447
total FRG	247	0,993	1,006	0,998	-1,056	5,890	-0,190

In line (L), both agglomeration types (MA's and Agglomerations) are being taken together, and the result is the same. Also in line (B), we have already measured total agglomerations against fringes; there the result points in the same direction, but it is being influenced by changes in the rural regions, and thus this LCR is not entirely convincing in favour of the Parr hypothesis.

We have to examine the figures basing the LCR's in more detail (see table 2.4.1).

2.5 Expansive Agglomeration

When we look at the summed totals of all MA's and of all Agglomerations, the result becomes pretty clear, and strongly backs the Parr hypothesis put forward above, particularly for MA's.

For the 1980-1987 period, as well as for the total period 1980-1988, cores of MA's and of Agglomerations loose population. Fringes of MA's gain inhabitants: For MA's,

the suburbanization phase hypothesis applies. For Agglomerations, this is not the case: Fringes decrease; Agglomerations seem to be in the desurbanization period. But for both, MA's and Agglomerations, the fields grow: i.e. the urbanization process has surpassed the agglomeration areas and continued into "the wider setting", the "fields". The growth of fields of MA's and of Agglomerations is of similar magnitude.

But there are precautions to be taken: This tendency is not true for the 1987-1988 period; it must not be true for each of the MA's and Agglomerations; and: We have to ascertain that the growth of fields is being determined by the agglomerations, and not a general phenomenon regarding rural areas.

During 1987-1988 cores grow, as do fringes and fields, both in MA's and in Agglomerations. And indeed (as shown above) this growth did already begin in 1985: Decreases in the 1980-1985 period must have been even more severe as to determine the values for the total period 1980-1987. The change is due mainly to external migration. We will have to establish another data set to make this all clear. For the time being, our tables suffice to demonstrate that the scheme of urbanization cycles can be applied to West Germany only for the past, prior to 1985.

Fringes for MA's are usual, in West Germany, but not for Agglomerations: Only two of them do have fringes. The application of the result of sums of all Agglomerations to each of them is dubious. FUR's would be a more equivalent concept of analysis here; but this does require another kind of data set as well. - We will try to explore the rural regions question somewhat later.

Almost all single MA's and Agglomerations have decreasing cores - Berlin is the only exception among MA's; Freiburg and Augsburg are exceptions among Agglomerations. Almost all MA's have increasing fringes; only exceptions are the Ruhr and the adjacent Rhein-Berg (Düsseldorf) MA's - backing the "old industrial syndrom" hypothesis like the Saar Agglomeration. Bielefeld is a different case - it can be labelled "old industrial" only if this term is being applied not only for montan, but also for textile industry centers. If this be done, other former textile industry centers must be compared as well. - Karlsruhe is the exception from the rule: It is the only Agglomeration with a growing fringe, i.e. with suburbanization character.

For 1987-1988 all single cores grow (except Ruhr and Saar) and all fringes grow (except Saar only: even the Ruhr and the Rhein-Berg fringes have recovered). The indices covering the whole period of 1980-1988 exhibit a clear suburbanization scheme, except for growing cores in Freiburg and Augsburg (the increase of 1987-1988 here surmounting the previous losses), and for two out of three Agglomerations with decreasing fringes.

Growth rates of more then one p.c.p.a. like those in the cores of Berlin, Bielefeld, Rhein-Main (Frankfurt), Rhein-Neckar (Mannheim-Heidelberg), München, Stuttgart, Freiburg, Augsburg and Nürnberg, in the fringes of München, Stuttgart and Nürnberg, and in the fields of München, Stuttgart and Augsburg in the 1987-1988 period are considerable: They double the rate for total West Germany (FRG) and they are fourfold that of the rest of rural regions. We can reasonably say that - at least for the

later 80'ies - these cases justify the North-South-Differential hypothesis, the hypothesis of continuous suburbanization, and the hypothesis of agglomeration expansion into "the wider setting" of agglomeration fields - both being arguments regarding the decentralization question.

For most of the agglomerations the same argument applies to the 1980-1987 period as well, particularly the service and the Southern agglomerations. During the early 80'ies, when cores still had shrunk, fringe growth had clearly supported the suburbanization hypothesis, and many fields had already grown far beyond the small rate of growth in the rest of rural regions - not to speak of the general tendency for decline in West Germany. From the results of this analysis, at least, we can reject the desurbanization hypothesis for West Germany.

2.6 Remaining Questions

Not all cases fit similarly to these general statements. And the analysis, in the way produced in this paper, does not answer all questions left.

When we consider fringes and fields, we mean mainly rural counties attributed to agglomerations. And when we find that fringes and fields grow, this must not mean that they grow more then other rural areas: A single aggregate figure for all rural areas does not exclude the possibility of larger growth in some rural areas not attributable to agglomeration attraction.

The figures used are those of populations of counties for different points in time; changes are calculated from differences - they mean saldi. We do not know from these data whether growth is attributable to natural growth or to migration. Probably rural growth is due more to natural growth then to migration; and according to our hypotheses urban growth should be attributed to migration. But in rural counties, particularly those of agglomeration fields, we cannot be sure.

Considering growth in fringes and fields, we may wish to know whether this is due to change in urban or in rural places. The hypothesis that people leave the countryside and move to (mostly nearby) towns and cities could be another argument in the urban growth debate. On the other hand, if people move out of cities, we may hypothesise that they will tend to live in towns rather than on the plain country: many buildings are being sold there to city dwellers, but for recreational use only, and even built for that purpose.

We have considered these questions, if only on limited data.

Table 2.6.1: Population change in rural counties in West Germany 1980-1988 by structural types

Type of density rural counties	nb. of count.	population mid of			annual change geom. means			sqkm's
		1980	1987	1988	87/80	87/88	88/80	
-								
MA's fringe cs.	31	9.910,7	10.011,9	10.094,3	1,452	8,230	2,298	489
MA's field cs.	48	7.287,2	7.398,9	7.450,6	2,175	6,984	2,776	157
Aggl. fringe cs.	8	2.050,1	2.030,9	2.034,0	-1,345	1,519	-0,987	443
Aggl. field cs.	14	2.669,0	2.712,8	2.725,6	2,326	4,735	2,625	161
rur.ind.areas	28	3.916,1	3.907,5	3.920,8	-0,311	3,392	0,151	158
rur.agr.areas	34	5.396,7	5.394,7	5.416,0	-0,052	3,943	0,446	157
rur.tourist as.	13	1.349,5	1.393,1	1.406,4	4,548	9,579	5,180	102
rur.periph.as.	61	7.225,7	7.237,9	7.250,4	0,241	1,729	0,428	99
insgesamt	237	39.804,9	40.087,7	40.298,1	1,012	5,248	1,540	171

As can be seen in table 2.6.1, rural counties show considerable differences in growth. Fringes and fields of MA's exhibit the expected pattern of extended suburbanization: fields grow more than fringes for the longer period 1980-1987, and almost the same in 1987-1988. The difference is mainly in density: Field rural counties are still less settled. This is also true for Agglomeration fringes and fields, but fringes grow only during the last year of analysis. Therefore, fields growth around Agglomerations does not seem to be a thorough argument here for the agglomeration extension hypothesis. It is true that changes in rural areas - except the touristic regions, which are without comparison in any respect - are similar in tendency, and smaller in relative size; but the Agglomeration field counties changes are too different from the fringes changes to allow the field change to be used for a strong argument. We could hypothesise that Agglomeration fringe counties are too little to show strong effects.

It is interesting to note that increases in 1987-1988 are stronger in those rural structural types where decrease was higher in 1980-1987, in industrialized and agrarian rural areas - they may be more influenced by external migration than peripheral areas.

Table 2.6.2 differentiates the picture somewhat, even if only covering a very short period. Only MA's fringes and Agglomerations fields have positive natural population growth figures, even if with rather low values.

Table 2.6.2: Natural and migration change in types of settlement in West Germany, first half of 1987 in thsds. - without Berlin and Bremen state

types of settlement	nb. cs.	population 1.1.87	natural chg. migration				population 25.5.87	change per thsd. inhabit		
			births January	deaths through May	immigr. 25th., 198	exmigr.		natural	migrat.	total
MA's cores	41	13.394,3	49,1	68,2	249,0	232,3	13.391,8	-1,430	1,242	-0,189
MA's fringes	31	9.999,0	40,7	40,1	231,5	219,2	10.011,9	0,054	1,234	1,288
MA's fields	54	7.694,1	31,7	34,7	158,4	148,8	7.700,7	-0,391	1,250	0,860
Aggl. cores	15	3.131,1	11,8	15,5	68,1	66,5	3.129,1	-1,164	0,528	-0,636
Aggl. fringes	6	1.387,8	5,7	5,9	26,5	26,7	1.387,5	-0,151	-0,094	-0,245
Aggl. fields	17	3.128,2	13,7	13,2	60,8	60,9	3.128,6	0,162	-0,031	0,131
all rural count.	161	19.663,1	84,8	89,5	371,3	375,4	19.654,4	-0,239	-0,206	-0,446
West Germany *)	325	58.397,7	237,5	267,2	1.165,7	1.129,7	58.404,0	-0,508	0,616	0,108

*) without Berlin, Bremen and Bremerhaven

For MA's fringes, this may mean that more young families live in suburbs. For Agglomeration fields, it can only mean that regions with larger families are over represented in this category; this may mean that these areas are similar to rural

peripheral areas, and only accidentally included into the field category. It may even be that these counties belong to those of relatively high rural fertility, f.e. in the Osnabrück vicinity. So this finding must not have any value in the sense of our hypothesis. This must be studied elsewhere with more detail.

But the main finding in this table is the fact that only MA's cores, fringes and fields, and Agglomeration cores have surplus immigration. Therefore, MA's do, and Agglomerations do not fit to our hypothesis of expanded agglomeration. These data are from early 1987, that is from a period where population did grow in general, but - as the last line proves - only from external migration. In this situation, even the cores of MA's have surplus immigration, and their general deficit is due only to negative natural growth.

Rural areas, in the lump sum, loose by natural decline and by emigration as well, and so do Agglomeration fringes, if to a lesser degree: These seem to be as much part of rural areas as influenced by agglomerations.

From table 2.6.3 we can learn that towns and cities with more then 10 thousand inhabitants in rural counties - there are 1068 in number altogether - tend to loose population in the 1980-1987 period, while smaller communities gain. The figures underlying this table are own backward corrections of official figures using 1987 census returns; no more recent figures have been published yet on cities and other communities in rural counties after census. So we lack proof for these communities regarding that change in trends which we have been observing in urban counties after 1987.

The development is different in fringes, fields and rural areas. In fringes, the cities shrink on the average; if we differentiate for MA's and Agglomerations and among them for service and industrial agglomerations, we see that the loss is due only to industrial agglomerations, while cities in fringes of service agglomerations grow. This means that suburbanization of service agglomeration incorporates also cities, which then grow, while the desurbanization trend of industrial agglomeration cores includes also cities in the fringe counties, so they decrease. If we would further differentiate by size of cities, we would find that the growth of cities in service fringes is due to smaller cities only; towns with less then 20 thousand grow while larger cities shrink.

Table 2.6.3: Cities of more than 10 thsd. inhabitants and rural communities in rural counties in West Germany, population change 1980-1987

nb. cs.	goup of counties	type	cities		rural comm's.	
			nb. cities >10thsd.	rel.geom. growth 1987/80	rel.geom. growth 1987/80	density 1987
12	MA's serv.	fringe	129	1,064	459	10,525
19	MA's ind.	fringe	171	-0,438	627	4,458
1	Aggl.serv.	fringe	15	1,496	363	3,574
7	Aggl.ind.	fringe	57	-3,332	466	32,337
39	MA's+Aggl.	fringe	372	-0,332	532	7,077
31	MA's serv.	field	160	-0,211	271	2,480
16	MA's ind.	field	40	2,270	298	4,110
9	Aggl.serv.	field	51	1,333	259	2,524
4	Aggl.ind.	field	15	1,163	339	3,753
60	MA's+Aggl.	field	266	0,489	275	3,056
25	rural ind.c's		77	-0,400	265	1,791
28	rural agr.c's		124	-2,466	261	0,822
10	rural tour.c's		27	1,458	284	4,708
75	rural periph.c's		201	-2,215	213	2,070
138	all rural areas		429	-1,803	238	1,966
237	all rural counties		1068	-0,730	325	2,792

For all categories, small communities below 10 thsd. inhabitants in fringe counties tend to grow; and this growth is considerably larger than that of cities in service agglomeration fringes. The growth is highest in fringes of industrial agglomerations. But it seems doubtful that this growth can be attributed to agglomeration effects, although the change is much larger than in any of the rural area categories - these counties are selected only by distance, not by measures of connectedness to the agglomeration center. Also in rural communities of service MA's and Agglomerations the growth is considerable. And here, the effect of the core regions of these agglomerations is pretty clear, as even the cities grow in these fringes. I would argue that this holds true also for industrial MA's fringes, although the cities do shrink there: It may be that all growth which these centers still have takes place in the small communities of fringes - and fields.

Because: there is growth in the fields of these MA's as well, and there the cities have gains as well. Similarly, the fields of service MA's grow, if only in the rural communities. These cases seem to be the best proofs for the "expansion of agglomerations into the fields" hypothesis: the growth indicators are much higher than in most rural regions. Similar index values for Agglomerations seem to be less convincing as they are closer to other rural area values and there the growth of fringes has a different character.

The pattern of shrinking cities and growing rural communes continues in rural areas, except for the touristic regions. As we have seen above, this growth is due to natural increase, and cities lose inhabitants by emigration beyond their natural losses.

Urbanization in West Germany prior to unification, we have seen, is mostly due to external migration. Internal migration is mainly short distance, and the direction is from smaller to larger cities, and from larger cities cores into small communities of fringes and fields. It is very much a process of filling up the settlement reserves of zones around agglomerations, and it reaches out into the fields particularly there and for those MA's where the fringes are being fully settled already.

3. Urbanization in East Germany (GDR) 1980-1988

After unification, it would have been plausible to continue urbanization analysis for the hole area of the newly formed nations territory. It would have been natural also to follow the same criteria as before. But it became clear soon that this would not do justice to the area of the former GDR territory. Patterns of settlement structure and development have developed too differently in the time of partition of these parts of Germany. The tendencies just described for West Germany proved to be the result of her particular kind of social development, and that of the GDR proved to be too different to be put into one sum. We will examine this development by the same criteria only in short here.

3.1 Comparative Criteria

The criteria applied should be the same for both cases, and the same questions to be considered: Regional differential, concentration or deconcentration of population in agglomerations, centralization or decentralization of these agglomerations in zones, and expansion or concentration of the agglomerations. Using the same criteria reveals the differences of settlement patterns and changes as a consequence of different social developments. Only few alterations seemed necessary: Not all fringe counties reach the density margin of 300 inh.p.sq.km - obvious interrelations and densities far beyond rural conditions suggested to include some counties with about 240 inh.p.sq.km's. - In almost all questions we have raised, the findings concerning the GDR development of settlement patterns are contradictory to those in West Germany.

3.2 South-North Differential

There are obvious differences in settlement patterns in the GDR area. The Northern part, now mainly incorporated in the state of Mecklenburg-Vorpommern, is mostly of rural character. There is but one exception to that, the Agglomeration of Rostock. This city is industrial, predominantly characterized by ship yard industries, like other smaller cities in the coastal region.. - The Southern part - now Sachsen state, and also parts of the states of Sachsen-Anhalt and Thüringen, and of the South-East corner of Brandenburg - are strongly industrialized.

When we apply the criteria used in this analysis, we still get peculiar results: Northern and Middle agglomerations grow, during the period considered, 1980-1988, and

Southern agglomerations shrink. But rural areas decrease as well in the South, while they grow in the North (see table 3.2.1).

Industrialization in the GDR was very much of the "old industrial" character, as we considered in West Germany, for the Ruhr, the Saar and other agglomerations. It is predominantly coal and steel industries, also brown coal extraction and procession, and traditional chemical industries. But even though, the ship yards in Rostock do not fit into the picture, because this is definitely one of the "old" kind industries. And "modern", high tech industries had been situated in the South of the country, scattered across a highly industrialized region; and agglomerations there did not grow as well, in population.

Table 3.2.1: South-North-Differential GDR 1980-1988

	area sq. km	Population thsd. end of year		density change p. sq. km R pc	
		1980	1988	1988	1980-88
Northern Agglomeration	181	232,5	254,0	1.403	1,111
Northern rural areas	24.366	1.677,2	1.678,0	69	0,006
Middle agglomerations	675	1.572,5	1.718,0	2.545	1,112
Middle rural areas	42.602	4.015,9	4.008,8	94	-0,022
Southern agglomerations	6.465	3.959,9	3.856,2	596	-0,331
South rural areas	34.055	5.280,4	5.161,0	152	-0,285
North total	24.547	1.909,7	1.932,0	79	0,145
Middle total	43.277	5.588,4	5.726,7	132	0,306
South total	40.520	9.240,3	9.017,2	223	-0,305
total GDR	108.344	16.738,3	16.676,0	154	-0,047

Source: county populations from
Regional report 1990, p. 90 ff. (see Bibliog.)
all calculations mine, P.M.

Two observations can be made here, just from general knowledge, applied to the data as presented here. Industry and agriculture have been socialized in the GDR, and therefore did not react to "capitalist" rules. Economic success was no criterion for increase or decrease of employment. Branches - ship yards, extraction, steel, or goods production - did not change in employment in respect to economic or technological development. - The other observation is, that total population decreased in the GDR as well, if not to a very large degree. So positive saldi must generally mean to-migration. Only: it is not the economic situation that is responsible for this development in the North, neither in Rostock agglomeration, nor in the countryside.

So the North-South differential, despite of being rather strong in the GDR, has little similarity with that of West Germany.

3.3 Concentration

When we apply the same criteria as before, we can define seven agglomerations in the GDR, three are MA's - Berlin (East), Leipzig, and Dresden - and four are medium Agglomerations - Rostock, Magdeburg, Erfurt, and Chemnitz (then: Karl Marx-Stadt).

There is still another agglomeration of comparative size, around Cottbus. But as this city has only 130 thsd. inhabitants, I have not included her into the agglomeration analysis, but considered her to form a smaller agglomeration in a more rural region.

Table 3.3.1: MA's, Agglomerations, and Rural Regions, GDR 1980-1988

MA's, Aggl.'s, rur. regions name	type	nb. area		population thsd.		dens. R pc	
		of c's	sq. km	end of year 1980	1988	1988 sq. km	1980-88
Berlin (DDR)	MA	2	503	1.283,4	1.427,4	2.838	1,338
Leipzig	MA	9	2.342	1.581,7	1.531,3	654	-0,404
Dresden	MA	3	897	715,1	704,7	786	-0,183
Rostock	Aggl	1	181	232,5	254,0	1.403	1,111
Magdeburg	Aggl	1	172	289,0	290,6	1.689	0,067
Erfurt	Aggl	2	157	275,3	283,4	1.805	0,365
Chemnitz	Aggl	14	3.069	1.387,8	1.336,7	436	-0,467
Berlin (DDR)	MA - field	13	9.291	1.038,6	1.036,0	112	-0,031
Leipzig	MA - field	30	11.262	1.859,9	1.804,6	160	-0,377
Dresden	MA - field	11	5.526	854,9	830,1	150	-0,367
Rostock	Aggl - field	4	2.683	184,1	183,8	69	-0,015
Magdeburg	Aggl - field	5	2.385	318,7	306,9	129	-0,473
Erfurt	Aggl - field	6	3.411	420,2	416,9	122	-0,101
Mecklenburg-Vorp.	rural areas	32	21.683	1.493,1	1.494,2	69	0,009
Brandenburg	rural areas	29	18.833	1.529,3	1.547,6	82	0,149
Sachsen-Anhalt	rural areas	21	12.093	1.129,3	1.118,3	92	-0,122
Sachsen	rural areas	7	2.146	423,5	405,0	189	-0,555
Thüringen	rural areas	29	11.710	1.721,9	1.704,5	146	-0,127
all MA's		14	3.742	3.580,3	3.663,4	979	0,287
all Agglomerations		18	3.579	2.184,6	2.164,7	605	-0,114
all rural areas (incl. fields)		187	101.023	10.973,5	10.847,8	107	-0,144
total GDR		219	108.344	16.738,3	16.676,0	154	-0,047

Density looks rather high in most of the agglomerations (see table 3.3.1). But the reason is mainly that most of them have little or no fringe. The Berlin agglomeration includes only the city of Potsdam as a core addendum, and the relatively low overall density of Leipzig, Dresden, and Chemnitz results mainly from the fact that these agglomerations do have fringe areas around them.

Population development was negative for the Leipzig and Dresden MA's, and for the Chemnitz Agglomeration. In the MA's sum, Berlin overrides the other MA's, and among Agglomerations, Chemnitz influences the mean figure. Rural development is positive in the North states, but negative in the South.

From these figures, we must conclude that there was urban attraction only in certain cases in the GDR, for Berlin, and for medium agglomerations like Rostock,

Magdeburg, and Erfurt. This last Agglomeration includes Weimar, and it is situated in the state of Thüringen, where also other smaller agglomerations lie, like Jena, Gera, and Suhl. Thüringen is a hilly region, has a rather attractive landscape, and old cultural or university cities. This may be one of the reasons why we find more modern industries here, including optics (Zeiß, Jena) and some electronics. Robotron, the most well known computer firm of the country, was in Dresden. - Magdeburg is now the capital of Sachsen-Anhalt state, and has many industrial plants.

The figures in this table reflect the overwhelming attractivity of the capital, Berlin (GDR). Indeed, in the period considered, all districts (15 "Bezirke" were the intermediate regional administration units in the GDR, after the states had been resolved in 1952) had outmigration surplus', except the only one of Gera in Thüringen. And (on a district basis) only Berlin was profiting from this migration. All migration streams saldi headed towards the capital.

There are different reasons being discussed in this respect, all of them of some plausibility. One is that the living conditions, regarding availability of consume goods of some quality were best in Berlin, because the capital had been served best, to represent a better picture to foreign embassy personnel and visitors. For Leipzig, the same was said to be true, but only for the time of the big international fair there. Of course, also cultural life was more vivid in Berlin then elsewhere; this also was subventioned strongly by the state, for prestige reasons. And similarly, the best hospitals where in Berlin, and many institutions of higher learning and research. But also housing was somewhat easier available there, as building was more activated in Berlin then in other cities. - People say that the main political stimulus for this preference for the capital was the attempt to make East Berlin as strong as West Berlin, by inhabitants, and in consumption opportunities. Others argue that regional planning authorities tried to level this tendency off somewhat; but the forces for Berlin where too strong. - It must also be mentioned that almost all powerful agencies had been situated in East Berlin, and therefore most of the powerful people lived there. This may be argument enough for the outstanding preference the capital experienced.

Table 3.3.2: Concentration of settlement, GDR 1980-1988

regional aggregates considered	nb. of partitions	LCR	
		1980	1988
MA's, Aggl.'s, fields, rur.areas	17	0,3619	0,3637
MA's, Aggl.'s, rur.areas: one sum each	3	0,2786	0,2834
single MA's, Aggl.'s; rur.areas one sum *)	7	0,2303	0,2292

*) without MA Berlin (incl.Potsdam)

This tendency for increasing concentration of the capital is probably the most striking feature of the settlement pattern development in the GDR. Compared with West Germany, and its federal character also in settlement patterns and developments, the concentric character of the system becomes impressively visible on the map. And this tendency contrasted strongly to the economic importance of other regions, particularly the Leipzig and Dresden MA's and Chemnitz Agglomeration. The loss of population there (prior to movements preparing and accompanying the unification process) is a

strong signal for the neglect of economic rules (and of the "working men's population") in the country.

We can control the concentration process by LCR's (see table 3.3.2). When we calculate LCR's from all partitions of the country, as prepared for this analysis, the difference of 1980 and 1988 values is little (first line). It is a little larger if we just consider MA's, Agglomerations, and rural regions, each in a total sum (second line). Here the tendency is positive, that is: MA's gain in weight. But it is mainly Berlin that is responsible for this result. So if we exclude Berlin from the calculation (see third line) we get some negative change: Except for Berlin, there is no concentration tendency, but rather deconcentration.

The degree of concentration is not very large; there are wide areas with little population, aside with some regions with high density. And the differences over time are small, to be true. The general population development had been relatively evenly distributed across the country. This development was negative, in general. So decrease was general, increase the exception. In this light the differences observed do make some sense for judgement.

Table 3.4.1: Agglomeration's cores and fringes, GDR 1980-1988

MA or Aggl.	zone of aggl.	nb. of counties	area sq.km	population end of year	thsd. 1980	thsd. 1988	density p.sq.km 1988	R pc annual 1980-88
Berlin MA	center	1	403	1.152,5	1.284,5	3.187	1,365	
Berlin MA	core	1	100	130,9	142,9	1.429	1,099	
Leipzig MA	center	1	146	562,5	545,3	3.735	-0,387	
Leipzig MA	core	3	261	428,4	433,4	1.660	0,144	
Leipzig MA	fringe	5	1.935	590,8	552,6	286	-0,832	
Dresden MA	center	1	226	515,2	518,1	2.292	0,069	
Dresden MA	fringe	2	671	199,9	186,7	278	-0,852	
Rostock Aggl.	center	1	181	232,5	254,0	1.403	1,111	
Magdeburg Aggl.	center	1	172	289,0	290,6	1.689	0,067	
Erfurt Aggl.	center	1	106	211,6	220,0	2.076	0,490	
Erfurt Aggl.	core	1	51	63,7	63,4	1.243	-0,058	
Chemnitz Aggl.	center	1	130	317,6	311,8	2.398	-0,233	
Chemnitz Aggl.	core	1	57	122,1	121,7	2.136	-0,039	
Chemnitz Aggl.	fringe	12	2.882	948,0	903,2	313	-0,603	

3.4 Centralization

One of the most discussed questions in urbanization research is that of suburbanization, that is: decentralization of urban agglomerations. We have therefore defined cores and fringes by almost the same criteria as in West Germany. But the results are not very convincing (see table 3.4.1).

It was not possible to define fringes for all agglomerations, not even for Berlin (GDR). There is a little sign for suburban developments around East Berlin in table 3.3.1, where rural Brandenburg can be seen to grow more than other rural regions. But this is beyond the 50 km field limits, and within these population development is negative. So this Brandenburg growth can hardly be attributed to suburbanization.

Density, although high in urban counties, uses to fall off sharply beyond county boundaries. There is a well established fringe only for Leipzig and Chemnitz, and a smaller one also for Dresden. In the Leipzig fringe, also other cities have been incorporated (Halle, Dessau, and Halle-Neustadt, recently incorporated into the city of Halle) and added to a larger core of the MA. But the Leipzig and Chemnitz examples have not that character of the suburbanization agglomerations like in Western countries; they represent more an industrial region, with strong industrialization reaching far over the landscape.

The figures make this clear: The development in the fringes, where they have been defined, is all negative - there is no suburbanization there.

The fringe question is one difficult to apply to a country like the GDR. Suburbanization is a development stemming from the interest of people to live in less densely settled areas near agglomerations, and from the possibility to find housing there, or build houses on their own. But rarely this condition holds in a socialist country.

Just in contrast, housing used to be a state affair in the GDR, and building was highly industrialized itself. As an effect, almost all larger cities in the country are surrounded by highrised housing blocks in large groups. The "large urban border settlements" are characteristic for the development, and are now posing difficult questions to urban planning. They have been localized mainly within of the city limits, and many of them close to city centers. New cities, like Halle-Neustadt (123 thsd. inhabitants now), have been built entirely this style. But the largest of these developments is again in East Berlin, housing more than 600 thsd. persons. There was a strong belief in this type of expanding high density urbanization, following the ideals of the Corbusier school.

In general, we cannot speak of decentralization in this country. Just to the contrary: Different tendencies combine here into a strong centralistic development - again depicting the type of the system it represents.

3.5 Concentric Agglomeration

As an effect, we cannot speak of expanding agglomeration as a trend in the GDR, but of concentric agglomeration - just the opposite to what we have been observing in West Germany (and in many other countries) for some decades now.

There are no fringes, in the strict sense; so there cannot be fields of agglomeration extension either. We actually have defined "fields" by criteria somewhat loosened, taking only 50 km's for MA's and 25 for Agglomerations (see table 3.3.1). The result is

all negative: There is no such development as in West Germany, where the agglomerations tend to grow into their "wider setting".

3.6 Expectations

All the findings documented here pose major problems to the unification process. It can be said for sure that suburbanization is going to be the strongest trend for the coming decade in the "new states" of Federal Germany. This means that the ownership of land near to agglomerations will be important. As for the next years though, this ownership will be dubious in many cases - after a series of socialization of land, and changes in occupancy during the decades since 1933. The problem has been solved by law regarding industrial and service locations: They have priority above historical ownership quarrels, which may occupy the law courts for many years. But there are more problems to be envisaged.

There is the high density, produced by industrial housing in most cities. Industrial housing of this type has not proved to be very long lasting. Many new buildings need thorough repair, and addition of services, and landscaping, as all old buildings do as well. Presently one of the most serious questions is that of house services - like sewage, water, garbage, electricity, and heating - all having been free of charge in the GDR, and now too costly for many of the occupants.

The biggest problem, presumably, is the concentration wave to be envisaged from the new capital function of total Berlin. The impact of this development could be a mayor stimulant for economic recovery of the country; on the other hand, from the point of view of regional development, it would be advisable to let the federal structure, now introduced also in the former area of the GDR, influence the settlement development in a more balanced way.

4. Conclusions

The analysis of urban development in both German states during the decade prior to unification has led to unexpected observations. The differences in economic and urban structures, landscape and infrastructure between both states had been pretty clear, and so were also those of the political structure. The sincere and obvious marks, this regime has put on the settlement structure and development had not been expected.

It is not only the economy, the buildings, streets and ecological damages which will have to be modernized; it is the total pattern of urbanization which has suffered and needs reconstruction.

This is but one aspect of the problems of unification: human, ecological, economic problems stand in the foreground presently. But there is this challenge: reshaping the urban and rural landscape will be a huge future task of urban and regional development, and it will have to be the result of public participation now. I did not like to speak about something like "federal" or even "democratic" regional structures before, and still less to contrast it to something like "socialist" regional structures. But this analysis has taught me to do so.

Bibliography

- Berg, Leo van den, Roy Drewett, Leo H. Klaasens, A. Rossi, C.H.T Vijverberg: *Urban Europe - A Study in Growth and Decline*, Oxford: Pergamon 1982
- Berry, Brian J.L.: *Growth Centers in the American Urban System*, Cambridge: Ballinger, 1973
- Blasius, Jörg & Jens S. Dangschat eds.: *Gentrification - Die Aufwertung innerstädtischer Wohnviertel*, Frankfurt & New York: Campus 1990
- Brochie, J., Peter Hall & P. Newton eds.: *The Spatial Impact of Technical Change*, London: Croom Helm 1987
- Capron, Daniel & I. Corner: *Subnational Projections and Household Projections by Central Government*, London: OPCS Occasional Paper 38, 1990
- Capron, Daniel: *1989-based Subnational Population Projections for England*, London: OPCS - paper presented at the EAPS-IUSSP European Population Conference, Paris, Oct. 1991
- Castells, Manuel: *The Informational City - Information Technology, Economic Restructuring and the Urban-Regional Process*, Oxford: Basil Blackwell 1989
- Champion, A.G. ed.: *Counterurbanization - The Changing Pace and Nature of Population Deconcentration*, London: Arnold 1989
- Cheshire, P. & D. Hay: *Urban Problems in Europe - an Economic Analysis*, London: Unwin Hyman 1989
- Dangschat, Jens P.: *Urbanization and the Function of Cities in the European Community - The Urban System of Germany, Laboratory for the Entire Europe?* Hamburg: Center of Comparative Urban Research, Ms. 1991
- Fielding, A.J.: *Counterurbanization*, in: *Population Geography - Progress and Prospect*, ed. M. Pacione, London 1986, 224-256
- Frey, William H.: *Migration and Depopulation of the Metropolis - Regional Restructuring or Rural Renaissance?* in: *Amer. Sociol. Review* 52 (1987) 103-125
- Frey, William H.: *Migration and Metropolitan Decline in Developed Countries - A Comparative Study*, in: *Population and Development Review* 14 (1988) 595-628
- Frey, William H. & Alden Speare, Jr.: *Regional and Metropolitan Growth and Decline in the United States*, New York: Russel Sage Foundation (1980 Census Monograph) 1988
- Frey, William H.: *Metropolitan America - Beyond the Transition*, in: *Population Bulletin* 45 (1990) 2, 3-49
- Friedrichs, Jürgen: *Die Städte in den 80er Jahren*, Opladen: Westdt. Verlag 1985
- Friedrichs, Jürgen, Hartmut Häußermann & Walter Siebel eds.: *Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik?* Opladen: Westdt. Verlag 1986
- Giaoutzi, M., Peter Nijkamp eds.: *Informatics and Regional Development*, Aldershot: Avebury 1988
- Hall, Peter, H. Gracey, Roy Drewett, R. Thomas: *The Containment of Urban England*, London: Allen & Unwin 1973
- Hall, Peter & D. Hay: *Growth Centers in the European Urban System*, London: Heinemann, 1980
- Hall, Peter: *Priorities in Urban and Economic Development, - Conference on Comparisons of Urban Economic Development in the USA and in Western Europe, 1950-1987; July, 9-13, 1990 Villa Serbelloni, Bellagio, Italy*, in print
- Haubold, Dieter: *Kennziffern zum Süd-Nord-Gefälle*, in: *Bremer Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, 8 (1985) 21-42
- Hoover, Edgar M.: *An Introduction to Regional Economics*, NY: Knopf 1971
- Irmen, Eleonore: *Zur Entwicklung der Agglomerationsräume in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Informationen zur Raumentwicklung* 1989, 811-822
- Klaasens, Leo H.: *The Future of the Larger European Towns*, in: *Urban Studies* 24 (1987) 251-257
- Läpple, Dieter: *Süd-Nord-Gefälle - Metapher für die räumlichen Folgen einer Transformationsphase: Auf dem Weg zu einem neuen industriellen Entwicklungstyp?* in: Friedrichs a.o. 1986
- Mackensen, Rainer: *Probleme regionaler Mobilität - Ergebnisse und Lücken der Forschung zur gegenwärtigen Situation in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West)*, mit M. Vanberg u. K. Krämer, Göttingen: Schwartz (Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel 19) 1975, 202p
- Mackensen, Rainer: *Regionale Mobilitätsprozesse in der Bundesrepublik Deutschland - mit E. Bergmann u.a.*, Berlin: TUB (Arbeitshefte ISR 12) 1979, 301 p; *Forschungsbericht (textlich identisch) Berlin: TUB* 1976
- Mackensen, Rainer: *Bevölkerung und Gesellschaft in Deutschland - die Entwicklung 1945-1978*, in: *Sozialer Wandel in Westeuropa - Verhandlungen des 19. Deutschen Soziologentages*, ed. J. Matthes, Frankfurt: Campus 1979, 443-464

- Mackensen, Rainer: *Leben im Jahr 2000 und danach - Perspektiven für die nächsten Generationen*, ed. mit E.Umbach u. R.Jung, Berlin: Arani 1984, 213 p
- Mackensen, Rainer: *Bemerkungen zur regionalen Bevölkerungsentwicklung im sozialen Wandel*, in: *Jahrbuch für Regionalwissenschaft*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 7 (1986) 5-25
- Mackensen, Rainer: *Stadtentwicklung 1980/1986 - Agglomerationen und Kleinstädte im neueren Wandel der Siedlungsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Bevölkerung, Wirtschaft, Gesellschaft seit der Industrialisierung*, Festschrift für Wolfgang Köllmann, hgg.v. D. Petzinna und J. Reulecke, Dortmund: Ges.f.westfälische Wirtschaftsgeschichte (Untersuchungen zur Wirtschafts-, Sozial- und Technikgeschichte, Band 8) 1990, 83-100
- Mackensen, Rainer: *Urban Decentralization Processes in Western Europe - Conference on Comparisons of Urban Economic Development in the USA and in Western Europe, 1950-1987*; July, 9-13, 1990 Villa Serbelloni, Bellagio, Italy, in print
- Morrison, P.A. ed.: *Population Movements - Their Forms and Functions in Urbanization and Development*, Liège: IUSSP 1983
- Nelson, Kathryn P.: *Gentrification and Distressed Cities - An Assessment of Trends in Intrametropolitan Migration*, Madison, Wisc.: UP 1988
- Nicholson, Beryl: *The Hidden Component in Census-Derived Migration Data - Assessing Its Size and Distribution*, in: *Demography* 27(1990) 111-119
- Nicholson, Beryl: *Urbanization and Migration - Questioning Some Common Assumptions* - paper presented at the EAPS-IUSSP European Population Conference, Paris, Oct.1991
- Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung ed.: *Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik?* Hannover: NIW 1984
- OPCS: *Subnational Population Projections 1989-based*, London: HMSO, Series PP", no.17
- Ostwald, Werner: *Raumordnungsreport '90 - Daten und Fakten zur Lage in den ostdeutschen Ländern*, Berlin: Wirtschaft 1990
- Parr, John B.: *A Population Density Approach to Regional Spatial Structure*, in: *Urban Studies* 22 (1985) 289-303
- Parr, John B.: *The Metropolitan Area in its Wider Setting - Conference on Comparisons of Urban Economic Development in the USA and in Western Europe, 1950-1987*; Villa Serbelloni, Bellagio, Italy, 1990, in print
- Rodwin, Lloyd & Hidehiko Sazanami eds.: *Deindustrialization and Regional Economic Transformation - The Experience of the United States*, Boston: Unwin Hyman 1989
- Sinz, Manfred & Wendelin Strubelt: *Zur Diskussion über das wirtschaftliche Süd-Nord-Gefälle unter Berücksichtigung entwicklungsgeschichtlicher Aspekte*, in: *J. Friedrichs a.o.* 1986, 12-50
- Sinz, Manfred ed.: *Nord-Süd-Kontraste in der regionalwirtschaftlichen Entwicklung*, Bonn: BfLR (Informationen zur Raumentwicklung 11/12) 1986
- Smith, N. & P. Williams: *Gentrification of the City*, Winchester, Ma.: Allen & Unwin 1985

Data Sources

West Germany (FRG):

- Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, volumes 1980 through 1990, ed. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Stuttgart: Kohlhammer/Metzler-Poeschel
- Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden, volumes 1980 through 1990, ed. Deutscher Städtetag, Köln; Köln: Bachem (for data on cities with 10 to 20 thousand inhabitants only)

East Germany (GDR):

- Fege, B., M. Göbel & H.-U. Jung: *Regionalreport DDR 1990 - Grundzüge räumlicher Strukturen und Entwicklungen*, Berlin-Karlshorst & Hannover: Hochschule für Ökonomie & Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung 1990

Junge Paare in nichtehelichen und ehelichen Lebensgemeinschaften - ein Vergleich¹⁾

L.A. VASKOVICS UND M. RUPP (UNTER MITARBEIT VON G. NUNNER)

1. Problemstellung

Rückläufige Eheschließungsquoten bei gleichzeitig zunehmenden Scheidungsraten führen seit geraumer Zeit zu Vermutungen und Diskussionen über die Bedeutung der Institution Ehe in den modernen Gesellschaften. Sowohl in der öffentlichen als auch in der wissenschaftlichen Betrachtung wurde in den siebziger Jahren ein Zusammenhang mit der Zunahme der Lebensform "nichteheliche Lebensgemeinschaft" hergestellt, was zu der Frage führte, ob diese Lebensform eine auf Dauer konzipierte Alternative zur Ehe darstelle und diese ganz oder zumindest für bestimmte gesellschaftliche Gruppen ersetze²⁾. Bereits die ersten umfassenderen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen dieser Thematik zeigten jedoch, daß dies schon damals allenfalls für einen Teil bzw. ganz spezifische Typen der "paperless units" zutrifft. Mit der Ausdehnung dieser Lebensform auf weite Teile der Bevölkerung, reduzierte sich das Ausmaß, in dem diese Lebensform als bewußte oder prinzipielle Ehe-Alternative konzipiert wurde. Beispielsweise fanden sich bei frühen Campus-Studien in den USA noch überwiegend "Ehegegner" unter den untersuchten nichtehelichen Lebensgemeinschaften³⁾, während bei breiter angelegten Untersuchungen dieser Anteil je nach Land und Stichprobendefinition stark variierte und zwischen knapp der Hälfte und zehn Prozent lag.⁴⁾ Vor allem die jüngeren Untersuchungen belegen eine breite Akzeptanz einer eventuellen Heirat.⁵⁾ Im Zuge der raschen und weiten Verbreitung hat diese Partnerschaftsform inzwischen auch diejenigen Bevölkerungsgruppen erreicht, die keineswegs gegen die Institution Ehe opponieren, insbesondere was die jüngere Generation anbetrifft.⁶⁾

Die heutige Situation scheint - soweit dies auf der Basis der vorhandenen Daten und Erkenntnisse feststellbar ist - durch eine hohe Verbreitung **und** Akzeptanz des Zusammenlebens ohne Trauschein vor allem bei der jüngeren Generation gekennzeichnet zu sein.⁷⁾ Für die diese, insbesondere diejenigen, die noch nicht verheiratet waren, stellt dies jedoch meist keine prinzipielle, sondern vorwiegend eine auf Lebensphasen oder Beziehungsstadien bezogene Alternative zu Ehe und Familie dar. Trotz dieser empirischen Befunde wird in der theoretischen und aktuellen politischen Diskussion immer wieder die These vorgetragen, nichteheliche Lebensgemeinschaften (und auch die neuen familialen Lebensformen) seien grundsätzliche Alternativen zur ehelichen Lebensformen - sowohl in ihrem Selbstverständnis als auch in ihrem

praktischen Lebensvollzug. So wird diese Einschätzung in der Individualisierungs-Debatte vertreten, wobei das Zusammenleben ohne Trauschein als Prototyp einer "entstrukturierten" Lebensbiographie angesehen wird. Auch in der rechtspolitischen Diskussion werden noch immer Stimmen laut, die eine Gefährdung der Familie durch die Verbreitung nichtehelicher Lebensgemeinschaften sehen. In diesen Diskussionen möchten wir mit diesem Beitrag eingreifen.

Wir wollen junge Paare, die unverheiratet zusammenleben, im Hinblick auf die Zusammensetzung dieser Gruppe nach Kriterien analysieren, die in der wissenschaftlichen Diskussion als typische Merkmale dieser Lebensform erachtet werden und mit Ehepaaren ähnlichen Alters, die noch keine Kinder haben, vergleichen. Interne Gruppenunterschiede aufgrund verschiedener Heiratsneigung werden wir in einem anschließenden Kapitel darstellen.

Im Zusammenhang mit Fragen der Familienbildung und -entwicklung, sowie dem generativen Verhalten ist die junge Population unsere Zielgruppe. Unsere Fragestellung lautet in Anbetracht der vorliegenden Forschungserkenntnisse nicht, **ob** die nichteheliche Lebensgemeinschaft eine Alternative zur Ehe darstellt oder nicht, **sondern für welche speziellen Gruppen dies zutrifft und vor allem: Wann und unter welchen Bedingungen diese Lebensform einer Ehe (zeitweise) vorgezogen und unter welchen sie in eine solche überführt wird.**

Wir gehen daher davon aus, daß unverheiratet zusammenzuleben in unserer Gesellschaft eine zusätzliche - meist temporäre - Option für die meisten jungen Leute darstellt. Diese Wahlmöglichkeit besitzt in aller Regel nicht in Form eines "entweder-oder", d.h. heiraten **oder** unverheiratet zusammenleben, sondern sie besitzt ein hohes Maß an eigener Qualität: Sie bietet z.B. die Möglichkeit, den Partner kennenzulernen, zu erfahren, ob ein Alltag mit diesem auch befriedigend gelebt werden kann, oder zu einem Zeitpunkt oder in einer Lebenssituation gemeinsam zu leben, die (traditionsgemäß) eine Ehe (noch) nicht angebracht erscheinen ließe. Wesentlich erscheint uns, daß hier zumeist kein Konkurrenzverhältnis der Lebensformen besteht: Eine nichteheliche Lebensgemeinschaft einzugehen, schließt die Ehe nicht aus, diese kann, muß aber nicht zu diesem Zeitpunkt mitgedacht werden.

Diese Prozesse mitzuvollziehen und wesentliche Einflußfaktoren herauszukristallisieren, versucht die Längsschnittstudie "Optionen der Lebensgestaltung in nichtehelichen Lebensgemeinschaften".⁸⁾ Die Entwicklungspfade von Partnerschaftsbeziehungen können wir allerdings erst zu einem späteren Zeitpunkt analysieren. Die Ergebnisse der ersten Datenerhebungswelle unserer Längsschnittstudien, die wir derzeit bei unverheiratet zusammenlebenden Paaren und bei jungen Ehepaaren durchführen, gestatten einen ersten Querschnitts-Vergleich der Lebensformen.

Unter Rückgriff auf Annahmen der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion versuchen wir zu klären, inwieweit sich die Unverheirateten durch eine spezielle Rekrutierung, spezifische Lebensumstände sowie besondere Einstellungen auszeichnen.

- Wie unterscheiden sich unverheiratet zusammenlebende junge Paare von den verheirateten durch ihre familiäre und soziale Herkunft (hinsichtlich ihres familialen Sozialisationshintergrunds, des erlebten Familienklimas, der sozialen Lage, des sozialen Milieus der Herkunftsfamilie)?
- Unterscheiden sich junge Paare, die diese beiden Lebensformen praktizieren, in ihren Einstellungen und Orientierungen, Zukunfts- und Lebensplänen

(insbesondere bezogen auf Familie, Beruf, Freizeit, Konsum und Wohlstand) aber auch in ihren religiösen Einstellungen von der Vergleichsgruppe?

- Unterscheiden sie sich hinsichtlich ihrer aktuellen Lebenslage (unter Berücksichtigung ihrer beruflichen, finanziellen Situation, ihrer Wohnverhältnisse, Integration in sozialen Netzwerken)?

Weiterhin ist von Interesse, inwieweit die Partnerbeziehung selbst Einfluß auf das Bindungsverhalten ausübt, zumal dieser Zusammenhang oft hergestellt wird.

- Gibt es Unterschiede in den Erwartungen an die Partnerschaft, der Beziehungsqualität, der Einschätzung der partnerschaftlichen Beziehungen?

Entsprechend dem wesentlichen Forschungsinteresse der beiden Studien, der Frage nach dem Kinderwunsch bei jungen Paaren, sollen auch diesbezügliche Unterschiede hier untersucht werden.

- Unterscheiden sich unverheiratete Paare von den verheirateten in Bezug auf ihre Familienpläne (Zeitpunkt der Erstelternschaft, Kinderzahl)? Und welche Wirkungszusammenhänge bestehen zwischen diesen Vorstellungen und der Heiratsneigung?

Auch wenn wir die aufgeworfenen Fragestellungen hier nicht in der gewünschten Tiefe bearbeiten werden können, so kann auf der Basis unserer Ergebnisse doch eine Einschätzung der Lebensformen und ihres Verhältnisses zueinander erfolgen.

Von der inzwischen auch empirisch bestätigten Annahme ausgehend, daß das Zusammenleben ohne Trauschein für die meisten jungen Paare keine dauerhafte Lebensform, sondern eher eine Phase im Lebenslauf darstellt, erwarten wir, daß sich nichteheliche Lebensgemeinschaften und Ehepaare voneinander nur wenig bzw. nur in **wenigen** Kriterien unterscheiden.

Die aufgrund von Querschnittsdaten feststellbaren Unterschiede müssen aus den Lebensperspektiven der Betroffenen interpretiert werden. Allerdings darf bei diesem ersten Globalvergleich nicht vergessen werden, daß insbesondere die Unverheirateten keine homogene Gruppe darstellen und somit die Spezifika von "Minderheiten" hier zunächst unberücksichtigt bleiben.

2. Die Datenbasis der Studien

Um die oben genannten Fragen beantworten zu können, greifen wir auf die Ergebnisse der ersten Datenerhebungswelle unserer Längsschnittstudien zurück, die wir bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften und jungverheirateten Paaren durchführen. Beide Untersuchungen sind hinsichtlich der erhobenen Merkmale und Aspekte weitestgehend identisch gehalten, lediglich zur speziellen Lebenssituation der jeweiligen Untersuchungsgruppe wurden spezifische Fragen gestellt. Es wurden jeweils beide Partner eines Paares in die Erhebung einbezogen. Die Befragung fand in Anwesenheit eines Interviewers und mittels standardisierter Fragebögen statt.

Unterschiede weisen die Studien in ihren Erhebungsräumen auf. Während die Befragung junger Ehepaare bundesweit angelegt und in ausgewählten Bundesländern durchgeführt wurde, erstreckte sich die Untersuchung der nichtehelichen Lebensge-

meinschaften ausschließlich auf Bayern. In beiden Fällen wurde durch eine Schichtung nach Gemeindegrößenklassen versucht, in dieser Hinsicht der Verteilung der Grundgesamtheit zu entsprechen.

Alle Paare waren zum Zeitpunkt der Erstbefragung noch kinderlos und das Alter der Frauen lag in beiden Stichproben unter 35 Jahren. Die Beschränkung auf Frauen im gebärfähigen Alter erfolgte aufgrund des Hauptthemas der Untersuchungen, dem Kinderwunsch junger Paare. Daher können bei diesem Vergleich junge Eltern noch nicht berücksichtigt werden. Die Elternschaft wird erst im Rahmen der folgenden Datenerhebungswellen in den Untersuchungen Berücksichtigung finden.

Insgesamt wurden 1500 Ehepaare und 900 Lebensgemeinschaften befragt. Bei beiden Befragungen konnten in den meisten Fällen beide Partner eines Paares für die Teilnahme gewonnen werden, sodaß das Verhältnis von Männern und Frauen ausgewogen ist. Für diesen Vergleich stehen somit die Daten von 1756 unverheirateten und 2986 verheirateten Personen zur Verfügung.⁹⁾

3. Ergebnisse¹⁰⁾

Insgesamt hat der Vergleich der beiden Studien im wesentlichen den Tenor, daß sich die beiden untersuchten Gruppen auf der Basis der von uns analysierten Merkmale nur in wenigen Aspekten klar unterscheiden.¹¹⁾

Manche Übereinstimmung mag in der Homogenität der beiden Stichproben - junge kinderlose Paare - begründet liegen, doch spricht u.E. die große Ähnlichkeit für sich. Verwundern sollte sie uns insofern nicht, als einerseits 82% der befragten jungen Ehepaare vor der Heirat bereits längere Zeit zusammenlebten, die Ehe somit aus einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft hervorging, andererseits das Gros der noch unverheirateten Paare eine spätere Heirat nicht ausschließt - nur 10% sprachen sich klar gegen eine Heirat aus, ein weitaus größerer Teil ist unentschieden, während mehr als die Hälfte eine Eheschließung bejahen.

3.1. Konstituierende Bedingungen

Zunächst soll durch einen Gesamtvergleich der beiden Stichproben nach konstituierenden Faktoren für die Wahl der Lebensform gesucht werden. Wir thematisieren hier insbesondere die Bereiche, die Unterschiede aufzeigen, und bemerkenswerte Ähnlichkeiten, d.h. Übereinstimmung in Aspekten, von denen man erwarten würde, daß sie mit der Lebensform variieren.

3.1.1. Die Altersverteilung

Dafür daß die nichtehelichen Lebensgemeinschaften nicht einfach nur als Vorläufer der Ehen betrachtet werden können, spricht schon das Alter: Während die Männer beider Gruppen gleichalt sind, sind die Ehefrauen im Mittel sogar ein Jahr jünger als die unverheirateten Frauen. Angesichts der Tatsache, daß den meisten Ehen eine Zeit des Zusammenlebens vorausging, bedeutet dies, daß zwar die nichteheliche Lebens-

gemeinschaft häufig als eine Art Vorform zur Ehe in den jüngeren Lebensphasen fungiert, aber durchaus auch für längere Zeit und in höheren Altersgruppen attraktiv ist. Hierbei ist sehr wahrscheinlich nicht das Alter selbst von Bedeutung, sondern die damit einhergehenden Veränderungen der Lebensbedingungen.

3.1.2. Familiäre und regionale Herkunft

Zunächst soll die vielfach geäußerte Vermutung überprüft werden, daß junge Menschen, die sich für eine nichteheliche Lebensgemeinschaft entscheiden, eher aus Familien der Bürgerschicht, eher aus städtischen Familien oder aus zerrütteten bzw. unvollständigen Herkunftsfamilien stammen.

Nach unseren Ergebnissen haben die familiäre Herkunft und Erfahrungen mit der Herkunftsfamilie nur geringe Bedeutung für die Wahl der späteren Lebensform. Auf der Basis unserer Studien konnten bei den Merkmalen der Herkunftsfamilie, wie deren innerer Struktur, der Familiengröße, dem Anteil unvollständiger Familien, aber auch Bildungs- und Berufsabschlüssen der Eltern, kaum Unterschiede zwischen Verheirateten und Unverheirateten gefunden werden.

Die familiäre Situation weist nur in wenigen Aspekten Unterschiede zwischen den (momentanen) Lebensformen der untersuchten Paare aus: Zum einen ist die elterliche Ehe für die Ehepaare häufiger Vorbildlich gewesen als für die Vergleichsgruppe. Zum anderen erlebte ein größerer Teil der jungen Ehepaare die elterliche Ehe als sehr harmonisch, was wiederum in Verbindung mit deren stärkeren Vorbildfunktion gesehen werden kann. Allerdings sind die Zusammenhänge mit der Lebensform nur schwach.

Zwar sind nichteheliche Lebensgemeinschaften längst nicht mehr ein ausgesprochen städtisches Phänomen, doch sind diese Personen weitaus häufiger in Großstädten aufgewachsen. Umgekehrt kommen die jungen Ehepaare häufiger aus ländlichen Gegenden und Mittelstädten. Dieser Zusammenhang scheint plausibel, da sicherlich kleinere und insbesondere ländliche Gemeinden eine höhere soziale Kontrolle in traditioneller Richtung ausüben, wenngleich die Verbreitung und Akzeptanz der nichtehelichen Lebensgemeinschaften auch die ländlichen Gebiete längst erfaßt hat.

Für das soziale Umfeld gilt dasselbe, was für die Herkunftsfamilien bereits ausgeführt wurde: Es finden sich kaum Unterschiede; verheiratete und unverheiratete Paare beschreiben ihr soziales Umfeld sehr ähnlich. Sie können im selben Maße auf Unterstützung ihrer Familie oder Freunde zurückgreifen, haben ähnlich große Bekanntenkreise. Allerdings gibt es im Umfeld der jungen Ehepaare etwas häufiger junge Familien und dieses Familienleben wird von ihnen positiver erlebt. Die jungverheirateten Paare haben aufgrund solcher Erfahrungen eher den Eindruck gewonnen, daß es etwas Schönes ist, mit Kindern zu leben.

3.1.3. Berufliche und materielle Situation

Sowohl die Ehepaare als auch die unverheirateten Paare stehen zum größeren Teil im Berufsleben (zu 83 bzw. 77%) und zwar Männer wie Frauen. Sie unterscheiden sich jedoch in Bezug auf die Gründe für die fehlende berufliche Integration. Sind von den

nicht-berufstätigen Unverheirateten fast alle noch in der Ausbildung, so machen Auszubildende nur die Hälfte der nicht-berufstätigen Eheleute aus, hier spielen familienbedingte Berufsaufgaben oder -unterbrechungen bereits eine Rolle.

Ein wesentlicher Aspekt der beruflichen Situation wird erst bei Betrachtung der Paarkonstellation deutlich: Während von den Ehepaaren bei einem weitaus größeren Teil (76%) beide Ehegatten einer Berufstätigkeit nachgehen, trifft dies nur für ca. die Hälfte der unverheirateten Paare zu. Häufig befindet sich von diesen ein Partner noch in Ausbildung, bei 12% der Paare sogar beide.¹²⁾ Damit unterscheiden sich die Paare deutlich im Grade ihrer Integration ins Erwerbsleben und der damit einhergehenden Absicherung und Verfestigung der Lebensumstände.

Diese Ergebnisse scheinen die These zu bestätigen, daß unverheiratet zusammenzuleben von jungen Menschen bevorzugt wird, die noch nicht ins Berufsleben integriert sind.

Die Dauer der Berufstätigkeit, der Arbeitsumfang (Voll- oder Teilzeitbeschäftigung) sowie die rechtliche Absicherung des Arbeitsverhältnisses zeigen demgegenüber kaum Unterschiede.

Auch die materielle Situation beider Gruppen ist sehr ähnlich. Dabei wird deutlich, daß die nichtehelichen Lebensgemeinschaften aufgrund ihrer höheren Bildungsabschlüsse höhere Einkommen erzielen, sobald sie berufstätig sind. Betrachtet man nur die Berufstätigen beider Gruppen, so ändert sich das Verhältnis der Gruppenmittelwerte zugunsten der unverheirateten Personen. Diese verdienen mit 2116 DM monatlichem Durchschnittseinkommen deutlich besser als die berufstätigen Ehepartner mit 1992 DM. Hierdurch wird auf die Stichprobe der nichtehelichen Lebensgemeinschaften bezogen der Einkommensausfall der Auszubildenden praktisch wettgemacht.

Damit einhergehend treten auch in der Wohnsituation keine gravierenden Unterschiede zutage. Erwähnenswert ist wohl, daß auch unverheiratete Paare nur in Ausnahmefällen in einer Wohngemeinschaft leben. Den stärker konsolidierten Lebensumständen der jungen Ehepaare entspricht, daß sie häufiger schon Wohneigentum erworben haben.

3.1.4. Das Bildungsniveau der Vergleichsgruppen

Obwohl die nichtehelichen Lebensgemeinschaft keine Lebensform (mehr) ist, die Angehörigen der oberen Bildungsschichten vorbehalten wäre, sondern zu einem erheblichen Teil auch von Personen mit einfachen und mittleren Bildungsabschlüssen eingegangen wird, haben die Unverheirateten doch häufiger eine bessere Ausbildung genossen. Überdurchschnittliche Schulbildungsabschlüsse bei den nichtehelichen Lebensgemeinschaften stehen eher mittleren der Ehepaare gegenüber. Dies erklärt den höheren Anteil von Auszubildenden (v.a. Studierenden) bei vergleichsweise hohem Alter der unverheiratet Zusammenlebenden. Das Bildungsniveau dürfte damit weiterhin ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal sein. Das bedeutet vor allem, daß Personen mit längeren Bildungsphasen auch bis zu einem höheren Lebensalter unverheiratet bleiben bzw. eine längere "Sondierungsphase" durchleben. Vor dem Erreichen der angestrebten beruflichen und schulischen Qualifikationen wird diese Lebensform von den meisten Paaren bevorzugt.

Nur für eine Minderheit kann der Zusammenhang zwischen Bildung und Lebensform in der oft vermuteten Art gefunden werden: Personen, die eine Eheschließung

ablehnen, zeichnen sich durch besonders hohe Schul- und Berufsbildungsabschlüsse aus: Sie haben zu 73% Abitur und verfügen zu 43% über einen Hochschulabschluß. Bei den restlichen nichtehelichen Lebensgemeinschaften liegen diese Anteile bei 53% bzw. 28%. Aufgrund der geringen Gruppengröße (10%) jedoch fällt der Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Heiratsneigung insgesamt nur schwach aus.

3.2. Einstellungen und dominante Orientierungen

Man findet in der Forschungsliteratur die Vorstellung, daß junge Menschen mit "postmaterialistischen" Einstellungen und Orientierungen sich eher für die alternative Lebensform des Zusammenlebens ohne Trauschein entscheiden. Wir können diese Hypothese generell nicht überprüfen, aber es liegen exemplarische Ergebnisse vor, die eine erste Einschätzung dieser Zusammenhänge ermöglichen.

In unseren Untersuchungen wurden als wesentliche Dimensionen die Einstellung zu Kindern, Religion, Lebensstandard und Vermögensbesitz, die Bedeutung von Familie, Beruf, Karriere sowie Freizeit und die Vorstellungen davon, wie sich ein Familienleben (mit Kindern) mit den eigenen Freizeitinteressen vereinbaren ließe, gemessen. Bei fast allen erfaßten Einstellungen und Orientierungen unterscheiden sich junge Ehepaare kaum von den Unverheirateten. Nur unbedeutende Unterschiede zeigen sich sowohl in der Bedeutung, die der Freizeit beigemessen wird, als auch bei der Karriereorientierung. Beruf und Arbeit sind 29% der unverheirateten und 26% der verheirateten Befragten besonders wichtig.

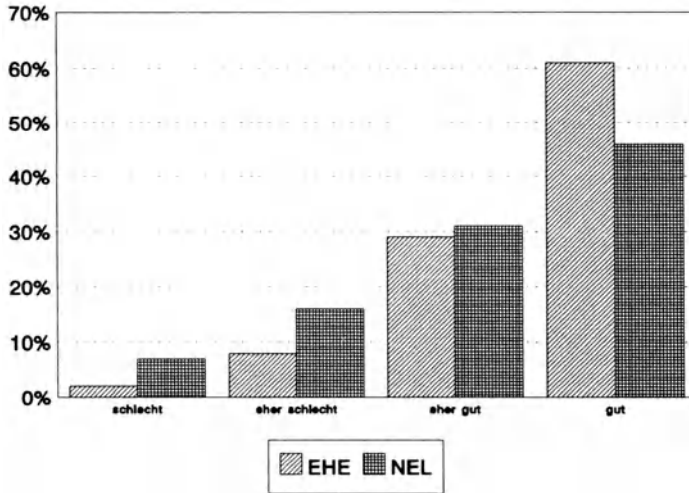
Große Ähnlichkeiten zeigen auch fast alle von uns erfaßten psychologischen Dispositionen wie Selbstbezogenheit, Durchsetzungsfähigkeit, Einschätzung der eigenen Kompetenz. Lediglich die Orientierung an sozialen Normen ist bei den Ehepaaren ausgeprägter, sie beachten diese tendenziell stärker.

Deutlich heben sich dagegen die Einstellungen der Ehepaare zu Kindern und Familie von denen der nichtehelichen Lebensgemeinschaften ab: Bei allgemein hoher Familienfreundlichkeit beider Gruppen zeigt sich ein größerer Teil der Ehepaare besonders familienorientiert.

Hochsignifikante - und insgesamt die stärksten - Unterschiede bringt der Vergleich der Einstellung zu Kindern, wo die Ehepaare eindeutig positivere Bewertungen abgeben. 21% der Verheirateten äußern sich hier besonders kinderfreundlich - verglichen mit 11% bei den unverheirateten Paaren. Damit einhergehend sind auch deren Vorstellungen von einem Leben mit Kindern positiver gefärbt. So schätzen die Ehepaare die Vereinbarkeit ihrer Freizeitinteressen mit einem Leben mit Kindern wesentlich besser ein als Unverheiratete, wie die Graphik verdeutlicht.

Graphik 1:

Einschätzung der Vereinbarkeit von Familienleben und Freizeitinteressen



(P = 0.0000 CV = .19)

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg; (1. Datenerhebungswelle)

Ehepaare und Partner nichtehelicher Lebensgemeinschaften unterscheiden sich wenig in ihren materiellen Einstellungen. Die vielfach geäußerte Vermutung, die unverheirateten Paare seien stärker wohlstandsorientiert und legten besonderen Wert auf einen hohen Lebensstandard, lassen sich im Gruppenvergleich nicht bestätigen. Ein feiner Unterschied zwischen beiden Gruppen ergibt sich bei der Ausformung ihrer Wohlstandsorientierung, indem bei den Ehepaaren der Anteil derjenigen, die großen Wert auf Vermögensbildung und eine solide finanzielle Basis legen, etwas höher ist. Die nachstehende Tabelle gibt die Bedeutung dieses finanziellen Sicherheitsbedürfnisses wieder.

Tabelle 1: Vergleich der Bedeutung von finanzieller Sicherheit

Bedeutung von finanzieller Sicherheit	EHE	NEL
gering	5%	8%
eher gering	19%	25%
eher groß	41%	45%
groß	35%	22%
(P = 0.0000 CV = .16) N=	2959	1743

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg; (1. Datenerhebungswelle)

Die Einstellungen der Ehepaare tendieren somit mehr in Richtung Sicherheit und der Schaffung eher langfristiger Werte. Damit verbunden möchten diese auch häufiger Wohneigentum erwerben, einige haben dieses Ziel schon realisiert. Hier steht bei den Paaren ohne Trauschein wiederum in höherem Maße zunächst die Absicherung ihrer Existenz (Ausbildungsabschluß, Berufseinstieg, Einkommens-

sicherung) im Vordergrund und/oder sie wollen das Leben zunächst erst unbeschwert genießen. Die materiellen Orientierungen sind etwas weniger auf langfristige und dauerhafte Werte ausgerichtet.

Die Hypothese, daß nichteheliche Lebensgemeinschaften besonders areligiös seien, kann durch unsere Studien gleichfalls nicht bestätigt werden. Zunächst ist festzuhalten, daß bei **beiden** Gruppen religiöse Einstellungen nur schwach ausgeprägt sind und geringe Relevanz für das Alltagsleben besitzen. Zwischen den Ehepaaren und den Unverheirateten ergeben sich zwar signifikante Differenzen, insofern als bei den Verheirateten der Teil, der der Kirche relativ nahesteht und religiöse Bindungen besitzt, etwas größer ist, der Zusammenhang mit der gewählten Lebensform ist jedoch wiederum nur schwach.

Daß die Pläne der Ehepaare etwas stärker auf ein Familienleben hin ausgerichtet sind, zeigt sich auch an den beruflichen Perspektiven: Die Ehefrauen sind hier in etwas höherem Maße bereit, ihre Berufstätigkeit nach der Geburt aufzugeben, von den Männern wird verstärkt eine durchgängige Erwerbstätigkeit erwartet und auch selbst angestrebt. Hier findet sich bei den Ehepaaren eher eine Neigung zu traditionellerem Rollenverhalten, das womöglich die Familiengründung erleichtert. Diese Tendenz ist (bis jetzt) allerdings nur schwach ausgeprägt.

3.3. Partnerschaftsentwicklung und -qualität

Über die nichtehelichen Partnerschaften gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen. Die Einschätzung reicht von "Beziehungs-Hopper" bis "Quasi-Ehen". In der Tat gibt es verschiedene Typen von nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Allein aus diesem Grunde erscheint ein globaler Vergleich problematisch. Dennoch soll in diesem ersten Analyseschritt ein Vergleich angestellt werden, auch wenn dabei Minderheiten wiederum vernachlässigt werden. Denn damit kann gezeigt werden, inwiefern sich die Beziehungen und Partnerschaftskarrieren von Personen, die den Schritt in die Ehe bereits getan haben, von denen derjenigen unterscheiden, die damit noch zögern oder dies ablehnen.

Wir haben schon erwähnt, daß der Großteil der Ehepaare eine nichteheliche Lebensgemeinschaft (mit dem jetzigen Ehepartner) vorgeschaltet hatte, also selbst vor nicht allzu langer Zeit zu den nichtehelichen Lebensgemeinschaften zählte. Nur 18% unserer Ehepaare hatten nicht bereits vor der Heirat zusammengelebt.

Die Dauer dieser vorehelichen Lebensgemeinschaften variierte stark und betrug im Mittel ca. zwei bis zweieinhalb Jahre. Damit wurden diese "Ehen ohne Trauschein" vergleichsweise frühzeitig "formalisiert". Die nichtehelichen Lebensgemeinschaften bestehen zum Befragungszeitpunkt schon länger, zur Hälfte mehr als drei Jahre. Damit besitzt diese Lebensform durchaus Beständigkeit - obgleich sie nur selten als dauerhafte Alternative gewählt wird. Als Erklärung können hier neben Bedingungsbeziehungen, wie z.B. lange Ausbildungszeiten der unverheirateten Paare, auch die subjektive Bewertung der Partnerschaft herangezogen werden.

3.3.1. Partnerschaftsqualität und Erwartungen

Die verheirateten Paare weisen eine deutlich höhere Beziehungszufriedenheit und -qualität auf. Sie sind glücklicher und sie machten sich wesentlich seltener Gedanken über eine eventuelle Trennung vom Partner. Dem kleinen Grüppchen von 8% Ehepartnern, die sich schon einmal mit Trennungsgedanken getragen haben, stehen 44% der Unverheirateten gegenüber, die solche Überlegungen zugeben.

Tabelle 2: Vergleich der Angaben zu Trennungsgedanken

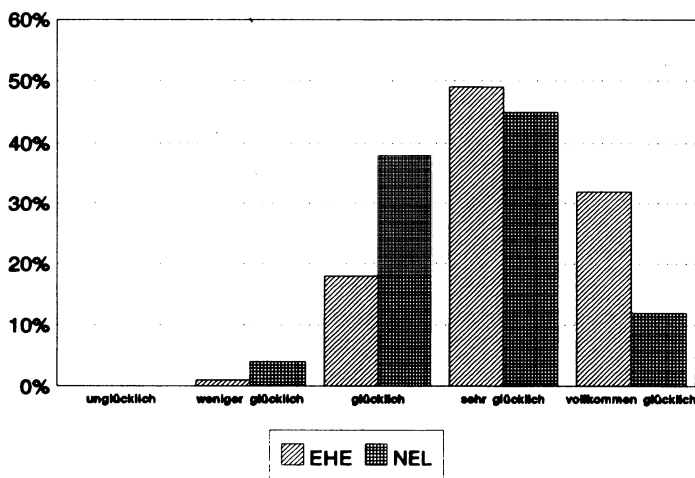
Haben Sie schon einmal daran gedacht, sich von Ihrem Partner zu trennen?	NEL	EHE
nein	57%	92%
ja, manchmal	41%	8%
ja, öfters	3%	-

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg; (1. Datenerhebungswelle)

Obwohl sich keiner der Unverheirateten als "unglücklich" in der Beziehung bezeichnet, fallen die Einschätzungen der jungen Ehepaare durch ihre äußerst positive Tendenz auf. Fast ein Drittel ist "vollkommen glücklich" und wählt damit die positivste Antwortmöglichkeit. Zum Vergleich: von den Nicht-verheirateten stufen sich nur 12% so beneidenswert zufrieden ein.

Graphik 2:

Wie glücklich sind Sie in Ihrer Partnerschaft?



Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg; (1. Datenerhebungswelle)

Die subjektive Bewertung der eigenen Beziehung ist damit einer der wenigen Aspekte, die die beiden Stichproben charakterisieren. Damit stellt sich die Frage, ob sich dies

auf tatsächliche Verhaltensunterschiede gründet, oder durch verschiedene Erwartungshaltungen bedingt ist.

Die vorgefundenen Differenzen gründen sich allerdings kaum auf unterschiedliche Vorstellungen von dem, was eine gute Partnerschaft ausmacht. Hier gleichen sich die Gruppen weitestgehend und stimmen hinsichtlich der Anforderungen an die sexuelle Übereinstimmung, die Anerkennung durch den Partner, die Akzeptanz der eigenen Persönlichkeit sowie die Konfliktlosigkeit nahezu völlig überein. Es gibt diesbezüglich eine Ausnahme: Der Anteil der Personen, die Treue als unwichtig oder weniger wichtig ansehen, ist bei den Unverheirateten etwas größer (10%) als bei den Ehepaaren (3%).

Damit einhergehend wird Sexualität von einem größeren Teil der Verheirateten mit Treue und vor allem mit Kindern assoziiert. Während von den Unverheirateten nur 17% Sexualität mit dem Gedanken an Kinder verbinden, trifft dies auf 38% der Ehegatten zu. Diesbezüglich sind die Unterschiede sehr deutlich.

3.3.2. Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung

Die Hypothese, daß Verheiratete zu traditionellerer Rollenteilung neigen oder umgekehrt bei den nichtehelichen Lebensgemeinschaften die Arbeitsteilung weniger geschlechtsspezifisch erfolgt, läßt sich anhand der Angaben unserer Befragten nicht bestätigen. Wobei hier nochmals daran erinnert werden soll, daß dies durch die Stichprobendefinition - kinderlose, junge Paare - mitverursacht sein dürfte. Damit stünden diese Ergebnisse nicht im Widerspruch zu vorliegenden Forschungserkenntnissen¹³⁾, wonach sich mit zunehmender Ehedauer traditionelle Rollenteilungsmuster verfestigen und insbesondere nach der Familiengründung durch die (vorübergehende) Berufsaufgabe der Frau die Situation sich dahingehend ändern würde, daß diese in der Regel noch stärker in die Hausarbeit eingebunden würden. Für die untersuchten jungen Paare, die noch vor der Familiengründungsphase stehen und von denen zumeist beide Partner berufstätig oder aber in Ausbildung befindlich sind, sind solche Voraussetzungen jedoch noch nicht gegeben.

In dieser Phase weisen beide Gruppen große Ähnlichkeiten und eine eher traditionelle Rollenteilung auf, womit unsere Ergebnisse mit verschiedenen anderen Untersuchungen konform gehen.¹⁴⁾

Auf gleiche Weise lösen beide Gruppen die Aufgabenteilung beim Abspülen, bei der Gartenarbeit und bei der Zuständigkeit für das Auto, wobei letztere den Männern vorbehalten ist. Auch die übrigen Hausarbeiten werden sehr ähnlich verteilt und Unterschiede sind nur sehr schwach ausgeprägt. Das heißt, daß die Frauen im Haushalt stärker eingebunden sind als die Männer, wobei die unverheirateten Männer in den Kernbereichen der Hausarbeit, beim Kochen, Aufräumen und Waschen ihren Partnerinnen eine Spur mehr zur Hand gehen.¹⁵⁾

Mit ihren jeweiligen Arrangements sind die Paare größtenteils zufrieden und zwar wiederum verheiratete und unverheiratete Paare in gleichem Maße. Somit können wir anhand der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung (in der Globalbetrachtung) weder die These größerer Zufriedenheit der unverheirateten Paare bekräftigen, noch die oben beschriebenen Unterschiede in der Beziehungsqualität erklären.

3.4. Die Aktualität des Kinderwunsches bei jungen Paaren

Die deutlichsten Differenzen zwischen den beiden Vergleichsgruppen zeigen sich in der Konkretheit und Aktualität der Vorstellungen zur Familiengründung. Insgesamt sind die Pläne der Ehepaare, wann und unter welchen Bedingungen sie das erste Kind bekommen möchten, bereits konkreter. Sie stehen der Familiengründung (bereits) wesentlich näher, während ein doppelt so großer Teil der Unverheirateten noch unentschieden ist, zum Befragungszeitpunkt noch nicht weiß, ob bzw. wieviele Kinder er/sie sich wünscht.

Daneben bestehen Unterschiede im Kinderwunsch vor allem bei dem Anteil derjenigen, die keine Kinder bekommen möchten. Daß Kinder aus dem Lebensentwurf definitiv ausgeklammert werden, tritt bei den Verheirateten sehr selten (3%) auf, wohingegen dieser Haltung in nichtehelichen Lebensgemeinschaften ein größerer Stellenwert zukommt. Von diesen möchten 9% ohne Kinder leben.

Betrachtet man nur die Befragten, die Vorstellungen zur geplanten Kinderzahl besitzen, wird deutlich, daß Differenzen kaum bei der gewünschten Familiengröße, wohl aber darin bestehen, daß von den Unverheirateten ein größerer Teil die kinderlos bleiben will. Sofern der Wunsch nach Kindern vorhanden ist, unterscheiden sich die beiden Gruppen nicht mehr wie die folgende Übersicht zeigt.

Tabelle 3: Vergleich der gewünschten Kinderzahl

Gewünschte Kinderzahl ohne "Unentschiedene"	EHE alle	NEL alle	EHE mit KIWU	NEL mit KIWU*
Kein Kind	3%	10%	----	----
1 Kind	7%	5%	7%	6%
1 bis 2 Kinder	31%	31%	31%	33%
2 Kinder	27%	25%	29%	29%
2 bis 3 Kinder	25%	24%	26%	27%
3 und mehr Kinder	7%	5%	7%	5%
N =	2718	1410	2630	1269

* (KIWU = Kinderwunsch) hier werden Personen nicht berücksichtigt, die angeben, keine Kinder bekommen zu wollen

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg; (1. Datenerhebungswelle)

Bei der zeitlichen Planung der Familiengründung setzt sich die oben angeführte Tendenz fort: Die Ehepaare haben schon konkretere Zeitvorstellungen und die zeitliche Nähe zur ersten Geburt ist deutlich größer. Von ihnen können 69% schon einen relativ konkreten Termin nennen. Drei Viertel davon wünschen sich das erste Kind noch innerhalb der nächsten zwei Jahre. Demgegenüber sind die Unverheirateten auch hier wesentlich unentschiedener. Ein Fünftel derjenigen, die sich prinzipiell Kinder wünschen, haben sich noch keine Gedanken zur Zeitplanung gemacht, nur 41% wissen schon, wann das erste Kind kommen soll, aber auch hier ist die Distanz noch größer - 42% dieser Personen möchten erst nach zwei Jahren oder später Eltern werden.

Die Vorstellungen zur Kinderzahl und die zeitliche Planung der künftigen Elternschaft können zu einem Indikator zusammengefaßt werden, durch den dargestellt wird, wie nahe die Paare dem ersten Kind bereits stehen bzw. wie groß die Distanz hierzu noch ist.

Tabelle 4: Gegenüberstellung der Aktualität des Kinderwunsches

Aktualität der Elternschaft	NEL	EHE
werdende Eltern	2%	19%
Kind erwünscht innerhalb zwei Jahren	18%	34%
Kind erwünscht erst nach zwei Jahren	15%	26%
Kind erwünscht jedoch ohne zeitliche Vorstellung	43%	12%
noch unentschieden	14%	6%
Kinderlosigkeit beabsichtigt	8%	3%
N =	1670	2962

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg; (1. Datenerhebungswelle)

Den Verheirateten ist dementsprechend auch die Realisierung ihres Kinderwunsches wichtiger. 73% meinen, es sei wichtig oder sehr wichtig, daß das erste Kind in den kommenden zwei Jahren geboren wird. Damit geht wiederum einher, daß sie auch weniger Aufschubmotive nennen als die Unverheirateten. Diese haben - ehe sie Eltern werden wollen - noch viel mehr vor. Auch wenn keine krassen Unterschiede in den Antworten vorliegen, zeigen sie in ihren Tendenzen, daß Unverheiratete zum Teil in weniger gesicherten und verlässlichen Umständen leben. Von ihnen haben mehr den Wunsch, erst die Ausbildung abzuschließen oder das "Leben zu genießen"; der Anteil derjenigen, die sich selbst als nicht reif genug, oder die Beziehung als zu wenig stabil betrachten, ist größer. Dagegen nennen beide Gruppen gleich selten Karrierebestrebungen als Aufschubmotiv, aber gleich häufig den Wunsch, noch eine größere Reise zu unternehmen, ehe das erste Kind die Verwirklichung dieser Pläne erschwert.

In das Bild der weniger konkreten, eher abwartenden Haltung zur Familiengründung fügt sich ein, daß bei den unverheirateten Paaren die paar-interne Abstimmung noch weniger weit fortgeschritten ist, man häufiger nicht weiß, welche Vorstellungen der Partner hat. Die Thematik besitzt anscheinend noch nicht genügend Relevanz.

Soweit die Paare ohne Trauschein eine größere Distanz zur Elternschaft aufweisen, steht diese nicht nur vor dem Hintergrund unsicherer persönlicher Lebensumstände, sie geht auch einher mit etwas größerer Skepsis einem vorgestellten Familienleben gegenüber, was die Vereinbarkeit von Kindern mit ihrem beruflichen Engagement anbelangt.

Daß diese Einstellungen auch Relevanz besitzen, zeigt sich darin, daß fast jede fünfte Ehefrau zum Befragungszeitpunkt ein Kind erwartet, während dies nur für zwei von Hundert unverheirateten Frauen zutrifft. Weiterhin war diese Schwangerschaft bei den Ehepaare auch in höherem Maße erwünscht bzw. geplant.

Dies deutet darauf hin, daß Ehe und Elternschaft für die meisten Paare in dem Sinne zusammengehören, daß die Geburt eines Kindes erst in einer Ehe erfolgen soll. Diese These wurde bereits für die Unverheirateten aufgestellt, indem gezeigt werden konnte, daß mit zunehmender Heiratsbereitschaft auch die Nähe zur Elternschaft steigt - oder umgekehrt der Kinderwunsch eine Eheschließung nahelegt. Denn die Vorteile, die die Institution für Familien bereithält, wirken sicher in diese Richtung. Das heißt allerdings

nicht, daß die Eheschließung ausschließlich durch die geplante Elternschaft begründet würde. Zwar spielen für den Entschluß zur Heirat bei ca. der Hälfte der Paare kindbezogene Motive eine zentrale Rolle, doch für ebensoviele ist ihr Verständnis von der Ehe ausschlaggebend. Für diese stellt die Ehe eine Wertegemeinschaft dar, die mehr umspannt als "nur" die Realisierung des Kinderwunsches und deren unverzichtbare Basis eine tragfähige, befriedigende Partnerschaft ist.¹⁶⁾

4. Typenvergleich (Extremgruppenanalyse)

Wir haben bereits an verschiedenen Stellen darauf hingewiesen, daß weder die Ehepaare noch die unverheirateten Paare homogene Gruppen darstellen. Daher suchten wir auch nach internen Differenzen. Zu diesem Zwecke wurde auf Seiten der nichtehelichen Lebensgemeinschaften der "harte Kern", also die Personen isoliert, die eine Eheschließung für sich ablehnen. Bei der Gruppe der Ehepaare wurde nach vorherigem Zusammenleben bzw. "direktem Start" ins Eheleben unterschieden.

Es handelt sich hierbei insofern um eine Extremgruppenanalyse als sowohl die "Heiratsunwilligen" (10% der NEL) als auch die "Ehepaare ohne vorherige NEL" (18% der Ehepaare) nur Minderheiten darstellen. Für die Frage nach den Motiven für Akzeptanz bestimmter Lebensformen und den Wahlprozessen scheinen jedoch gerade diese Gruppen aufschlußreich.

Für die Ehepaare treten als wesentliche Faktoren, die ein Zusammenleben vor der Ehe begünstigen, geringere Religiosität und Normausrichtung, z.T. basierend auf eine eher städtische Herkunft, zu Tage. Auch weniger positive Erfahrungen mit der elterlichen Ehe fördern vermutlich die Meinung, daß es besser sei, die eigene Partnerschaft nicht sofort zu formalisieren.

Auf der anderen Seite legt die höhere soziale Einbindung der Vergleichsgruppe vermutlich die direkte Eheschließung nahe. Daher heiraten diese Personen auch in jüngeren Jahren und mit etwas weniger Beziehungserfahrung. Diese Ehen werden subjektiv besser bewertet und weniger kritischen Betrachtungen unterzogen, die Trennungs- und die Scheidungsbereitschaft sind niedriger. Letzteres kann jedoch auch Resultat einer traditionelleren Orientierung sein, die diese Optionen tendenziell ausschließt bzw. nur als Ausnahme zuläßt.

Für die nichtehelichen Lebensgemeinschaften ergeben sich bei der Differenzierung nach der Ablehnung einer Eheschließung¹⁷⁾ v.a. Unterschiede im Bereich der Beziehungsqualität, der religiösen Einstellungen und der Einstellungen zu Kindern und Elternschaft. Auf den Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Heiratsbereitschaft sind wir bereits eingegangen.

Die größten Unterschiede zeigen sich jedoch im Bereich der Einstellungen zu Kindern und der eventuell gewünschten Elternschaft. Von den "Heiratsunwilligen" will ein erheblicher Teil (43%) kinderlos bleiben und eine weitere 28% haben sich noch nicht entschieden, ob sie einmal Kinder bekommen möchte. Die Einstellungen zu Kindern sind in jeder Hinsicht negativer geprägt. Man befürchtet mehr Einschränkungen der Freizeit, hält die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für schwieriger und verbindet generell weniger positive Vorstellungen mit Kindern. Diese Haltungen gehen einher mit einer weniger starken Ausrichtung an sozialen Normen und pessimistischeren Zukunftseinschätzungen.

Als wesentliche Bedingungsfaktoren für die ablehnende Haltung der Ehe gegenüber finden sich somit:

- * eine niedrigere religiöse und Normorientierung;
- * weniger befriedigende Partnerschaften;
- * fehlender Kinderwunsch oder hohe Distanz zu diesen Fragen bei gleichzeitig deutlich negativeren Vorstellungen von Kindern und Elternschaft, wodurch ein wesentliches Heiratsmotiv, die Legitimierung des Kindes und Absicherung der Familie, ausfällt.
- * Damit einhergehend zeigen auch die Einstellungen zum Thema "Kind" und "Familie" deutliche Unterschiede.

Durch die differenzierte Analyse werden bereits gefundene Tendenzen klarer, sie treten schärfer hervor. Die nachstehende Tabelle zeigt die Verschiedenheit der Teilgruppen, insbesondere der "Heiratsunwilligen", bei der Akzeptanz von Familie und Kindern wider.

Tabelle 5: Typenvergleich der familienbezogenen Einstellungen

Positive Einstellung zu Kindern	EHE ohne vorherige NEL	EHE mit vorheriger NEL	NEL mit* Heiratsabsicht	NEL ohne Heiratsabsicht
niedrig	-	1%	1%	8%
eher niedrig	6%	7%	15%	44%
eher hoch	47%	46%	56%	44%
hoch	47%	46%	28%	4%
N =	538	2358	1518	159
Vereinbarkeit von Familie und Freizeit				
schlecht	1%	3%	5%	28%
eher schlecht	5%	8%	15%	25%
eher gut	28%	29%	31%	35%
gut	66%	60%	49%	12%
N =	546	2405	1564	164

* = inklusive Unentschiedenheit

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg; (1. Datenerhebungswelle)

Auch bei der subjektiven Beziehungszufriedenheit handelt es sich um eine "durchgehende Einflußgröße". Sie ist besonders niedrig bei den "Heiratsunwilligen" und am größten bei denjenigen Paaren, die ohne vorheriges Zusammenleben in die Ehe starteten.

Da der weitaus größte Teil aller Befragten die Perspektive "Familie" hat, stellt sich die Frage nach den Wirkungen der Familienorientierung zunächst als Frage der zeitlichen Placierung innerhalb der Lebensplanung. Hier ist ein genereller Einfluß insofern gegeben als Verheiratete insgesamt der Familienphase deutlich näher stehen und intern nur geringfügige Unterschiede aufweisen. Sehr deutlich wird dieser Zusammenhang bei den (noch) Unverheirateten, wo die Ablehnung der Heirat zumeist mit der

Ablehnung der Option "Familie" oder aber einer (noch?) unentschiedenen Haltung diesbezüglich verknüpft ist.

5. Zusammenfassung und Diskussion ¹⁸⁾

Unsere Ergebnisse bestätigen, daß junge Paare das nichteheliche Zusammenleben nicht als eine dauerhafte, alternative Lebensform verstehen. Dies gilt nur für eine relativ kleine Minderheit. Die nichteheliche Lebensgemeinschaft wird von den meisten jungen Menschen als eine Lebensform angesehen, die - bei Vorliegen bestimmter Optionen bzw. Voraussetzungen - in eine Ehe überführt werden soll oder kann. Weiterhin haben 82% der Jungverheirateten schon zusammengelebt, ehe sie den Trauschein besaßen.

Die Eheschließung wird zwar an die Realisierung bestimmter Bedingungen der Lebenslage (z.B. Abschluß der Schul- und Berufsausbildung, Berufseinstieg und gewisse berufliche Erfahrung, berufliche und materielle Sicherheit, aber auch Wohnverhältnisse) geknüpft. Die Realisierung solcher Voraussetzungen erklärt (im Sinne von notwendigen, aber nicht hinreichenden Bedingungen) noch nicht, ob letztlich geheiratet wird oder nicht. Entscheidend dafür ist die Entwicklung der partnerschaftlichen Beziehung während des Zusammenlebens. Da die Eheschließung die beiderseitige positive Beurteilung der Partnerschaftsbeziehungen voraussetzt, ist die Partnerschaftsqualität wohl die wichtigste Option für eine Heirat, wobei die diesbezüglichen gegenseitigen Erwartungen in beiden Lebensformen sehr hoch sind.

Von wesentlicher Bedeutung ist dabei die Abhängigkeit der Entscheidung für die Ehe von der generellen Bereitschaft, eine Familie zu gründen. Wird dieses Modell aus der Lebensplanung ganz ausgeschlossen, so erübrigt sich in den Augen der Befragten meist auch die Heirat.

Für den anvisierten Zeitpunkt der Eheschließung sind die Pläne zur (meist angestrebten) Familiengründung von ausschlaggebender Bedeutung. Dies bedeutet allerdings nicht, daß erst dann geheiratet wird, wenn die Geburt des Kindes quasi unmittelbar bevorsteht. "Nur" ca. die Hälfte der jungen Ehepaare möchte ihr erstes Kind innerhalb von ca. 2 Jahren nach der Eheschließung bekommen. Die Mehrzahl der unverheiratet zusammenlebenden Paare dagegen hat sich zur Frage, wann das erste Kind geboren werden soll, noch nicht entschieden oder will sich damit noch mehr Zeit lassen. Hier spielen also andere Optionen der Lebensgestaltung eine wichtige Rolle.

In Kenntnis dieser Zusammenhänge ist es nicht mehr verwunderlich, daß zwischen den unverheiratet zusammenlebenden und verheirateten Paaren keine nennenswerten Unterschiede bei ihrer familialen Herkunft, den Einstellungen, Orientierungen, aktuellen Lebenslagen und Lebensbedingungen bestehen.

Wichtige Ausnahmen bilden hier folgende Sachverhalte:

- Partnerschaftsqualität und deren subjektiven Bewertung;
- Konkretheit und Aktualität der Erstelternschaft;
- Einschätzung der Schwierigkeiten, die sich aus der Elternschaft für die Berufstätigkeit und Freizeit ergeben;

- der erreichte (bzw. nicht erreichte) Abschluß der Ausbildung und Einstieg ins Berufsleben und damit zusammenhängend die Konsolidierung der Lebensverhältnisse (dies jedoch nurmehr bei einer Minderheit der Befragten).

Unsere Ergebnisse deuten außerdem darauf hin, daß nichteheliche Lebensgemeinschaften unter städtischen Lebensbedingungen und bei der höheren Bildungsschicht weiterhin stärker bevorzugt werden. Einstellungsdifferenzen bezüglich der Kirchlichkeit und Religiosität spielen gleichfalls eine gewisse Rolle, doch eher im Sinne von graduellen Unterschieden. Auch bei den Wohlstandsorientierungen, insbesondere dem materiellen Sicherheitsstreben haben wir leichte Unterschiede festgestellt, aber in der nicht erwarteten Richtung: Paare mit diesem Ziel sind bei den Verheirateten etwas stärker vertreten.

Orientierend an der Diskussion der sozial-strukturellen Rekrutierung und Zusammensetzung der Paare in nichtehelichen Lebensgemeinschaften, haben wir einleitend nach den diesbezüglichen Unterschieden zu jungen Ehepaaren gefragt. Es stellt sich nun heraus, daß eher die Übereinstimmung für diese zwei Gruppen charakteristisch ist und weniger die Abweichung. Soweit doch Unterschiede vorliegen, sind diese in der Mehrzahl der Fälle nicht unter Rückgriff auf unterschiedliche sozial-strukturelle Rekrutierungsfelder zu erklären, sondern unter Rückgriff auf biographische Dimensionen. So gesehen, ist der Zeitfaktor hier bedeutsam, denn mit diesem korrelieren wichtige Lebensumstände, wie zum Beispiel Verweildauer im Bildungssystem und Überwecheln in das Erwerbsleben. Die festgestellten Unterschiede resultieren zu einem großen Teil daraus, daß von den nicht verheiratet zusammenlebenden Paaren ein höherer Anteil sich noch in der Ausbildung befindet, höhere Bildung anstrebt oder bereits erreicht hat und beruflich noch nicht integriert ist. Die inhaltliche Interpretation muß also darauf fokussiert sein, daß junge unverheiratete Paare und Ehepaare unterschiedliche Phasen im Lebenslauf repräsentieren. Zumal es nur relativ wenige unverheiratet zusammenlebende junge Paare gibt, die ihre Lebensform als eine prinzipielle Alternative zu Ehe und Familie mit dauerhafter Perspektive ansehen. Diese Paare unterscheiden sich allerdings signifikant von den übrigen Typen von nichtehelichen Lebensgemeinschaften im Hinblick auf ihre Bildung, Religiosität, ihre Einkommenssituation und ihre familienbezogenen Einstellungen.

Diese Ergebnisse bestätigen tendenziell die eingangs dargestellte Einschätzung, nach der weniger die Tatsache erklärungsbedürftig ist, ob junge Paare heiraten, sondern vielmehr die Übergangswahrscheinlichkeit von der nichtehelichen zu einer ehelichen Lebensgemeinschaft wie auch die Rahmenbedingungen, unter denen sich diese Übergänge vollziehen.

Die Verbreitung der nichtehelichen Lebensgemeinschaften innerhalb der jungen Generation in der hier dargestellten Form ist vor dem Hintergrund gesamtgesellschaftlicher Modernisierungsprozesse zu sehen. Gleichzeitig Motor wie auch Produkt einer Pluralisierung von Lebensformen, reihen sie sich in ein Spektrum von Wahlmöglichkeiten ein, die jedoch nicht als prinzipielle Alternativen nebeneinanderstehen, sondern eher als an Lebensphasen und -kontexte angepaßte Varianten zu betrachten sind.

Optionen dieser Art sind allerdings erst auf der Basis weitgehender Säkularisierung entstanden, die gesellschaftliche Normierungen durchlässiger hat werden lassen und deren Verbindlichkeit reduziert hat. Dies kann auch an unseren Ergebnissen abgelesen werden: Zum einen sei hier auf die insgesamt schwachen religiösen Orientierungen

aller Befragten verwiesen. Zum anderen wirken ausgeprägte Bindungen dieser Art noch immer im Sinne einer Reduktion von Wahlmöglichkeiten. So wird von stärker an religiöse und soziale Normen ausgerichteten Menschen ein Zusammenleben ohne Trauschein weniger akzeptiert. Entsprechend setzt die Opposition gegen traditionalere Lebensformen auch eine hohe Distanz zu diesen Werten voraus.

Weiterhin ist die Entscheidung für eine bestimmte Lebensform sicher auch eine Frage der individuellen Lebensentwürfe und der Möglichkeit, diese in der Paarbeziehung zu verbinden. Beispielsweise scheinen für die z.T. langen Ausbildungsphasen und die damit verknüpften Lebensbedingungen weniger formalisierte Beziehungsformen die passendere Lösung zu sein. Von Bedeutung ist hier aber insbesondere, ob und ggfs. wann dieser Lebensentwurf die Familiengründung einschließt. Denn vor diesem Hintergrund verengt sich das Spektrum wieder, und die Ehe wird zum dominanten Modell der Wahl. Einerseits spielen die objektiven Vorteile, die die Ehe aufgrund ihrer institutionellen Absicherung mit sich bringt, hier eine Rolle, weiterhin kommen wohl auch subjektiv assoziierte Vorstellungen von der Sicherheit und Stabilität formalisierter Beziehungen hier zu Tragen. Vermutlich läßt gerade die vorhandene Wahlfreiheit es zu, daß diese Entscheidungen weniger prinzipiellen Charakter besitzen (als vermutlich noch vor einem Jahrzehnt), sodaß sich Opportunitätsaspekte mit traditionellen oder romantischen Vorstellungen verquicken können. So wird für in dem hier diskutierten Zusammenhang aus der Frage, warum man denn heiraten sollte, im Verlauf einer befriedigenden Partnerschaft wohl oft die Frage, warum man es nicht tun sollte.

So kann die Tatsache, daß sich diese Gruppen nicht oder nur geringfügig unterscheiden, vorläufig damit erklärt werden, daß die nichteheliche Lebensgemeinschaft von der Mehrzahl der jungen Menschen nicht als eine prinzipielle Alternative gelebt wird, sondern als eine Lebensform, die bei Vorliegen bestimmter Bedingungszusammenhänge in eine Ehe überführt wird. Von dieser Einschätzung ausgehend, bekommt die längsschnittliche Beobachtung der Partnerschaftsbeziehungen eine besondere Bedeutung. Im Mittelpunkt unserer Längsschnittstudie stehen Fragen, die auf die Erklärung der Entwicklungsverläufe und Entwicklungspfade fokussiert sind.

Zur Beantwortung dieser Fragen müssen Bedingungszusammenhänge auf der Individualebene **und** überindividueller Ebene, wie Paar- und sozialstruktureller Ebene angenommen werden. Auf der Individualebene müssen Optionen und Präferenzen der individuellen Lebensgestaltung Berücksichtigung finden. Dazu gehören insbesondere die schulische und berufliche Ausbildung, Berufstätigkeit und die angestrebte Elternschaft. Auf der Paarebene ist die Qualität der Partnerschaftsbeziehung, der angestrebte und der erreichte Paarkonsens über Prioritäten innerhalb der Lebensplanung von Bedeutung. Auf der sozialstrukturellen Ebene sind die Eigenschaften des Bildungs- und Ausbildungssystems (z.B. Dauer der Ausbildungsgänge), des Beschäftigungssystems (insbesondere Zugangswege und Zugangschancen), des Rechtssystems (z.B. Stellung des nichtehelichen Kindes), der staatlichen Transferleistungen (insbes. Erziehungsurlaub), des Partnerschaftssystems (z.B. Wertschätzung der Ehe) von Bedeutung. Es handelt sich hier um Aspekte/Dimensionen gesellschaftlicher Modernisierung, die für solche Entscheidungen hinsichtlich Überführung des nichtehelichen Zusammenlebens in eine Ehe, Rahmenbedingungen im Sinne von Chancen und Restriktionen setzen. Antworten auf

diese Fragen im Sinne einer Analyse von Entwicklungsverläufen sollen durch unsere Längsschnittstudie gefunden werden.

Zusammenfassung

Zwei zur Zeit noch laufende Längsschnittstudien der Sozialwissenschaftlichen Forschungsstelle der Universität Bamberg beschäftigen sich mit Partnerschaftentwicklungs- und Familienbildungsprozessen bei verheirateten und unverheirateten jungen Paaren. Die Ausgangsstichproben der inhaltlich aufeinander abgestimmten Untersuchungen bilden 1500 junge Ehepaare und 900 Paare in nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Auf der Basis der Erstbefragungen beider Studien konnte nun eine erste vergleichende Analyse vorgenommen werden.

Nichteheliche Lebensgemeinschaften haben in den vergangenen Jahren stark an Verbreitung zugenommen und sind inzwischen - insbesondere für die junge Generation - zu einem fast generellen Stadium in der Beziehungskariere geworden. So lebt der weitaus größte Teil junger Ehepaare vor der Heirat bereits mit dem späteren Ehepartner zusammen.

Verheiratete und unverheiratete junge Paare entstammen demzufolge nicht (mehr) prinzipiell unterschiedlichen Rekrutierungsfeldern. So ergeben sich bei dem Vergleich jungverheirateter Paare mit unverheirateten mehr Ähnlichkeiten als Unterschiede. Lediglich die "hardliner" unter den nichtehelichen Lebensgemeinschaften, die eine Eheschließung ablehnen, zeichnen sich durch deutlich höheres Bildungs- und Einkommensniveau, größere Religionsferne und v.a. höhere Distanz zur Familiengründung aus. Für die meisten jungen Menschen (ohne vorherige Eheerfahrung) stehen jedoch beide Lebensformen kaum in Konkurrenz zueinander - viel eher hängt die Entscheidung für eine Heirat ab von der Qualität der Paarbeziehung, vom Konsolidierungsgrad der persönlichen Lebensumstände und insbesondere vom Wunsch, eine Familie zu gründen. Wobei hier sicherlich die gesellschaftlich-rechtlichen Rahmenbedingungen eine wichtige Rolle spielen, da sie für verheiratete - insbesondere Eltern - noch immer große Vorteile bieten.

Summary

Two profile studies which are being conducted at the present time by the Social Science Research Centre of the Universität Bamberg deal with the development of relationships and the family formation process among young married and unmarried couples. The original random sample probes (whose contents correspond each other) are made up of 1500 married and 900 unmarried couples respectively. An initial comparative analysis may now be undertaken on the basis of the first inquiry of both studies.

Over the past few years there has been a strong increase in non-marital partnerships. Such partnerships have in the meantime become almost normal stage in the progression of relationships, especially among the young generation. One can see this in the fact that the majority of young married couples lived together before they got married.

Young married and unmarried couples no longer come from such diversely different backgrounds. The comparison of young married couples with their unmarried counterparts reveals more similarities than differences. The only significant differences in social background are found among the unmarried "hard-liners" (i.e., those who reject the institution of marriage). This group is marked by a clearly higher level of education and income, greater antipathy toward religion, and above all, a more negative attitude toward starting a family. Most young people who have never been married do not however view the two partnership form as being in competition with one another. The decision concerning whether or not to marry depends for them on such issues as the quality of the relationship, the extent to which personal circumstances allow for consolidation, and more importantly, the desire to start a family. Here we must also point out that the social-legal framework most surely plays an important role, as it continues to offer married couples (especially those with children) great advantages which unmarried couples do not enjoy.

-
- 1 Als Auszug wurden wesentliche Ergebnisse dieses Vergleiches vorab veröffentlicht: Vaskovics/Rupp (1992)
 - 2 Vgl. z.B. Köcher (1979); de Boer (1981)
 - 3 Vgl. Mackling (1972)
 - 4 Einen kurzen zusammenfassenden Überblick über diese Studien liefern Meyer/Schulze (1983)
 - 5 Vgl. Macklin (1980); Haslinger (1981); Roussel (1978); Pohl (1980); de Boer (1981); Kaufmann (1990); BMFFJG (1985)
 - 6 Die generelle Akzeptanz der Ehe und der Probecharakter eines Teils der nichtehelichen Lebensgemeinschaften werden immer wieder hervorgehoben. Vgl. z.B. Wingen (1984); Trost (1981); de Boer (1981); Clayton/ Voss (1977)
 - 7 Als wesentliche empirische Arbeiten in der Bundesrepublik sind zu nennen: Institut für Demoskopie Allensbach (1989); EMNID (1983)/ BMFJGG (1985)
 - 8 Die Längsschnittstudie "Optionen der Lebensgestaltung junger Ehen und Kinderwunsch" wird von Bayerischen Staatministerium für Arbeit, Familie und Sozialordnung unterstützt. Vgl.: L.A. Vaskovics u.a. (1990)
 - 9 Beide Studien stehen - trotz unterschiedlicher institutioneller Förderung - in engem inhaltlichen und forschungsorganisatorischem Zusammenhang: Soweit es möglich und sinnvoll war, wurden dieselben Meßinstrumente eingesetzt, um einen späteren Vergleich zu ermöglichen. Für die Förderung der gemeinsam mit dem Institut für Psychologie - Persönlichkeitspsychologie und Psychodiagnostik - der Universität München (Prof. Dr. K.A. Schneewind) durchgeführte Längsschnittstudie "Optionen der Lebensgestaltung junger Ehen und Kinderwunsch" danken wir dem Bundesministerium für Familie und Senioren. Vgl. Schneewind/Vaskovics und Mitarbeiter (1991)
 - 10 Eine differenziertere Darstellung der Ergebnisse des Globalvergleichs findet sich in der Vorabveröffentlichung, Vaskovics/Rupp (1992)
 - 11 Zu ähnlichen Ergebnisse kamen auch andere vergleichende Untersuchungen: z.B. Macklin (1980); Apelt u.a. (1980), Wagensommer (1986); Steinmetz (1987); Garza (1980); Stafford u.a. (1976)
 - 12 Vgl.: Für die Ehepaare: Schneewind/Vaskovics u. Mitarbeiter (1991) S. 22; für die nichtehelichen Lebensgemeinschaften: Vaskovics u.a. (1990) S. 34
 - 13 Vgl. Schneewind/Vaskovics u. Mitarbeiter (1991); Teichler u.a. (1983); Yllo (1978)
 - 14 Vgl. Steinmetz (1987); Apelt (1980), S. 143 ff. Wagensommer (1986); Stafford u.a. (1976)
 - 15 Bei ihrer Reanalyse fanden Meyer/Schulze (1988) eine stärkere Ausprägung dieser Tendenz
 - 16 Vgl. Schneewind/Vaskovics u. Mitarbeiter (1991)
 - 17 hier muß angemerkt werden, daß nur die Hälfte dieser kleinen Teilgruppe die Ehe "prinzipiell" ablehnt, die andere Hälfte dieser Gruppe hat schlicht keine Heiratswünsche. Daher bezeichnen wir diese Gruppe auch nicht als Ehegegner, sondern "Heiratsunwillige". In der Vergleichsgruppe finden sich demgegenüber auch Personen, die hinsichtlich ihrer Heiratsabsicht noch unentschieden sind, aber diese nicht verneinen.

- 18 Aufgrund des hier vorgenommenen globalen Vergleichs der Linearergebnisse der beiden Stichproben können natürlich nur mit erheblichen methodischen Vorbehalten generalisierbare Aussagen getroffen werden. Wenn dies hier doch versucht wird, dann nur im Sinne einer ersten Einschätzung, die im späteren Verlauf unserer Auswertungen der beiden Längsschnittstudien noch überprüft, ergänzt und gegebenenfalls differenziert werden muß.

Literaturauswahl

- Apelt, K./ Franzkowiak, P./ Liepmann, D.: Diagnose partnerschaftlichen Verhaltens: Eine sozialpsychologische Analyse, Freiburg 1980
- Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (Hg.): Nichteheleiche Lebensgemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1985 (Band 170)
- Clayton, R.R./ Voss, H.L.: Shacking Up: Cohabitation in the 1970s, in: Journal of Marriage and The Family, Jg. 39/1977, S. 273 - 283
- de Boer, C.: The Polls: Marriage - A Decaying Insitution? in: Public Opinion Quarterly, 1981 45, S. 265 - 275
- Garza, J.M.: Sex Roles within Cohabitation Relationships in: The American Journal of Psychoanalysis, Jg. 40/1980 Bd. 2, S. 159-163
- Haslinger, A.: Ehe ohne Trauschein in: Demographische Informationen 2, Wien 1981, S.13-35
- Institut für Demoskopie Allensbach: Ehe ohne Trauschein. Vor allem für jüngere Paare bleibt die Ehe die Zukunftsperspektive, Allensbacher Berichte Nr. 10, Allensbach 1989
- Jürgens, H.W./ Pohl, K.: Kinderzahl. Wunsch und Wirklichkeit, Stuttgart 1975
- Kaufmann, F.-X.: Zukunft der Familie. Stabilität, Stabilitätsrisiken und Wandel der familialen Lebensformen sowie ihre gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, München 1990
- Köcher, R.: Sind Ehe und Familie noch zeitgemäß? Eine Allensbacher Untersuchung zu Ehe und Familie in Deutschland in: Lebendige Seelsorge 30, 1979, S. 87-91
- Lengsfeld, W./ Linke, W./ Pohl, K.: Familienbildung in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der Panelstudie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden 1989
- Macklin, E.D.: Heterosexual Cohabitation among Unmarried Colledge Students, in: The Family Coordinator, Jg. 21/1972, S. 463 - 472
- Macklin, E.D.: Nontraditional Family Forms: A Decade of Research in: Journal of Marriage and the Family Jg.42/1980, S. 905-922
- Meyer, S./ Schulze, E.: Nichteheleiche Lebensgemeinschaften - Alternativen zur Ehe? in : Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 35, 1983, S. 735-754
- Meyer, S./ Schulze, E.: Nichteheleiche Lebensgemeinschaften - Eine Möglichkeit zur Veränderung des Geschlechterverhältnisses? in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 4/1988, S. 337-356
- Pohl, K.: Wende oder Einstellungswandel? Heiratsabsichten und Kinderwunsch 18- bis 28jähriger Frauen zwischen 1978 und 1983, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft Jg.11/1980, Wiesbaden, S. 87-110
- Roussel, L.: La Cohabitation Juvénile en France in: Population, Jg. 33/1978, S.15-40
- Schneewind, K.A., Vaskovics, L.A. und Mitarbeiter: Optionen der der Lebensgestaltung junger Ehen und Kinderwunsch (Endbericht), Stuttgart, Berlin, Köln, 1992 (im Druck)
- Stafford, R./ Backman, E./ Dibona, P.: The Division of Labor among Cohabiting and Married Couples in: Lengsfeld, W./Schwägler, G., (Hg.): Nichteheleiche Lebensgemeinschaften. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 53, Wiesbaden 1987
- Steinmetz, M.: Vergleich der Arbeitsteilung im Haushalt bei Ehepaaren und in nichtehelichen Lebensgemeinschaften, in: Lengsfeld, W./Schwägler, G. (Hg.) (1987)
- Teichert, V. (Hg.): Junge Familien in der BRD, Opladen 1990
- Trost, J.: Nichteheleiche Lebensgemeinschaften 1989
- Trost, J.: Married and Unmarried Cohabitation: The Case of Sweden with some Comparisons, in: Journal of Marriage and the Family, Jg. 37/1975, S. 677-682
- Vaskovics, L.A., Buba, H.P., Rupp, M.: Die Partnerschaft in nichtehelichen Lebensgemeinschaften, in: Forschungsforum - Interdisziplinäre Familienforschung, Berichte aus der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Bamberg 1991, S. 36 - 43

- Vaskovics, L.A., Buba, H.P., Rupp, M.: Optionen der Elternschaft und der Lebensgestaltung in nichtehelichen Lebensgemeinschaften, Forschungsbericht, Bamberg 1990,
- Vaskovics, L.A., Rupp, M. (unter Mitarbeit von G. Nunner): Nichteheleiche und eheliche Lebensgemeinschaften. Ein Vergleich, in: Gegenwartskunde, Heft 3, 41. Jahrgang (1992), S. 323 - 335
- Wingen, M.: Der soziologische Tatbestand der Nichteheleichen Lebensgemeinschaften, in: Informationen für die Frau, 1981, S.5-12
- Wingen, M.: Nichteheleiche Lebensgemeinschaften. Formen, Motive, Folgen, Zürich 1984
- Yllo, K.A.: Nonmarital Cohabitation. Beyond the College Campus, in: Alternative Lifestyles, Jg.1/1978, S. 37-54

The Effects of Household Structure on Educational Attainment and Vocational Training in West Germany

BY JOACHIM SINGELMANN AND ROGER A. WOJTKIEWICZ¹

One of the major trends in industrial societies has been the rise of single-parent families. As a result of out-of-wedlock births and divorce, about 25 percent of children in the United States live with only one parent, mostly the mother. Teenagers contribute a large share to out-of-wedlock births, especially in the United States which has the highest teenage fertility rate among industrial countries. Research on teenage fertility has uniformly shown that both mothers and children fare worse in life than they would if fertility had been postponed. More recently, researchers have also examined the social and economic consequences of divorce. They have found that divorce in the United States has a negative impact on the subsequent economic circumstances of the women and children involved. Post-divorce family income is lower than pre-divorce income and stays lower for those women who do not remarry (Duncan and Hoffman 1985; Espenshade 1979; Hoffman and Duncan 1988; Smock 1993). Burkhauser et al. (1990, 1991) examined whether the post-divorce decrease in income found for the United States also occurs in West Germany. They suggested that the stronger income support programs in West Germany might shelter women and children from the negative economic consequences of divorce. However, Burkhauser and his colleagues found that the negative economic consequences of divorce were as strong and even stronger in West Germany than in the United States.

Researchers in the United States have also considered how the later life course of children is affected by divorce. One life course transition of particular concern to researchers is educational attainment. The main finding of this research is that those children whose parents divorced have lower educational attainment than children whose parents did not divorce (Astone and McLanahan 1991; Blau and Duncan 1967; Featherman and Hauser 1978; Haveman, Wolfe, and Spaulding 1991; Krein and Beller 1988; McLanahan 1985; Sandefur, McLanahan, and Wojtkiewicz 1992; Wojtkiewicz 1993).

The purpose of the present study is to consider whether growing up with a single parent has a negative effect on educational and vocational attainment of children in West Germany. The research asks whether divorce affects the later life course of German children as it does American children.² The research uses data from the "Class Structure and Class Consciousness in the Federal Republic of Germany" survey which was collected in 1985.

1. Family Structure and Educational Attainment

The basic hypothesis which researchers in the United States have posited about the effect of divorce on educational attainment is that children whose parents divorced will have lower educational attainment than those who have lived with two parents throughout childhood and adolescence. This occurs because parental support, control, and supervision is less for children with divorced parents. There is also less access to economic resources. In addition, change from a two parent family to a one parent family involves stress. The diminished parenting situation leads to lower academic aspirations and achievement which in turn lead to lower educational attainment.

Single parent families have less time available for control and supervision than two parent families because there is only one parent available for those tasks. General household management is the full responsibility of the single parent (Krein and Beller 1988). The single parents receive little help from the absent parent in taking care of the children (Furstenberg, Morgan, and Allison 1987; Seltzer 1991). Children who receive less supervision and control by their parents are more likely to associate with peers who are less supportive of educational attainment (Demo and Acock 1988; Dornbusch et al., 1985). Compared to two-parent families, single-parent families have weaker parent-child relations (Hetherington 1987; Wallerstein and Kelly 1980). Parent-child relations are particularly strained immediately after separation.

Single-parent families have less economic resources than two parent-families (U.S. Census 1991). A primary reason for the difference is that single-parent families have one earner while two-parent families have two potential earners. Most single-parent families consist of a single mother. Married fathers earn more and work more hours than single mothers. The loss of the income of the second earner is not compensated for by either child support or public assistance (Garfinkel and McLanahan 1986).

The stress of change from a two-parent family to a one parent family may also lead to diminished educational attainment (McLanahan 1985). The stress associated with change takes two forms. First, the stress of the divorce causes emotional pain which limits the ability of the single parent to care for her children. Second, the children experience stress from the loss of the father and also from the residential change that often follows divorce.

While research about the effects of single-parent family status in the United States concentrated on educational attainment, we believe that educational attainment will be less affected by divorce in Germany. Rather than lowering the likelihood of finishing high-school, as has been shown for the United States, growing up in a single-parent household in Germany is more likely to affect a person's vocational training. The reason for this difference between the United States and Germany is the different educational systems in the two countries. Students in the United States do not have any alternative to 12 years of primary and secondary schooling. Failure to finish 12th grade makes American students drop-outs and leaves them without a high-school diploma, which is an important credential in the labor market. The German educational system, on the other hand, offers students alternatives to the 13-year

Gymnasium track: they can choose between the main school (*Hauptschule*) or a commerce-oriented school (*Realschule*), both of which offer a complete education based on 10 years of schooling.³ These alternatives to the *Gymnasium* make it less likely that German students become drop-outs, i.e. not finish at least the *Hauptschule*. We therefore argue that the negative effects of growing up in a single-parent household on high-school completion that has been found for the United States is not likely to be found in Germany.

However, this does not imply that parental household structure does not have any effects on the development of human capital in Germany. We hypothesize that, *ceteris paribus*, these effects manifest themselves in the vocational system: Germans who grew up in a single-parent family are less likely to finish an apprenticeship than those who grew up in a two-parent family. The temporal postponement of the household composition effect in Germany is consistent with the different credentials in the two countries. In the United States, the first major cut is the high-school diploma; lack of this diploma implies scholastic failure. In Germany, a 10-year education does not imply failure at all, but can lead to many successful and respected occupational careers. The key human-capital cut in Germany instead is a certified apprenticeship or university-level degree. Persons with 10-years of education can have successful careers as long as they successfully finish vocational training. The reasons for the effects of household composition on vocational training in Germany parallel those for the effects of household structure on educational attainment in the United States. Persons with only one parent--and this mostly means living with the mother--do not have the range of role models available to persons raised by mother and father. Fathers in most cases have the higher-status positions, and the absence of the father's influence in the household is likely to have a negative impact on the decision-making process concerning career development. In many cases, access to economic resources may be more limited for single-parent children, and this can influence them to search for immediate economic gains rather than deferred gains. They are more likely to take unskilled jobs that are higher-paying than the typical three-year apprenticeship, even if this means a much lower earnings trajectory in the long run. Our hypothesis thus is that divorce is likely to have little effect on educational attainment but will affect vocational training in Germany.

2. Data and Methods

2.1. Data

The data for our analysis come from a nationally representative survey funded by the DFG for the project "Class Structure and Class Consciousness in the Federal Republic of Germany." This survey consists of 1,834 persons who were interviewed in the fall of 1985.⁴ The present analysis is based on a subsample of the larger survey, which is limited to persons aged 18-39 years of age. The lower age limit is important to capture persons already out of school. We also imposed an upper age limit: all persons were born after World War II. We believe that the effects of household structure are different for persons whose father or mother might have died during World War II.

The upper age limit controls for the much greater likelihood of having lost a parent during the WWII in Germany than in the United States. This age restriction yielded a sample of 939 respondents.

The class structure survey includes only persons who are in the labor force; however, unemployed persons are only included if they had worked previously. While the employment requirement would not be necessary for our analysis, it does not pose a problem for the validity of our findings. In fact, the sample restrictions work against our hypothesis of a negative effect of growing up in a single-parent household on vocational training. It is likely that persons excluded from the survey—persons who never worked—are more likely to have a single-parent background than a two-parent background, except in the case of homemakers. The exclusion of these people from the sample biases the possible results **against** our hypothesis. Any negative effects of growing up in a single-parent household on vocational training thus would likely be stronger without the sample restriction.

Dependent variables. The two dependent variables are educational attainment and vocational training. We dichotomize education as high/low education, with **low education** defined as *Hauptschule* or less. Respondents are classified as having **no vocational status** if they neither finished an apprenticeship nor completed a higher-education curriculum (e.g. *Fachschule* or university).

Independent variables. The main independent variable is **household structure**. This variable refers to the household structure at the time when the respondent was 16 years of age.⁵ We dichotomized this variable as two-parent families⁶ and others. We include four control variables in the model. We include **sex** because of the traditionally different career patterns of men and women. This is especially important in West Germany which has one of the lowest female labor force participation rates among industrial countries. The lower labor force participation of women could imply that human capital is less important for them than for males and that household structure thus has a lesser effect on educational and vocational outcomes for females than for males. We also add **age** as a control variable. It is dichotomized as 20-29 years of age and 30-39 years of age; we believe that for persons under 30 years of age, the effect of household structure on vocational training may not have fully come into the fore. Two variables control for parental status: **father's education** and **father's vocational training**. Father's education is operationalized in the same way as respondent's education. Father's vocational training is dichotomized as below *Fachhochschule* (polytechnic college) and *Fachhochschule* or university. Because of the high correlation between the two parental status variables, we include only one of the two variables in each model. We selected father's education for the education model and father's vocational training for the vocational training model, for we believe that this selection would provide the most effective control for parental status in each model.

2.2. Methods

We examine the relationship between household structure and the other background variables, on the one hand, and educational attainment and vocational training, on the other hand, using logistic regression. It is appropriate to estimate models which have dichotomous dependent variables with this technique. Using the more interpretable ordinary least squares technique poses problems because predicted values would fall outside the allowable range, the functional form is incorrect, and there is correlation of explanatory variables with the error term (Hanushek and Jackson 1977). Logistic regression avoids each of the problems which would occur using ordinary least squares regression.

3. Results

Table 1 shows the percentage distributions of the variables. About 10 percent of the respondents lived with only one parent at age 16. It is interesting to note that there has been a massive educational upgrading between the generations: over three fourths of the fathers had only basic education (*Hauptschule*) or less, yet this percentage dropped to one half for the respondents. Fourteen percent of the respondents had no vocational training. Males outnumber females in the sample (57.5 percent versus 42.5 percent), reflecting their higher labor force participation rates. The sample is almost evenly split between persons under 30 years of age (51.2 percent) and those aged 30-39 (48.8 percent).

Table 1. Frequencies of dependent, independent, and control variables

Variables	Percentages
Respondent's Education	
low (<i>Hauptschule</i> and below)	49.9
high (above <i>Hauptschule</i>)	50.1
Respondent's Vocational Training	
yes	86.1
no	13.9
Intact Family	
Yes	90.1
No	9.9
Sex	
Male	57.5
Female	42.5
Age	
20s	51.2
30s	48.8
Father's Education	
low (<i>Hauptschule</i> and below)	77.5
high (above <i>Hauptschule</i>)	22.5
Father's Vocational Training	
low (below <i>Fachhochschule</i>)	78.2
high (<i>Fachhochschule</i> , <i>Hochschule</i>)	21.8

Table 2 presents the results of the two logistic regressions. The findings for education confirm our expectation that in the context of the German educational system, growing up in a single-parent household has no effect on educational attainment. We experimented with different ways to dichotomize education, and none yielded statistically significant results. These findings show that the selection among the educational paths in Germany is not a function of household structure. The only major effect on low educational attainment is father's educational attainment: respondents with fathers having low education are almost 12 times as likely have gone to the *Hauptschule* than respondents with better educated fathers.

Table 2. Logistic regression results for West Germany, 1985

Variables	low education			no training		
	est	se	exp	est	se	exp
Intercept	.48*	.13		-2.12*	.18	
Intact Family						
yes	.xx			.xx		
no	-.02	.24		.69*	.28	1.99
Sex						
male	.xx			.xx		
female	-.24	.15		.29	.19	
Age						
20s	.xx			.xx		
30s	.14	.15		-.59*	.20	.55
Father's Education						
high	.xx			---		
low	2.47*	.23	11.82	---		
Father's Training						
yes	---			.xx		
no	---			1.18*	.20	3.25
n		922			936	

*: estimate twice the standard error

xx: contrast group

The results for vocational training are consistent with our hypothesis that growing up in a single-parent household increases the odds of failing to obtain completed vocational training: respondents from single-parent backgrounds are twice as likely as those from two-parent households to have no vocational education, even when sex,

age, and parental status is controlled for. The data show that gender does not have an impact on the likelihood to obtain vocational training, but there exists a significant age effect: Persons in their 30s are slightly more likely to have no vocational training than those in their 20s. There is also a strong effect of father's vocational training on that of his children: respondents whose fathers had no vocational training are three times as likely to fail to acquire formal vocational training in comparison to those whose fathers had completed vocational training.

4. Discussion

Previous studies in both the United States and Germany have shown that divorce has the short-term effect of reducing economic resources for children. Among divorced parents, most children stay with their mothers. Research in the United States also noted negative long-term effects of divorce, as manifested in increased risk of dropping out of high school. Our findings indicate that divorce has negative long-term consequences in Germany as well. However, in contrast to the United States, divorce in Germany does not effect educational attainment but rather vocational training: persons who grew up in single-parent households are twice as likely be without any vocational training or higher education diploma than persons raised in two-parent households.

Increased divorce as has occurred in western societies has some positive implications. For parents, although divorce is a difficult transition, it allows for the dissolution of a troubled marriage. The return to being unmarried allows for the possibility of remarriage into a more satisfying relationship. Divorce may have some positive implications for children because parental divorce may release children from a dysfunctional family situation. However, divorce generally has mostly negative implications for children. Divorce means separation from one parent, usually the father, with lessened parental attention and economic resources in the new household⁷. These immediate impacts are not the only ones which children experience because parental divorce affects their later life course as well. In Germany, the impact is seen in lessened chances of vocational education. Thus, while adults may experience most of the benefits from divorce, children bear most of the costs, not only as children but throughout their lives.

Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag behandelt den Einfluß von Familienstruktur auf die schulische und berufliche Ausbildung. Forschungsergebnisse haben gezeigt, daß Scheidungen ähnliche kurzfristige Konsequenzen für Frauen in der Bundesrepublik haben wie in den USA. Es wurde auch für die USA gezeigt, daß Personen, die nur mit einem Elternteil (und das bedeutet meistens die Mutter) aufwachsen, eher ohne regulären Abschluß die Schule frühzeitig verlassen, als dies der Fall ist für Personen, die mit beiden Eltern aufwachsen. Hier argumentieren wir, daß die längerfristigen Konsequenzen einer unvollständigen Familie sich in der Bundesrepublik nicht wie in den USA im Ausmaß

der Schulbildung niederschlagen, sondern erst in der beruflichen Ausbildung. Den Grund hierfür sehen wir im unterschiedlichen Schul- und beruflichen Ausbildungssystem in den beiden Ländern. Die empirischen Ergebnisse belegen unsere Hypothesen: Personen, die nur mit einem Elternteil aufwuchsen, unterscheiden sich kaum von anderen Personen hinsichtlich ihrer Schulbildung (wenn die üblichen Sozialfaktoren konstant gehalten werden). Dagegen schlagen sich die negativen Konsequenzen eindeutig auf die berufliche Ausbildung nieder: Personen mit nur einem Elternteil haben ein doppelt so hohes Risiko, ohne Berufsausbildung zu sein, wie Personen, die mit beiden Eltern aufwuchsen.

Summary

The present paper analyses the consequences of household structure on educational attainment and vocational training. Previous research showed similarities between the United States and Germany in the short-term consequences of divorce for women. Research also showed that Americans who grew up with only one parent are more likely to drop out of high school than those raised by two parents. While we hypothesize similar longer-term consequences of single-parent family status in Germany, we argue that because of the differences between the two countries in their school system, the negative consequences of single-parent households in Germany do not affect educational attainment, as in the United States, but rather vocational training. Using a national survey from 1985, we show that, when the usual socioeconomic factors are held constant, growing up in a single-parent household has little effect on educational attainment, but has a negative effect on vocational training. Respondents, who grew up with only one parent, are twice as likely to remain without any formal vocational training than those who were brought up by both parents.

¹ The listing of the authors is alphabetical; both authors contributed equally to this analysis.

² Given the fairly low proportion of out-of-wedlock births in Germany prior to 1970, divorce is the major cause of single-parent families.

³ Historically, graduation from the *Hauptschule* occurred after the 9th grade, but recent reforms already implemented in some states have shifted graduation to the end of the 10th grade. See also Blossfeld (1990) and De Graaf and Huinink (1992) for discussions of the German educational system.

⁴ See Erbslöh *et al.* (1990) for a detailed description of the survey.

⁵ This is the typical definition in the literature on the effects of household structure. While this variable does not measure length of exposure to a single-parent household, it is generally considered a good proxy for growing up in a single- or two-parent household.

⁶ Only a very small number of respondents who lived with two parents at age 16 lived with a step-parent. Their number was too small to create a separate category for them. We therefore decided to combine them with respondents who lived with both biological parents, since both types of respondents lived with two parents.

⁷ It might be argued that these negative effects disappear with remarriage. However, research for the United States has shown (cf. Wojtkiewicz 1993) that living with a step-parent has similar effects on educational attainment as living with a single parent.

References

- ASTONE, N.M./ McLANAHAN, S.S. (1991), Family structure, parental practices, and high school completion, *American Sociological Review* 56, 309-320.
- BLAU, P.M./DUNCAN, O.D. (1967), *The American Occupational Structure*, New York.
- BLOSSFELD, H.P. (1990), Changes in educational careers in the Federal Republic of Germany, *Sociology of Education* 63, 165-177.
- BURKHAUSER, R.V./DUNCAN, G.J./HAUSER, R./BERNTSEN, R. (1990), Economic burdens of marital dissolution: A comparison of the United States and the Federal Republic of Germany, *Review of Income and Wealth* 4, 319-334.
- BURKHAUSER, R.V./DUNCAN, G.J./HAUSER, R./BERNTSEN, R. (1991), Wife or frau, women do worse: A comparison of men and women in the United States and Germany following marital dissolution, *Demography* 28, 353-360.
- DE GRAAF, P.M./HUININK, J.J. (1992), Trends in measured and unmeasured effects of family background on educational attainment and occupational status in the Federal Republic of Germany, *Social Science Research* 21, 84-112.
- DEMO, D.H./ACOCK, A.C. (1988), The impact of divorce on children, *Journal of Marriage and the Family* 50, 619-648.
- DORNBUSCH, S.M./CARLSMITH, J.M./BUSHWALL, S.J./RITTER, P.L./LEIDERMAN, H./HASTORF, A.H./GROSS, R.T. (1985), Single parents, extended households, and the control of adolescents, *Child Development* 56, 326-341.
- DUNCAN, G.J./HOFFMAN, S.D. (1985), A reconsideration of the economic consequences of divorce, *Demography* 22, 485-497.
- ESPENSHADE, Th.J. (1979), Economic consequences of divorce, *Journal of Marriage and the Family* 41, 615-625.
- FEATHERMAN, D.L./HAUSER, R.M. (1978), *Opportunity and Change*, New York.
- FURSTENBERG, F.F./MORGAN, S.P./ALLISON, P.D. (1987), Paternal participation and children's well-being after marital dissolution, *American Sociological Review* 52, 695-701.
- GARFINKEL, I./McLANAHAN, S.S. (1986), *Single Mothers and Their Children: A New American Dilemma*, Washington, DC.
- HANUSHEK, E.A./JACKSON, J.E. (1977), *Statistical Methods for Social Scientists*, Orlando FL.
- HAVEMAN, R./WOLFE, B.L./SPAULDING, J. (1991), Educational achievement and childhood events and circumstances, *Demography* 28, 133-158.
- HETHERINGTON, E.M. (1987), Family relations six years after divorce, in K. PASLEY, IHINGER-TALLMAN, K.M. (eds.), *Remarriage and Stepparenting: Current Research and Theory*, New York, pp. 185-205.
- HOFFMAN, S.D./DUNCAN, G.J. (1988), What are the economic consequences of divorce?, *Demography* 25, 641-645.
- KREIN, S.F./BELLER, A.H. (1988), Educational attainment of children from single-parent families: Differences by exposure, gender, and race, *Demography* 25, 221-234.
- McLANAHAN, S.S. (1985), Family structure and the reproduction of poverty, *American Journal of Sociology* 90, 873-901.
- SANDEFUR, G.D./McLanahan, S.S./WOJTKIEWICZ, R.A. (1992), The effects of parental marital status during adolescence on high school graduation, *Social Forces* 71, 999-1017.
- SELTZER, J.A. (1991), Relationships between fathers and children who live apart: The father's role after separation, *Journal of Marriage and the Family* 53, 79-101.
- SMOCK, P.J. (1993), The economic costs of marital disruption for young women over the past two decades, *Demography* (forthcoming).
- U.S. BUREAU OF THE CENSUS. (1991), Family disruption and economic hardship: The short-run picture for children, *Current Population Reports, Series P-70, No. 23*, Washington, DC.
- WALLERSTEIN, J.S./KELLY, J.B. (1980), *Surviving the Breakup: How Children and Parents Cope with Divorce*, New York.
- WOJTKIEWICZ, R.A. (1993), Simplicity and complexity in the effects of parental structure on high school graduation, *Demography* (forthcoming).

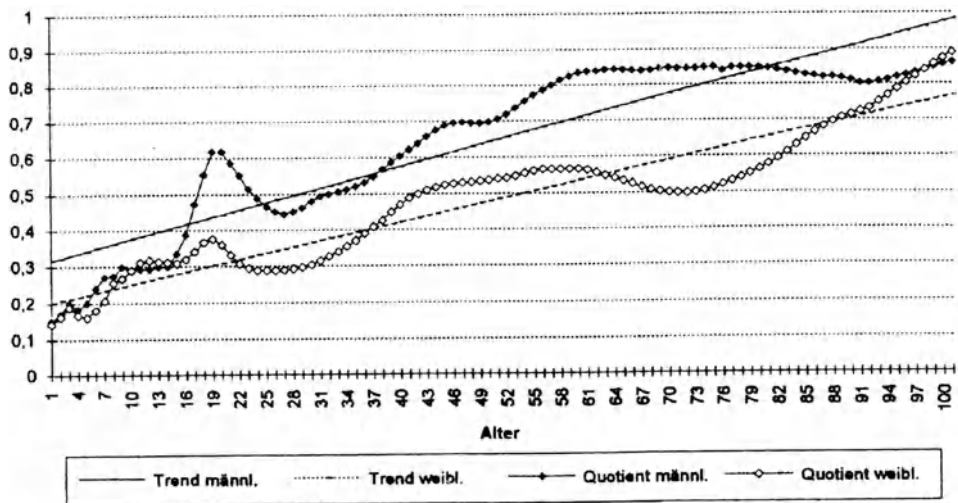
Kosten im Gesundheitswesen

VON STEFAN DUDEY

1. Einleitung

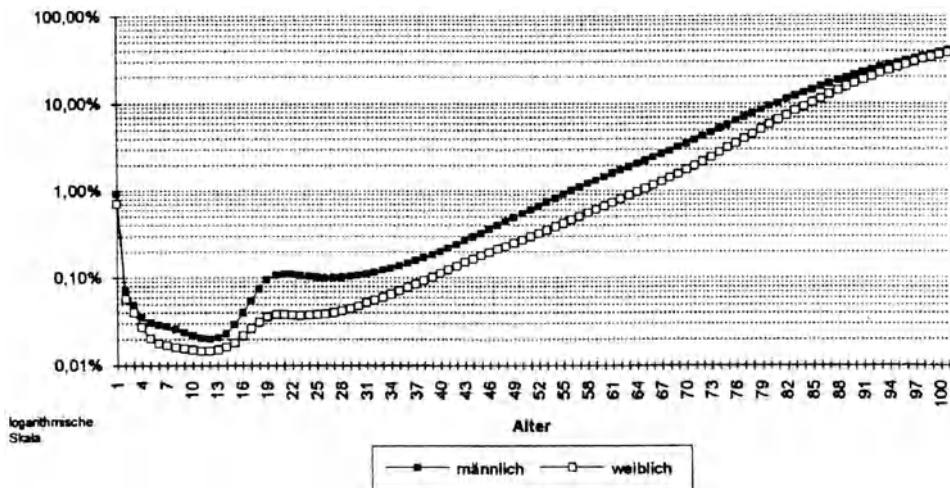
"Der Tod ist noch nicht besiegt, aber wir arbeiten dran" - so könnte man, etwas überspitzt, die Maxime der heutigen medizinischen Forschung umschreiben. Und tatsächlich kann die Wissenschaft bemerkenswerte Erfolge verzeichnen, wie Abbildung 1 zeigt. Diese Graphik enthält, getrennt nach Männern und Frauen, die altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten der westdeutschen Sterbetafel 1986/88 (StBA 1991, S. 82ff), geteilt durch die entsprechenden Werte der Sterbetafel 1949/51 (WiSta 1953, S. 4*-5*). Generell gilt, daß in keiner Altersklasse eine Verschlechterung stattgefunden hat, denn alle auftretenden Werte sind kleiner als eins. Man sieht aber, und auch die beiden Kleinste-Quadrate-Regressionsgeraden bestätigen das, daß die relative Verringerung der Sterbewahrscheinlichkeiten durchaus nicht alle Altersklassen im gleichen Ausmaß betrifft. Große Erfolge wurden vor allem bei Säuglingen und Kleinkindern erzielt, wo in knapp vierzig Jahren die

Abbildung 1: Quotient der Sterbewahrscheinlichkeit 1987/1950 für alle Altersjahre



Sterbewahrscheinlichkeiten auf gut 15 Prozent ihres früheren Niveaus gesunken sind. Folgt man der Kurve weiter, so fällt besonders bei den Männern eine Art Buckel im Alter von 17 bis 24 Jahren auf. Eine ähnliche Anomalie in dieser Altersgruppe findet man auch bei normalen Sterbewahrscheinlichkeitskurven, die in Abhängigkeit vom Alter aufgetragen werden (Abbildung 2). Diese Anomalie entsteht durch eine deutliche Verschiebung der Haupttodesursachen vor allem bei Männern in diesem Alter hin zu Unfällen, z.B. mit Motorrädern oder mit Autos. Bei einem steigenden Motorisierungsgrad sind wichtige Todesursachen in dieser Altersgruppe aber gegen Fortschritte in der Intensivmedizin oder im Rettungswesen weitgehend immun, und so erklärt sich, daß diese Altersgruppe weniger als andere an einer Verbesserung der Sterbewahrscheinlichkeiten partizipiert hat.

Abbildung 2: Sterbewahrscheinlichkeiten in Abhängigkeit vom Alter
Sterbetafel für Westdeutschland 1986/88



Wenngleich der medizinische Fortschritt sicherlich nicht die einzige Determinante dieser insgesamt eindrucksvollen Verbesserung der Lebenserwartung¹ in den letzten vierzig Jahren ist, so ist er doch ein wichtiger Faktor. Unser Gesundheitswesen ist quantitativ und qualitativ ausgebaut worden; aber auch Faktoren, die nicht in Zusammenhang mit Ausgaben für Gesundheit stehen, spielen wahrscheinlich eine Rolle: Die durchschnittliche Arbeitszeit ist zurückgegangen und Fragen der gesunden Ernährung und der Umweltqualität haben heute einen höheren Stellenwert als früher. Wenn man aber annimmt, daß die Gesundheitsausgaben im weitesten Sinn wesentlich zu der in Abbildung 1 wiedergegebenen Verbesserung beigetragen haben, so folgt daraus, daß die oft beklagten hohen Kosten im Gesundheitswesen uns doch auch erheblich Nutzen gebracht haben und bringen.

Das Problem ist nur, daß die schnell voranschreitende Forschung auf diesem Gebiet hoffen oder befürchten läßt, daß wir auch in den nächsten Dekaden immer bessere

Untersuchungs- und Behandlungsmethoden zur Verfügung haben werden. Für eine neue medizinische Technik (oder eine Erfindung auf dem Gebiet der Pharmazie), die im weitesten Sinn nützlich ist, besteht aber immer auch "Bedarf". Das ist sogar institutionell festgeschrieben; nach § 28 SGB V hat der Patient einen sozialversicherungsrechtlichen Anspruch auf eine Versorgung nach den Regeln der ärztlichen Kunst. Es muß ihm also im Rahmen des Möglichen nach besten Kräften geholfen werden. Und bei diesem recht unscharfen Begriff des Möglichen ist fast immer das technisch Realisierbare gemeint, kaum je die Frage, ob die Versichertengemeinschaft eine besonders teure Behandlungsmethode für einen Einzelnen finanziell ermöglichen will oder kann: Von Ausnahmen abgesehen, soll die beste verfügbare lebensverlängernde Behandlung auch gewählt und bezahlt werden.

Unter ethischen Gesichtspunkten spricht viel für diese Vorgehensweise, und sie soll im folgenden auch nicht weiter beurteilt werden. Es soll aber untersucht werden, welche Belastungen sie für die Beitragszahler unserer Sozialversicherung mit sich bringt und vor allem in Zukunft bringen wird. Ausgangspunkt ist dabei die jetzige Altersstruktur der deutschen Bevölkerung und die absehbare demographischen Entwicklung.

2. Entwicklung der Gesundheitskosten seit 1965 - ein kurzer Überblick

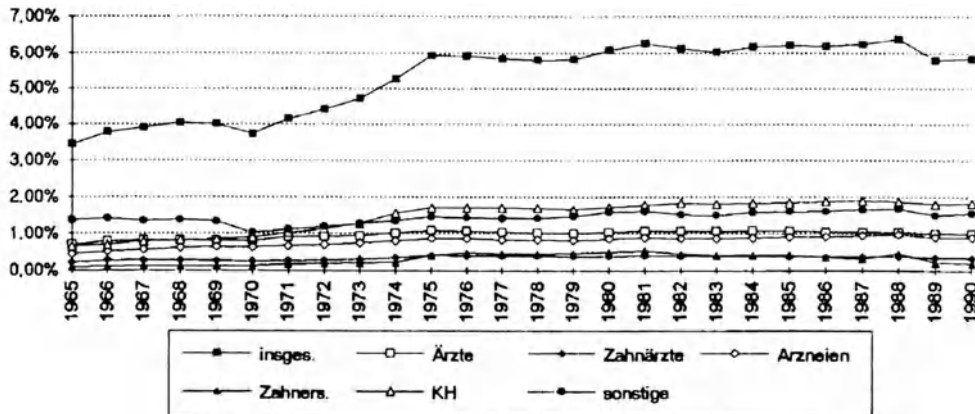
Die durch unser Gesundheitswesen verursachten Kosten werden in verschiedenen Veröffentlichungen vor allem des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung (BMA) und des Statistischen Bundesamtes nachgewiesen. Dabei sind, wie so häufig, wenn es um wirtschaftsstatistische Zeitreihen geht, absolute Zahlen zwar eindrucksvoll bis erschreckend, aber wenig aussagekräftig. Abbildung 3 zeigt deshalb die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), ausgedrückt in Prozent des jeweiligen Bruttosozialprodukts (BSP), seit 1965. Außer den Ausgaben insgesamt werden auch Ausgaben durch die Behandlung durch Ärzte, durch Zahnärzte, durch Ausgaben für Arzneien, Verband-, Heil- und Hilfsmittel aus Apotheken, durch Zahnersatz und durch die Krankenhauspflege (hier abgekürzt KH) dargestellt. Mit "sonstige Ausgaben" wird eine Residualgröße bezeichnet, die unter anderem das Krankengeld und die Verwaltungskosten der Gesetzlichen Krankenversicherung enthält.

Während in den sechziger Jahren die sonstigen Ausgaben den größten Anteil in Anspruch nehmen, hat sich seit Anfang der siebziger Jahre vor allem der Ausgabenanteil für die Krankenhauspflege überproportional vergrößert und stellt mit knapp zwei Prozent des BSP den größten Ausgabenblock dar. Der Ausgabenanteil für Arzneien, Verbandmittel usw. hat sich in 25 Jahren von 0,5% auf knapp 1% fast verdoppelt; parallel dazu ist eine ähnliche Ausdehnung des Anteils der Kosten für ärztliche Behandlung zu erkennen, von 0,7% auf 1,1% des BSP. In der Summe schließlich, also den Ausgaben insgesamt, hat sich der ursprüngliche Wert von 3,45% fast verdoppelt.

Diese Ergebnisse sind weithin bekannt; speziell das anhaltende Kostenwachstum im Krankenhausbereich gibt seit Jahren zu Sorgen Anlaß. Die jetzt geplante Einführung

von Fallpauschalen anstelle der bisher üblichen pro Tag berechneten Pflegesätze soll hier Anreize zu mehr Wirtschaftlichkeit schaffen.

Abbildung 3: Ausgaben der GKV in Prozent des Bruttosozialprodukts



Quelle: BMA (1992) und frühere Jahrgänge

Auf die Probleme, "Gesundheitsausgaben" zu messen und insbesondere international zu vergleichen, soll hier nicht weiter eingegangen werden. Diese Fragen werden in vielen Veröffentlichungen, nicht zuletzt des Sachverständigenrats für die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen und des Statistischen Bundesamts, behandelt. Stattdessen wird der Versuch unternommen, einen eigenen Indikator für die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen zu entwickeln, der die demographischen Strukturveränderungen mit berücksichtigt, die in Deutschland wie in allen Industrieländern zu beobachten sind.

3. Die demographische Komponente in der Kostenentwicklung seit 1970

Grundlegend für die folgenden Überlegungen ist, daß die anfallenden Durchschnittskosten pro GKV-Versicherten und Jahr nicht unabhängig vom Alter und Geschlecht des Versicherten sind. Vielmehr steigen diese Kosten mit zunehmendem Alter an. Demgegenüber werden die Beiträge zur GKV vor allem von den jüngeren Mitgliedern gezahlt; die Rentner etwa zahlten 1990 17,9% der Beiträge zur GKV² (Westdeutschland, BMA 1992, S. 153-155), verursachten aber zugleich 41,1% der Leistungsausgaben. Dabei sind 78,5% der 12,7 Millionen in der GKV versicherten Rentner und ihrer Familienangehörigen 60 Jahre oder älter (BMA 1992, S. 178 und S. 190, Westdeutschland Oktober 1991). Hier findet eine intergenerative Umverteilung statt³, denn die interne Rendite eines Umlageverfahrens ist anfälliger gegenüber Änderungen in der demographischen Struktur als die eines Kapitaldeckungsverfahrens.

Tabelle 1 enthält das für die Berechnungen in diesem Aufsatz verwendete Kostenprofil über alle Altersklassen, getrennt nach Männern und Frauen. Diese Tabelle basiert auf

Kostenstatistiken des Verbandes der privaten Krankenversicherung für verschiedene Altersgruppen. Zusätzlich wurden die verschiedenen Kostenarten mit den tatsächlichen Kostenanteilen gewichtet, die diese Kostenarten in der GKV haben. Leider liegen mir solche Altersprofile nicht für verschiedene Zeitpunkte vor, so daß hilfswise angenommen wurde, das sich aus der Tabelle ergebende Ausgabenverhältnis zwischen Kindern als der "billigsten" Gruppe einerseits und den "teuersten" Patienten (über 75 Jahre) andererseits von etwa 1 zu 6 sei im Zeitablauf konstant.

Tabelle 1: Altersprofil der Krankheitskosten in der GKV
in DM pro Versicherten und Jahr (1991)

Alter von ... bis unter ...	Männer	Frauen
Kinder	1.137,53	1.061,34
- 20	1.140,58	1.502,74
20 - 25	1.114,51	1.922,39
25 - 30	1.155,44	2.430,12
30 - 35	1.236,43	2.373,06
35 - 40	1.389,55	2.247,56
40 - 45	1.659,41	2.355,29
45 - 50	2.063,41	2.780,15
50 - 55	2.530,24	3.242,37
55 - 60	3.247,95	3.576,58
60 - 65	3.872,74	3.842,07
65 - 70	4.739,70	4.423,32
70 - 75	5.844,85	5.334,95
über 75	6.840,72	6.636,52

Mit Hilfe dieser Kostendaten wird nun versucht, den Einfluß der demographischen Strukturveränderung auf die Beitragssatzentwicklung der GKV zwischen 1970 und 1989 zu untersuchen. Während die Gesamtbevölkerung der alten Bundesländer in dieser Zeit leicht von 61,1 auf 62,7 Millionen Menschen zugenommen hat, hat sie zugleich eine deutliche Strukturverschiebung durchgemacht, denn der Anteil der 20-bis unter 60-jährigen stieg von 51,2% auf 58,3% an, während der der 60-jährigen und Älteren mit 20,9% (1970: 19,2%) fast konstant blieb. Komplementär dazu sank der Anteil der unter 20-jährigen auf 20,8% (1970: 29,6%): eine deutliche Folge des "Pillenkicks".

Wenn man nun annimmt, die durchschnittlichen Kosten pro GKV-Versicherten in den einzelnen Altersklassen von Tabelle 1 wären nicht stärker gestiegen als die Durchschnittseinkommen der erwerbstätigen GKV-Mitglieder, kann man eine allein auf demographischen Einflüssen beruhende hypothetische Beitragssatzentwicklung rekonstruieren. Uns interessiert, in welcher Richtung und wie stark sich dieser hypothetische Beitragssatz in den letzten 20 Jahren geändert hätte. Die deutliche relative Zunahme der mittleren, beitragszahlenden Generation in diesem Zeitraum läßt

vermuten, daß der hypothetische Beitragssatz eher gesunken als gestiegen sein müßte. Zugleich ist nämlich, wie gesagt, der Anteil der 60 und mehr Jahre alten fast gleich geblieben und der Anteil der unter 20-jährigen zurückgegangen, so daß die Kostenbelastung pro erwerbstätigen Beitragszahler theoretisch hätte sinken müssen.

Ob diese Hypothese richtig ist und wie stark diese "kostenneutralen" Beitragssätze dann abnehmen müssen, kann nur eine Berechnung zeigen. Dazu wird, basierend auf der tatsächlichen Alterszusammensetzung der deutschen Bevölkerung seit 1970, ermittelt, um wieviel Prozent die in Tabelle 1 genannten Durchschnittskosten pro Versicherten proportional reduziert werden müssen, damit die dann ermittelten Gesamtkosten von 1970 mit den tatsächlichen Beitragseinnahmen der GKV übereinstimmen⁴. Dieser auf die Durchschnittskosten anzuwendende Faktor wird sodann in jedem Folgejahr mit der gleichen Rate erhöht, mit der auch die Durchschnittseinkommen der erwerbstätigen GKV-Mitglieder zunehmen. Endogen läßt sich dann der zur Deckung der angefallenen Kosten erforderliche Beitragssatz bestimmen.

Abbildung 4: Entwicklung der Beitragssätze in der GKV

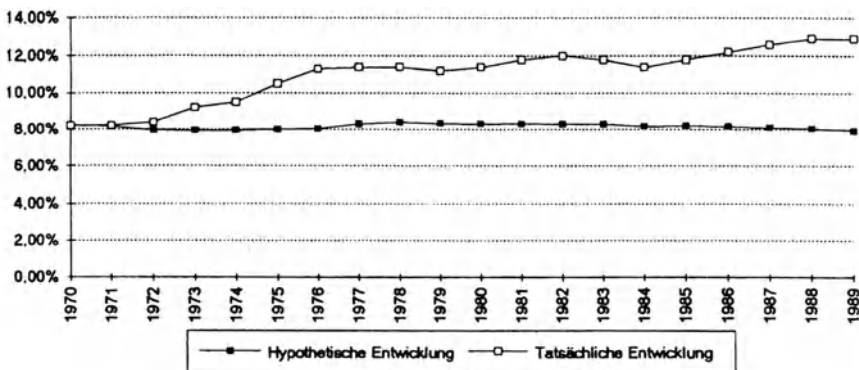


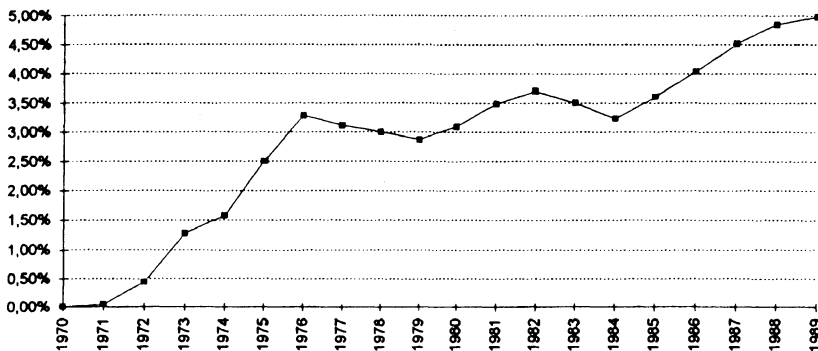
Abbildung 4 gibt diese hypothetische Beitragssatzentwicklung, zusammen mit der tatsächlichen, wieder. Man sieht, daß die demographische Strukturverschiebung geringen Einfluß auf den Beitragssatz hat und dieser nur leicht sinkt⁵. Demgegenüber ist der tatsächliche Beitragssatz jedoch deutlich angestiegen.⁶

Dieser Anstieg bzw. diese Differenz zwischen den beiden Reihen ist das gesuchte Maß für die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen seit 1970 und wird in Abbildung 5 separat dargestellt. Wengleich diese Reihe nicht monoton steigt, sondern - nicht zuletzt als Folge von Kostendämpfungsversuchen - auch flache Abschnitte aufweist, so beträgt der Anstieg insgesamt doch immerhin 5 Prozentpunkte in weniger als 20 Jahren oder durchschnittlich 0,26 Prozentpunkte in jedem Jahr.

In Abbildung 5 fällt auf, daß von 1970 bis 1976 zunächst ein besonders starker Anstieg stattfindet, der sich dann wieder abflacht. In diesem Zusammenhang ist

interessant, daß gerade zum Jahresbeginn 1970 eine Senkung der Beitragssätze zur GKV ermöglicht worden war, weil die Arbeitgeber dann auch für Arbeiter sechs Wochen Lohnfortzahlung bei Arbeitsunfähigkeit zu leisten hatten und die Krankenkassen beim Krankengeld entlastet wurden (Dt. Bundesbank 1986, S. 17). Der darauf folgende Kostenanstieg brachte die Beiträge schon bald (1975) wieder auf ihr altes Niveau. Dies ist ein schönes Beispiel für die so oft vorgetragene These von der Kasse, die "sinnlich macht". Ein "Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz" wurde dann 1977 beschlossen, als die erste Steigerungswelle bei den Beitragssätzen bereits beendet war.

Abbildung 5: Differenz zwischen tatsächlicher und hypothetischer Beitragssatzentwicklung



4. Demographische Entwicklung der Beitragssatzes in der Zukunft

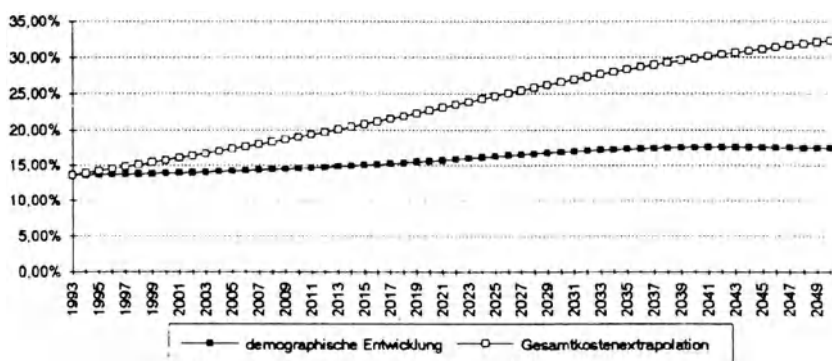
Eine formal gleiche Berechnung kann man analog für die Zukunft vornehmen. Der notwendige Aufwand ist hier wesentlich höher, weil zunächst eine Modellrechnung der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung erforderlich ist. Dabei wird, im Gegensatz zu den oben vorgestellten Zahlen für die alten Bundesländer, Deutschland einschließlich der neuen Bundesländer, also nach dem Gebietsstand vom 3. Oktober 1990 betrachtet.

Für diese Berechnungen ist ein recht umfangreicher Vektor von Annahmen erforderlich, von denen hier nur die wichtigsten aufgezählt werden sollen. Jede dieser Annahmen kann modifiziert werden, um die Stärke ihres Einflusses auf das Ergebnis zu ermitteln. In Abschnitt 5 wird noch auf die Ergebnisse solcher Sensitivitätsanalysen eingegangen.

Unterstellt wird zunächst, genau wie in der 7. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (WiSta 1992), daß die zur Zeit beobachteten hohen Zahlen von Zuwanderern in der Zukunft nicht dauerhaft beibehalten werden können, sondern im Laufe der Jahre absinken werden, auf einen Wert von etwa 53.000 pro Jahr ab dem Jahr 2011. Dabei handelt es sich um Nettowanderungen, also einschließlich der Auswanderungen. Für das Geburtenverhalten wird angenommen, daß nach den besonders niedrigen Werten des

Jahres 1985, als die Nettofortpflanzungsrate mit einem Wert von 0,60 ihr Minimum erreichte, dauerhaft ein Wert von 0,68 realisiert wird. Dazu tragen, wie eine genauere Analyse zeigt, vor allem die Ausländer in Deutschland bei, denn die Nettofortpflanzungsrate der Deutschen allein ist geringer, während die Ausländer relativ mehr Kinder bekommen. Die Erwerbsquoten werden auf dem heutigen Niveau fixiert. Die Sterbewahrscheinlichkeiten in Deutschland verringern sich, so daß die Lebenserwartung von 1989 bis 2000 um 2,4 (Männer) bzw. 2,35 Jahre (Frauen) zunimmt und dann konstant bleibt. Was die neuen Bundesländer betrifft, so wird bei einer Reihe von Faktoren (Fertilität, Mortalität, Durchschnittseinkommen, Arbeitslosigkeit) angenommen, daß sich die dort zur Zeit beobachteten Werte asymptotisch an die im Westen der Republik anpassen.

Abbildung 6: Entwicklung des Beitragssatzes zur GKV



Auf der Basis dieser Annahmen kann man die Entwicklung der Alterszusammensetzung der deutschen Bevölkerung jahrgangsweise vorhersagen und dann auch die demographisch bedingte Veränderung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung ermitteln. Dabei wird wiederum davon ausgegangen, daß die Kosten pro Person im Bereich der GKV nicht stärker steigen als die Pro-Kopf-Einkommen. Das Ergebnis dieser Berechnungen wird in Abbildung 6 anhand der Reihe "demographische Entwicklung" wiedergegeben. Man sieht, daß unter solchen Annahmen die Beitragssätze bis zum Jahr 2041 um vier Prozentpunkte steigen müssen, was noch vergleichsweise harmlos erscheint. Außerdem enthält Abbildung 6 eine Kostenextrapolation, die auf dieser demographischen Steigerung des Beitragssatzes beruht und zusätzlich die seit 1970 beobachtete durchschnittliche Zunahme der Beitragssätze um 0,26 Prozentpunkte pro Jahr gegenüber dem demographischen Referenzpfad berücksichtigt. Diese zweite Entwicklung würde eine Verdopplung des jetzigen Beitragssatzes bis zum Jahr 2030 bedeuten.

Die "Gesamtkostenextrapolation" in Abbildung 6 als ernstgemeinte Prognose der zukünftigen Beitragssätze der GKV zu bezeichnen wäre unseriös, denn Kostenschübe und Beitragssatzerhöhungen in der gesetzlichen Krankenversicherung haben immer auch politische Rückwirkungen. So hat Minister Seehofer im letzten Jahr zur Begründung seines Gesundheitsstrukturgesetzes erläutert, ein Beitragssatz von

durchschnittlich 13% sei für ihn der politische Interventionspunkt, ab dem Maßnahmen zur Kostendämpfung zwingend erforderlich würden.

Vor diesem Hintergrund ist die obere Kurve in Abbildung 6 nun nicht etwa irrelevant, sondern kann als eine Art Reformbedarfindikator ganz andere Einsichten vermitteln: daß nämlich, erstens, der als Sozialversicherung organisierte und größte Teil unseres Gesundheitssystems seinen letzten dirigistischen Eingriff zur Kostendämpfung noch lange nicht hinter sich hat und, zweitens, diese Eingriffe in immer kürzerer zeitlicher Folge erforderlich und immer gravierender sein werden, wenn es nur gelingen soll, den Beitragssatz auf dem heutigen Niveau zu halten.

Die Alternative ist natürlich, sich für einen weiter wachsenden Gesundheitssektor zu entscheiden, was durchaus rational sein mag. Wir sind ein reiches Land mit (hoffentlich oder meistens) jährlich steigendem Realeinkommen; warum also sollte sich die Mehrheit nicht dafür entscheiden können, einen zunehmenden Teil ihrer Ressourcen für Gesundheitsausgaben und medizinische Forschung zu verwenden? Daß solches Handeln durchaus begrüßenswerte Folgen haben kann, haben wir zu Anfang dieser Betrachtung (Abschnitt 1, Einleitung) gesehen.

Nur sind damit leider gewisse Probleme verbunden, wenn man das Sozialversicherungssystem in seiner jetzigen Struktur in die Zukunft fortschreibt. Zunächst einmal läßt sich leicht zeigen, daß die Abgabenlast nicht nur für die Krankenversicherung, sondern auch für die Renten- und, so sie denn eingeführt wird, die Pflegeversicherung in Zukunft deutlich ansteigen muß, wiederum allein aus demographischen Gründen (vgl. z.B. Felderer 1992). Hinzu kommt eine wachsende Steuerbelastung zur Finanzierung des seit 1992 neu dynamisierten Bundeszuschusses zur Rentenversicherung. Ein Finanzierungsschema über einkommensproportionale Sozialversicherungsbeiträge ist nicht nur mit erheblichen inter- und auch intragenerativen Umverteilungswirkungen verbunden (ein Beispiel dafür zeigt Dudey 1991), es ist auch unter Effizienz- oder Allokationsgesichtspunkten nachteilig (vgl. Homburg 1990, am Beispiel der umlagefinanzierten Rentenversicherung). Um nur einen, besonders naheliegenden Punkt zu nennen: Mit zunehmenden Sozialabgaben und Steuersätzen wird Schwarzarbeit immer lohnender. Es findet eine Umverteilung der sozialen Lasten statt hin zu denen, die nicht die Möglichkeit haben, wenigstens einen Teil ihres Einkommens relativ risikolos außerhalb sozialversicherungs- und steuerpflichtiger Beschäftigungsverhältnisse zu erwerben.

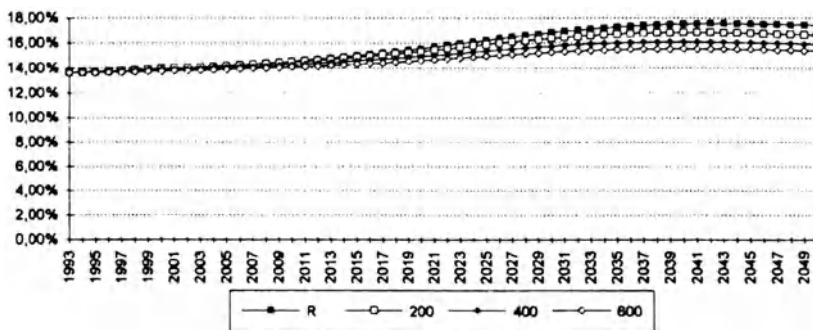
5. Stabilität der Prognosen gegenüber Annahmevariationen

Die Bevölkerungsvorausberechnungen in Abschnitt 4 basieren, wie gesehen, auf einer Reihe von Annahmen. Im folgenden wird für einige dieser Annahmen gezeigt, wie stark eine Variation innerhalb sinnvoller Grenzen das Endergebnis beeinflusst.

Zunächst ist es sicherlich am interessantesten, weil scheinbar auch kurzfristig beeinflussbar, die Nettozuwanderung innerhalb des Bevölkerungsprognosemodells zu variieren und alle anderen Parameter konstant zu halten. Betrachtet man neben dem

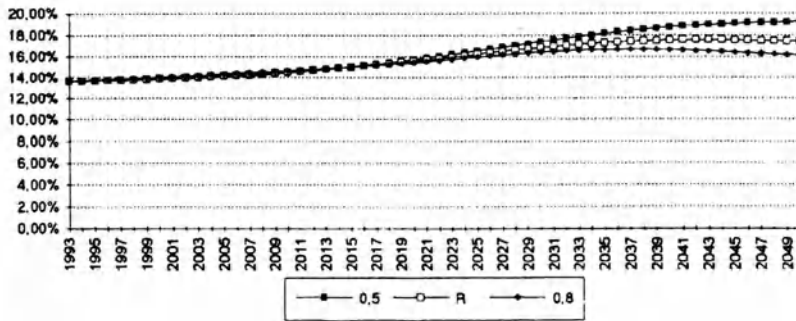
Zuwanderungsvektor des oben vorgestellten Referenzmodells (R) noch Varianten mit 200.000, 400.000 und 600.000 Personen jährlicher Nettozuwanderung, so ergibt sich jeweils die in Abbildung 7 dargestellte Beitragssatzentwicklung in der GKV. Selbst die günstigste Entwicklung, mit jährlich 600.000 Zuwanderern, führt noch zu einer demographisch bedingten Beitragssatzzunahme von fast 2 Prozentpunkten in den nächsten 40 Jahren. Es erscheint aber wenig realistisch, daß so hohe Zuwanderungswerte politisch über lange Zeit erwünscht sein werden. Für die Alterszusammensetzung der Zuwanderer wurde in der Berechnung unterstellt, daß sie die gleiche Verteilung annimmt wie im Durchschnitt der letzten 10 Jahre. Implizit unterstellt das Modell außerdem, daß die Zuwanderer die gleiche Produktivität und die gleichen Einkommen wie die Deutschen erzielen, was wenig plausibel ist und die Ergebnisse günstiger macht als sie voraussichtlich sein werden. Gleiches gilt für die hier gemachte Annahme, daß die Einwanderer sofort Arbeit finden und es keine konjunkturellen Probleme gibt. Das von Politikern immer wieder vorgebrachte Beruhigungsargument, mit Zuwanderern könnten wir unsere demographischen Probleme in der Sozialversicherung lösen, erweist sich somit als hinfällig.

Abbildung 7: Beitragssatzentwicklung in der GKV für verschiedene Nettozuwanderungsannahmen
(Zuwanderung in 1.000 pro Jahr)



Eine weitere Hoffnung besteht darin, die Geburtenzahlen würden sich wieder deutlich verbessern. Abbildung 8 zeigt, welche Auswirkungen gegenüber dem Referenzmodell eine sofortige Senkung der Nettoreproduktionsrate (NRR) auf 0,50 bzw. Steigerung auf 0,80 hätte. Es ist interessant zu beobachten, daß eine Erhöhung der NRR auf 0,80 zunächst um die Jahrtausendwende zu leicht höheren Beitragssätzen führt als eine Senkung auf 0,50. Hier zeigt sich, daß diese zusätzlichen Kinder in der GKV zunächst einmal Geld kosten, bevor sie als Beitragszahler ab 2030 eine leichte Entlastung herbeiführen können. Den demographischen Beitragssatzanstieg fühlbar aufhalten können die höheren Geburtenzahlen ebenfalls nicht.

Abbildung 8: Beitragssatzentwicklung in der GKV für verschiedene Nettoproduktionsraten



Drittens wird argumentiert, daß mit der sinkenden Geburtenzahl jetzt und in Zukunft eine stärkere Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben möglich und wünschenswert sei, um zusätzliche Beitragszahler zu haben. Um diesen Effekt abzuschätzen, wurden die aktuellen Erwerbsquoten der Frauen für die Modellrechnung nicht konstant gehalten, sondern in jeder Altersgruppe von 21 bis unter 60 Jahre um zusätzliche fünf Prozentpunkte erhöht und dann die Beitragssatzentwicklung betrachtet. Es ergab sich eine geringe Verschiebung der Beitragssatzkurve nach unten um zunächst 0,35 und später 0,40 Beitragssatzprozentpunkte. Ähnlich geringfügige Auswirkungen hat eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

Hebt man hingegen die Annahme auf, die Lebenserwartung würde nur bis zum Jahr 2000 ansteigen und dann konstant bleiben, ergeben sich allein demographisch noch deutlich höhere Beitragssätze. Nimmt die Lebenserwartung zum Beispiel weiterhin gleichmäßig zu, so daß sie bis zum Jahr 2050 für beide Geschlechter um gut sieben Jahre ansteigt, was nicht unbedingt unrealistisch erscheint, so würden die Beitragssätze um über fünf Prozentpunkte auf fast 19% ansteigen.

6. Zusammenfassung

Der Aufsatz unternimmt eine Trennung der Beitragssatzentwicklung in der Gesetzlichen Krankenversicherung in einen demographisch bedingten Teil und in eine Kostensteigerungskomponente, wobei offen gelassen wird, ob für die Kostensteigerung eine Preis- oder eine Mengenausweitung verantwortlich ist. Die demographisch bedingte Beitragssatzveränderung innerhalb einer umlagefinanzierten Krankenversicherung ergibt sich, weil die Beiträge und die verursachten Kosten verschiedener Altersgruppen innerhalb der GKV nicht deckungsgleich sind. Vielmehr wird von der erwerbstätigen Generation sowohl zu den noch nicht als auch zu den nicht mehr Erwerbstätigen, also der jüngeren und der älteren Generation umverteilt. Speziell die ältere Generation ab ca. 60 Jahre verursacht wesentlich höhere Gesundheitskosten als sie an Beitragszahlungen aufbringt. Strukturverschiebungen in der Alterszusammensetzung müssen deshalb zu Beitragssatzveränderungen führen.

Dieses Prinzip wird zunächst auf die Entwicklung der GKV Westdeutschlands in den letzten 20 Jahren angewandt. Dabei zeigt sich, daß von 1970 bis 1989 die Beitragssätze leicht hätten sinken müssen. Stattdessen sind sie stark gestiegen. Gegenüber der hypothetischen Reihe ergibt sich ein durchschnittlicher Anstieg von 0,26 Prozentpunkten pro Jahr.

Sodann wird eine Simulationsrechnung für die zukünftige Entwicklung der gesamtdeutschen Bevölkerung bis 2050 durchgeführt. Das Ergebnis ist, daß der zunehmende Anteil alter Menschen in Zukunft einen allein demographisch erforderlichen Beitragssatzanstieg von vier Prozentpunkten bis zum Jahr 2041 verursachen wird. Auch höhere Geburtenzahlen oder verstärkte Zuwanderungen können dies nur geringfügig beeinflussen. Extrapoliert man zusätzlich die seit 1970 beobachtete und zuvor mit 0,26 Prozentpunkten pro Jahr quantifizierte Kostensteigerung im Gesundheitswesen, so verdoppelt sich der jetzige Beitragssatz bis zum Jahr 2030.

Daß diese Verdopplung tatsächlich eintritt, kann nicht ernsthaft erwartet werden, weil vorher sowohl Gegenreaktionen der Nachfrager und Anbieter von Gesundheitsleistungen einsetzen werden als auch politische Maßnahmen. Dennoch ist das Szenario einer potentiellen Verdopplung der Beitragssätze in absehbarer Zukunft nützlich als Indikator allein für das Ausmaß, das die zukünftig notwendigen Reformen und dirigistischen Eingriffe in unser Gesundheitswesen haben werden. Es stellt sich die Frage, ob die jetzt schon nicht mehr zu übersehenden Ineffizienzen und Anreize zum Kostenwachstum durch noch mehr Staatseingriffe überhaupt in der erforderlichen Weise behoben werden können, oder ob eine langfristig rationale Politik nicht Alternativen zum bestehenden Gesundheitssystem in Form einer Sozialversicherung ins Auge fassen sollte. Letzlich könnte eine Verbesserung der Allokationseffizienz auch auf diesem Gebiet allen Beteiligten zugute kommen.

-
- ¹ Diese Aussage ist allerdings zumindest für die Männer zu relativieren: Die deutschen Bevölkerungsverluste im zweiten Weltkrieg betrafen zu einem wichtigen Teil auch Soldaten, und hier sind die überdurchschnittlich gesunden Männer aufgrund des Musterungsverfahrens überrepräsentiert. Soweit diese im Krieg gefallen sind, blieben danach die weniger gesunden mit geringerer Lebenserwartung übrig. Ohne den Krieg wäre die Verbesserung in Abbildung 1 vermutlich weniger stark ausgefallen, d.h. die Kurven lägen höher.
 - ² Tatsächlich wird die Rente nur um die Hälfte des Beitrags zur Krankenversicherung gekürzt; die andere Hälfte zahlt der Rentenversicherungsträger bzw. letztendlich der Beitragszahler zur gesetzlichen Rentenversicherung und damit ebenfalls die junge Generation.
 - ³ Die Tatsache allein, daß die Älteren pro Jahr weniger und die Jüngeren pro Jahr mehr einzahlen als sie im selben Jahr an Ausgaben verursachen, führt noch nicht zu intergenerativer Umverteilung. Ein Alterssicherungssystem (und in Bezug auf die Krankheitskosten ist die GKV durchaus auch ein Alterssicherungssystem) beinhaltet intergenerative Umverteilung, wenn der Barwert der Einzahlungen dem Barwert der Auszahlungen eines Versicherten (einschließlich Verwaltungskosten) nicht entspricht. Ein Kapitaldeckungsverfahren ist demnach definitionsgemäß intergenerativ verteilungsneutral, unabhängig davon, daß demographische Strukturänderungen Einfluß auf zukünftige Zinssätze und damit auch auf die genannten Barwerte haben. Entscheidend ist aber, daß die interne Rendite eines kapitalgedeckten System nicht negativ werden kann (vgl. Homburg 1988, S. 69ff). Ein umlagefinanziertes System dagegen kann je nach Bevölkerungsstruktur für einzelne Kohorten auch zu einer negativen internen Rendite führen.

- 4 Diese Vorgehensweise vernachlässigt vor allem zweierlei: Erstens sind die Gesamteinnahmen der GKV höher als die Beitragseinnahmen, wenn auch nur geringfügig, und zweitens stimmen die Ausgaben und Einnahmen nicht periodenweise überein, sondern nur im Durchschnitt, wenn die Beitragssätze wieder entsprechend angepaßt wurden.
- 5 Die Berechnung der hypothetischen Beitragssatzentwicklung wurde unter Verwendung der tatsächlichen, sich im Zeitablauf ändernden Erwerbsquoten vorgenommen. Behält man dagegen die Erwerbsquoten von 1970 konstant bei, so hätte die Reihe bis 1989 noch stärker fallen müssen, auf 7,45% statt 7,92%.
- 6 Buttler/Fickel (1992, S. 172) kommen zu dem Ergebnis, daß sich von "der realen Steigerung der Ausgaben um 97% [für Behandlung, von 1970 bis 1989] [...] 10% auf die Änderung der Bevölkerung in Anzahl sowie Alters- und Geschlechtsstruktur zurückführen" lassen. Das steht nicht im Widerspruch zu der Aussage, daß der Beitragssatz leicht hätte fallen müssen. Eine rein demographiebedingte Beitragssatzentwicklung ab 1970 wird von Buttler/Fickel nicht angegeben.

Literatur

- BMA - Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (1992) Arbeits- und Sozialstatistik, Hauptergebnisse 1992. Bonn.
- Buttler, Günter; Fickel, Norman (1992) Gesundheit: Steigende Ausgaben bei weniger Kranken? Acta Demographica 1992, 157-176.
- Deutsche Bundesbank (1986) Monatsbericht Januar 1986.
- Dudey, Stefan (1991) Verteilungswirkungen einer Gesetzlichen Pflegeversicherung. Wirtschaftsdienst 7/91, 356-359.
- Felderer, Bernhard (1992) Die langfristige Entwicklung einer gesetzlichen Pflegeversicherung. Ökonomische und demographische Perspektiven für die Bundesrepublik Deutschland. München: Bayerische Rückversicherung. Mai 1992.
- Homburg, Stefan (1988) Theorie der Alterssicherung. Berlin: Springer.
- Homburg, Stefan (1990) The Efficiency of Unfunded Pension Schemes. Journal of Institutional and Theoretical Economics 146, 640-647.
- StBA - Statistisches Bundesamt (1991) Statistisches Jahrbuch 1991 für das vereinte Deutschland. Wiesbaden: Metzler-Poeschel.
- WiSta - Statistisches Bundesamt (1953) Wirtschaft und Statistik.
- WiSta - Statistisches Bundesamt (1992) Wirtschaft und Statistik, Heft 4, S. 217-222, und ergänzende Tabellen des Statistischen Bundesamtes, Abt. VIII B zur 7. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung.

Remigration von Gastarbeitern

Eine Analyse mit nichtparametrischen Schätzverfahren

VON BEATRIX BRECHT UND PAUL MICHELS

1. Einleitung

Der Entscheidungsprozeß des Ausländers, in Deutschland zu bleiben oder in sein Heimatland zu remigrieren, wird durch mannigfaltige Faktoren beeinflusst. Auf der einen Seite steht die Zunahme der ausländerfeindlichen Tendenzen, der kulturelle Unterschied, die Arbeit in unqualifizierten Positionen und das Gefühl der Isoliertheit und des Heimwehs, vor allem wenn die Familie nicht nachgeholt werden kann. Andererseits sind die "Gastarbeiter" längst keine Gäste mehr, sondern de facto Einwanderer geworden; dies trifft insbesondere für die Nachkommen der ersten Generationen zu, die oft bereits in Deutschland geboren und/oder aufgewachsen sind und das Herkunftsland der Eltern nur aus der frühen Kindheit oder durch Ferienaufenthalte kennengelernt haben. Für sie ist eine "Rückkehr" unvorstellbar, selbst wenn die soziale Integration in Deutschland nur unvollkommen ist.

Tatsächlich läßt sich eine zunehmende Verfestigung des Aufenthalts der Ausländer in Deutschland, deren Anteil an der gesamtdeutschen Wohnbevölkerung 1990 bei rund 7% lag, feststellen; 1988 waren 60% (2,66 Millionen) der Ausländer länger als 10 Jahre in Deutschland, von der türkischen Bevölkerungsgruppe sogar rund 80% (932.423 Personen). Aber nur jeder fünfte Ausländer beantragte eine Aufenthaltsberechtigung, und die Einbürgerungsbereitschaft betrug 1987 sogar weniger als 1 Prozent. Daraus wird ersichtlich, daß immer noch eine Rückkehrorientierung bei den meisten Ausländern vorliegt, diese aber oftmals in eine Rückkehrillusion umgeschlagen ist, wie die zunehmende Aufenthaltsdauer demonstriert. Dieses Offenhalten der Rückkehroption deutet auf ein wesentliches Problem hin: Es fehlt in den Herkunftsländern an Verdienstmöglichkeiten und an Eingliederungshilfen für die rückkehrwilligen Gastarbeiter. Die von der Bundesrepublik initiierten Reintegrationsprogramme, die vor allem die wirtschaftliche Entwicklung in den Heimatländern verbessern sollen, um somit den Anreiz zur Rückkehr zu vergrößern, zeigten sich bisher als wenig wirksam. Von den 438.300 Ausländern, die 1989 die Bundesrepublik verließen, nahmen nur die wenigsten das Angebot einer Wiedereingliederungshilfe an, da in der Regel damit eine erneute Einreise nach Deutschland ausgeschlossen wird. Sowohl das 1972 mit der Türkei geschlossene Abkommen zur Reintegration als auch das 1983 erlassene

"Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern" konnten die Tendenz, länger im Bundesgebiet zu bleiben, und das Anwachsen der ausländischen Wohnbevölkerung (1989: 4,85 Millionen) nicht verhindern, wobei seit Beginn der achtziger Jahre insbesondere der Anteil der Menschen aus nichteuropäischen Gebieten angestiegen ist.

Im Mittelpunkt dieser Untersuchung steht die Anwendung nichtparametrischer Schätzverfahren auf die Aufenthaltsdauer von Gastarbeitern in Westdeutschland aus den ehemaligen Anwerbeländern. Die Datengrundlage bildet das Sozioökonomische Panel (SOEP) des DIW, das seit 1984 jährlich erhobene Individualdaten über die fünf wichtigsten Gastarbeitergruppen — Spanier, Italiener, Jugoslawen, Griechen und Türken — zur Verfügung stellt. Die jeweilige politische und wirtschaftliche Situation dieser Länder, wie z.B. die EG-Zugehörigkeit mit der verbundenen Freizügigkeit, sowie die jeweilige kulturelle und traditionelle Verbundenheit oder Diskrepanz zu Deutschland lassen Unterschiede im Rückkehrverhalten der Nationalitäten erwarten. Des weiteren soll untersucht werden, ob innerhalb eines Landes die Rückkehrneigung geschlechtsspezifisch variiert. Die Verweildaueranalyse liefert geeignete Verfahren, um die Länge der Zeitintervalle zwischen aufeinanderfolgenden Ereignissen zu untersuchen, und eignet sich vor allem auch zur Behandlung von Zensierungen (d.h. noch nicht zurückgekehrte Ausländer). Deren Anteil ist in diesem Datensatz besonders hoch, da die erste Erhebung von 1984 des SOEP naturgemäß vor allem die Ausländergruppe erfaßt, die bereits eine lange Aufenthaltsdauer in Deutschland aufweist. Um dieses interessante methodische Problem des großen Zensierungsanteils behandeln zu können, sind einfache nichtparametrische Verfahren, wie der übliche Kaplan-Meier-Schätzer, nicht geeignet, da sie zu Verzerrungen in den Schätzwerten führen. Vielmehr müssen Modifikationen formuliert werden, die nicht nur die Zensierungen, sondern auch das Vorliegen von Bindungen (Ties) berücksichtigen. So wird im folgenden eine Verallgemeinerung des Kaplan-Meier-Schätzers zur Berücksichtigung von Bindungen vorgestellt und auf die nichtparametrische Schätzung der Hazardfunktion übertragen.

2. Nichtparametrische Verweildaueranalyse

Die Verweildaueranalyse unterscheidet sich von anderen statistischen Methoden vor allem durch das Einbeziehen zensierter Daten. Solche treten beispielsweise dann auf, wenn der interessierende Zustandswechsel nicht vor dem Ende der Studie eingetreten ist. (Bei der Analyse der Aufenthaltsdauer von Gastarbeitern liegt eine Zensierung dann vor, wenn die untersuchte Person noch nicht aus der Bundesrepublik weggezogen ist.) Die vorgestellten Methoden der Kern- und Nearest-Neighbour-Schätzung der Hazardfunktion berücksichtigen auch die Information, die aus den zensierten Beobachtungen noch extrahiert werden kann. Ein wesentliches Instrument der Verweildaueranalyse stellt die Hazardfunktion dar, die jedem Zeitpunkt die Ausfallrate derjenigen Individuen zuordnet, für die bis dahin noch keine Zustandsänderung eingetreten ist. Zur Schätzung der Hazardfunktion aus vorliegenden Daten werden üblicherweise Verfahren der parametrischen Statistik angewandt, indem die Funktionenklasse bis auf einige wenige Parameter spezifiziert wird, deren Schätzung den Funktionsverlauf dann eindeutig festlegt. Ein Vorteil dieser Vorgehensweise

besteht darin, daß bei richtiger Spezifikation der Funktionenklasse die Parameter gegebenenfalls sinnvoll interpretiert werden können. In vielen Fällen kann mit Hilfe statistischer Tests auch ihr Einfluß beurteilt werden. Das Hauptproblem bei der Anwendung parametrischer Verfahren ist aber die Festlegung der Funktionenklasse, denn nur bei richtiger Spezifikation sind Interpretationen und Signifikanztests der Parameter sinnvoll. Nichtparametrische Ansätze stellen dahingegen nur schwache qualitative Glattheitsbedingungen — wie etwa Stetigkeit oder Differenzierbarkeit — an den zu schätzenden Funktionsverlauf. Sie können zur explorativen Datenanalyse verwendet werden, dienen also dazu, einen geeigneten parametrischen Ansatz zu finden. Insbesondere bei komplexen Kurvenverläufen wird aber auch die endgültige Analyse mit Hilfe nichtparametrischer Verfahren durchgeführt werden müssen, weil ein geeignetes parametrisches Modell nicht gefunden wird. Die in dieser Studie untersuchten Hazardfunktionen sind überwiegend mehrgipflig und können somit durch die Verwendung der üblichen parametrischen Verweildauermodelle nicht erklärt werden.

Seien T_1, \dots, T_n stochastisch unabhängige, identisch verteilte Verweildauern von n Individuen in einem bestimmten Zustand (hier: Gastarbeiter in Deutschland) und C_1, \dots, C_n die zugehörigen stochastisch unabhängigen, s identisch verteilten Zensierungszeiten, wobei f bzw. F die Dichte bzw. die (stetige) Verteilungsfunktion der Verweildauern T_i und g bzw. G die Dichte bzw. die Verteilungsfunktion der von den Verweildauern unabhängigen Zensierungszeiten C_i bezeichne. Beobachtet werden nicht die Größen T_i selbst, sondern die Paare $(Y_i, \delta_i), \dots, (Y_n, \delta_n)$ mit

$$Y_i = \min(T_i, C_i), i = 1, \dots, n, \quad \text{und} \quad (1)$$

$$\delta_i = \begin{cases} 1, & \text{falls } T_i \leq C_i \quad (\text{unzensierter Fall}), \\ 0, & \text{falls } T_i > C_i \quad (\text{zensierter Fall}), \end{cases} \quad (2)$$

wobei Y_i die Dauer des Aufenthalts in Deutschland sei, unabhängig davon, ob eine Remigration stattgefunden hat oder nicht. Der sogenannte Zensierungsindikator δ_i gibt an, ob die zugehörige Person bereits ausgewandert ist ($\delta_i = 1$, unzensierter Fall) oder noch in Deutschland verweilt ($\delta_i = 0$, zensierter Fall).

Ein wesentliches Instrument der Verweildaueranalyse stellt die Hazardfunktion dar, die jedem Zeitpunkt die Rückkehrate zuordnet und somit die Rückkehrneigung quantifiziert. Sie ist als Grenzwert

$$\lambda(t) = \lim_{\Delta t \rightarrow 0} \frac{1}{\Delta t} P(t \leq T_i \leq t + \Delta t | T_i \geq t) \quad (3)$$

definiert, und $\lambda(t)\Delta t$ entspricht für kleine Δt näherungsweise der bedingten Wahrscheinlichkeit, daß eine Person im Zeitintervall $[t, t + \Delta t]$ remigriert, vorausgesetzt sie war zu Beginn dieses Intervalls noch in Deutschland. Bezeichnet f bzw. F die Dichte bzw. Verteilungsfunktion der Zeitspannen T_i und $S(t) = 1 - F(t)$ die sogenannte Survivorfunktion, so kann die Hazardfunktion auch durch die Beziehung

$$\lambda(t) = \frac{f(t)}{S(t)} \quad (4)$$

ausgedrückt werden. $S(t)$ gibt die Wahrscheinlichkeit wieder, daß ein Gastarbeiter zum Zeitpunkt t noch in Deutschland verweilt. Häufig wird auch mit der kumulierten Hazardfunktion

$$\Lambda(t) = \int_0^t \lambda(u) du \quad (5)$$

argumentiert, die über alle momentanen Rückkehrneigungen bis zum Zeitpunkt t integriert. Die Hazardfunktion ergibt sich umgekehrt als Ableitung der kumulierten Hazardfunktion.

Bezeichnet $Y_{(1)} \leq \dots \leq Y_{(n)}$ die Ordnungsstatistik von Y_1, \dots, Y_n und $\delta_{(i)}$ den Zensierungsfaktor von $Y_{(i)}$, so ist der *Kaplan-Meier-Schätzer für die Survivorfunktion* (Kaplan und Meier, 1958) durch

$$\hat{S}_n(t) = \begin{cases} 1, & \text{falls } t < Y_{(1)} \\ \prod_{i: Y_{(i)} \leq t} \left(1 - \frac{1}{n-i+1}\right)^{\delta_{(i)}}, & \text{sonst} \end{cases} \quad (6)$$

erklärt.

Da die untersuchten Aufenthaltsdauerangaben diskret in Jahren vorliegen, treten sehr häufig Bindungen auf. Dies bedeutet, daß die gemessenen Zeitspannen für mehrere Gastarbeiter denselben Wert annehmen und widerspricht der theoretischen Fundierung zeitstetiger Modelle, so daß beispielsweise das bekannte Cox-Modell hier im semiparametrischen Fall nicht angewendet werden kann. Zur adäquaten Berücksichtigung von Bindungen bei zensierten Daten wird hier die folgende Vorgehensweise gewählt. Sind zensierte und unzensierte Aufenthaltsdauern gebunden, so verkleinere man zunächst die unzensierten Beobachtungen marginal, und zwar so, als ob die Remigrationen gerade vor den noch andauernden Zeitspannen gemessen worden wären. Nach dieser Datentransformation seien $Y'_{(1)}, \dots, Y'_{(r)}$ die unterschiedlichen aufsteigend geordneten r Ausprägungen der n beobachteten (gebundenen) Dauern, $d_{(1)}, \dots, d_{(r)}$ die zu diesen Ausprägungen gehörigen Mächtigkeiten der Bindungsgruppen und $\delta'_{(1)}, \dots, \delta'_{(r)}$ die zugehörigen Zensierungsindikatoren. Ferner sei n_i die Anzahl der Gastarbeiter, die länger als $Y'_{(i)}$ in Deutschland geblieben sind. Letztere läßt sich über $n_i = n, n_i = n_{i-1} - d_{i-1}$ rekursiv berechnen (vgl. auch Efron (1967) "Redistribute-to-the-Right"-Algorithmus). Damit kann ein verallgemeinerter Kaplan-Meier-Schätzer im Falle von Bindungen wie folgt definiert werden:

$$\hat{S}_n^B(t) = \begin{cases} 1, & \text{falls } t < Y'_{(1)} \\ \prod_{i: Y'_{(i)} \leq t} \left(1 - \frac{d_{(i)}}{n_i}\right)^{\delta'_{(i)}}, & \text{sonst.} \end{cases} \quad (7)$$

Dieser verallgemeinerte Kaplan-Meier-Schätzer ist Ausgangspunkt für die Herleitung eines Schätzers für die kumulierte Hazardfunktion, so daß die Methoden der nichtparametrischen Verweildaueranalyse auf den Spezialfall von Bindungen und das Vorliegen eines hohen Zensierungsanteils modifiziert werden können. Verwendet man die bekannte Beziehung zwischen kumulierter Hazardfunktion und der Survivorfunktion,

$$\Lambda(t) = -\log S(t), \quad (8)$$

läßt sich der folgende Schätzer für die kumulierte Hazardfunktion entwickeln (vgl. Brecht und Michels, 1991):

$$\hat{\Lambda}_n^B(t) = \sum_{i: Y_i \leq t} \frac{\delta_{(i)} d_{(i)}}{n_i}. \quad (9)$$

Sein Analogon wurde für bindungsfreie Daten (dh. $d_{(i)} = 1, i = 1, \dots, r$) von Nelson (1969) vorgeschlagen.

3. Kern- und Nearest-Neighbour-Schätzung

Auf der Grundlage des Schätzers für die kumulierte Hazardfunktion können nun Schätzer für die interpretativ interessantere Hazardfunktion selbst hergeleitet werden. Ein erster plausibler Schätzer für die Hazardfunktion $\lambda(t)$ wäre der Differenzenquotient des verallgemeinerten Nelson-Schätzers (9), da sich die Hazardfunktion als Ableitung der kumulierten Hazardfunktion ergibt. Um diesen "groben" Schätzer zu verfeinern, bietet sich die Anwendung nichtparametrischer Schätzverfahren für die Hazardfunktion an.

Die Methoden der Kern- und Nearest-Neighbour-Schätzung, wie sie hier vorgestellt werden, haben ihren Ursprung in der Dichteschätzung. Der *Kerndichteschätzer*, der von Rosenblatt (1956) vorgeschlagen wurde, hat die Gestalt

$$f_n^K(t) = \frac{1}{nh_n} \sum_{i=1}^n K\left(\frac{t - Y_i}{h_n}\right), \quad h_n > 0, \quad (10)$$

und zeichnet sich dadurch aus, daß sich Stetigkeits- und Differenzierbarkeitseigenschaften der sogenannten *Kernfunktion* K auf ihn übertragen. Somit kann durch geeignete Wahl des Kernes das Bild des Schätzers den jeweiligen ästhetischen Ansprüchen angepaßt werden. Einige gebräuchliche Kernfunktionen sind in Abbildung 1 dargestellt. In zahlreichen Arbeiten zur Asymptotik von Kernschätzern werden die unterschiedlichsten Bedingungen an die Kernfunktion gestellt. Diese sind in aller Regel erfüllt, wenn K die Eigenschaften einer beschränkten Dichtefunktion besitzt, die für betragsmäßig über alle Grenzen wachsende Argumentwerte "genügend schnell" gegen Null strebt. Die *Bandweite* h_n soll einen Ausgleich zwischen Glattheit und Detailwiedergabe herbeiführen. Zur Herleitung asymptotischer Resultate sind zumindest die Voraussetzungen

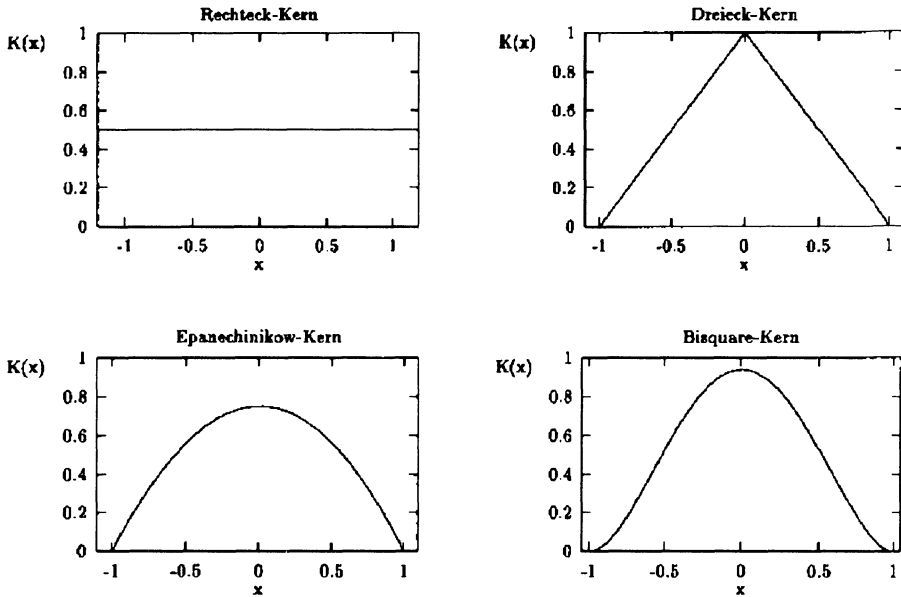
$$h_n \longrightarrow 0, n \longrightarrow \infty, \tag{11}$$

welches das asymptotische Verschwinden des Bias bewirkt, und

$$nh_n \longrightarrow \infty, n \longrightarrow \infty, \tag{12}$$

welches das asymptotische Verschwinden der Varianz sichert, erforderlich.

Abbildung 1: Einige Kernfunktionen



Setzt man in den Differenzenquotienten den verallgemeinerten Nelson-Schätzer (9) ein, resultiert als Schätzer ein Spezialfall des Kernschätzers für die Hazardfunktion

$$\lambda_n^k(t) = \frac{1}{h_n} \sum_{i=1}^r \frac{\delta_{(i)} d_{(i)}}{n_i} K\left(\frac{t - Y_{(i)}'}{h_n}\right), h_n > 0, \tag{13}$$

der von Tanner und Wong (1983) für bindungsfreie Daten eingeführt wurde. Einen umfassenden Überblick über Methoden zur nichtparametrischen Hazardschätzung geben Gefeller und Michels (1992).

Die Wahl der Bandbreite h_n für Kernschätzer ist durchaus problematisch. Zu große Bandbreiten führen zu Schätzern, die interessante Details verbergen, wohingegen zu kleine Bandbreiten Schätzer mit zu großer Variabilität produzieren, die allgemeine Aussagen kaum zulassen. Diese Effekte können vermieden werden, wenn an jeder Stelle t gleich viele Beobachtungen in den Hazardschätzer eingehen. Sei $H_{n,k}(t)$ der Abstand zwischen t und demjenigen Beobachtungswert Y_i , der am $k_n - t$ nächsten zu t liegt. Ersetzt man in (13) die konstante Bandbreite h_n durch die Zufallsvariable $H_{n,k}(t)$,

so erhält man den sogenannten k_n -Nächste-Nachbarn (Nearest-Neighbour-) Schätzer (kurz k_n -NN-Schätzer)

$$\lambda_n^{NN}(t) = \frac{1}{H_{n,k}(t)} \sum_{i=1}^r \frac{\delta_{(i)}^t d_{(i)}}{n_i} K\left(\frac{t - Y_{(i)}}{H_{n,k}(t)}\right), H_{n,k}(t) > 0. \quad (14)$$

Der Schätzer (14) ist stets dann erklärt (d.h. $H_{n,k}(t) > 0$) wenn keine Bindungsgruppen der Mächtigkeit k_n auftreten. Andernfalls setze man $H_{n,k}(t) = \epsilon$, wobei $\epsilon > 0$ so klein gewählt wird, daß nur die Bindungsgruppe des Wertes t in den Schätzer einfließt. Der NN-Schätzer ist als Kernschätzer mit variabler, datengesteuerter Bandweite zu interpretieren.

Zur Herleitung asymptotischer Resultate ist es in der Regel erforderlich, daß die Bedingungen

$$k_n \longrightarrow \infty, n \longrightarrow \infty, \quad (15)$$

welches das asymptotische Verschwinden der Varianz bewirkt, und

$$\frac{k_n}{n} \longrightarrow 0, n \longrightarrow \infty, \quad (16)$$

welches das asymptotische Verschwinden der Verzerrung sichert, erfüllt sind. Zur konkreten Darstellung asymptotischer Eigenschaften vgl. Michels (1991).

An dieser Stelle sollte auf die Problematik der Definition des NN-Abstandes $H_{n,k}(t)$ beim Vorliegen zensierter Beobachtungen hingewiesen werden. Sucht man — wie oben eingeführt — unter den Zufallsvariablen Y_i nach nächsten Nachbarn, so kann es passieren, daß in der Nähe von t nur zensierte Werte liegen. Daraus ergäbe sich unsinnigerweise der Wert Null für den Schätzer λ_n^{NN} in (14), so daß diese Vorgehensweise nicht geeignet erscheint. Tanner (1983) und Tanner und Wong (1984) betrachten zur Bestimmung der NN-Distanzen nur die Teilstichprobe aller unzensierten Beobachtungen. Dies führt jedoch dazu, daß λ_n^{NN} sich nicht der zu schätzenden, sondern der bedingten Hazardfunktion aller unzensierten Beobachtungen anpaßt. Hierdurch kommt es gewöhnlich zu Verzerrungen am rechten Rand des Beobachtungsbereiches, da sich in der Regel die meisten Zensierungen dort befinden. Schäfer (1985) schlägt daher vor, den NN-Abstand über

$$H_{n,k}(t) = \sup \left\{ r > 0: \hat{\Lambda}_n(t+r) - \hat{\Lambda}_n(t-r) \leq \frac{k_{n-1}}{n} \right\} \quad (17)$$

zu definieren. Auch diese Vorgehensweise ist wenig geschickt, da die Zuwächse von $\hat{\Lambda}_n$ mit wachsendem t monoton ansteigen und schließlich den Wert k_{n-1}/n stets dominieren. Dies führt zu erheblichen Problemen am rechten Rand des Beobachtungsbereiches. Gefeller (1986) verwendet daher anstelle des Nelson-Schätzers

den Kaplan-Meier-Schätzer für die Survivorfunktion zur Bildung der NN-Abstände. Sein Vorschlag hat also die Gestalt

$$H_{n,k}(t) = \sup \left\{ r > 0 : \hat{S}_n(t-r) - \hat{S}_n(t+r-0) \leq \frac{k_n-1}{n} \right\}, \quad (18)$$

wobei $S_n(x-0) \lim_{s \rightarrow x, s \leq x} S_n(s)$ den linksseitigen Grenzwert von S_n in x darstellt. Liegen keine Zensierungen vor, so entspricht diese Vorgehensweise der Berechnung gewöhnlicher NN-Distanzen. Andernfalls werden solange die Gewichte aufsummiert, die der Kaplan-Meier-Schätzer den zu t nächsten Beobachtungen zuordnet, bis k_{n-1}/n erreicht ist. Die Tatsache, daß der Kaplan-Meier-Schätzer das Gewicht der zensierten Beobachtungen gemäß dem Redistribute-to-the-Right-Algorithmus auf die unzensierten in intuitiv einleuchtender Weise verteilt, ist ein wesentliches Argument für die Vorgehensweise nach Gefeller. Daher wurde dieses Verfahren auch für die Auswertung der Daten zur Aufenthaltsdauer von Gastarbeitern im empirischen Teil dieser Arbeit verwendet.

Da $H_{n,k}(t)$ nicht überall differenzierbar ist, überträgt sich diese Eigenschaft — unabhängig von der Wahl des Kernes — auf den NN-Schätzer. Des weiteren divergiert im allgemeinen das Integral über den NN-Dichteschätzer, was zu konzeptionellen Widersprüchen führt. Diese beiden Nachteile treten nicht auf, wenn man den vergleichsweise rechenaufwendigen *variablen Kernschätzer für die Hazardfunktion*

$$\chi_n^\nu(t) = \sum_{i=1}^r \frac{\delta_{(i)} d_{(i)}}{n_i} \frac{1}{h_{1,n} H_{n,k}(Y'_{(i)})} K \left(\frac{t - Y'_{(i)}}{h_{2,n} H_{n,k}(Y'_{(i)})} \right) \quad (19)$$

benutzt, der hier aber nicht weiter untersucht werden soll.

4. Empirische Analyse

In der jährlich durchgeführten Befragung des SOEP werden von den Interviewern im Befragungsprotokoll die Gründe für den Ausfall einer Frageperson festgehalten, soweit bekannt. Aus der Vercoding "Ausländer, für immer zurückgekehrt" und "Ausländer, längere Zeit in der Heimat" sowie aus dem angegebenen Zuzugsjahr der Person bei der Erstbefragung läßt sich die Aufenthaltsdauer in Jahresintervallen angeben, und der entsprechende Personenrecord wird mit dem jeweiligen Zensierungsindikator getrennt nach Nationalität und Geschlecht abgespeichert. (Zur Datenaufbereitung des SOEP mit dem Datenbanksystem INGRES vergleiche Brecht, 1990.)

Bei den so extrahierten Datensätzen führen die folgenden Besonderheiten zu Schwierigkeiten bei der Schätzung:

- Da die meisten erhobenen Gastarbeiter noch in der Bundesrepublik verweilen, ist der Anteil zensierter Beobachtungen besonders hoch und die Anzahl der Zurückgekehrten mitunter recht gering (vgl. dazu Tabelle 1).

Tabelle 1: Anzahl der Beobachtungen und Zensierungen bei den fünf untersuchten Nationalitäten

	Frauen		Männer	
	Anzahl der Beobachtungen	davon zensiert	Anzahl der Beobachtungen	davon zensiert
Griechen	207	175	237	206
Italiener	262	214	350	289
Jugoslawen	275	253	299	278
Spanier	170	138	229	186
Türken	583	515	634	542

Eine rein deskriptive Analyse der vorliegenden Datensätze — wie sie hier durchgeführt wird — ist natürlich trotzdem möglich. Inwieweit Rückschlüsse der dabei beobachteten Phänomene auf die Grundgesamtheit der ausländischen Arbeitnehmer gezogen werden können, muß im Lichte der obigen Tabelle beurteilt werden. Eine Übertragung der Stichprobenergebnisse dürfte am ehesten für die türkischen Arbeitnehmer möglich sein, wohingegen dies bei den jugoslawischen Gastarbeitern aufgrund des hohen Zensierungsanteils, durch den Verzerrungen auftreten können, problematisch wird.

- Folgen auf eine große Anzahl von Zensierungen nur wenige unzensierte Werte am Ende des Datensatzes, so wird auf diese ein so hohes Gewicht verteilt, daß der Effekt den gesamten graphischen Eindruck dominiert. Um dies zu vermeiden, werden alle zensierten Beobachtungen, die das 95 %-Quantil der Beobachtungen Y_i überschreiten, mit dem empirischen Gewicht Null versehen, welches einer Verschiebung dieser Werte auf eine Position rechts vom maximalen unzensierten Wert entspricht.
- Wegen des hohen Zensierungsanteils ist neben dem Hazardschätzer der mit der gleichen Methode erstellte Kernschätzer für die Dichte der unzensierten Beobachtungen (Rosenblatt 1956) berechnet worden, wobei die Glättungsparameter der Hazardschätzung übernommen worden sind. Besonderheiten der Hazardfunktion können somit durch die Dichteschätzung bestätigt werden. Anderenfalls sind sie möglicherweise durch den hohen Zensierungsanteil gewissermaßen künstlich entstanden, so daß die Dichte hier zur Kontrolle des Peaks der Hazardfunktion verwendet werden kann.
- Eine weitere Eigenart der Datensätze ist das Auftreten von Bindungen. Da die Aufenthaltsdauern in Jahren angegeben sind, treten Bindungsgruppen hoher

Mächtigkeit auf. Daher kommen die vorgestellten Modifikationen der Hazardschätzer, die Bindungen explizit berücksichtigen, hier zur Anwendung.

Für die empirische Untersuchung wurden die Kernschätzer mit Hilfe des PC-Programms KEHaF berechnet, das eine explorativ-graphische Wahl der Bandbreite erlaubt (vgl. Michels, 1991). Dabei ist der stetig differenzierbare Bisquare-Kern verwendet worden. Die Analyse mittels dem modifizierten Kernschätzer (13) liefert für die betrachteten Länder die in den Abbildungen 2 - 6 dargestellten Verläufe, die nach Variation des Glättungsparameters als bester Fit unter Berücksichtigung oben stehender Punkte ausgewählt wurden. Ein Vergleich des vorgestellten Kernschätzers mit anderen modifizierten nichtparametrischen Glättungsverfahren (Nearest-Neighbour-Schätzer (14) und variabler Kernschätzer (19)) zeigt, daß sich die empirischen Ergebnisse als recht stabil erweisen (Brecht und Michels, 1991). Lediglich in den Randbereichen können die abgebildeten Kernschätzer unter Umständen Verzerrungen aufweisen, die aber mittels der Dichteschätzung überprüft werden können. Anhand der Graphiken werden zunächst die Charakteristika für die unterschiedlichen Nationalitäten beschrieben, um anschließend eventuelle Gemeinsamkeiten in der Rückkehrneigung festzustellen.

Abbildung 2: Kernschätzung Jugoslawien

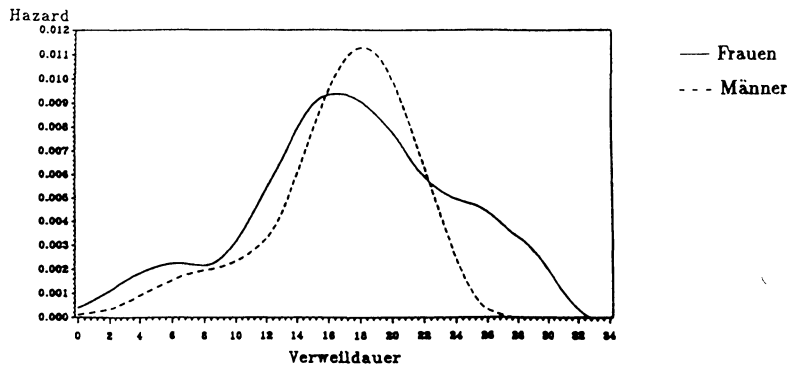


Abbildung 3: Kernschätzung Türkei

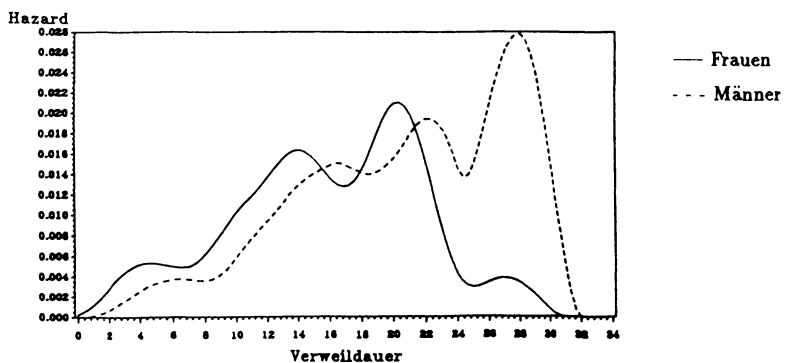


Abbildung 4: Kernschätzung Griechenland

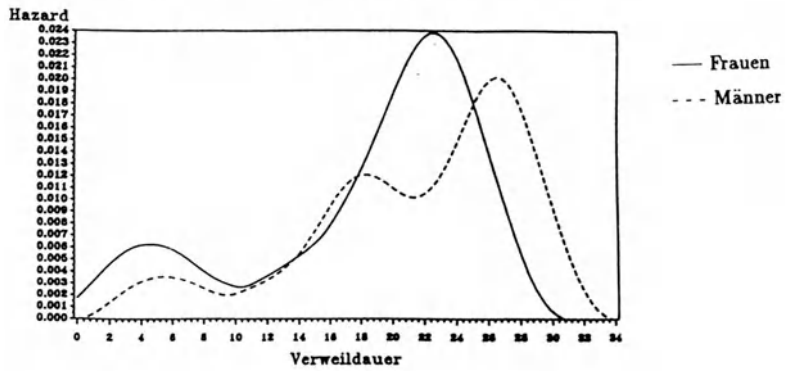


Abbildung 5: Kernschätzung Italien

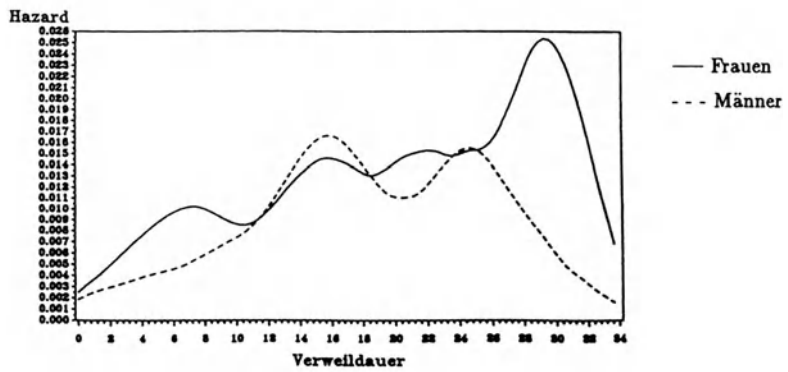
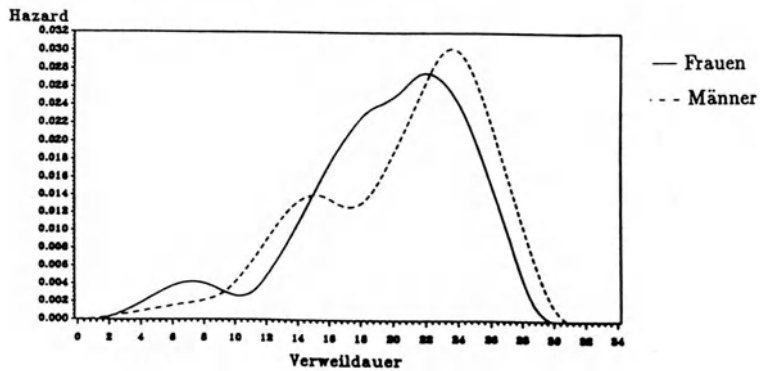


Abbildung 6: Kernschätzung Spanien



Betrachtet man den Verlauf in Abbildung 2 für das Land Jugoslawien (unter der Bezeichnung "Jugoslawien" ist der Staat in seinen Grenzen von 1990 gemeint; es fallen also auch die Serben, Kroaten etc. darunter), das nicht von der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft profitiert, so weisen die Hazardraten für die jugoslawischen Frauen und Männer eine beeindruckende Parallelität auf. Nach 16 - 18 Jahren Aufenthaltsdauer ist die Neigung, zurück in die Heimat zu kehren, am größten. Dabei scheinen Frauen und Männer gemeinsam die Rückkehr anzutreten; es verbleibt für die Frauen jedoch ein erhöhtes Remigrations-Risiko bei steigender Aufenthaltsdauer. Der sehr hohe Zensierungsanteil in dieser Bevölkerungsgruppe deutet darauf hin, daß die Rückwanderungsquote dieser Migranten und ihrer Familienangehörigen sehr gering ist. Dies hat seine Ursache zum einen in dem Verbot der Wiedereinreise nach Deutschland, zum anderen aber auch in den ungünstigen politischen und wirtschaftlichen Faktoren dieses Landes. 1969 wurde der Anwerbevertrag mit Jugoslawien abgeschlossen; das Maximum der Rückkehrneigung fällt daher in einen Zeitpunkt vor dem politischen Zerfall Jugoslawiens.

Als weiterer Nicht-Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft ist die Türkei untersucht worden (Abbildung 3). Auch hier zeigt die große Anzahl Zensierungen, daß nur eine Minderheit in ihr Heimatland zurückkehrt; dagegen ist in Deutschland ein Anwachsen türkischer Asylanträge in den letzten Jahren zu beobachten gewesen. Neben den wirtschaftlichen Problemen des Landes kommen jedoch auch kulturelle Unterschiede zum Tragen. So ist eine erhöhte Rückkehrneigung bei den türkischen Frauen mit 13 bzw. 14 Jahren und nochmals nach 20 Jahren Aufenthalt in Deutschland festzustellen, wogegen bei den Männern die Zeiträume bei 16 und 22 Jahren liegen. Allerdings sind hier die Funktionsverläufe nicht so eindeutig ausgeprägt; nur unter Beachtung der Dichteschätzer sollte die Rückkehrneigung interpretiert werden. So wird der für die Männer ausgewiesene Peak bei 28 Jahren durch die Dichtefunktion nicht bestätigt und ist eher als Randverzerrung zu verstehen.

Seit 1988 gilt die EG-Freizügigkeit auch für Griechenland, das 1981 Mitglied der Gemeinschaft wurde. Auch hier zeigt sich eine kürzere Aufenthaltsdauer bei den Frauen (Abbildung 4); sie erreichen bei 22 - 24 Jahren Aufenthaltsdauer das Maximum ihrer Rückkehrneigung, das sich relativ ausgeprägt präsentiert. Für die Männer werden durch die Hazardfunktion zwei Peaks indiziert: einerseits bei 18 - 19 Jahren und zum anderen bei 26 - 28 Jahren Verweildauer, also etwas später als bei den Griechinnen. Beide Hazardkurven weisen einen gemeinsamen Gipfel bei etwa 4 - 6 Jahren auf. Diese Mehrgipfligkeit läßt sich auch bei den italienischen und spanischen Verläufen feststellen, was auf eine größere Fluktuation, bedingt durch das Recht der Wiedereinreise, zurückzuführen ist. Allerdings schlägt sich bei den Griechen die vergleichsweise nicht so gute Wirtschaftssituation innerhalb der EG nieder; so wird der Rückkehrwunsch erst nach relativ langer Aufenthaltsdauer in die Tat umgesetzt, wobei gegebenenfalls das Erreichen von (Früh-) Rentenansprüchen als Faktor dazukommt.

Die Sonderstellung, die Italien aufgrund seiner langjährigen EG-Zugehörigkeit einnimmt, verbunden mit der freien Wahlmöglichkeit nach beruflichen und familiären Gesichtspunkten zwischen Verbleib in Deutschland und Rückkehr, findet auch in dieser Analyse ihren Ausdruck. Für die männlichen italienischen Gastarbeiter

(Abbildung 5) lassen sich zwei Hazardraten-Peaks bei ca. 15 Jahren und 24 Jahren Aufenthalt ermitteln, wobei bei den Italienerinnen das Maximum bei 28 - 29 Aufenthaltsjahren liegt. Schließlich ist Spanien seit 1986 Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft, allerdings gilt die Freizügigkeitsregelung erst ab dem 1. Januar 1993 in vollem Umfang. Wie Abbildung 6 darstellt, läßt sich bei den spanischen Männern neben dem ersten kleineren Peak bei etwa 14 - 16 Jahren Aufenthalt ein Maximum bei ca. 24 Jahren feststellen. Für die spanischen Frauen verläuft die Hazardrate leicht vorgezogen; bei 18 - 22 Jahren Aufenthalt ist bei ihnen die Bereitschaft zurückzukehren am größten. Dennoch weisen die Strukturen der Geschlechter bis auf eine Verschiebung um ca. 3 Jahre einen parallelen Verlauf auf.

Der Hazardraten-Verlauf ist also sowohl für die Nationalitäten als auch größtenteils für das Geschlecht unterschiedlich. Bis auf die Italiener und die Jugoslawen, bei denen allerdings nur eine geringe Anzahl Remigranten im Datensatz vorhanden ist, setzt die erhöhte Rückkehr-Neigung bei den Frauen im Schnitt 2 - 3 Jahre eher ein als bei den Männern, was zum Teil auf Traditionsunterschieden beruht, zum Teil aber auch auf die Tatsache zurückzuführen ist, daß die Frauen aufgrund ihrer verzögerten Ankunftszeit in Deutschland eine kürzere Verweildauer bei der gemeinsamen Rückkehr haben.

Für diese nichtparametrische Untersuchung können nur qualitative Aussagen getroffen werden, bzw. - wie in der Einleitung erörtert - die Zielsetzung nichtparametrischer Verfahren sind explorative Analysen des Funktionenverlaufs. Möchte man den konkreten Einfluß von Parametern bzw. Kovariablen ermitteln, beispielsweise inwieweit ein Rentenanspruch tatsächlich die Länge der Aufenthaltsdauer beeinflusst, muß auf (semi-) parametrische Modelle zurückgegriffen werden. (Hierzu vgl. Brecht, B. und Brecht, L., 1991.)

Zusammenfassung

In diesem Beitrag werden nichtparametrische Schätzverfahren für die Hazardrate zur Analyse des Rückkehrverhaltens von Gastarbeitern in der Bundesrepublik vorgestellt. Im Mittelpunkt stehen geschlechts- und nationalitätsspezifische Besonderheiten der Aufenthaltsdauern von Ausländern aus den ehemaligen Anwerbeländern Italien, Spanien, Jugoslawien, Türkei und Griechenland. Als Datengrundlage dient das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) des DIW, aus dem die Aufenthaltsdauern extrahiert werden können. Aufgrund des hohen Zensierungsanteils und der großen Anzahl von Bindungen dieser Daten wurden die verwendeten Verfahren der nichtparametrischen Schätzung der Hazardfunktion, die die momentane Rückkehrneigung quantifiziert, speziell modifiziert. Die geschätzten Funktionsverläufe für Frauen weisen zwar eine bemerkenswerte Parallelität zu denjenigen für Männer auf, jedoch sind die Aufenthaltsdauern der Ausländerinnen im allgemeinen um zwei bis drei Jahre kürzer. Ferner unterscheiden sich die Rückkehrneigungen der untersuchten Nationalitäten erheblich.

Summary

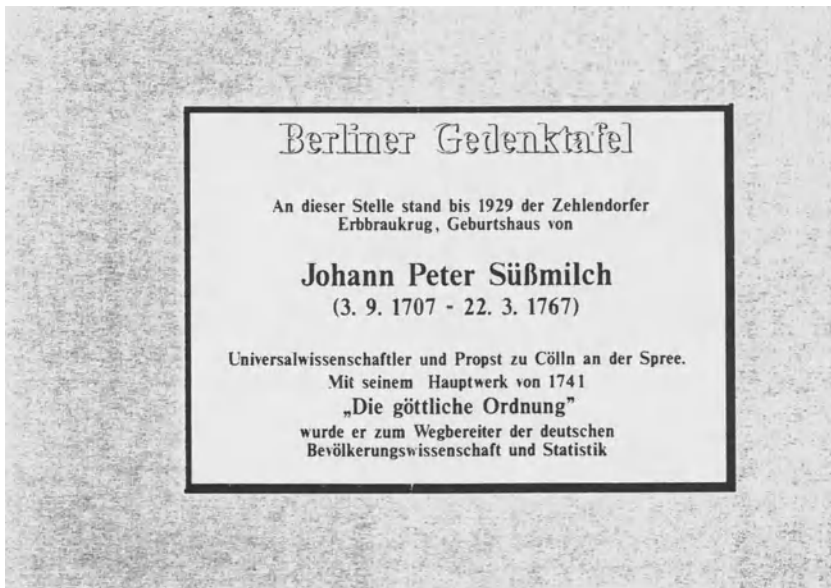
In this contribution nonparametric methods of survival analysis are suggested to investigate the remigrant behavior of guest workers in the Federal Republic of Germany. The main focus is on sex- and nationality-specific characteristics of the length of stay of foreigners from the former recruiting countries Italy, Spain, Yugoslavia, Turkey and Greece. The basis of the data is the Socio-Economic Panel (SOEP) of the DIW from which the lengths of stay can be extracted. Because of the high amount of censored observations and the large number of ties in these data, the applied methods of nonparametric estimation of the hazard rate, which quantify the momentary inclination to remigrate, were specially modified. Although the estimated function curves for women show a noticeable parallel to those of men, the lengths of stay of the foreign women are generally two to three years shorter. Furthermore, the inclinations of the investigated nationalities to remigrate differ considerably.

Literatur

- Blossfeld, H.-P. / Hamerle, A. / Mayer, K.U. (1986), Ereignisanalyse, Frankfurt/New York.
- Brecht, B. (1990), Aufbau, Struktur und Anwendungen des Sozio-"ökonomischen Panels in INGRES, Diskussionsbeitrag Nr. II - 120, SFB 178, Universität Konstanz.
- Brecht, B. / Brecht, L. (1991), Analysis of the Remigrant Behavior with the Grouped Cox Model, Diskussionsbeiträge Nr. II - 164, SFB 178, Universität Konstanz.
- Brecht, B. / Michels, P. (1991), Anwendung nichtparametrischer Schätzverfahren für die Hazardfunktion bei zensierten Daten auf die Aufenthaltsdauer von Gastarbeitern in der Bundesrepublik, Diskussionsbeitrag Nr. II - 137, SFB 178, Universität Konstanz.
- Efron, B. (1967), The two sample problem with censored data, Proceedings of the Fifth Berkeley Symposium on Mathematical Statistics and Probability, Vol. IV, University of California Press, Berkeley, California, 831-853.
- Esser, F. / Friedrichs, J. (1990), Generation und Identität. Theoretische und empirische Beiträge zur Migrationssoziologie, Opladen.
- Gefeller, O. (1986), Kernschätzer für die Hazardfunktion bei zensierten Daten, Diplomarbeit am Fachbereich Statistik der Universität Dortmund.
- Gefeller, O. / Michels, P. (1992), Nichtparametrische Analyse von Verweildauern, Österreichische Zeitschrift für Statistik und Informatik (erscheint).
- Kaplan, E.L. / Meier, P. (1958), Non-parametric estimation from incomplete observations, Journal of the American Statistical Association 53, 457-481.
- Michels, P. (1991), Nichtparametrische Modellierung von Zeitreihen mit Hilfe von Kern- und Nearest-Neighbour-Schätzern, Heidelberg.
- Michels, P. (1992), KEHaF - ein C-Programm zur Kernschätzung von Hazardfunktionen mit interaktiver, graphisch-explorativer Wahl von Glättungsparameter, Diskussionsbeitrag Nr. 134/s, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und Statistik, Universität Konstanz.
- Nelson, W. (1969), Hazard plotting for incomplete failure data, Journal of Qual. Technology 1, 27-52.
- Rosenblatt, M. (1956), Remarks on some nonparametric estimates of a density function, Annals of Mathematical Statistics 27, 832-837.
- Schäfer, H. (1985), A note on data-adaptive kernel estimation of the hazard and density function in the random censorship situation, Annals of Statistics 13, 818-820.
- Tanner, M.A. (1983), A note on the variable kernel estimator of the hazard function from randomly censored data, Annals of Statistics 11, 994-998.
- Tanner, M.A. / Wong, W.H. (1983), The estimation of the hazard function from randomly censored data by the kernel method, Annals of Statistics 11, 989-993.
- Tanner, M.A. / Wong, W.H. (1984), Data-based nonparametric estimation of the hazard function with applications to model diagnostics and exploratory analysis, Journal of American Statistical Association 79, 174-182.

Ehrung eines großen Statistikers

VON ECKART ELSNER



225 Jahre nach seinem Tod ist aus Anlaß der 750-Jahr-Feier des Berliner Bezirks Zehlendorf ein auch international maßgeblicher Wegbereiter der deutschen Statistik durch ein dreitägiges wissenschaftliches Symposium, eine Gedenktafel und eine Ausstellung - überwiegend aus Spendermitteln finanziert - geehrt worden: Johann Peter SÜSSMILCH, geboren 1707 in Zehlendorf, damals ein relativ weit vor den Toren der königlichen Residenz gelegener kleiner Ort in der Mittel-Mark, gestorben 1767 in Berlin (-Mitte). Er hat unter Friedrich dem Großen im Jahre 1741 das erste größere wissenschaftliche Werk der deutschen Statistik publiziert, die "Göttliche Ordnung". Seinem Gedenken galten die von Prof. Dr. Eckart ELSNER vom Statistischen Landesamt Berlin vorgeschlagenen Aktivitäten des Bezirksamtes und des Heimatvereins Zehlendorf.

Das Symposium fand vom 7. bis 9. Oktober in der alten Dorfkirche von Zehlendorf statt, nicht weit von der Stelle, an der SÜSSMILCH geboren wurde und nahe der 1988 nach ihm benannten Fußgängerzone. Anwesend waren neben Zehlendorfer Bürgern namhafte Statistik-Hochschullehrer, leitende Mitarbeiter statistischer Ämter, Historiker, geschichtlich und statistisch interessierte Mediziner, Bevölkerungswissenschaftler und Heimatforscher.

Nach der Begrüßung und einem Einführungsvortrag von Prof. Dr. ELSNER über das Leben und die vielfältigen Verdienste des Universalgelehrten sprach am ersten Tag Dipl. Ing. Herbert LIMANN, der lange Jahre die Gesamtverantwortung für den Verkehrswegebau in Berlin trug. Er berichtete über die Journaliere Berlin/ Potsdam, eine Mitte des 18. Jahrhunderts von Johann Peter SÜSSMILCH betriebene Schnellpost, und die Entwicklung bis zur späteren Reichsstraße 1 und heutigen Bundesstraße 1, erste befestigte Kunststraße Brandenburg-Preußens, die nun 200 Jahre alt ist. Die schnelle Verbindung Berlin/ Potsdam übernahm 1838 die erste preußische Eisenbahn etwa parallel zu dieser Strecke.

Die Beiträge des zweiten Tages waren der internationalen Reputation des Johann Peter SÜSSMILCHS gewidmet. Als erste sprach die Bevölkerungswissenschaftlerin Jacqueline HECHT vom Institut National der Études Démographiques in Paris; sie gab einen generellen Überblick über die Impulse dieses Mannes aus der Sicht des Auslandes. Danach berichtete der polnische Statistiker Dr. Jan Joachim SZEJA von der Wirtschaftshochschule in Krakau über die in der Jagiellonen-Bibliothek zu Krakau vorhandenen Dokumente zum Wirken des großen Statistikers. Im letzten Vortrag des zweiten Tages befaßte sich schließlich der ungarische Ökonom Prof. Dr. habil. Dr.h.c.oec. Robert A. HORVATH mit den Einflüssen und Anregungen SÜSSMILCHS auf Österreich-Ungarn und Ost-Europa.

Am Abend wurde SÜSSMILCH mit einer Gedenktafel an der Stelle seines Geburtshauses öffentlich gewürdigt. Auf dem Platz vor der Dorfkirche spielte dazu die Potsdamer Bläserharmonie zunächst den Marsch "Fridericus Rex". Nach den Ansprachen von Stadtrat Stefan SCHLEDE und Prof. Dr. ELSNER wurden zwei von dem Hamburger Statistiker Klaus KAMP aufgefundene Märsche des Kalcksteinischen Regiments intoniert, jenem Regiment, dem SÜSSMILCH als Feldprediger angehört hatte. Blickfang schon während der Ansprachen waren die "Langen Kerls" aus Potsdam in ihren historischen Uniformen. Der größte der (Freizeit-)Soldaten maß 2,07m, gemessen ohne die preußische Grenadiermütze.

Den dritten Tag des Symposiums eröffnete ein Bericht von Pfarrer Heinz NITSCHKE aus Lindenberg in der Priegnitz, zu dessen Amtsbereich auch das Dorf Kehrberg gehört. SÜSSMILCH hatte als erste gedruckte Publikation nach seiner Dissertation eine philosophische Abhandlung über das Wunderkind von Kehrberg herausgebracht. Im nächsten Vortrag befaßte sich der langjährige Berater des Statistischen Landesamtes in Sachen Todesursachenstatistik, der Arzt und Historiker Dr.med.Dr.phil Manfred STÜRZBECHER, mit SÜSSMILCHS Wirken für eine Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung und für die Verbreitung des damaligen medizinischen Grundwissens. Letzter Redner des Symposiums war schließlich Dr.sc. Jürgen WILKE, ehemals Mitarbeiter des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, heute Mitarbeiter des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung in Köln, der den Anwesenden in einer abschließenden Würdigung noch einmal vor Augen führte, wie vielfältig SÜSSMILCHS Verdienste waren, und der versuchte, mit seinem Beitrag auch den Bezug zur Gegenwart herzustellen.

Anschließend lud der Heimatverein zur feierlichen Eröffnung der SÜSSMILCH-Ausstellung und zum Empfang. Im benachbarten Heimatmuseum spielte ein kleines Zehlendorfer Ensemble zeitgenössische Musik aus dem 18. Jahrhundert. Der Vorsitzende des Heimatvereins, Dr. Kurt TRUMPA, verlieh zwei ausländischen SÜSSMILCH-Forschern die Zehlendorfer Verdienstmedaille, und Stadtrat SCHLEDE bedankte sich herzlich bei allen Beteiligten. Dann konnten die Gäste die vom Kustos des Heimatmuseums, Benno CARUS sowie den Mitarbeitern der historischen Kommission zu Berlin, Dr. KAAK und Roland CURTH, liebevoll gestaltete Ausstellung besuchen, in der zahlreiche Originalexponate zum Leben und Wirken von Johann Peter SÜSSMILCH zu besichtigen waren.

Im nächsten Jahr soll an SÜSSMILCHS Wohn- und Sterbehäuser im Zentrum von Berlin ebenfalls eine Gedenktafel angebracht werden. In dem heute als "Galgenhaus" bekannten Gebäude in der Brüderstraße 10 lebte und wirkte SÜSSMILCH 25 Jahre lang als Probst, Oberkonsistorialrat und Mitglied der Königlich Akademien der Wissenschaften.

Anschriften der Autoren

Prof. Dr. Anton Amann, Universität Wien, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät,
Dr.-Karl-Lueger-Ring 1, A-1014 Wien, Austria

Alain Bideau, Directeur de Recherche, CNRS, PO. Box 1335, F 69609 Villeurbanne Cedex, France

Dr. Beatrix Brecht, Universität Konstanz, SFB 178, Internationalisierung der Wirtschaft,
Universitätsstraße 10, D-78464 Konstanz

Stefan Dudey, Ruhr-Universität Bochum, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften,
Universitätsstraße 150, D-44801 Bochum

Prof. Dr. Eckart Elsner, Statistisches Landesamt Berlin, Fehrbelliner Platz 1, D-10707 Berlin

Dr. E.-Jürgen Flöthmann, Universität Bielefeld, Institut für Bevölkerungsforschung und
Sozialpolitik, Universitätsstraße 25, D-33615 Bielefeld

Uwe Lebok, Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Feldkirchenstraße 21, D-96052 Bamberg

Prof. em. Dr. Rainer Mackensen, Provinzstraße 92, D-13409 Berlin 51

Dr. P. Michels, Nielsen Marketing, Ludwig-Landmann-Straße 405, D-60486 Frankfurt/M.

Horst-Wolf Müller, Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Hauptabteilung Finanzen,
Volkswirtschaft und Statistik, Eyseneckstraße 55, D-60322 Frankfurt/Main

Prof. Dr. Sergio Odilon Nadalin, Vice-Coordenador dos Cursos de Pós-Graduação em História
Universidade Federal do Paraná, Rua General Carneiro, 460 - 6. andar, Caixa Postal 756
CEP 80.060 Curitiba - PR, Brasil

M. Rupp, Otto-Friedrich-Universität Bamberg,
Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle, Feldkirchenstraße 21, D-96052 Bamberg

Dr. Erika Schulz, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung,
Königin-Luise-Straße 5, D-14195 Berlin

Prof. Dr. Karl Schwarz, Klopstockstraße 14, D-65187 Wiesbaden

Wolfgang Seifert, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
AG Sozialberichterstattung, Reichpietschufer 50, D-10785 Berlin

Viktor Steiner, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung,
Kaiserring 14-16, D-68161 Mannheim

Prof. Dr. Joachim Singelmann, Louisiana State University,
Department of Sociology, Baton Rouge, Louisiana 70803, U.S.A.

Prof. Dr. Dr. h.c. Laszlo A. Vaskovics, Otto-Friedrich-Universität Bamberg,
Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle, Feldkirchenstraße 21, D-96052 Bamberg

Johannes Velling, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung,
Kaiserring 14-16, D-68161 Mannheim

Dr. Alan Walker, University of Sheffield, Sheffield, Great Britain

Prof. Dr. Roger A. Wojtkiewicz, Louisiana State University,
Department of Sociology, Baton Rouge, Louisiana 70803, U.S.A.

Hinweise für Autoren

Beiträge können in deutscher und englischer Sprache abgefaßt sein.

Das Manuskript soll den Umfang von etwa 20 Druckseiten nicht überschreiten.

Der gesamte Beitrag ist auf einer standardformatierten 3,5"-Diskette für IBM- und kompatible PC im Microsoft WinWord Standardformat (.doc) zu richten an: Prof. Dr. *Gunter Steinmann*, Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg, Große Steinstraße 73, 06108 Halle (Saale).

Beizulegen ist ein zweifacher Ausdruck des gesamten Textes und sämtlicher Tabellen. Von Graphiken sind reproduktionsfähige Vorlagen (Laserausdrucke) anzufertigen.

Im Text sind die folgenden Details zu beachten:

1. Umfangreichere Tabellen und Abbildungen in den Anhang auslagern.
2. Abstände innerhalb einer Zeile mit Tabulatoren festlegen.
3. Harte Trennungen vermeiden.
4. Formeln und Sonderzeichen auf ein Minimum beschränken.
5. Zum Text gehörende Fußnoten fortlaufend numerieren und am Textende anführen. Literaturstellen zum Text sollen in der Regel nur durch den Namen des Autors, Jahres- und Seitenzahl gekennzeichnet werden.

Der Beitrag ist durch eine Zusammenfassung von ungefähr 15 Zeilen in deutscher und englischer Sprache sowie einem Literaturverzeichnis abzuschließen.

Das Literaturverzeichnis enthält die zitierten Werke in alphabetischer Folge nach dem Familiennamen des Autors, Werke desselben Autors nach dem Erscheinungsjahr.

Es gelten folgende Zitatregeln: Familienname und abgekürzter Vorname des Autors; das Erscheinungsjahr in Klammern, sind mehrere Werke desselben Autors mit demselben Erscheinungsjahr zitiert, werden sie durch einen kleinen Buchstaben hinter der Jahreszahl unterschieden; Titel; es folgen dann

- bei Buchveröffentlichungen: Verlagsort.

Beispiel: Paulsen, A. (1972), Neue Wirtschaftslehre. Einführung in die Wirtschaftstheorie von John Mayard Keynes und die Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung, München.

- bei Zeitschriften: Name der Zeitschrift; Band; Zahl der ersten und letzten Seite.

Beispiel: Sabel, H. (1973), On Pricing New Products, in: The German Economic Review 11, 292-311.

- bei Aufsatzsammlungen: Name des Herausgebers; Titel der Aufsatzsammlung; Name der Reihe; Band; Verlagsort.

Beispiel: Ott, A.E. (1966), Sparen und Investieren - erneute Diskussion eines alten Problems, in: G. Bombach (Hrsg.), Wachstum, Einkommensverteilung und wirtschaftliches Gleichgewicht, Schriften des Vereins für Socialpolitik N.F., 53, Berlin.

Die Ziffer, unter die der Beitrag in der Klassifikation des Journal of Economic Literature einzuordnen ist sowie die englische (deutsche) Fassung der deutschen (englischen) Überschrift des Beitrages ist anzugeben.

Der Verlag wird Ihnen nach Fertigstellung der Zeitschrift, in der Ihr Beitrag erscheinen wird, 30 Sonderdrucke und 1 Heft der Zeitschrift kostenlos zusenden.